A 4846 FX

SOPO

46

SOZIALISTISCHE POLITIK
10. JAHRGANG HEFT 4
DEZ. 1978 DM 9,80

J. Hund: Technologische Entwicklung und Auswirkung auf die Beschäftigtenlage

Gewerkschaften

K. Pickshaus/ W. Roßmann: Arbeitskämpfe 1978

Kritischer Rationalismus

J. Zeller · J. Rohbeck · H.-J. Rheinberger

Sozialdemokratie

Analyse des Urteils gegen Hans Apel
Seite 6

SOPO
SOZIALISTISCHE POLITIK

Vierteljährlich herausgegeben in Berlin(West)
Herausgeber: Die Redaktion
Redaktion
Hans-Werner Franz, Pierre Franzen, Bernhard Heidtmann, Robert Katzenstein, Hella Stern, Hans-Jürgen Weißbach
Redaktionsleitung
Bernhard Heidtmann und Robert Katzenstein
Wissenschaftlicher Beirat
Veit Michael Bader (Amsterdam), Kurt Bayertz (Köln), Roy Bhaskar (Edinburgh), Hans Jochen Brauns (Berlin(West)), David H. DeGrood (Bridgeport, USA), Werner Goldschmidt (Hamburg), Johann Josef Hagen (Salzburg), Hans Heinz Holz (Marburg), Klaus Holzkamp (Berlin(West)), Jörg Huffschmid (Bremen), Uffe Juul Jensen (Aarhus), Ulf Kadritzke (Berlin(West)), Hans Jürgen Krysmanski (Münster), Dieter Läpple (Eindhoven), Gert Mattenklott (Marburg/Berlin(West)), Alessandro Mazzone (Rom), Jacques Milhau (Lille), Michael Nerlich (Berlin(West)), Rainer Rilling (Marburg), Hans Jörg Sandkühler (Bremen), Enrique Semo (Mexiko), Heinz Wagner (Berlin(West))
Redaktionsanschrift
SOPO c/o das europäische buch, Thielallee 34, 1000 Berlin 33

Verlag und Anzeigenverwaltung
das europäische buch, Literaturvertrieb GmbH,
Thielallee 34, 1000 Berlin 33
Telefon (030) 832 40 51

Preis des Einzelheftes: DM 9,80
Abonnement (4 Hefte): DM 36,— incl. Porto auf Voraus-Rechnung
Mitarbeit und Autorenschaft bei der SOPO erfolgen honorarfrei. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen
Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten. © 1978 by das europäische buch, Literaturvertrieb GmbH, Berlin(West)). ISSN 0340-9198

Umschlaggestaltung und Layout
Ralph Christians

Gesamtherstellung
poly-print Druck GmbH, Schmiljanstr. 24, 1000 Berlin 41

Beilagenhinweis
Dieser Ausgabe liegt eine Bestellkarte der Deutschen Volkszeitung bei

deb das europäische buch

das europäische buch · Thielallee 34 · 1000 Berlin 33

Buchhandlungen
VN 22 477
Verlag
VN 11 772

das europäische buch
Thielallee 34
1000 Berlin 33
Telefon (030) 832 40 51

An alle Abonnenten der Zeitschrift
SOPO - Sozialistische Politik

Berlin, den

Betrifft: Ende Ihres Abonnementvertrages für die Zeitschrift
SOPO - Sozialistische Politik

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir bedauern Ihnen mitteilen zu müssen, daß mit Heft 46 die Zeitschrift SOPO - Sozialistische Politik - ihr Erscheinen einstellt. Ökonomische Schwierigkeiten, wie sie von vielen fortschrittlichen Zeitschriften zu beklagen sind, haben die Fortführung der SOPO unmöglich gemacht.

Aus der Studentenbewegung Ende der 60ger Jahre hervorgegangen, hat sich die SOPO insgesamt zehn Jahre lang bemüht ein Forum für wissenschaftlich ausgewiesene und kritische, marxistische Theoriediskussion zu sein. Wir sind uns im Klaren, daß die Einstellung der SOPO eine Lücke hinterläßt und werden uns alle Mühe geben die SOPO eventuell in veränderter Form, möglicherweise auch in einem anderen Verlag, wieder erscheinen zu lassen. Gleichzeitig werden wir verstärkt aktuelle Diskussionsbeiträge, thematisch geordnet, in unser Verlagsprogramm aufnehmen.

Wenn Sie aus dem bestehenden Abonnementsvertrag noch ein Guthaben bei uns besaßen, so erhalten Sie zu unserer Entlastung in den nächsten Tagen einen Verrechnungsscheck als Ausgleich für die nicht mehr zu liefernden Hefte der Zeitschrift. Gleichzeitig weisen wir

-2-

das europäische buch, Literatur Vertrieb Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Berlin (West). Eingetragen unter 92 HRB 1029 im Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg mit einem Stammkapital von DM 80.000,–. Geschäftsführer ist Teil Heimbert Schwandl. Geschäfts- und Verlagsleitung sowie Filiale in Dahlem: Thielallee 34. Ladengeschäft in Charlottenburg: Knesebeckstraße 3, Telefon 313 77 44. Bankkonto Nr. 6544794 bei der Bank für Handel und Industrie (BLZ 100 800 00). Postscheckkonto Berlin-West 197698-108 (BLZ 100 100 10).

das europäische buch an: Alle Abonnenten der Zeitschrift SOPO

darauf hin, daß wir im April 79 ein Gesamtregister "10 Jahre SOPO" mit Autoren, Titel und Schlagwortverzeichnis veröffentlichen werden, das Sie bei uns bestellen können.

Wir danken für Ihr Interesse an der SOPO und bitten um die gleiche Aufmerksamkeit für unsere Buchpublikationen.

Mit freundlichen Grüßen

das europäische buch
Literaturvertrieb GmbH

SOPO 46 10. Jahrgang Heft 4 Dez. 1978

Editorial 2

Christoph Müller: Wie begründet man die Illoyalität eines loyalen Lehrers? Bemerkungen zum Fall Apel 6

Klaus Pickshaus/Wittich Roßmann: Arbeitskämpfe 1978: Ursachen - Probleme - Perspektiven 16

Johanna Hund: Zur gegenwärtigen technologischen Entwicklung und deren Auswirkung auf die Beschäftigtenlage 36

Heinz Jung: Aspekte der sozialökonomischen Analyse der Mittelschichten in der BRD 50

Jörg Zeller: Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie 61

Johannes Rohbeck: Kritischer Rationalismus: Wissenschaftsmethodologie und Sozialphilosophie? 68

Hans-Jörg Rheinberger: Kritischer Rationalismus, Naturwissenschaften und Wissenschaftsgeschichte 74

Diskussion & Kritik

Ökonomiekommission der SOPO: „Das sogenannte Transformationsproblem" - Aspekte des Bortkiewiczschen Erbes 80

Jörg Glombowski: Viel Lärm um nichts? Zu Schwarz' und Katzensteins „Lösungen" des Transformationsproblems 84

Shinzaburo Koshimura: Eine allgemeinere Lösungsform für das Transformationsproblem 92

Robert Katzenstein: Noch einmal zum Transformationsproblem 115

Uffe Juul Jensen: Materialismus und Erkenntnistheorie - Die analytische Wissenschaftsauffassung als neue Ontologie mit beschränkter Haftung 119

Gottfried Stiehler: Dialektik und historischer Materialismus 132

Erika Hültenschmidt/Gert Schubring: Bemerkungen zu reduktionistischen Wissenschaftsauffassungen (II) 141

Wulf Krause: Wider den psychologischen Reduktionismus in der Philosophie - Notwendige Bemerkungen zu Hültenschmidt/Schubring 152

Arnim Regenbogen: Theorien über Historischen Materialismus 160

Wissenschaftliche Kongresse

Kaspar Maase: Arbeitstreffen zur Kulturtheorie 167

Summaries 170

Errata 175

Autorenverzeichnis 176

Editorial

Der erste Schwerpunkt dieses Heftes beschäftigt sich mit Problemen der Gewerkschaftsbewegung. Die umfassende Bedrohung des sozialen und demokratischen Besitzstandes der arbeitenden Klassen zeigt sich besonders deutlich dort, wo die Macht des Kapitals am unmittelbarsten wirkt: in den Betrieben. Branchenbezogene Tarifabschlüsse werden durch innerbetriebliche Abgruppierungen unterlaufen, erworbene Qualifikationen durch kapitalistische Rationalisierung brachgelegt, errungene Mitbesimmungspositionen abgebaut.

Der Abbau der von den arbeitenden Menschen und ihren Organisationen erlangten Positionen beschränkt sich aber nicht auf diesen Kernbereich. Es herrscht chronische Massenarbeitslosigkeit, weite Teile der Jugend sind ohne Berufsperspektive, demokratische Grundrechte werden ausgehöhlt. Von diesen akuten Problemen ist jeder, wenn nicht unmittelbar, dann potentiell betroffen; sie rufen in jedem Lebensbereich Veränderungen hervor.

Gerade in den gewerkschaftlichen Kämpfen zeigen sich neue Momente, die nicht bloße Reaktion auf diese Situation darstellen, sondern eine größere Selbständigkeit der Gewerkschaftspolitik signalisieren, die sich stärker an den unmittelbaren Interessen ihrer Mitglieder orientiert.

In dem Aufsatz von Pickshaus/Roßmann wird der Zusammenhang von realer Bewegung, konkreter organisatorischer Gewerkschaftsarbeit und Entwicklung des Massenbewußtseins am Beispiel der Streiks vom Frühjahr 1978 herausgearbeitet. Die Massenkämpfe als Vermittlungsglieder zwischen der „Macht der Verhältnisse", d.h. den mit neuem Gewicht auftretenden sozialen Problemen, und ihren bewußtseinsmäßigen Reflexen werden deutlich.

Mit der Veröffentlichung des alternativen „Memorandums" im gewerkschaftseigenen Bund-Verlag gehen die Gewerkschaften auf Konfrontation zum Sachverständigenrat und anderen offiziösen und offiziellen Politikberatungsstellen. Die Diskussionen um das neue Grundsatzprogramm des DGB sind weiteres Beispiel für den eingeleiteten Prozeß der Erarbeitung einer mit der Kapitalideologie brechenden wissenschaftlichen und weltanschaulichen Grundlage.

Mit der Klage der Kapitalverbände gegen das Mitbestimmungsgesetz, den massenhaften Aussperrungen während der diesjährigen Tarifauseinandersetzungen, dem Umfang der einer Lösung harrenden sozialen Probleme gewinnen die gewerkschaftlichen Kämpfe zusätzlich zu ihrem ökonomischen Charakter auch eine politische Komponente.

Die Strategie der SPD-Führung, in diesen Konflikten nur „begrenzt" solidarisch mit den Gewerkschaften zu sein, führt gleichzeitig zur Auflösung der Vorstellung, die SPD sei „natürlicher" Verbündeter bei der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen. Dieser Prozeß der beginnenden Ablösung der Gewerkschaften von einer auf Klassenharmonie bedachten SPD-Politik weist zugleich daraufhin, daß solche Politik immer weniger ihrer Funktion gerecht wird, die arbeitenden Klassen in das System zu binden.

Was sich für die Gewerkschaften als notwendige Emanzipation darstellt, sollen weiterhin gewerkschaftliche Ziele vertreten werden, bedeutet vom Standpunkt der

SPD-Führung, Überlegungen anzustellen, wie trotzdem ihre Politik weiterhin zu greifen vermag. In diesem Zusammenhang ist die Kritische-Rationalismus-Debatte innerhalb der SPD und der Wiederbelebungsversuch des Revisionismus E.Bernsteins zu sehen.

Mit dem Schwerpunkt „Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie" greift die SOPO in eine Theoriediskussion ein, die innerhalb der Sozialdemokratie gegenwärtig einen bemerkenswerten publizistischen und propagandistischen Aufwand erfährt. Spätestens seit dem Erscheinen des Aufsatzbandes „Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie" im hauseigenen Dietz-Verlag (hrsg. von G. Lührs, T. Sarrazin und F. Spreer, Bonn 1975) hat diese Institution der SPD in Abwehr der sogenannten antireformistischen Strömungen der Neuen Linken und des orthodoxen Marxismus in den eigenen Reihen eine ideologische Gegenoffensive initiiert. Sie geht weit über die Abdeckung einer „politisch-wissenschaftlichen Marktlücke" hinaus, wie Helmut Schmidt in seinem berühmt gewordenen Vorwort den Herausgebern bescheinigt.

Mit der Veröffentlichung dieses Bandes wurde hier eine längst fällige parteioffizielle Doktrin inthronisiert, die der Regierungspraxis der SPD die fehlende 'Staatsphilosophie' abgeben sollte. Das überrascht weniger, zieht man in Betracht, daß der spektakuläre Rückgriff auf Poppers Variante des Kritischen Rationalismus eine rechtssozialdemokratische Reaktion auf den Versuch einer Wiederbelebung sozialistischer Theorien war, die im Langzeitprogramm des „Orientierungsrahmen 85" ihren konzeptionellen Ausdruck fand. So versprach etwa das Anti-Dogmatismus-Postulat des Kritischen Rationalismus, die bis Anfang der 70er Jahre proklamierte, aber letztlich gescheiterte „Entideologisierung" der SPD neu fundieren zu können.

Der Popper-Boom in der SPD hat nach 1975 die links-sozialdemokratischen Kreise veranlaßt, als Gegenströmung eine Bernstein-Rezeption auf den Plan zu rufen. Sie tritt seit dem Ende 1977 von der Friedrich Ebert-Stiftung veranstalteten Bernstein-Kongreß mit dem Anspruch auf, die disparate SPD-interne Grundsatzdiskussion an die umstrittene Doppelstrategie der „Systemüberwindung" zurückzubinden.

Nach Ansicht der Herausgeber des Bandes „Bernstein und der demokratische Sozialismus" (Bonn, 1978), H.Heimann und T.Meyer, besteht die politische Aktualität Bernsteins gerade in den „verdrängten" theoretischen Grundlagen seiner Schriften, die alternativ zu einer rein pragmatischen Politik der „Sozialtechnologie" die Orientierung einer praktischen Reformpolitik herbeiführen könnte. Mit Bernstein soll die Strategie des demokratischen Sozialismus eine programmatische Neuorientierung gewinnen, die heute die Rekonsolidierung und Integration reformistischer Parteikräfte zu leisten hat.

Neuen Aufschluß über das Ausmaß dieser SPD-Diskussion geben die unterdessen in hoher Auflage erscheinenden Aufsatzbände, die die Spannbreite der unterschiedlichen Theorieansätze und politischen Grundorientierungen einer Kontroverse in der Sozialdemokratie dokumentieren. Die politische Dimension des Kritischen Rationalismus und Neorevisionismus ist brisant genug, um vor dem Hintergrund der bereits vorliegenden marxistischen Arbeiten (von Conforth bis Bayertz/Schleifstein) Gegenstand einer weiteren Auseinandersetzung zu werden.

Obwohl die Bernstein-Renaissance - und in ihr die wissenschaftliche Parteinahme für eine sozialistische Theorie der Arbeiterbewegung - als Gegenbewegung zur „Ideologie"

- und wertfreien Praxis des sozialdemokratisch vereinnahmten Kritischen Rationalismus erscheint, beruht sie auf einem in ihrer Theoriegeschichte wirksamen Konsens: Was den Kritischen Rationalismus Poppers und Alberts, seine Rehabilitierung durch Spinner und den Neorevisionismus à la Bernstein bei allen Gegensätzlichkeiten dennoch konvergieren läßt, ist der ihnen gemeinsame Problembestand (u.a. das Wertfreiheitsprinzip), der inzwischen eine verfeinerte terminologische Fassung gefunden hat. Er hat seinen Ausgangspunkt in der dezidierten Marxismus-Kritik, die die neue Legitimationsbasis des Sozialreformismus abzugeben hat.

Der Prozeß der Erosion kapitalistischer Strukturen hat noch eine weitere, politische Dimension. Zunehmend wird deutlich, daß der Staat wie die ihn tragenden Parteien den Interessen des großen und monopolisierten Kapitals unlösbar verbunden sind. Daher der Aufbruch wirklicher Massen zu neuem gesellschaftlichen Bewußtsein und ihre Suche nach eigenständigen politischen Bewegungsformen zur Geltendmachung und Durchsetzung der eigenen Interessen. Daher aber auch der Abbau der Demokratie und eine Zunahme der politischen Repression von Seiten der Herrschenden, wie sie in der Berufsverbotspolitik zum Ausdruck kommt.

Von besonderer Bedeutung ist das vom Oberverwaltungsgericht Berlin (West) gefällte Urteil gegen den Lehrer H. Apel, das an den Erlaß des Sozialistengesetzes von 1878 gemahnt. Das Gericht verfügte die Entlassung eines auf Lebenszeit angestellten Beamten aus dem öffentlichen Dienst einzig und allein aus politischen Gründen. Ein fachlich hochqualifizierter und selbst schulbehördlich anerkannter Lehrer wurde nach 11 Jahren beamteter Lehrtätigkeit entlassen, und für diese Entlassung allein die Mitgliedschaft in einer sozialistischen Partei herangezogen, (weil durch diese Mitgliedschaft die Vermutung gerechtfertigt werde, daß der Beamte möglicherweise in Zukunft einmal in Loyalitätskonflikt zu seinem Dienstherrn geraten könnte!). Mit diesem Urteil wird politische Meinung beziehungsweise Gesinnung bestraft. Mit diesem Urteil wird, bei formaler Beachtung des Parteienprivilegs, ein de-facto-Parteienverbot ermöglicht. Welcher Bürger kann sich noch offen in einer solchen Partei engagieren, wenn er dadurch seine Existenz aufs Spiel setzt? Bedenkt man, daß die bisherige Berufsverbotspraxis bereits über den Bereich der öffentlich Bediensteten hinausgegangen ist und daß schon Gesinnungen als verdächtig erscheinen und verfolgt werden, die sich an gewerkschaftlichen Schriften oder am Langzeitprogramm der SPD orientieren, dann wird der Vergleich zum Sozialistengesetz deutlich.

Dieses Bismarck'sche Gesetz erlaubte es der Sozialdemokratie zwar, Kandidaten zu den Parlamentswahlen aufzustellen. Ansonsten aber stellte es jegliche sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebung unter Strafe, die die Veränderung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezweckte. Ein solches Gesetz wäre heute verfassungswidrig, denn unsere Verfassung ist für die Änderung der gesellschaftlichen Ordnung durchaus offen und von ihren Vätern bewußt offengehalten worden. Das „Grundgesetz" der BRD sowie die „Verfassung von Berlin" belegen die Privateigentümer an den Produktionsmitteln mit sozialer Verantwortung und grenzen die Freiheit der „freien Marktwirtschaft" genau dort ein, wo sie gesellschaftlichen Interessen und Bedürfnissen zuwiderläuft. So eindeutig ist dieser Verfassungsauftrag, daß es in der Präambel der „Verfassung von Berlin" heißt: „In dem Willen ... Gemeinschaft und Wirtschaft demokratisch zu ordnen, dem Geiste des sozialen Fortschritts ... zu dienen, hat sich Berlin diese Verfassung gegeben."

Und so hat denn auch die Bewegung für den Schutz der Verfassung als Reaktion auf das Apel-Urteil eine neue Stufe erreicht. Zum erstenmal füllte eine „Bürgerversammlung zur Verteidigung unserer Verfassung" die westberliner Deutschlandhalle mit ihren reichlich 9000 Sitzplätzen. Nie zuvor wurde eine ähnlich breite Trägerschaft für eine solche Veranstaltung gefunden. Erstmals beteiligten sich zwei Gewerkschaften (die GEW im DGB mit der GEW Berlin) und die ÖTV mit breiter Resonanz unter ihren Mitgliedern als Hauptträger einer so umfangreichen Mobilisierung gegen den Abbau demokratischer Rechte.

Christoph Müller

Wie begründet man die Illoyalität eines loyalen Lehrers?

Bemerkungen zum Fall Hans Apel

I. Der Fall Apel

Gegen den seit zehn Jahren als Lebenszeitbeamten tätigen Lehrer Hans Apel hat das Bezirksamt Charlottenburg ein Disziplinarverfahren auf Entfernung aus dem Dienst eingeleitet, obwohl er dienstlich außerordentlich positiv beurteilt worden ist.

„Herr Apel ist ein einsatzbereiter, pflichtbewußter Lehrer. Er erfüllt seine dienstlichen Obliegenheiten zuverlässig, pünktlich und korrekt und ist stets bereit, über sein eigentliches Arbeitspensum hinaus für die Schule tätig zu werden. Die Schüler werden von ihm gut gefördert. Von den Lehrkräften wird er wegen seines kollegialen Verhaltens geschätzt. Herr Apel hat wesentlich zur Stabilisierung der Situation im Kollegium beigetragen".

Dem Beamten wurde in der Anschuldigungsschrift aber zur Last gelegt,

„sich als Mitglied der SEW aktiv für die Ziele dieser Partei einzusetzen und damit nicht die Gewähr zu bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin einzutreten (§ 9 Abs. 1 Nr.2 LBG)".

Das Verwaltungsgericht hat im Dezember 1976 Hans Apel freigesprochen. Es war zwar der Meinung, die SEW verfolge verfassungswidrige Ziele. Dem Beamten sei aber kein Schuldvorwurf zu machen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß er die verfassungswidrigen Fernziele seiner Partei nicht erkannt und seine Aktivitäten für erlaubt gehalten habe. Hiergegen hat das Bezirksamt Zehlendorf Berufung eingelegt. Nach den Regeln des Disziplinarrechts ist nun die vorgesetzte Dienstbehörde, der Senator für Schulwesen, zur Einleitungsbehörde geworden und hat damit eine eigene Verantwortung für das weitere Verfahren übernommen. Die Verteidigung hat im wesentlichen vorgetragen, der Vorwurf eines schuldhaften Dienstvergehens, das allein die Entfernung aus dem Dienst rechtfertige, könne nur als „Gesinnungsdelikt" konstruiert werden. Das Oberverwaltungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 12. September 1978 der Berufung des Senators für Schulwesen gegen das freisprechende Urteil des Verwaltungsgerichts vom 16.Dezember 1976 stattgegeben und den Beamten wegen Dienstvergehens aus dem Dienst entfernt. Dabei hat es u.a. ausgeführt:

„Der angeschuldigte Sachverhalt steht fest, soweit er durch Einzelakte bis zum Urteil der Disziplinarkammer verwirklicht worden ist. Der Beamte hat bereits in den Vorermittlungen und vor der Disziplinarkammer zugegeben, daß er Mitglied der SEW ist und auf dem 4.Parteitag der SEW eine Rede gehalten hat ... Die weiteren Einzelakte der einheitlichen Handlung, die vom Vertreter der obersten Gerichtsbehörde angeführt worden sind, ergeben, daß der Beamte sich weiterhin als Mitglied der SEW aktiv für die Ziele dieser Partei einsetzt. ...Es kann... davon ausgegangen werden, daß der Beamte auf der Kreisdelegierten-Konferenz im Dezember 1976 für den Kreisvorstand kandidiert hat und auf dem 5.Parteitag der SEW in Neukölln ... Delegierter mit beschließender Stimme war.

Dieses Verhalten des Beamten ist ein Dienstvergehen, weil er damit gegen § 18 Abs. 2 des Landesbeamtengesetzes ...-LBG- verstoßen hat, wonach er sich durch sein gesamtes dienstliches und außerdienstliches Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin bekennen und für deren Erhaltung eintreten muß. Die Vorschrift gehört zu den in modernen Beamtengesetzen fixierten konkreteren Beamtenpflichten, die sich nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes im Laufe der Zeit aus der umfassenden Pflicht, der mit dem Eintritt in das Beamtenverhältnis verbundenen und übernommenen Treuepflicht des Beamten entwickelt haben (vgl. BVerfGE 39, 334, 346) und zu der jedenfalls als Kern die politische Treuepflicht gehört (vgl. BVerfGE 39, 347). ...

Hier hat der Beamte dadurch seine Pflichten verletzt, also ein Dienstvergehen begangen, daß er aus seiner politischen Überzeugung Folgerungen für seine Einstellung gegenüber der verfassungsmäßigen Ordnung und für politische Aktivitäten im Sinne seiner politischen Überzeugung gezogen hat. Er ist nicht deshalb eines Dienstvergehens beschuldigt worden, weil er eine politische Überzeugung hat oder lediglich Mitglied der SEW ist, sondern weil er als Mitglied der SEW aktiv für diese Partei tätig ist. ...

In dem hier also zu berücksichtigenden gesamten außerdienstlichen Verhalten des Beamten ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und zur Verfassung von Berlin zu erblicken, verbietet sich von selbst; erst recht läßt es sich nicht als Eintreten für deren Erhaltung ansehen. Vielmehr müssen derartige Aktivitäten als Handlungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Verfassung von Berlin beurteilt werden, wenn sich aus den Grundsätzen und Zielen der SEW ergibt, daß sie sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Verfassung von Berlin betätigt oder totalitäre Ziele verfolgt. Das ist der Fall.

Wie die Disziplinarkammer bereits zutreffend erkannt hat, ergeben sich die verfassungswidrigen Ziele der SEW insbesondere aus ihrem Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus ...Dort (in ihren 'Grundsätzen und Zielen') heißt es, daß die SEW zur internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung gehört und unermüdlich für die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus kämpft. Darin offenbart sich die Grundtendenz der Partei, über die die von der Disziplinarkammer wiedergegebenen Äußerungen, die SEW stehe auf dem Boden der demokratischen Prinzipien der Berliner Verfassung, nicht hinwegtäuschen dürfen. Denn ohne weiteres leuchtet es ein, daß Ziele, aus denen sich die Verfassungswidrigkeit einer Partei ergeben könnte, niemals offen verkündet werden (vgl. BVerfGE 5,85(144),2,1(20)). Im Zusammenhang mit den von der SEW verwendeten politischen Mitteln und aus dem Stil ihrer Aktionen lassen sich in dem auf S.13 der 'Grundsätze und Ziele' offenbarten Bekenntnis ihre echten Ziele erkennen und von den vorgetäuschten unterscheiden. Dadurch, daß die SEW durch leitende Funktionäre unmißverständlich und wiederholt die Deutsche Demokratische Republik als Beispiel und Vorbild hinstellt und in ihrer Parteiorganisation unter dem Decknamen des demokratischen Zentralismus einen totalitären Stil pflegt, in dem alle Beschlüsse der höheren Organe für die jeweils niederen Organe absolut verbindlich sind und die Bildung von Fraktionen verboten ist (Statut der SEW), zeigt die SEW ihr wahres Gesicht. Außerdem setzt sie sich dadurch in Gegensatz zu den auch in der Berliner Verfassung

verankerten Prinzipien der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung, dem Mehrparteienprinzip und der Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf die verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition. Aber auch die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht auf Leben und freie Entfaltung der Persönlichkeit, wozu auch die Freizügigkeit gehört, wird bei der SEW unter diesen Voraussetzungen nicht nur hintangesetzt, sondern sogar bekämpft, zumal sie als 'Bruderpartei' der SED vor Gewaltanwendung im geeigneten Augenblick nicht zurückschreckt. Wer als Beamter über die bloße Mitgliedschaft hinaus aktiv für die Ziele einer solchen Partei eintritt, verletzt seine Pflicht zur Verfassungstreue. Der Beamte hat entgegen der Auffassung der Disziplinarkammer auch schuldhaft gehandelt. ...Er hat bei Kenntnis der verfassungswidrigen Ziele seiner Partei in Kauf genommen, daß eine Betätigung in und für diese Partei mit seinen Beamtenpflichten nicht zu vereinbaren ist. ... Das Fehlen des Bewußtseins der Pflichtwidrigkeit, also ein entschuldbarer Verbotsirrtum, läßt sich entgegen der Auffassung der Disziplinarkammer auch nicht damit begründen, der Beamte habe seine Betätigung in der SEW mit Rücksicht auf das Parteienprivileg und die Zulassung der SEW für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus für legal gehalten. ... Denn in diesem Verfahren geht es nicht um die Betätigung der SEW, sondern allein um die aus der Betätigung eines Beamten in einer verfassungswidrigen Partei für das Beamtenverhältnis zu ziehende Folgerung. Das setzt ein vorheriges Verbot der Partei nicht voraus. Zumindest müssen seit dem Frühjahr 1975 auf Grund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (Bd. 39, 334 ff.) oder zumindest auf Grund der öffentlichen Diskussion um diese Entscheidung etwaige Zweifel dieses sogenannten Parteienprivilegs bei dem Beamten beseitigt sein. Von diesem Zeitpunkt an kann das Bewußtsein der Pflichtwidrigkeit unter Berufung auf das sogenannte Parteienprivileg nicht mehr verneint werden. Ebenso wenig hat dem Beamten mit Rücksicht auf die Erklärungen des ehemaligen Senators für Schulwesen Löffler, kein Lehrer werde allein wegen seiner Mitgliedschaft in der SEW disziplinarisch zur Verantwortung gezogen, das Bewußtsein der Pflichtwidrigkeit gefehlt. Das zeigt sich deutlich daran, daß er von vornherein nur die Mitgliedschaft in der SEW zugegeben hat und sowohl während der Vorermittlungen als auch vor der Disziplinarkammer Fragen nach der Ausübung von Funktionen in der SEW zu beantworten nicht bereit war.

Das Verhalten des Beamten ist ein schweres Dienstvergehen. Das Vertrauensverhältnis zwischen ihm und dem Dienstherrn ist unheilbar zerstört, so daß allein auf die Entfernung aus dem Dienst erkannt werden kann. Zwar hat der Dienstherr von der vorläufigen Dienstenthebung abgesehen; das kann aber nicht als Zeichen eines Fortbestehens des Vertrauensverhältnisses angesehen werden. Mit Rücksicht auf den präjudiziellen Charakter des anhängigen Verfahrens für ein disziplinares Vorgehen gegen andere in der SEW tätige Lehrer kann das Abwarten einer rechtskräftigen Entscheidung nicht beanstandet werden.

Von der schwersten Disziplinarmaßnahme, der Entfernung aus dem Dienst, kann auch mit Rücksicht auf die bisherige unbeanstandete Erfüllung der dienstlichen Aufgaben im engeren Sinne nicht abgesehen werden ... Er (der Beamte) müßte von sich aus, um einem Gewissenskonflikt zu entgehen, auf die eine oder die andere Betätigung verzichten, je nachdem, welcher der beiden Tätigkeiten er den Vorrang einräumt. Tut er es nicht, ist es Aufgabe des Disziplinarrechts, für die Reinhaltung der Beamtenschaft zu sorgen. Dabei wird

entgegen dem Vorbringen der Verteidigung nicht der Vorwurf eines schuldhaften Dienstvergehens durch die Konstruktion eines Gesinnungsdelikts ermöglicht. Denn neben der Erfüllung seiner dienstlichen Aufgaben im engeren Sinne als Lehrer hat der Beamte im Rahmen des beamtenrechtlichen Treueverhältnisses die allgemeinen Beamtenpflichten nach den §§ 18 ff. LBG zu erfüllen, die hier gerade nicht durch das bloße Haben einer Überzeugung und die bloße Mitteilung, daß man diese habe (BVerfGE 39, 350), sondern durch seine politischen Aktivitäten und die aus seiner politischen Überzeugung gezogenen Folgerungen verletzt worden sind. Die Doppelzüngigkeit von Lehrern, die unbedenklich ihren Diensteid leisten, aber, wenn es darauf ankommt, die Geltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes in Berlin leugnen und sich dessen ungeachtet bei passender Gelegenheit auf Art. 21 Abs. 2 GG berufen, kann nicht geduldet werden. Es erscheint ausgeschlossen, daß ein solcher Lehrer den an ihn zu stellenden Anforderungen entspricht, nämlich gewährleistet, daß den Jugendlichen das Wissen und die Überzeugung vermittelt werden, daß die freiheitliche Demokratie in der Prägung durch das Grundgesetz bei allen ihren Schwächen und Unzulänglichkeiten ein verteidigungswertes und zu erhaltendes Gut ist, an dessen Gestaltung und Verwirklichung zu arbeiten Aufgabe aller staatsbewußten Bürger der Bundesrepublik sein muß ...“

II. Die rechtlichen Kriterien

Will man sich ein juristisch begründetes Urteil über diese Entscheidung des OVG machen, muß man die rechtlichen Kriterien vor Augen haben:

Nach § 9 LBG darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin einzutreten. Ist jedoch jemand zum Beamten ernannt, kann er nicht mehr auf Grund einer Prognose über seine mutmaßliche zukünftige Ausübung der Dienstpflichten verfolgt werden. Er kann nur im Rahmen eines förmlichen Verfahrens aus dem Dienst entfernt werden, wobei ihm nachgewiesen werden muß, daß er in schuldhafter Weise ein Dienstvergehen begangen hat:

„Der Beamte begeht ein Dienstvergehen, wenn er schuldhaft die ihm obliegenden Pflichten verletzt. Ein Verhalten des Beamten außerhalb des Dienstes ist ein Dienstvergehen, wenn es nach den Umständen des Einzelfalls im besonderen Maße geeignet ist, Achtung und Vertrauen in einer für sein Amt und das Ansehen des Beamtentums bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen“ (§ 41 LBG).

Das Urteil geht davon aus, der Beamte habe seine Pflicht aus § 18 Abs.2 LBG verletzt. Hier wird bestimmt:

„Der Beamte muß sich durch sein gesamtes dienstliches und außerdienstliches Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin bekennen und für deren Erhaltung eintreten.“

Wenn man zunächst einmal die antikommunistische Ideologie, die in dem Urteil zum Ausdruck kommt, vernachlässigt, ergibt sich schon in der immanenten Analyse des Urteils ein Problem: Wie kann der Nachweis einer schuldhaften Dienstpflichtverletzung erbracht werden, wenn dem Beamten bescheinigt wird, daß er alle seine dienstlichen und außerdienstlichen Obliegenheiten „im engeren Sinne“ loyal erfüllt habe. Die Lösung ist

ganz einfach: Man braucht nur § 18 LBG als einen Gesinnungstatbestand aufzufassen. Eine schuldhafte Dienstpflichtverletzung würde dann jeder begehen, der eine rechtlich unzulässige politische Anschauung hat.

Das Gericht will eine solche Lösung aber auf jeden Fall vermeiden und behauptet, der Schuldvorwurf beziehe sich nicht auf die Gesinnung, sondern auf das Verhalten des Beamten. Es gibt auch gute Gründe, die Dinge so darzustellen, denn § 18 Abs.2 LBG darf nicht als Gesinnungstatbestand aufgefaßt werden. Das scheitert an klaren Bestimmungen des Grundgesetzes (Art. 33 Abs. 2 i.V.m. Art. 3 Abs. 3 GG), der Verfassung von Berlin und des Beamtenrechts. So verbietet § 10 LBG, bei der Auswahl der Bewerber die politischen Anschauungen zu berücksichtigen. Art. 13 der Verfassung von Berlin garantiert den freien Zugang zu allen öffentlichen Ämtern ohne Unterschied der Partei. Die Verfassung und die Beamtengesetze machen deutlich, daß die seit der Französischen Revolution erkämpfte Freiheit des Zugangs zu den öffentlichen Ämtern, die den deutschen Beamten erstmalig in der Republik von Weimar gewährt wurde, als eine mühsam errungene demokratische Errungenschaft des Grundgesetzes aufzufassen ist, deren Aushöhlung verhindert werden muß.

Vor allem würde das Ausgehen der Staatsgewalt vom Volk, was durch die Rechte der Meinungsfreiheit, der Vereinigungsfreiheit und der Parteienfreiheit abgesichert wird, beeinträchtigt werden, wenn es Rechtsbestimmungen gäbe, die politische Anschauungen als solche verbieten, ohne daß sie zugleich strafrechtlich faßbare Tatbestände darstellten, wie etwa die Aufstachelung zum Rassenhaß, die Anleitung zu Straftaten oder hoch- und landesverräterische Handlungen.

Das Problem, das das Gericht von seinem Standpunkt aus lösen mußte, war, wie es die schuldhafte Dienstpflichtverletzung eines loyalen Lehrers beweisen konnte, ohne den an sich logisch allein gangbaren Weg zu gehen, die politischen Anschauungen des Beamten als verboten zu behandeln, - einen Weg, den es nicht gehen durfte, weil ihn unsere Rechtsordnung untersagt. Es knüpft an eine ominöse Formulierung des Bundesverfassungsgerichts an, indem es dem Beamten nämlich vorhält, nicht nur politische Anschauungen zu haben, sondern aus ihnen Folgerungen zu ziehen (vgl. BVerfGE Bd 39, S.350).

Wenn man einmal versucht, diese Überlegungen auf die Interpretation des Grundgesetzes anzuwenden, so könnte man die Grundrechte überhaupt abschaffen. Denn ein Grundrecht, das nicht über den internen psychischen Bereich hinausginge und nur das Haben von innerer Würde, nur heimliche Gedanken- und Meinungsfreiheit, nur hinter der vorgehaltenen Hand geäußerte politische Anschauungen garantieren würde, wäre überflüssig. Es ist deshalb allgemeine Auffassung, daß alle Grundrechte des Gewissens-, Meinungs- und Anschauungsbereichs zugleich Äußerungsrechte sind und das Recht mitgarantieren, für die inneren Freiheiten auch nach außen einzutreten.

Auch das Gericht trägt dem immerhin insoweit Rechnung, als es dem Beamten großzügig das Recht einer inaktiven Mitgliedschaft in der SEW und der bloßen Mitteilung seiner politischen Anschauungen konzediert. Seine politische Meinung bleibt ihm „unbenommen". Aber was soll eine Grundrechtsgarantie, wenn sie nicht alle aktiven Äußerungsformen der Gewissens-, Gedanken-, Meinungs- und politischen Anschauungsfreiheit umschließt, soweit dem nicht ausdrückliche rechtliche Schranken

entgegenstehen.

Die Schranken des Landesbeamtengesetzes hat der Beamte nicht verletzt. Er hat alle seine amtlichen Tätigkeiten, wie es § 18 verlangt, unparteiisch erfüllt. Bei der Ausübung seiner politischen Bürgerrechte außerhalb des Dienstes hat er, wie es § 19 LBG fordert, die Mäßigung und Zurückhaltung gewahrt, die sich aus seiner Stellung und aus der Rücksicht auf die Pflichten seines Amtes ergeben.

Hat er aber keine rechtlichen Schranken seiner politischen Betätigungsfreiheit verletzt, hielt er sich im Rahmen des „allgemein Erlaubten" und beachtete er die beamtenrechtliche Mäßigungspflicht, so kann eine schuldhafte Dienstpflichtverletzung eben nur konstruiert werden, wenn man seine politischen Anschauungen als solche für unzulässig hält. Nur in diesem Falle konnten die aktiven Äußerungsformen der internen Anschauungen, die sonst normalerweise von den grundrechtlichen Garantien miterfaßt werden, als Pflichtverletzung erscheinen.

III. Ein kleiner Versprecher bei der juristischen Ableitung

Durch einfache Behauptungssätze, denen jeder Charakter überzeugender Argumentation fehlt, stellt das Gericht in Abrede, den Beamten wegen seiner politischen Anschauungen zu verfolgen. Aber es ist ihm das Versehen unterlaufen, die Logik seiner wahren Argumentation aus den Urteilsgründen herausschauen zu lassen: *„Es erscheint ausgeschlossen, daß ein solcher Lehrer den an ihn zu stellenden Anforderungen entspricht, nämlich gewährleistet, daß den Jugendlichen das Wissen und die Überzeugung vermittelt wird, daß die freiheitliche Demokratie in der Prägung durch das Grundgesetz bei allen ihren Schwächen und Unzulänglichkeiten ein verteidigungswertes und zu erhaltendes Gut ist, an dessen Gestaltung und Verwirklichung zu arbeiten Aufgabe aller staatsbewußten Bürger der Bundesrepublik Deutschland sein muß ..."*

Dazu ist zweierlei zu sagen. Einmal schließt die Gestaltung und Verwirklichung der Grundprinzipien unserer Verfassung auch die Perspektive tiefgreifender gesellschaftlicher Umwälzungen ein. Die Aufgabe einer Verfassung ist es, als offene Form sich auch bei der Bewältigung von Zukunftsaufgaben zu bewähren. Insbesondere ist die Verfolgung sozialistischer Ziele mit unserer Verfassung vereinbar. Aus den gleichen Gründen, aus denen es unmöglich war, die „gemeingefährlichen Ziele" der sozialdemokratischen Partei in der Bismarck-Zeit in rechtsförmiger Weise zu illegalisieren, ist es unmöglich, eine marxistische Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und das Eintreten für eine kommunistische Zukunftsgesellschaft von Rechts wegen zu verbieten. Die Gründe kann man bei Rudolf v. Gneist nachlesen, der selber ein „Sozialistenfresser" ersten Ranges war, der aber ein Bewußtsein von den Voraussetzungen eines rechtsstaatlichen Gesetzes hatte:

„Ein Justizgesetz gegen die Sozialdemokratie, welches Anstifter, Teilnehmer und Begünstiger der sozialdemokratischen Agitation als solche unter Strafe stellt, erscheint mir als unmöglich. Wäre es möglich, so wäre es durch allseitiges Bemühen sicherlich schon zustande gekommen. Es erscheint unmöglich, weil die Merkmale einer gemeingefährlichen sozialdemokratischen Agitation sich nicht als Tatbestand eines Vergehens rechtlich begrenzen lassen. Jeder Versuch dieser Art scheitert an der Unmöglichkeit einer Definition. Die immer

noch flüssigen Ideen des Sozialismus, - einer Umwandlung des privatwirtschaftlichen in den gemeinwirtschaftlichen Betrieb, des Privateigentums in öffentliches Eigentum, des Privatdienstes und Privatlohnvertrages in öffentlichen Dienst und Besoldung - sind rechtlich nicht zu scheiden von schon bestehenden, anerkannten Verhältnissen der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung; niemand kann sagen, an welchem Punkt ein rechtswidriges oder gemeingefährliches Bestreben dabei anfängt."

„Ein dauerndes, normales Strafgesetz gegen die Tendenzen der Sozialdemokratie würde als solches auch in Widerspruch mit den anerkannten Grundsätzen der Pressefreiheit und des Vereinsrechts treten. Die Aufhebung der Zensur beruht auf der seit hundert Jahren zur Geltung gekommenen Wahrheit, daß die Gemeingefährlichkeit eines ausgesprochenen Gedankens sich nicht im voraus durch eine Rechtsnorm dauernd und unabänderlich bestimmen läßt. Ein ausgesprochener Gedanke soll daher nicht um seiner Gefährlichkeit willen unterdrückt werden, sondern nur in bestimmten Fällen einer Rechtsverletzung, der Verletzung einer definierten Strafsatzung oder einer formellen Polizeivorschrift. Eine Richtung gegen Staat, Kirche, Gesellschaft läßt sich nicht im allgemeinen verbieten, ohne die Freiheit des Gedankenausdrucks aufzuheben. Denn das ganze öffentliche Leben beruht auf einer Kette berechtigter Bestrebungen zu Verbesserungen, also Änderungen in Staat und Gesellschaft. Ein dauerndes Strafgesetz gegen die Sozialdemokratie träte also in Widerspruch mit dem Wesen der Pressefreiheit, des Vereinsrechts, insbesondere aber mit dem Koalitionsrecht der arbeitenden Klassen, welches die deutsche Gesetzgebung in Übereinstimmung mit den Kulturstaaten Europas als eine Grundlage der heutigen Gesellschaft unwiderruflich anerkannt hat." (Rudolf v. Gneist, Das Reichsgesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie staatsrechtlich erörtert, Berlin: 1878, S.4 ff.)

Vor allem aber durfte das OVG nicht von „Gewährleistung" sprechen, da es sich bei der Entlassung des Lehrers Hans Apel nicht um die Prognoseentscheidung in einem Einstellungsfall handelte.

Das Gericht hätte dem Beamten nachweisen müssen, daß er seine beamtenrechtlichen Pflichten bereits jetzt tatsächlich verletzt hat. Es durfte nicht Spekulationen über mutmaßliche Gewissenskonflikte anstellen, durfte nicht über die abstrakt an einen Lehrer zu stellenden Anforderungen räsonieren und diese seine Prognose als Beweis gegenwärtiger schuldhafter Dienstpflichtverletzungen behandeln.

IV. Eine kleine Rechtsverbiegung

Es hat darauf verzichtet, einen konkreten Schuldnachweis zu führen und sich mit einer durch zehnjährige Loyalität widerlegten - Prognose über die vermutliche zukünftige Tätigkeit des Beamten begnügt. Damit hat es die Kriterien des § 41 Abs. 1 LBG preisgegeben.

Wenn es sich nicht um Beamte mit linken politischen Anschauungen handelt, verteidigen die Disziplinarinstanzen diese in Jahrhunderten erkämpften Garantien gegen willkürliche Entlassung mit großer Folgerichtigkeit. Wie kann es aber mit dem Verfassungsprinzip der Gleichheit vor dem Gesetz vereinbar sein, wenn bei dieser Gruppe von öffentlichen Bediensteten die Garantien des Beamtenrechts nicht mehr zählen?

Bis zum Radikalenbeschluß des Bundesverfasungsgerichts war es ganz überwiegende Meinung, daß, in Einstellungsfällen, einem *„Bewerber die politische Zuverlässigkeit nicht schon deshalb abgesprochen werden darf, weil die Partei, zu der er sich bekennt, nach der Meinung des Dienstherren verfassungswidrig ist"* (C.H.Ule, Beamtenrecht, Köln: 1970,S.23).

Wenn es auf den ersten Blick auch so aussieht, als würden von dem Beamten bestimmte politische Anschauungen, unabhängig von ihrer Auswirkung auf die Loyalität seiner Handlung, verlangt werden, indem von ihm ein „Bekenntnis" zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung gefordert wird, so waren sich die Kommentatoren einig, daß diese beamtenrechtlichen Bestimmungen von den bürgerrechtlichen Garantien der Verfassung erfaßt werden und die Meinungsfreiheit und Parteienfreiheit nicht aufheben. Dabei handelt es sich um ein allgemeines Problem der Interpretation des Rechts, da auch die Rechtsordnung naturgemäß nicht frei von Zielkonflikten sein kann. Da die Verfassung nicht nach Maßgabe des Beamtenrechts, sondern das Beamtenrecht nach Maßgabe der Verfassung gilt, muß der Begriff des „Bekenntnisses" so interpretiert werden, daß er mit den politischen Bürgerrechten vereinbar ist. Diese Vorschriften untersagen einem Beamten, sich *„unter Berufung auf seine politische Meinungsfreiheit gegen diese Grundordnung (zu) betätigen"* (Ule, S.142). Sie bieten aber keine Handhabe, eine erwiesene Loyalität bei der Erfüllung der dienstlichen und außerdienstlichen Obliegenheiten hinwegzufingieren.

Ebenso der maßgebende Kommentar zur Bundesdisziplinarordnung: *„Jedoch ist die Mitgliedschaft in einer Partei verfassungsrechtlich geschützt, solange die Verfassungswidrigkeit der betreffenden Partei nicht durch das Bundesverfassungsgericht festgestellt worden ist (Art. 21 Abs. 2 GG), so daß auch beamtenrechtlich die Verfassungstreue eines Mitglieds dieser Partei nicht in Frage gestellt werden darf"* (Behnke u.a., Bundesdisziplinarordnung, Stuttgart: 1969, S.85).

Seit dem Radikalenbeschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 22.5.1975, auf den hier nicht näher eingegangen werden kann, haben sich die Dinge allerdings in etwas anderer Richtung entwickelt. Ohne eine einleuchtende Begründung zu geben, haben auch angesehene Rechtsgelehrte ihre Fahne in den neuen Wind gehängt. Der Beschluß des Verfassungsgerichts hat aber auch scharfe Kritik erfahren. Vgl. dazu etwa die Analyse eines der maßgebenden Methodentheoretikers, Josef Esser, unter dem Titel „Bemerkungen zur Unentbehrlichkeit des juristischen Handwerkzeugs" (in JZ, 1975, S.555-558).

Von jedem Beamten muß verlangt werden, daß er *„die bestehenden verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Vorschriften beachtet und erfüllt und sein Amt aus dem Geist dieser Vorschriften heraus führt"* (BVerfGE Bd. 39 S.348). Kritikwürdig ist es aber, daß diese richtige Erkenntnis mit altbekannten Elementen traditioneller Beamtenideologien vermischt wird und unter anderem auch eine Identifikation mit *„der Idee des Staates, dem der Beamte dienen soll"* (aaO.,S.347) verlangt wird.

Aber nicht einmal auf den Radikalenbeschluß des Bundesverfassungsgerichts kann sich das OVG berufen.

V. Oberverwaltungsgericht vs. Bundesverfassungsgericht

In dem Sondervotum des Richters Rupp heißt es: *„... Allein durch die Mitgliedschaft bei einer politischen Partei, die vom Bundesverfassungsgericht nicht für verfassungswidrig erklärt worden ist, verletzt er (der Beamte) seine Treuepflicht nie und begeht deshalb kein Dienstvergehen. Wenn aber ein aktiver Beamter auf Lebenszeit sich auf diese Weise nicht einmal eines Dienstvergehens schuldig machen kann, wie kann es dann zulässig sein, bei der Entscheidung über die Einstellung eines Bewerbers den gleichen Sachverhalt der Parteizugehörigkeit zu dessen Nachteil zu bewerten?"* (BVerfGE Bd. 39, S.380). Dabei ist zu bemerken, daß der Richter Rupp mit seinem Sondervotum nicht von der Entscheidung des Gerichts dissentierte. Im Gegenteil, die Entscheidung ist, wie ausdrücklich vermerkt wird, *„im Ergebnis einstimmig ergangen"* (BVerfGE Bd. 39, S.375). Der Richter Rupp kritisiert lediglich solche Äußerungen der Entscheidung, die nicht im Sinne des § 13 Bundesverfassungsgerichtsgesetz an der Bindungswirkung der Entscheidung teilnehmen.

Das wird auch in dem Votum der Mehrheit deutlich. Obwohl der Fall dazu eigentlich keinen Anlaß bot, heißt es hier: *„In jedem Fall ist die Entfernung aus dem Dienst jedoch nur auf Grund eines begangenen konkreten Dienstvergehens möglich. Das Dienstvergehen besteht nicht einfachhin in der 'mangelnden Gewähr' des Beamten dafür, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten werde, sondern in der nachgewiesenen Verletzung jener Amtspflicht, 'sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten'. Dabei ist zu beachten, daß sich der umschriebene Inhalt der Treuepflicht des Beamten nicht völlig mit dem Inhalt der disziplinär zu ahndenden Treuepflichtverletzung des Beamten deckt, weil zum letztgenannten Tatbestand ein Minimum an Gewicht und Evidenz der Pflichtverletzung gehört"* (BVerfGE Bd.39, S.350).

Abgesehen davon war auch die Mehrheit des Gerichts der Auffassung, daß die Mitgliedschaft in einer Partei - wohlgemerkt bei Prognoseentscheidungen - lediglich als Indiz in Betracht kommt und nicht automatisch und unwiderleglich eine mangelnde Gewähr der Verfassungstreue aus,ihr abgeleitet werden dürfe. Wie soll aber eine zehnjährige loyale Pflichterfüllung sich noch auf die Entscheidung des Gerichts auswirken können, wenn, im Gegensatz zur Auffassung des Bundesverfassungsgerichts, das OVG die aktive Mitgliedschaft in einer von ihm für verfassungswidrig gehaltenen Partei als solche für einen Beweis der schuldhaften Dienstpflichtverletzung ansieht?

VI. Die Unwiderleglichkeit der Illoyalitätsfiktion

Wenn das Bundesverfassungsgericht sogar in seinem Radikalenbeschluß davor zurückschreckt, eine unwiderlegliche Illoyalitätsfiktion aus aktiver Mitgliedschaft in einer legalen, mit allgemein erlaubten Mitteln arbeitenden Partei zu konstruieren, so trägt es, wenigstens teilweise juristischen Erkenntnissen Rechnung, zu denen auch der Supreme Court der USA gefunden hat. Nach den Exzessen der Kommunistenverfolgung in der McCarthy-Periode gilt es jetzt dort als unvereinbar mit den demokratischen Prinzipien und den grundrechtlichen Gewährleistungen, ein Mitglied der kommunistischen Partei deshalb als illoyal zu behandeln, weil es Mitglied seiner

Partei ist, ohne daß ihm die konkrete Absicht nachgewiesen wurde, ungesetzliche Ziele zu fördern (United States Supreme Court Report. Board of Regents of the University of the State of New York et al. - 385 US 589, 17 L ed. 2d.629).

Die Zulässigkeit des Gegenbeweises ist gewissermaßen die letzte Barriere einer rechtsstaatlichen Loyalitätsprüfung. Da das OVG diese Grenze überschritten hat, hat es die politischen Anschauungen des Beamten als solche verfolgt, auch wenn es durch verbale Anstrengungen versucht hat, diesen Sachverhalt zu verdecken.

VII. Rechtliches Gehör und Begründungszwang

Das OVG hat sich a limine gegen jede rechtliche Argumentation verschlossen, die dazu geführt hätte, den Rechtsbegriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes neu zu konkretisieren. Statt dessen hat es sich mit formelhaften Anknüpfungen an die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts im SRP-Urteil und im KPD-Urteil begnügt, obwohl seitdem etwa ein Vierteljahrhundert vergangen ist.

Inzwischen haben wir mit den Staaten des kommunistischen Lagers völkerrechtliche Verträge geschlossen und neue Formen der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit organisiert. Auch die innenpolitischen Verhältnisse in Ost und West sind in Bewegung geraten, und auf dem Gebiet der politischen Theorie sind neue Ansätze zu beobachten. Es wäre in der Tat geboten, das Feind-Bild aus der Zeit des Kalten Krieges zu überprüfen.

Wie wenig sich das Gericht um die Aufhellung des konkreten Einzelfalls bemüht hat, wozu es rechtlich verpflichtet gewesen wäre, wird daran deutlich, wie es die wahren Ziele von den verdeckten Zielen unterscheidet: Da ein Verfassungsfeind seine bösartige Absicht abstreitet, sind alle Einlassungen des Beamten von vornherein als doppelzüngig abzuweisen. Die wirklichen Fakten dagegen stehen offenbar im Wissen des Gerichts.

Man muß sich die Konsequenzen etwa für das Strafrecht vorstellen. Die festen Tatbestände, die Verfahrensgarantien und Regeln korrekter Beweisführung, mit denen wir heute den Tendenzen des früheren Inquisitionsprozesses entgegenzuwirken suchen, der mit seinen Schuldvermutungen unfähig war, eine faire rechtliche Anhörung zu gewähren, wären dann wieder in Gefahr.

Auch was den Stil angeht, ist der Rückfall bemerkenswert, der darin besteht, daß eine Instanz, die die Macht hat, die Existenzgrundlage eines angeschuldigten Beamten zu zerstören, ihn darüber hinaus noch beschimpft. Das OVG hat sich wenig Mühe gegeben, seinen Machtspruch als Rechtsspruch wenigstens erscheinen zu lassen. Das ist aber kein Zufall. Denn eine korrekte juristische Begründung dieses - politisch gewollten - Urteils ist nicht möglich.

Klaus Pickshaus/Witich Roßmann

Arbeitskämpfe 1978: Ursachen - Probleme -Perspektiven*

I.

Allein der quantitative Umfang der Streiks und Aussperrungen im 1.Vierteljahr 1978 erreichte fast die Dimension des bislang in der bundesrepublikanischen Sozialgeschichte stärksten Streikjahrs 1971. Auf Besonderheiten dieser Streikbewegung, in der die offizielle Statistik 395 000 Beteiligte und 2 974 000 Ausfalltage (1971: 536 000 bzw. 4 484000) registrierte, verweist die Tatsache, daß sie unter Bedingungen eines depressiv verkümmerten Aufschwungs und einer konstant hoch gebliebenen industriellen Reservearmee stattfand. Zudem: Die quantitative Dimension dieser Arbeitskämpfe geht wesentlich auf das Konto der Aussperrung.

II.

Noch während der Kämpfe selbst entwickelte sich eine breite Diskussion in den Massenmedien über die Ursachen. Vier Erklärungsmomente sollen vorab der eigenen Einschätzung skizziert und kritisiert werden, da auch ihre Addition noch keine konsistente Erklärung ergibt.

1. Der neue Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff, in der Forderung nach Reaktivierung der Konzertierten Aktion von Bundeskanzler Schmidt, Massenmedien wie Unternehmerverbänden interessiert unterstützt, meinte überzeugt, daß bei ihrer Existenz in Baden-Württemberg manches erspart geblieben wäre. (Handelsblatt, 30.März 1978). Mit Sicherheit ist es als historisches Datum zu werten, daß die Arbeitskämpfe 1978 erstmalig seit fast 11 Jahren und damit gleichzeitig erstmals seit Sozialdemokraten in der Bundesregierung präsent sind, ohne Konzertierte Aktion in ihrer institutionalisierten Form gelaufen sind. Indes ist der gewerkschaftliche Boykott der Konzertierten Aktion weniger die Ursache des verschärften Sozialkonflikts, denn selbst nur zu erklärende Folge desselben.

2. Nicht ganz einigen konnte man sich in den Massenmedien, ob nun eine radikale Führung die Basis verführt oder diese ihre Führung in die Zange genommen habe. „Dr. Hensche probt den Aufstand" (FAZ, 23.3.'78) erklärte E.-G.Vetter, der noch am 10.2.1978 in der FAZ eine „Seltsame Angst vor der Basis" konstatierte. Zwischen Aufstand der Basis und Rädelsführertheorie siegte eine mittlere Linie. Schuld seien die mittleren Funktionärskader, die noch nicht vollständig im sozialpartnerschaftlichen Institutionengestrüpp integriert, z.T. intellektueller Herkunft, zum einen „durch radikale Reden das Klima für unvernünftiges Verhalten geschaffen" haben (FAZ, 10.2.'78) und zum anderen, wie Hensche/Steinkühler, ihre Vorstände fest im Griff hätten. (Die Wirtschaftswoche, 13/14 1978; Der Spiegel 10/'78, S.38-44). In diesen

*Die Ergebnisse dieses Artikels beruhen auf einer Analyse von Vorgeschichte, Verlauf und Ergebnissen vor allem der Arbeitskämpfe '78 im Bereich der IG Metall und der IG Druck und Papier. Zur ausführlichen Darstellung, Dokumentation und Belegen vgl.Pickshaus/Roßmann 1978.

Einschätzungen reflektiert sich nicht nur ein personalistisch reduziertes Geschichtsbild, sondern auch ein gegenwärtig besonderes Moment in der Dialektik von Arbeiterbewußtsein und -verhalten und der gewerkschaftlichen Führungsarbeit: Angesichts einer zu Recht konstatierten Diskrepanz von „Handlungspotential und -bedarf" und „Handlungsblockade" (vgl. Schumann/Wittemann 1977; H.Kern 1977) kommt dem gewerkschaftlichen „Handlungsimpuls" eine weitere Funktion zu. Nicht spontanes Massenhandeln wie z.B. 1969/70 oder 1973 zwingen Führungsspitzen zur Reaktion. Eine Auswertung des Verlaufs der Arbeitskämpfe 1978 im Eisen- und Stahlsektor, in der Druck-, Metall- und Bauindustrie sowie im HBV-Bereich (vgl Pickshaus/Roßmann, 1978) zeigt vielmehr die große Kraft, die gewerkschaftliche Führungen investieren mußten, um das gewerkschaftliche Handlungspotential zu aktivieren, was sich dann allerdings auch wieder als größer als erwartet erwies. Die wichtigste Ursache für das stärkere Auseinandertreten von Bewußtsein und Verhalten, kollektiver Betroffenheit und solidarischer Gegenwehr sind nicht allein und wesentlich die noch nicht aufgelösten, tradierten bürgerlichen Freiheits- und Gleichheitsvorstellungen (Ch.Bierbaum u.a.,1977), sondern die durch die Krise objektiv aktivierte Konkurrenz, Individualisierung und die daraus folgenden Entsolidarisierungsprozesse. Hinzu kommen die durch den Druck der industriellen Reservearmee erheblich verschlechterten gewerkschaftlichen Erfolgsbedingungen. In dieser Situation kommt der gewerkschaftlichen Organisation und ihrem Agieren eine besonders relevante Rolle bei der Umsetzung von kollektiver Betroffenheit in kollektive Aktion zu. Da zugleich in den Gewerkschaften im haupt- und ehrenamtlichen Funktionärskörper eine Generation nachgewachsen ist, deren Erfahrungen aus der kämpferischen Gewerkschaftsjugend der Ende 60/Anfang 70er, aus den Arbeitskämpfen seit 1969, auf den Krisenbewältigungsstrategien des Kapitals seit 1974 beruhen und deren Bildungshintergrund durch die seit Ende der 60er Jahre stärker klassenorientierte Jugendbildungsarbeit geprägt ist, sind damit subjektive Voraussetzungen gegeben, dieser vergrößerten Rolle der gewerkschaftlichen Organisation Rechnung zu tragen. (Deppe,1978).

Dies allein allerdings erklärt angesichts der stark zentralisierten Entscheidungsstruktur im DGB und den Einzelgewerkschaften noch nicht, warum sich z.B. der DGB in diesem Arbeitskampf im Unterschied zu 1976 hinter die IG Druck und Papier stellte und damit überhaupt die finanzielle Basis dieses Arbeitskampfes schuf, warum im wesentlichen der IG Metall Vorstand, trotz Differenzen zwischen der IG Metall in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen, geschlossen das Streikkonzept für Nordbaden-Nordwürttemberg absicherte und warum erstmals seit Jahren der Vorstand der sehr stark sozialpartnerschaftlich orientierten IG Bau-Steine-Erden seine Mitglieder zu zwei großen Warnstreikwellen mit über 133000 bzw. über 141000 Teilnehmern aufrief. Unerklärt bleibt damit, wenn man nicht gerade einer Rädelsführertheorie anhängt, die breite Mobilisierbarkeit der Mitglieder. Im Kern wurden hierfür in den Massenmedien wie auch in ersten linken Interpretationsansätzen zwei Momente hervorgehoben, zum einen die Probleme der Rationalisierung und neuen Technik, zum anderen die geminderten Verteilungsspielräume.

3. Höhere Wachstumsraten der Produktivität gegenüber der Produktion im verarbeitenden Gewerbe in den 70er Jahren signalisieren ebenso wie die Dominanz von

Rationalisierungsinvestitionen seit etwa 1971/72 zweifach Gefahren für die Arbeiterklasse. Zum einen können die hohen Freisetzungsprozesse lebendiger Arbeit nicht mehr durch die erweiterte Reproduktion kompensiert werden und die Massenarbeitslosigkeit bekommt relativ dauerhaften Charakter, zum anderen verändern sich in einigen Bereichen durch Automations- und Elektronisierungsprozesse die Arbeitsplatzprofile und damit die Qualifikationsanforderungen. In der Druckindustrie wie vordem in der Uhrenindustrie bedeutete die Einführung der Mikroelektronik die Entwertung einer Reihe von Facharbeiterqualifikationen. In anderen Bereichen, wie z.B. der Metallindustrie, bergen die veränderten Tätigkeitsanforderungen ein größeres Abgruppierungspotential. Angesichts der hier stark verbreiteten summarischen und analytischen Arbeitsbewertung, die in der Grundlohndifferenzierung allein auf die ausgeübte Tätigkeit abstellt und von der eingebrachten Qualifikation abstrahiert, schlagen sich mögliche Dequalifikationsprozesse relativ automatisch in der Lohn- und Gehaltsgruppeneinstufung nieder. Dies impliziert die Gefahr, daß branchenbezogene Lohnerhöhungen innerbetrieblich durch Abgruppierungsprozesse unterlaufen werden. Da von diesen Prozessen perspektivisch relevante Kategorien der Facharbeiter, nach wie vor der am höchsten gewerkschaftlich organisierte und aktive Kader der Arbeiterklasse, betroffen sein können (H.Kern/H.Schauer, 1978), ergibt sich für die Gewerkschaften ein besonderer Handlungszwang. Dies wurde in der bürgerlichen Presse, aber auch partiell in linken Diskussionen genutzt, um insbesondere dem Kampf der Drucker ständischen Charakter, oder doch zumindest ständische Elemente zuzuordnen. Sicher mögen im Bewußtsein mancher Setzer oder anderer Facharbeiter im Kampf um die Besitzstandssicherung solche Elemente ein Mobilisierungsfaktor gewesen sein. Dominant war aber in der gewerkschaftlichen Zielsetzung wie im Bewußtsein derer, die ideell und materiell Solidarität leisteten, der exemplarische Charakter der Verteidigung von Qualifikationsanforderungen und damit Entlohnungsbedingungen gegen eine auf Lohnsenkungen spekulierende Rationalisierungsstrategie des Kapitals. Ihre Brisanz erhielten die Auseinandersetzungen in der Druck- und Metallindustrie allerdings vor allem dadurch, daß die Forderungen nicht wie in früheren Jahren auf eine begrenzte finanzielle Kompensation mit Sozialplancharakter hinausliefen. Gefordert wurden Tarifverträge, die Arbeitsplätze, Qualifikationen und soziale Besitzstände so sichern sollten, daß in ihrem Ergebnis eine relevante Einschränkung der unternehmerischen Verfügungsgewalt in der Personalpolitik einbegriffen gewesen wäre, was von seiten der Unternehmerverbände als Eingriff in „Dispositionsfreiheit der Unternehmer" und als Mißbrauch der Tarifvertragspolitik „zum Instrument gesellschaftspolitischer Veränderungen" denunziert und bekämpft wurde. (BDA-Präsident Esser, der arbeitgeber 6/1978, S.202/203). Der Verband der Metallindustriellen Baden-Württembergs VMI erhob sogar verfassungsmäßige Bedenken gegen die Forderungen der IG Metall. Unter den Stichworten 'Flexibilität' und 'Wettbewerbsfähigkeit' verteidigte das Kapital die extrem arbeitsbezogene Leistungsentlohnung, die Freiheit zu Lohnsenkungen und damit uneingeschränkter privater Aneignung der Produktionsgewinne, während in den gewerkschaftlichen Forderungen im Keim die gesellschaftspolitische Zielstellung präsent war, daß technologische Entwicklungen steigenden Qualifikationsständen und -ansprüchen anzupassen seien und nicht umgekehrt. Diese gesellschaftspolitische

Dimension „erst würde zu Zerreißproben führen" erklärte der BDA-Präsident Esser (arbeitgeber 8/1978,S.342). Da aber mindestens die IG Metall schon während der Schlichtung eine gewisse Bereitschaft signalisierte, ihren Forderungskatalog auf die individuelle Sicherung zu konzentrieren und die kollektive Sicherung stärker zurückzustellen, erklärt auch diese gesellschafts*politische* Dimension der Arbeitskämpfe nicht ausreichend ihre Schärfe.

4. Das Ergebnis einer strategischen verteilungspolitischen Diskussion in den zentralen Unternehmerverbänden resümierte an der Jahreswende der designierte Schleyer-Nachfolger als BDA-Präsident Esser so: „Die Verschlechterung der Gewinnbasis ist deshalb seit langem das Kernproblem des Investitions- und Wachstumsprozesses. ...Für diese Entwicklung war und ist die Verteilungspolitik der archimedische Punkt,... dann führt kein Weg an einer prinzipiellen verteilungspolitischen Kurskorrektur vorbei." (der arbeitgeber 1/1978,S.17).

Dieses Programm impliziert mit der Verengung des Binnenmarktes weitere Komplikationen des gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses und die Fortsetzung des Kapitalentwertungsprozesses, die vor allem das weniger an staatlichen Investitionshilfen, F&E-Subventionen etc. partizipierende nichtmonopolistische Kapital betreffen. Wie der Sachverständigenrat 1977 selbst eingestehen mußte, sind nach den Jahren exakter Befolgung seiner Ratschläge die prognostizierten Wirkungen nicht eingetroffen. Die Gewinn-Investitions-Arbeitsplatz-Formel hat ihre Wirksamkeit verloren und in diese so entstandene „ideologische Lücke" konnten die DGB-Gewerkschaften überzeugungskräftiger mit den Forderungen ihres Vollbeschäftigungsprogramms nachstoßen. So war denn auch die gewerkschaftliche Kritik am Sachverständigenrat nach den Erfahrungen der letzten Jahre schärfer denn je zuvor. Stellvertretend für die klarere gewerkschaftliche Einsicht in den außerordentlich entgegengesetzten Charakter der in der Diskussion zu den Krisenursachen und der Rolle des Lohnes zu Tage tretenden wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischen Strategien des Kapitals und der Arbeiterklasse und ihrer Interessen, sei der DGB Vorsitzende H.O.Vetter zitiert: „Heute beruft man sich wieder - besonders vom Sachverständigenrat - auf die sogenannten Neo-Klassiker der Ökonomie in den zwanziger und dreißiger Jahren. Danach haben Gewerkschaften und Staat einen sonst funktionierenden Marktmechanismus gewaltsam zerstört, und deshalb gelte es, ihn wiederherzustellen. ...Wenn dieser Markt nicht mehr hergibt, als die zwangsweise Anpassung der Menschen an die Gewinninteressen der Unternehmer, wenn die marktwirtschaftliche Ordnungspolitik nicht auf mehr hinausläuft, als auf eine Unterordnung der staatlichen Wirtschaftspolitik und der gewerkschaftlichen Tarifpolitik unter unternehmerische Gewinn- und Herrschaftsinteressen, dann wird eine so praktizierte Marktwirtschaft für uns untragbar. ...die zentrale Forderung der Unternehmer: Durch Lohnverzicht und radikale Umverteilung zugunsten der Gewinne die Investitionen zu fördern, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Kolleginnen und Kollegen! Diese Leier ist so alt, daß ich mir ihre Widerlegung ersparen kann." Vetter nennt als Beispiele Rationalisierungsinvestitionen im Druck- und in Bürobereichen und fährt fort: „Durch Lohnverzicht die Wegrationalisierung des eigenen Arbeitsplatzes zu finanzieren und - volkswirtschaftlich gesehen - zugleich durch sinkende Massenkauf-

kraft und schrumpfende Binnennachfrage zur Verschärfung der Krise beizutragen - das ist genau das falsche Rezept."(H.O.Vetter, Grundsatzreferat auf dem XI. ordentlichen DGB-Kongreß 1978)

Eine partielle Übereinstimmung in der Krisendiagnose zwischen Kapital und Gewerkschaften zwischen 1974 bis 1976 zerbrach 1977. Die Kapitalseite konstatierte eine gefährliche Verselbständigung der „Kaufkraftthese" bei den Gewerkschaften. Die Verhärtung, die für 1977/78 in den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit zu konstatieren ist und die von den Unternehmerverbänden mit den Versuchen eines Tarifdiktats von 3 bis 3,5 Prozent Angeboten als endgültigen Lösungsvorschlägen manifest gemacht wurde, liegt somit nicht abstrakt an geänderten und verminderten Verteilungsspielräumen. Auf sie hatte die Arbeiterklasse schon 1974/75 erst einmal mit einer Rücknahme des Forderungs- und Aktivitätsniveaus reagiert.

III.

Zu diesen sozialpolitischen Problemen der Arbeiterklasse, die gewissermaßen die „Kampfobjekte" der Auseinandersetzung darstellten, kamen in den Tarifauseinandersetzungen von seiten relevanter Mehrheiten in den Unternehmerverbänden übergreifende politische Zielsetzungen zum Tragen, die stark mit zur Mobilisierung des gewerkschaftlichen Funktionärkörpers bis in die Vorstandsbereiche hinein beitrugen. 1978 wurde - wie im übrigen auch 1977 - vom Kapital der Konfrontation bewußt nicht ausgewichen. „Das Verhalten der Arbeitgeber, so E.Loderer, steure auf einen 'Rückfall in eine autoritäre Gesellschaft' hin. ...Das politische Motiv des 'dreisten Angriffs' auf den sozialen Besitzstand und des Feldzugs für die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, sieht Loderer in der Schützenhilfe für die CDU/CSU, um ihr politisch in den Sattel zu verhelfen".(Frankfurter Rundschau, 6.März 1978). Und Loderer erklärte wörtlich vor 5 000 IG Metall-Funktionären des Bezirks Stuttgart weiter: „Als Steigbügelhalter der politischen Macht sind die Industriekapitäne nicht ohne Erfahrung,... Denn viele von ihnen waren es doch, die dem deutschen Volk einen Adolf Hitler vor die Nase setzen halfen." (Metall-Nachrichten Nr. 19, 9.März 1978).

Diese Strategie bewußter Konfliktverschärfung mit dem Ziel, die Bundesregierung vor 1980 zu stürzen, die nicht allein in Sonthofen konzipiert wurde, konkretisierte sich 1977 in den Versuchen, die FDP aus der Koalition herauszubrechen und nicht zuletzt in den Auseinandersetzungen um die Rentenfrage und die Schleyer-Entführung. Unabhängig aber von dieser Frage der parteipolitischen Dominanz im Staatsapparat bestand in den Unternehmerverbänden weitgehend Konsens, daß der relevanteste „Störfaktor" für diesen sozial-reaktionären Kurs die Gewerkschaften sein würden. Das vom damaligen Doppelpräsidenten von BDA und BDI H.M.Schleyer schon 1976 gesetzte Ziel, die „gewerkschaftliche Machtquote in ordnungspolitisch vertretbaren Grenzen zu halten", konkretisierte sich 1977 in der Verfassungsklage gegen das Mitbestimmungsgesetz '76. Für die Tarifauseinandersetzung 1978 wurde in diesem Sinne das Ziel gesetzt, die Gewerkschaften entweder auf diesen Umverteilungskurs durch die Androhung der Aussperrung zu zwingen oder deren Kampfkraft, die sich nicht zuletzt im Umfang der Streikkasse konkretisiert, durch umfassende Flächenaussperrungen zu zerstören. So war auch die Einschätzung der IG Metall, die seit ihrem Gewerkschaftstag im September 1977 beständig Aussperrungsdrohungen von seiten Gesamtmetalls registrierte: „Sie (die Aussperrung - d.V.) soll alle Arbeitnehmer nötigen, sich den Bedürfnissen des Kapitals zu unterwerfen, und sie soll die Gewerkschaften so treffen, daß künftig Gesamtmetall allein das soziale Klima in diesem Land bestimmen kann." (Metall - Nachrichten Nr. 23, 14.März 1978) Ebenso klar analysierte auch die IG Druck und Papier die gegen sie gerichtete Flächenaussperrung.

Nicht unkompliziert gestaltete sich in dieser Situation die Lage für die SPD. Zum einen werden in der Bundesregierung von ihren Führungsmitgliedern zentrale Bestandteile des strategischen Konzepts der Unternehmerverbände aktiv umgesetzt, ob es nun die Renten-, die Steuer-, die Berufsbildungs- und Forschungspolitik ist oder die wirtschaftspolitische Strategie. Zum anderen entwickeln sich nach der Bundestagswahl 1976 an diesen Fragen zunehmend stärkere Differenzen innerhalb der SPD-Fraktion, der Partei insgesamt und vor allem mit den Gewerkschaften. Versuche, auf diese Rücksicht zu nehmen, verschärften die Differenzen in der Koalition mit der FDP. Zugleich manifestierten die Kommunalwahlen in Hessen und Bayern 1977 einen enormen Substanzverlust der SPD in den städtischen Mittelschichten. Entsprechend widersprüchlich gestaltete sich die Politik der SPD-Führung gegenüber den Lohn- und Tarifauseinandersetzungen. Zum einen entspricht die Linie des Jahreswirtschaftsberichts, der einstimmig mit seinen Orientierungsdaten im Kabinett verabschiedet wurde, im Kern den Aussagen des Sachverständigenrates. Seine öffentliche Interpretation eines notwendigen Lohnabschlusses unter 5 Prozent aber überließ man dem FDP-Wirtschaftsminister Lambsdorff. Die SPD-Führung konzentrierte sich demgegenüber auf eine Kritik der Konfrontationsstrategie und des Mittels der Flächenaussperrung, weil dieser Kurs die wichtige Sozialstabilisierung in der Bundesrepublik in Frage stellen könne. So erklärte - in der SPD-Geschäftsführung abgesprochen und in eine genaue Strategie begrenzter Solidarisierung mit den Gewerkschaften eingepaßt (siehe dazu: Tarifauseinandersetzungen 1978-Eine Dokumentation in: SPD. Betriebspolitik - Informationen und Dokumente -, Nr.7/78) - H.Rohde auf einer Solidaritätskundgebung der SPD-Afa am 15.März in Stuttgart: „Daß sich die Bundesrepublik in den weltwirtschaftlichen Turbulenzen der hinter uns liegenden Jahre besser als vergleichbare Industrieländer behauptet hat, das liegt vor allem in der Fähigkeit zum sozialen Ausgleich, in der Entwicklung der Arbeitnehmerrechte und in der Rolle der Gewerkschaften begründet. ... Wie würde sich das politische und soziale Profil der Bundesrepublik ausnehmen, wenn das konservative Konzept - 'Lohnpause', Abbau der Mitbestimmung, Angriff auf die soziale Sicherung und bildungspolitischer Rückschritt - die Szene beherrschen würde. Wären das Stabilisatoren und könnte sich darum Zukunftssicherung ranken?"

Abgestimmt erschien eine kritische Erklärung zur Flächenaussperrung von Wehner/W.Brandt unterzeichnet. Bundestagsabgeordnete besuchten die Streikposten. Die Konfrontationsstrategie des Kapitals wurde von der SPD als Angriff auf ihr Konzept sozialliberaler Integrationspolitik der Arbeiterklasse begriffen und damit auch als Kampfansage an diese SPD-geführte Bundesregierung. Im Unterschied zu den Arbeitskämpfen 1971, 1973 und 1974, in denen der damalige Bundeskanzler und SPD-

Vorsitzende W.Brandt massiv zugunsten der Kapitalseite und gegen die Gewerkschaften intervenierte, um die Integrationsfähigkeit der SPD gegenüber den Gewerkschaften zu beweisen, kam der gewerkschaftliche Widerstand in diesem Frühjahr der SPD-Führung so ungelegen nicht. Der praktische Beweis, daß die bundesdeutsche Arbeiterklasse durch die Krise nicht völlig demoralisiert und kampfunfähig ist, sondern weiterhin ein enormes Widerstandspotential besitzt und die sozialdemokratische Integrationsaufgabe somit weiterhin besteht, ist für die Legitimation der SPD-Politik vor den politisch entscheidenden Teilen des Großkapitals nicht weniger wichtig, als die Stabilisierung des Kerns der eigenen Wählerschichten in der Arbeiterklasse durch eine begrenzte Solidarisierung mit ihren Forderungen zur sozialen Absicherung des technischen Fortschritts und einen Lohnausgleich für die Preissteigerungen. In diesem Sinne erklärte H.Rohde weiter: „Den Konservativen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft müssen wir beweisen - und das ist der Sinn unseres Kampfes - daß die große Schicht der Arbeitnehmer weder in das politische, noch in das wirtschaftliche und soziale Abseits gedrängt werden kann. Wir lassen uns weder als Gewerkschafter noch als Sozialdemokraten von den Konservativen in die Knie zwingen."

Vor diesem Hintergrund verstanden die Vorstände im DGB und in den Einzelgewerkschaften die Kämpfe dieses Frühjahrs nicht nur als exemplarisch im Hinblick auf die sozialen Forderungen, sondern zugleich als einen Beitrag zur Sicherung der Kampffähigkeit der Gewerkschaftsbewegung und partiell des Erhalts der sozialliberalen Koalition in Bonn. Zwar wurde auch in diesem Frühjahr intern ein Kompromißdruck auf die Gewerkschaften, insbesondere die IG Druck und Papier, ausgeübt, aber nicht in der Massivität wie beispielsweise 1976. Diese Ausgangssituation erklärt, warum eine kämpferischere Gewerkschaftspolitik der IG Druck und Papier und der IG Metall durch die aggressive Konfrontationsstrategie der Unternehmerverbände erzwungen bzw. verstärkt wurde und warum sie mit Unterstützung des DGB und der Vorstände der Einzelgewerkschaften durchgehalten wurde.

IV.

Mit den Forderungen der IG Druck und Papier und der IG Metall zur Sicherung von Arbeitsplätzen, Qualifikationen und sozialen Besitzständen wurden grundsätzliche Fragen des technischen Fortschritts unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen aufgeworfen. Diese neue Forderungsebene, die einen sozialen Schutz gegenüber den Arbeitsintensivierungs- und Rationalisierungsstrategien des Kapitals erkämpfen soll, wird gemeinhin wie die „Humanisierung der Arbeit" dem Bereich sogenannter „qualitativer" Forderungen im Unterschied zu den nur „quantitativen" Lohnforderungen zugeordnet. Da dieser Zuordnung zugleich eine Wertung immanent ist, ist sie nicht unproblematisch, denn gleichermaßen liegt beiden Forderungen zugrunde, daß es um die Interessen einer bestmöglichen Reproduktion der Arbeitskraft geht. Beiden

Ebenen ist zudem gemein, daß sie eine betriebliche, eine tarifvertragliche und eine staatlich vermittelte Kampfebene haben.

Auch historisch ist der Kampf um die Humanisierung, sei es in Form von sozialen Schutzrechten oder der Verkürzung des Arbeitstages, nicht jünger als der Lohnkampf. Das eigentliche Problem ist vielmehr, daß zahllose Probleme der Arbeitsintensivierung und Rationalisierung die individuelle und kollektive Reproduktion der Arbeiterklasse so nachhaltig gefährden, daß diese Probleme verstärkt gewerkschaftlich aufgegriffen werden müssen und daß eine Strategie monetärer Kompensation von unzumutbaren, gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen gewerkschaftlich nicht mehr verantwortbar ist. (vgl. Vetter 1974; Entschließung 12.Tarifpolitik. XII. o.Gewerkschaftstag IG Metall)

Eine höhere Qualität gegenüber Lohnforderungen ergibt sich allerdings nicht einfach aus dem Tatbestand, daß die Forderungen unmittelbar auf den Arbeitsprozeß und die Formen der Verausgabung von Arbeit bezogen sind, sondern erst dann, wenn das Kapital als gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis und dessen Profitstreben als Ursache sowohl für die Verweigerung höherer Löhne als auch besserer Arbeitsbedingungen benannt wird und Forderungen erhoben werden, die die Macht des Kapitals einschränken und überwinden helfen.

Die Diskussion über den kapitalorientierten Charakter des Rationalisierungsprozesses und die Entwicklung von Forderungen einer sozialen *Kontrolle* der technischen Veränderungen und der Arbeitsbedingungen vor allem innerhalb der IG Druck und Papier weisen in diese Richtung. Es sollte auch nicht übersehen werden, daß die Durchsetzung solcher Forderungen, die die unternehmerische Autonomie in Frage stellen, neue wichtige Ansatzpunkte für eine Vermittlung mit dem Kampf um demokratische Kontrolle und Mitbestimmung auf allen Ebenen bietet. Der gewerkschaftlichen Forderung nach Mitbestimmung können so neue Impulse und eine konkrete, nicht-sozialpartnerschaftliche Bestimmung gegeben werden, durch die die Mobilisierungsmöglichkeiten erhöht werden.

Eine solche umfassende „Qualität" besaßen sicherlich noch nicht die tariflichen Forderungen der IG Metall und IG Druck und Papier. Die IG Druck und Papier forderte im Kern, daß ein Teil der vom Einsatz der rechnergesteuerten Textsysteme bedrohten Arbeitsplätze, Qualifikationen und sozialen Besitzstände für die betroffenen Facharbeiterkategorien tarifvertraglich gesichert wird. Die IG Metall forderte mit dem „Tarifvertrag zur Besitzstandssicherung" ein striktes Verbot von individuellen Abgruppierungen.

Durch Rationalisierungsinvestitionen oder veränderte Arbeitsorganisation intendierten Dequalifikations- und damit Lohnsenkungsprozessen würde damit der materielle Anreiz genommen. Um eine Umgehung der individuellen Abgruppierung durch Kündigung in den höheren Lohngruppen und Neueinstellung in den unteren Lohngruppen zu verhindern, wurde eine kollektive Sicherung des jeweilig bestehenden betrieblichen Lohn-/Gehaltsgruppendurchschnitts und damit auch des Qualifikationsdurchschnitts gefordert sowie zur Kontrolle die regelmäßige Veröffentlichung von Tarifstatusberichten. Diese Forderungen sind eine Reaktion auf dequalifikatorische Tendenzen der Automatisierung und Elektronisierung. Gleichwohl ist diesen

defensiven, aus Besitzstandssicherung abgestellten Forderungen auch ein offensives Element eigen: Die Fetischierung eines Sachzwangs der Technik wurde aufgebrochen und die dahinter stehenden Profitinteressen aufgedeckt und zugleich das Interesse der Arbeiterklasse am Erhalt erworbener Qualifikationen, sozialer Besitzstände oder, umfassender formuliert, an einer vielseitigen Persönlichkeitsentwicklung auch und gerade gegen die Profitinteressen und gerade auch im Arbeitsprozeß selbst manifestiert.

Lohnstrukturelle Forderungen und manteltarifvertragliche Fragen spielten bei der IG Bau-Steine-Erden und bei den ÖTV-Hafenarbeitern eine wichtige Rolle. Die „härtere Gangart" der IG Bau wurde durch die Ablehnung des Schiedsspruches zu einem Bundesrahmentarifvertrag, der eine stufenweise Urlaubsverlängerung, höhere Urlaubsvergütung und Fahrkosten- und Wegezeitvergütungen vorsah, durch die Arbeitgeberverbände verursacht. „Die Dynamik des Hafenarbeiterstreiks in Bremen und Hamburg sowie die umfangreiche Warnstreikwelle in den bundesrepublikanischen Volkswagenwerken waren stark durch eine boomartige konjunkturelle Situation geprägt. Die Gleichzeitigkeit von rapide gestiegenen Produktionszahlen, stagnierenden z.T. sogar gesunkenen Beschäftigungszahlen im Kontext von die Arbeitsintensität enorm steigernden Rationalisierungsprozessen in diesen beiden Bereichen und daraus resultierenden Profit„explosionen" schufen eine den Jahren 1969 und 1973 ähnliche Situation. Sie aktivierte die betriebliche Basis, die ihre gewerkschaftlichen Vertreter zu überdurchschnittlichen Lohnforderungen und -abschlüssen bewegte (VW) bzw. zwang (durch Urabstimmungsablehnung des ersten unzureichenden Ergebnisses im Hafenbereich). Die Forderungen zur Lohnhöhe bewegten sich zumeist zwischen 7 und 9 Prozent.

In Einschätzung der ökonomischen Situation und der Kräfteverhältnisse wurde mit diesen Forderungen lediglich ein Inflationsausgleich und eine Beteiligung am prognostizierten Wachstum gefordert und auf eine Umverteilung verzichtet. Begründet wurden die Forderungen mit der Relevanz der privaten Nachfrage für den weiteren Konjunkturverlauf. Dabei wurde auch mittels genauer Analysen des überdurchschnittlichen Profitwachstums 1976 und 1977 in zahlreichen Branchen und trotzdem stagnierender Investitionstätigkeit die Investitions-Gewinn-Beschäftigungsformel des Sachverständigenrats und der Bundesregierung einer scharfen Kritik unterzogen. Trotzdem zeigten der konkrete Tarifverlauf und Untersuchungen, wie das vom DGB in Auftrag gegebene „Gewerkschaftsbarometer", daß alle Fragen der Arbeitsplatz-, Qualifikations- und Besitzstandssicherung gegenwärtig Priorität im Bewußtsein der Arbeiterklasse besitzen und daß eine besondere Dynamik in der Lohnfrage vor allem dort zu konstatieren war, wo die Konjunktur schon in eine echte Boomsituation übergegangen war. Die relative Gleichzeitigkeit von manteltarifvertraglichen Auseinandersetzungen und der Lohnbewegung in den Bereichen der IG Druck, der IG Metall in Baden-Württemberg und der IG Bau führte zudem zu einer Relativierung der reinen Lohnzahl in den Arbeitskämpfen auf der Gewerkschafts- nicht allerdings auf der Kapitalseite.

V.

Der analytische Zugang zum Begreifen der Arbeitskämpfe 1978, ihrer Formen und Probleme, ergibt sich, wie oben kurz skizziert, aus der widersprüchlichen Verkopplung von Handlungsimpulsen und Handlungsblockade im Arbeiterbewußtsein, die der Rolle des subjektiven Faktors, insbesondere der Politik der Gewerkschaften, eine erhöhte Bedeutung für die Auslösung von Widerstandsaktionen der Arbeiterklasse zukommen läßt. Größere spontane Streikbewegungen wie die Septemberstreiks 1969 oder die Sommerstreiks 1973 waren in den letzten Jahren unter den Krisenbedingungen generell nicht sichtbar. „Spontan" soll hier nicht einen Gegensatz zu „Organisiertheit" bezeichnen, sondern ausdrücken, daß diese Aktionen in den Betrieben in Kritik und Korrektur zur offiziellen Tarifpolitik der Gewerkschaften verliefen und ihren organisatorischen Träger nur auf der betrieblichen Gewerkschaftsebene (Vertrauensleute, zum Teil Betriebsräte) fanden.

Ausschlaggebendes Moment der Arbeitskämpfe 1978 wie schon des Druckerstreiks 1976 war hingegen nicht der aktuelle und sich eigenständig entwickelnde Druck aus den Betrieben, sondern eine Mobilisierung der Arbeiterschaft durch die gewerkschaftliche Organisation und ihre Führungen. Die Analyse der Streiks im Winter und Frühjahr 1978 zeigt, daß die Breite der Aktionen, ihre Verankerung in der Arbeiterschaft und ihr Erfolg vorrangig von der Fähigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zur Bewußtseinsbildung, gezielten Informationspolitik, Mobilisierung und ständigen Einbeziehung der Mitglieder abhingen. Dann allerdings zeigte sich eine breite Zustimmung zu Kampfaktionen, für die sich in den Urabstimmungen in den Seehäfen 97,12 Prozent, in den Schwerpunktbetrieben der Druckindustrie zwischen 81 und 99 Prozent und in der Metallindustrie 90,3 Prozent (Baden-Württemberg) und 86,4 Prozent (Nordrhein-Westfalen) der Mitglieder aussprachen.

In der aktuellen Streiksituation entwickelte sich in der aktiven Mitgliedschaft eine Dynamik, die in der Lage war, die eigene Gewerkschaftsführung an einigen Punkten weiterzutreiben (so nach fünf Streiktagen in der zweiten Urabstimmung in den Seehäfen) oder vorschnelle, unzureichende Kompromisse einmütig zu verhindern (so Ende Januar 1978 in der Druckindustrie). Die Kritik am Verhandlungsergebnis in Baden-Württemberg auf den Streikpostenversammlungen und die 35 Prozent Nein-Stimmen bei der zweiten Urabstimmung sind ein Anzeichen dafür, daß die Erwartungshaltung der aktivsten, während des gesamten Kampfes einbezogenen Teile der Mitgliedschaft am stärksten gestiegen ist.

Die zentrale Rolle, die die Gewerkschaften für die Auslösung und die Organisation der Widerstandsaktionen besitzen, verweist auf die Bedeutung einer *konzeptionellen* Vorbereitung der Arbeitskämpfe. Das zielgerichtete Aufgreifen der betrieblichen Probleme und deren Vermittlung mit den gewerkschaftlichen Forderungen, die permanente ideologische Auseinandersetzung mit den Argumentationen der Krisenüberwindungspolitik des Kapitals und die Erläuterung der gewerkschaftlichen Alternativen sowie die politisch-organisatorische Entwicklung der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften stellen einige Elemente einer solchen Mobilisierungsstrategie dar.

Der hartnäckige, mehrjährige Widerstand der Unternehmer gegen die Forderungen

des Tarifvertragsentwurfs „Neue Technik" in der Druckindustrie machte eine solche langfristige Mobilisierung der gewerkschaftlichen Gegenmacht durch die IG Druck und Papier erforderlich. Hierbei sind u.a. folgende Schritte zu erkennen: 1. die Vermittlung der Kampferfahrungen aus dem Lohnstreik 1976, 2. die klare Formulierung der Zielsetzungen, der Durchsetzungsmöglichkeiten und der organisationspolitischen Aufgaben in einem „Aktionsprogramm", 3. die Qualifizierung des gewerkschaftlichen Kaders durch eine Schulung zur Rationalisierungsproblematik, 4. eine kontinuierliche Informations- und Argumentationshilfe für alle Mitglieder durch das Zentralorgan „druck und papier", 5. Maßnahmen zur finanziellen Stärkung und Erhöhung der Kampfflexibilität durch die Beschlüsse des Gewerkschaftstages im Herbst 1977, 6. schließlich die schrittweise Mobilisierung der gesamten Organisation in verschiedenen Warnstreikwellen, bis der generelle Verhandlungsabbruch im Februar 1978 durch die Unternehmer den Beginn der Schwerpunktstreiks in Zentren der Druckindustrie notwendig machte.

In der Metallindustrie Baden-Württembergs war auf der Funktionärsebene im Oktober 1977 mit der intensiveren Vorbereitung der Tarifbewegung begonnen worden, die breite Öffentlichkeitsarbeit setzte jedoch erst im Januar 1978 ein.

Eine von den Gewerkschaftsführungen getragene Mobilisierung schafft günstigere Bedingungen für die Entfaltung der innergewerkschaftlichen Demokratie. Sie entzieht zugleich - wie schon der Druckerstreik 1976 demonstrierte - den Boden für das Wirken ultralinker Gruppen. Auch Positionen, die, wie sie zum Teil vom Sozialistischen Büro vertreten werden, immer wieder die Widersprüche zwischen Basis und Führung, Mitgliedschaft und Apparat, Spontaneität und Organisiertheit zum Ausgangspunkt ihrer Gewerkschaftstheorie und -praxis machen, geraten in Schwierigkeiten, eine solche Konstellation zu erfassen und die positiven Momente in diesem Prozeß zu stärken.

An einigen Fragen der Arbeitskampfstrategie wird beispielsweise die widersprüchliche und zum Teil desorientierende Linie des SB-Organs „express-Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit" sichtbar. In einer Ausgabe zum Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier im Oktober 1977 bezeichnete der „express" den Lohnstreik 1976 als Kampf „an der falschen Front". Nach dem Streik war nicht nur die Kasse leer, der strategischen Lösung des Arbeitsplatzproblems war die Gewerkschaft nicht einen Schritt näher gekommen." (EXPRESS, Nr. 10/1977, S.1)

Diese Kritik ist einmal unhistorisch, weil sie vom Entwicklungsniveau der Gewerkschaft und der Mitgliederbasis, die 1976 seit 25 Jahren den ersten größeren Streik bestanden hatte, abstrahiert. Der Arbeitskampf 1976 war als Katalysator der angestauten Unzufriedenheit der Druckarbeiter ein notwendiger und unverzichtbarer Schritt in der Entwicklung einer autonomen Gewerkschaftspolitik und schuf damit die Voraussetzungen für die Kämpfe an der „richtigen" Front. Die Kritik ist zudem auch praxisfremd und desorientierend, weil sie die anstehende konkrete Aufgabe im Herbst 1977, nämlich die positive Vermittlung der Kampferfahrungen von 1976 für die bevorstehenden Auseinandersetzungen ignorierte. Gerade gegenüber den rechten Kritikern der IG Druck im DGB, die die Kampfunfähigkeit der Gewerkschaft mit „leeren Kassen" begründen wollten, galt es die politische Bedeutung des Beispiels einer

aktiven Gegenwehr in der Krise zu betonen. Ebenso desorientierend wirkt die Forderung nach genereller Zurücknahme des Tarifvertragsentwurfs in einer Situation, in der das Scheitern der Verhandlungen angesichts des Unternehmerwiderstandes unmittelbar vorauszusehen war. Schwerpunktstreiks hält man für eine stumpfe Waffe und rät deshalb schlicht und einfach zu „neuen Streikformen".(EXPRESS Nr.10/1977,S.5) Allerdings hat der erfolgreich geführte Arbeitskampf in der Druckindustrie offensichtlich die „express"-Autoren einige Monate später zu einer Revision veranlaßt: „Dem stellvertretenden Charakter der Auseinandersetzung entsprachen auch die Kampfformen, die die IG Druck in diesem Konflikt wählte". Es wird konzidiert, daß die Streikstrategie, die nach den Warnstreiks mehrere befristete Proteststreiks und die unbefristeten Schwerpunktstreiks umfaßte, „eines erreichte, daß nämlich die Unternehmer einen sehr langen Einigungsprozeß benötigten, um darauf eine einheitliche und angemessene Antwort zu finden". (EXPRESS Nr. 4/1978, S.5)

Ob die Analyse der Kampferfahrungen und deren theoretische Verarbeitung zu einer realistischeren Gewerkschaftslinie der „express"-Autoren führen wird, bleibt noch abzuwarten. Zumindest stimmt die neue Gewerkschaftsdefinition des Mitherausgebers der „Kritischen Gewerkschaftsjahrbücher" Walther Müller-Jentsch in dieser Hinsicht skeptisch, der - nach den Frühjahrskämpfen - die Gewerkschaften nicht mehr als Interessenorganisationen der Arbeiterklasse sondern „zutreffender als bürokratisch verfaßte, intermediäre Organisationen zwischen Kapital und Arbeit" bezeichnete. (Müller-Jentsch, 1978, S.25)

Als Problem der Streikorganisation in der Druck- und Metallindustrie erwies sich, eine Transparenz der Strategie und größtmögliche Einbeziehung der gesamten Mitgliedschaft während des gesamten Kampfes zu gewährleisten. Zwischen den in die Schwerpunktstreiks einbezogenen Belegschaften und den anderen Teilen der Organisation ergab sich unvermeidlich ein Aktivitätsgefälle. Die Überwindung eines vorwiegend passiven Streikverhaltens („Freizeitstreik") stellte die IG Metall vor größere Schwierigkeiten als in früheren baden-württembergischen Metallarbeitskämpfen. Die in der Krise stärker hervortretenden Tendenzen der Konkurrenz, der Individualisierung und Entsolidarisierung wirkten sich besonders unter den Angestellten aus. Allerdings läßt sich in vielen Fällen nachweisen, daß zwischen der erfolgreichen Überwindung dieser Tendenzen und der Qualität der,gewerkschaftlichen Organisationspolitik in den einzelnen Verwaltungsstellen ein enger Zusammenhang besteht.

Das politische Niveau des Druckerkampfes ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, daß die Durchsetzung der spezifischen Forderungen für den Satzbereich, bzw. den Einsatz der neuen Technik, als exemplarischer Kampf („Es geht um unsere Arbeitsplätze") allen Beschäftigungsgruppen weitgehend vermittelt werden konnte.

Die Arbeitskämpfe des Frühjahrs 1978 verweisen darauf, daß die heutigen Kampfbedingungen eine neue Streikqualität erfordern - eine Qualität, wie sie zum Teil schon sichtbar wurde.

1.Angesichts der vielfältigen Spaltungsversuche der Unternehmer zwischen einzelnen Gruppen der Arbeiterklasse, des generellen Verlustes an Kommunikation in der Anonymität des Großbetriebes, der Vereinzelung der Arbeitsplätze und der steigenden

Arbeitshetze kann der Streik nur *in der Aktion* solche Barrieren überwinden und solidarische Beziehungen entwickeln helfen. Ein solches Verständnis des *aktiven Streiks* erfordert die organisatorische Einbeziehung aller Mitglieder, den Einsatz kultureller, publizistischer u.a. Mittel, den Versuch der Einbeziehung, bzw. Betreuung der Familien der Streikenden usw.

2. Der Arbeitskampf kann schon längst nicht mehr auf den ökonomischen Druck, die Verweigerung der Arbeitskraft, begrenzt werden. Er ist in einer harten ideologischen und politischen Auseinandersetzung eingebettet. Dies gilt in besonderem Maße für die Druckindustrie als Teil des ideologischen Machtapparates des Kapitals. Die Entwicklung einer zielgerichteten publizistischen Arbeit, regelmäßige Streikzeitungen, die Erarbeitung von lokalen und regionalen Alternativzeitungen für die Bevölkerung beispielsweise in vielen Zentren der Druckindustrie, Informationsstände, Demonstrationen und andere Mittel, die über die traditionellen Formen des Arbeitskampfes hinausgehen, schaffen eine Gegenöffentlichkeit zur Anti-Streik-Propaganda der meisten bürgerlichen Medien. Eine solche systematische Öffentlichkeitsarbeit trug zu der relativ breiten Solidarisierung mit dem Kampf der IG Druck und Papier in der Gewerkschaftsbewegung und der Resonanz in der Bevölkerung bei, die wesentlich positiver als im Streik 1976 war.

Die Aussperrungsmaßnahmen der Druck- und Metallunternehmer bewirkten entgegen ihrer Intention eine Stabilisierung der Streikfronten und eine Aktivierung der Mitglieder. Die Solidaritätsbewegung in der Gewerkschaftsbewegung, in der in Hessen und Baden-Württemberg der DGB eine initiierende Rolle einnahm, besaß eine vereinheitlichende politische Funktion. Statt ohnmächtiger Wut entwickelten sich diesmal unter den Betroffenen aktive Widerstandsformen. Viele Belegschaften, darunter auch Angestellte, forderten in der Druck- und Metallindustrie eine Einbeziehung in den Streik. Einzelklagen auf Lohnfortzahlung bei Aussperrung wurden in kollektiven und öffentlichkeitswirksamen Aktionen bei den Arbeitsgerichten eingereicht. Die Belegschaften des „Münchner Merkur" und des „Wiesbadener Kurier" blieben nach Bekanntgabe der Aussperrung noch mehrere Stunden im Betrieb. Eine Abteilung der Offenbacher Klingspor-Druckerei und das Werk I der „Frankfurter Rundschau" weigerten sich, den Betrieb zu verlassen. Die Belegschaft der FR brachte während ihrer mehrtägigen Betriebsbesetzung eine eigene Zeitung heraus.

Der Umschlag in offensive Elemente kommt auch in der viel gezeigten Parole „Wer aussperrt, gehört eingesperrt" zum Ausdruck. Auch bedingt durch die zeitweilige Parallelität der Arbeitskämpfe im Druck- und Metallbereich entstand im März und April 1978 die stärkste Bewegung gegen die Aussperrungspraxis in der bisherigen Arbeitskampfgeschichte der Bundesrepublik.

VI.

Zusammenfassend sollen hier noch einmal die materiellen Ergebnisse der Tarifauseinandersetzungen im Winter und Frühjahr 1978 dargestellt werden.

Die lohnpolitischen Resultate sind sehr bescheiden. Nur der Tarifabschluß in den Seehäfen mit fast 7 Prozent geht eindeutig über die „Leitlinien" des Sachverständigenrates und der Bundesregierung hinaus. Der Abschluß in der Metallindustrie von 5 Prozent plus der Pauschale von dreimal 137,-DM kann höchstens zur Sicherung der Realeinkommen ausreichen. Der Wegfall der Lohngruppe 2 wurde nicht durchgesetzt. Die eigentlichen Erfolge der Arbeitskämpfe wurden im Bereich der Manteltarifpolitik errungen, wenngleich auch diese Tarifverträge Kompromißcharakter haben.

Der Tarifvertrag zum Abgruppierungsschutz in Baden-Württemberg, der leicht modifiziert auch in Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland übernommen wurde, konnte zwar den Grundsatz der Metallunternehmer, nur eine individuelle Sicherung zuzugestehen, nur geringfügig durchbrechen. Vergleicht man diesen Vertrag aber mit den früheren Rationalisierungsschutzabkommen und anderen Regelungen, so wurden hier doch wichtige Erfolge errungen: 1. Im Unterschied zu bisherigen Abkommen werden *alle* Formen von Abgruppierungen erfaßt. 2. Durch die Begrenzung der Abgruppierungsmöglichkeit auf höchstens zwei Lohn- bzw. eine Angestelltengehaltsgruppe wird ein starker sozialer Abstieg verhindert. 3. Sowohl die Verpflichtung zur rechtzeitigen Ankündigung als auch die Priorität von Umsetzung und Umschulung für den Betroffenen schaffen für die Betriebsräte erweiterte Möglichkeiten, auf die Personalpolitik Einfluß zu nehmen. 4. Wichtig an diesem Tarifvertrag ist ebenfalls, daß über achtzehn Monate eine volle Besitzstandssicherung erfolgt und die Anpassung nur über eine 50%ige Verrechnung der Lohnerhöhungen erfolgt, d.h. über ein geringeres Wachstum. 5. Eine vierteljährliche Berichterstattung über den Lohn- und Gehaltsgruppendurchschnitt ermöglicht den Betriebsräten die Verfolgung des Qualifikationsniveaus und einen Vergleich auf regionaler Ebene.

Der „Tarifvertrag über Einführung und Anwendung rechnergesteuerter Textsysteme" in der Druckindustrie beeinflußt die sozialen Bedingungen des Einsatzes dieser neuen Technologie. Er ist — entgegen mancher mißverständlicher Berichterstattung — nicht in der Lage, die Arbeitsplätze *aller* Setzer und andere Facharbeiter zu sichern. Nach Schätzungen aus Kreisen des Druckkapitals drohen bis zu Zweidrittel der Arbeitsplätze bei massiver Einführung der neuen Technik vernichtet zu werden. (DRUCK UND PAPIER Nr. 17/1977,S.8) Er sichert allerdings einem Teil der Facharbeiter, insbesondere der Setzer, einen qualifizierten Arbeitsplatz durch eindeutige Besetzungsvorschriften an der neuen Technik. In diesem und auch in anderen Punkten geht der Tarifvertrag über alle bisherigen Sozialplanregelungen und Rationalisierungsschutzabkommen hinaus.

Zu seinen wichtigsten Bestimmungen gehören: 1. Fachkräfte der Druckindustrie haben für acht Jahre nach Umstellung Anspruch auf die vorrangige Beschäftigung mit den neuen Arbeiten im rechnergesteuerten Textsystem. 2. Schriftsetzer und ihnen gleichgestellte Arbeitskräfte erhalten ihre bisherige tarifliche Entlohnung, auch wenn sich die Arbeitsbedingungen aufgrund der Einführung der Elektronik ändern. 3. Für alle Bildschirmarbeiten schreibt der Tarifvertrag für jede Stunde fünf Minuten Erholungszeit oder alle zwei Stunden eine 15minütige bezahlte Unterbrechung der Tätigkeit vor. 4. Der neue Tarifvertrag regelt ausführlich die technischen Bedingungen, die als Mindestanforderung im Sinne einer menschengerechten Gestaltung von den Bildschirmen erfüllt werden müssen. Diese Regelungen haben auch eine große Bedeutung für die Wirtschaftsbereiche, in denen bisher unter schlechteren Bedingungen

Bildschirme schon eingesetzt wurden. 5. Redakteure dürfen nicht gezwungen werden, fremde Texte ohne Abänderung in Satz zu geben. 6. Mehrere Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes sind präzisiert oder erweitert worden.

Die Umsetzung beider Tarifverträge setzt eine aktive, kämpferische Betriebsratstätigkeit voraus. Beide Verträge reflektieren den Umdenkungsprozeß in den Gewerkschaften in ihrer Haltung zu Rationalisierung und technischem Fortschritt: es sollen nicht mehr nur die sozialen Folgen ausgeglichen werden, Ziel ist die Einflußnahme und Kontrolle des Prozesses technologischer Veränderungen selbst im Interesse der Arbeiterklasse. Auf diesem Weg setzen beide Tarifverträge, in seiner inhaltlichen Reichweite in erster Linie der Druckvertrag, neue Marksteine.

VII.

1.Das Abgruppierungsproblem in den Arbeitskämpfen 1978 hat die Schwächen eines ausschließlich auf Arbeitsbewertung beruhenden Entlohnungssystem deutlich werden lassen, zumal wenn in ihnen durch die Produktivkraftentwicklung bedingte Veränderungen wie z.B. der langsame Bedeutungswechsel von physischen zu psychischen Belastungen im Arbeitsprozeß noch nicht enthalten sind. Will man nicht beständig reaktiv auf solche Entwicklungen antworten, dann werden solche Entlohnungssysteme relevanter, die auf einem, für die Arbeiter und Angestellte gemeinsamen, Mindesteinkommen beruhen, das durch variable Aufschläge nach eingebrachter Qualifikation und erbrachter Leistung differenziert. Solche Vorstellungen, in der IG Metall schon auf der Automationstagung 1965 vorgeschlagen (IG Metall-Vorstand, 1965,S.935 ff), wurden 1977 in der tarifpolitischen Entschließung des 12. Gewerkschaftstages beschlossen. Da allerdings die detaillierte Ausarbeitung und die Durchsetzung einige Jahre Zeit brauchen wird, gewinnen solche Tarifverträge zur Status-Quo-Sicherung, wie sie jetzt von der IG Metall und der IG Druck und Papier abgeschlossen wurden, an Bedeutung, zumal der Absicherungstarif durch den Widerstand Gesamtmetalls nicht einmal in allen Tarifbezirken verallgemeinert werden konnte.

2. Je stärker die Möglichkeit von Lohnsenkungen durch Abgruppierung entfällt, wird das Kapital, wie prompt angekündigt wurde, verstärkt auf Lohnkostenersparnis durch Beschäftigungsabbau, sprich Entlassungen, orientieren. Im Saarland, im Bremer Raum, in Teilen NRW's und in einigen peripheren Gebieten der BRD hat sich das Arbeitslosigkeitsproblem durch eine Dominanz von Krisenzweigen, wie der Eisen- und Stahlindustrie, den Werften, dem Maschinenbau oder der Häufung von Zweigwerken, die im Konzern lediglich als verlängerte Werkbank fungieren, enorm verschärft (Lenhardt/Weiß, 1978, Hautsch u.a. 1978), und auch schon zu zahlreichen betrieblichen, konzernumfassenden (VFW-Fokker) oder regionalen Kämpfen gegen Betriebsstillegungen, Massenentlassungen oder allgemein gegen Arbeitslosigkeit geführt.

Die konsequente Mobilisierung der Belegschaften gegen betriebliche Entlassungen, die Herstellung von Solidarität innerhalb der jeweiligen Konzerne bzw. innerhalb des jeweiligen Territoriums sind die entscheidende Basis für alle weiteren, allgemeineren Kämpfe gegen die Arbeitslosigkeit. Die immer noch häufig zu findende Einbeziehung

der Betriebsräte in das Krisenmanagement lähmt nicht nur die kollektive Gegenwehr, sondern schädigt darüberhinaus, wie auch die Betriebsratswahlergebnisse zeigen, das Ansehen und die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften schwerwiegend.

Indes zeigen die Zahlen über die Arten des Beschäftigtenabbaus die Schraube für eine bloß betrieblich agierende Abwehrstrategie. Da durchschnittlich mehr als 60-70 Prozent des Beschäftigungsabbaus zwischen 1973 und 1977 auf das Konto der Nichtersetzung der Fluktuation bzw. der natürlichen Abgänge ging und diese Methode durch Abfindungsgelder, das bekannteste Beispiel war der VW-Konzern, noch intensiviert wurde, konnten damit zwar betriebliche Probleme gemildert werden, das gesamtwirtschaftliche Gewicht der Arbeitslosigkeit wurde dadurch allerdings mangels anderer Kompensationsmöglichkeiten im tertiären Sektor erheblich verstärkt und dauerhafter fixiert. Deshalb orientiert das „Vollbeschäftigungsprogramm" des DGB von 1977 zum einen auf die weitere systematische Reduzierung des Arbeitsvolumens und zum anderen auf strukturpolitisch angelegte Maßnahmen zur Initiierung eines „qualitativen Wachstums".

3. In den Mittelpunkt tritt für die Gewerkschaftsbewegung deshalb jetzt die Politik der Arbeitszeitverkürzung und hierbei insbesondere alle Formen, die tarifvertraglich zu erkämpfen sind, wie z.B. die Verkürzung der Wochen- und Tagesarbeitszeit, die Urlaubsverlängerung, die Ausdehnung von Erholpausen für besonders belastete Arbeitergruppen und der Abbau von Überstunden.

Grundlage dieser Strategie ist die Einschätzung, daß der parlamentarische Weg zum Ausbau des Sozialstaates weitgehend blockiert sei und daß man sich deshalb wieder stärker auf die eigene Kraft, d.h. die tarifvertraglichen und damit streikfähigen Möglichkeiten besinnen müsse (H.O.Vetter, Grundsatzreferat, DGB-Kongreß 1978,S.128). War für die 70er Jahre nach Abschluß der Bewegung für die 40Std.Woche die weitere Ausdehnung des Urlaubs auf 6 Wochen in den Mittelpunkt getreten, so forcierte die anhaltende Arbeitslosigkeit die Diskussion um durchgreifendere Formen von Arbeitszeitverkürzung. Als erste Gewerkschaft forderte die IG Druck die 35 Std. Woche, der sich seit 1974 dann u.a. die Deutsche Postgewerkschaft, die Gewerkschaft Holz und Kunststoffe und nach heftigen Diskussionen auch die IG Metall anschlossen. Auf dem DGB-Kongreß im Mai 1978 wurde die 35 Std. Forderung dann ebenfalls mit großer Mehrheit verabschiedet.

Im Eisen- und Stahlbereich in NRW fordert die IG Metall nach Kündigung des Manteltarifvertrags erste Schritte hin zur 35-Stunden-Woche u.a. durch bezahlte Freischichten in einer ersten Phase. Die sich immer stärker zuspitzende Gegenläufigkeit von Produktions- und Produktivitätsentwicklung erfordert zur Beschäftigungssicherung genauso zwingend die Arbeitszeitverkürzung wie die mit diesen rapiden Produktivitätssteigerungen einhergehenden Arbeitsintensivierungsmaßnahmen. Im Mittelpunkt der Umsetzung stehen jetzt die Fragen des vollen Lohnausgleichs, ohne die eine Arbeitszeitverkürzung nichts anderes als unbezahlte Kurzarbeit wäre, und die Notwendigkeit tarifvertraglicher Schranken gegen ein Auffangen der Arbeitszeitverkürzung durch Arbeitsintensivierungsstrategien, denn erste Kommentare des Deutschen Industrieinstituts (IWD,Nr.27,13.Juli 1978) drohen unverholen mit den ungewöhnlich hohen Rationalisierungsmöglichkeiten, insbesondere im kaufmännischen

Angestelltensektor. Zugleich muß für die Durchsetzungsstrategien die hohe Wahrscheinlichkeit von Arbeitskämpfen frühzeitig mitbedacht und in die Tarifauseinandersetzungen einbezogen werden.

4. So positiv der Übergang in den DGB-Gewerkschaften von einer Politik bloßer Appellationen an den Staatsapparat hin zur Besinnung auf die eigene Kraft ist, zugleich ist damit in einigen Gewerkschaftskreisen der Versuch verbunden, das Konfliktpotential zur Bundesregierung zu minimieren. Umso ernster ist deshalb der Hinweis H.O.Vetters zu nehmen, daß „wir in wesentlichen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung auf Entscheidungen der Parteien und Parlamente angewiesen sind, die wir nicht einfach aus der Verantwortung entlassen dürfen." (H.O.Vetter, Grundsatzreferat, DGB Kongreß Mai 1978,S.129). Er schlußfolgerte: „Wir brauchen Aktionsprogramme, die nicht nur appellieren, sondern handlungsanleitend sind." (ebenda) In dieser Beziehung sind zwei Prozesse relevant, die es weiterzuentwickeln gilt.

a) Die oben skizzierten ökonomischen Veränderungen und die dadurch entstandene „ideologische Lücke" haben 1978 zu einer wesentlich aufnahmebereiteren Stimmung in den Gewerkschaften gegenüber dem den Sachverständigenrat scharf kritisierenden "Memorandum" von über 100 Wirtschaftswissenschaftlern geführt. Wurden die ersten beiden Gutachten noch mit einiger Skepsis aufgenommen, so wurde das 78er Gutachten nicht nur von einer Vielzahl von Mitarbeitern des gewerkschaftlichen WSI-Instituts und des Westberliner DIW-Instituts, sondern auch von zahlreichen gewerkschaftlichen Funktionsträgern unterzeichnet. In zahlreichen Gewerkschaftszeitungen erschienen inzwischen ausführliche Darstellungen, die u.a. z.B. von den Leitern der Wirtschaftsabteilungen der IG Metall und der Deutschen Postgewerkschaft verfaßt wurden. Das ausführliche Memorandum selbst ist im gewerkschaftseigenen Bund-Verlag erschienen. Im wirtschaftspolitischen Antrag des DGB Bundesvorstandes für den DGB-Kongreß '78 wurden wichtige „Grundsätze einer beschäftigungs-orientierten Wirtschaftspolitik" formuliert, die u.a. fordern:

„1. die Entscheidungen über Beschäftigung und Produktion, über Investition und Preise dürfen nicht primär an den Gewinninteressen der Unternehmer orientiert sein. Sie müssen sich stattdessen an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren. 2. die Absage an alle beschäftigungs- und verteilungspolitischen Konzepte, die auf eine Unterordnung der staatlichen Wirtschaftspolitik und der gewerkschaftlichen Tarifpolitik unter unternehmerische Gewinn- und Herrschaftsinteressen hinauslaufen."

b) Auf dem DGB-Kongreß wurde in Auswertung der positiven Ergebnisse der Gewerkschaftsjugendbewegung „Stop Jugendarbeitslosigkeit" auf Antrag des DGB Baden-Württemberg eine Aktion „Stop Arbeitslosigkeit" beschlossen. Nachdem auf Beschluß des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 5.April dieses Jahres koordinierte Aktionstage gegen die Arbeitslosigkeit in Westeuropa stattgefunden haben, in Spanien und Italien unter anderem mit Streiks und Massenkundgebungen, in der BRD mit einer Pressekonferenz von H.O.Vetter, könnte damit auch in der Bundesrepublik praktisch der Schritt von appellativer zu einer das gewerkschaftliche Kampfpotential ausschöpfenden Politik vollzogen werden. Dabei müssen für die Relevanz einer solchen Aktion neben den dringend nötigen realen Erfolgen gegen die Arbeitslosigkeit auch folgende Momente beachtet werden:

- durch entsprechende Aktionen könnte ein öffentliches Gegengewicht gegen die Darstellung der Gewerkschaften und ihres Lohnkampfes als Ursache der Arbeitslosigkeit geschaffen werden;
- Massenaktionen könnten in stärkerem Maße die weitgehende Nichtverbreitung der gewerkschaftlichen Alternativen in den Massenmedien durchbrechen helfen;
- kollektive Massenaktionen gegen die Arbeitslosigkeit ermöglichen breitere, aktive Einbeziehung von Arbeitslosen, die bislang aufgrund der Dominanz betrieblicher Arbeit in den Gewerkschaften, am Rande der Gewerkschaftsarbeit standen. Zugleich sind solche Aktionen geeignet, das sozialpsychologisch gefährliche Moment der Individualisierung der Arbeitslosigkeit aufzufangen. Die Erkenntnis der Kollektiven Betroffenheit, die in Vorbereitung und Durchführung solcher Aktion entsteht, ist ein Gegengewicht gegen spontane private Fluchtformen.
- nicht zuletzt ist der kollektive gewerkschaftliche Widerstand wichtig, um nicht den Sozialdemagogen bis hin zu neofaschistischen Gruppen die Arbeitslosen zu hemmungsloser Mobilisierung gegen alle Reformen, Ausländer und die Gewerkschaften zu überlassen.

Schon in der jetzt beginnenden Diskussion um die Anlage dieser Aktion werden solche Momente starke Beachtung finden müssen, wie auch die Einbeziehung eines breiten Spektrums von Kampf- und Öffentlichkeitsarbeitsformen, die z.T. in diesen Arbeitskämpfen 1978 erprobt wurden.

5. Die Autonomie der DGB-Gewerkschaften, ohnehin durch zahllose juristische Einschränkungen und einkommenspolitische Institutionen ständig bedroht, wird gegenwärtig nur zu verteidigen sein, wenn koordinierte Aktionen gegen die Aussperrung organisiert werden, „die ja in ihrer Flächenwirkung darauf angelegt ist, die Existenz einer ganzen Gewerkschaft in Frage zu stellen" (H.O.Vetter, DGB Bundeskongreß Mai '78,S.113). Über die Frage des Wie ist es im Verlauf und in der Auswertung der Arbeitskämpfe zu Diskussionen und ersten Antworten gekommen, die sich auf die Überarbeitung der Arbeitskampfrichtlinien, eine juristisch- politische Offensive und das gesetzliche Verbot der Aussperrung beziehen.(vgl. dazu grundsätzlich: R.Geffgen, Gewerkschaften und Arbeitsrecht, SOPO 44)

Entsprechend den oben genannten Grundeinschätzungen rechnet H.O.Vetter nicht damit, „daß die Bundesregierung eine Initiative ergreift, um die Aussperrung bedingungslos zu verbieten". Und E.Loderer meinte, der eigentliche Adressat könnten nur die Gerichte sein, da die Aussperrung schon jetzt grundgesetzlich nicht erlaubt sei und nur durch Richterrecht legitimiert sei. Mit diesen beiden Argumentationssträngen und der Befürchtung, die Forderung nach gesetzlichem Verbot könne ein Verbändegesetz provozieren, wurde ein gesetzliches Verbot nicht ausdrücklich auf dem DGB-Kongreß gefordert, wie es unter anderem die IG Druck ausdrücklich gefordert hatte.

Mit dem Kampfmittel der Massenklagen wurde erneut verdeutlicht, daß juristische Entscheidungen Ausdruck politischer Kräfteverhältnisse sind und in gewissem Maße auch das vorherrschende öffentliche Bewußtsein mitreflektieren müssen. Die Ergebnisse bisheriger Urteile in von der IG Metall angestrengten Verfahren laufen samt und sonders, zum Teil mit äußerst zynischen Kommentaren auf eine Legitimation der

sogenannten Abwehraussperrung hinaus. Dabei mußte die IG Metall erhebliche ideologische Unklarheiten selbst unter ihren Funktionären konstatieren, die das Vorstandsmitglied K.H.Janzen in der Metall Nr. 12/78 so charakterisierte: „Nicht passieren darf jedenfalls eines: daß Mitglieder und Funktionäre der IG Metall sich im Grunde ihres Herzens mit der Tatsache abfinden, daß die Aussperrung in der Bundesrepublik rechtlich geduldet und dann eben in Tarifauseinandersetzungen angewandt wird. Und daß sie meinen, die jetzigen Prozesse vor den Arbeitsgerichten könne man gelassen unseren Rechtsexperten überlassen". Er wies darauf hin, daß die IG Metall für den Arbeitskampf in Nordwürttemberg/Nordbaden etwa 130 Millionen DM Unterstützung bezahlt habe bei einem jährlichen Beitragsüberschuß von nur ca. 40 Millionen DM.

Ein solches „legalistisches" Bewußtsein spiegelte sich denn auch im Verhalten vieler Gewerkschafter in den Arbeitsgerichtsprozessen nach den Tarifkämpfen im Metallbereich. Die eigentlich mit den Massenklagen intendierte politische Mobilisierung für diese Prozesse kam in zahlreichen Verwaltungsstellen nicht zustande.

In der Veränderung der DGB-Arbeitskampfrichtlinien steht die verbindlichere Festlegung von ideeller, materieller und publizistischer Solidarität für jede von der Aussperrung bedrohte Einzelgewerkschaft im Mittelpunkt. Darüberhinaus wurde schon in der WSI-Studie Nr.36 „Die Aussperrung" die rechtliche Legitimität von Solidaritäts- und Sympathiestreiks nachgewiesen. In der Diskussion stehen darüberhinaus Überlegungen, durch Streiks nach Ende der Aussperrung die Lohnzahlung für die ausgesperrte Zeit zu erstreiken oder durch Streichung der Beitragunterstützung in Aussperrungsfällen in den Gewerkschaftssatzungen die Unternehmerverbände in Handlungszwang zu bringen. Als Verstärkung des politischen Widerstands gegen die Aussperrung sind solche Kampfformen, wie die erstmalig im Druckbereich praktizierte Betriebsbesetzung anzusehen. Mit der Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung würde allerdings die Aussperrungsbewegung neben den einzelnen Kampfformen eine allgemeinere politische Dimension erlangen, die viele Einzelbewegungen zusammenfassen könnte.

Literaturverzeichnis

Abendroth,M., Beckenbach,N., Dombois,R.: Hafenarbeiterstreik '78. Zum Konfliktpotential der Hafenarbeiter, in: Leviathan 2/78,S.286 ff;

Bierbaum,Ch., u.a.: Ende der Illusionen? Bewußtseinsveränderungen in der Wirtschaftskrise, Frankfurt/M., Köln 1977;

Dähne,E., Priester,K.: Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlicher Kampf, Informationsbericht des IMSF Nr.20, Frankfurt am Main 1978;

Deppe,F.: Zu einigen Problemen der Bestimmung des gegenwärtigen gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse in der BRD, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Frankfurt/M. 1978;

Hautsch,G.,Huffschmid,J.,Schwarz,W.,Wiener,P.: Arbeitskämpfe '77, Soziale Bewegungen — Analyse und Dokumentation des IMSF —, Frankfurt/M. 1978;

Heiseler,W.v.: Arbeiterbewußtsein und Krise, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Frankfurt/M. 1978;

IG Metall Vorstand: Automation: Risiko und Chance, Frankfurt/M. 1965;

IG Metall Vorstand: Strukturelle Arbeitslosigkeit durch technologischen Wandel? Schriftenreihe der IG Metall Nr. 72, Frankfurt/M. 1977;

Kern,H.: Der Betrieb als gewerkschaftliches Praxisfeld, in: Borsdorfs,U., u.a.(Hrsg.), Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität, Köln 1977;

Kern,H.,Schauer,H.: Rationalisierung und Besitzstandssicherung in der Metallindustrie I, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/78, S.272 ff;

Lenhart,A.,Weiß,G.: Stahlkrise an der Saar. Ein Kampf um Arbeitsplätze, Reihe Soziale Bewegungen, Frankfurt/M. 1978;

Müller—Jentsch,W.: Die neue Linke und die Gewerkschaften, in: Das Argument 107, Westberlin 1978,S.17 ff;

Pickshaus,K.,Roßmann,W.: Streik und Aussperrung 1978 — Hafen, Druck, Metall. Reihe Soziale Bewegungen. Frankfurt/Main 1978;

Schumann,M.,Wittemann,K.P.: Tendenzwende im Arbeiterbewußtsein? in: Frankfurter Hefte, Heft 4/1977,S.69 ff;

Johanna Hund

Zur gegenwärtigen technologischen Entwicklung und deren Auswirkung auf die Beschäftigungslage

Ein „Warnruf vor der Computerrevolution" ist das „Ergebnis" einer britischen Studie über die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Die Gefahren dieser neuen Technik seien immens. Denn sie kann Millionen Arbeitsplätze vernichten, Facharbeitskräfte zu Hilfsarbeitern degradieren und auch bisherige Erfolge der Frauenemanzipation wieder zunichte machen. „Schuld" ist der Silizium-„Chip", ein „kaum briefmarkengroßer elektronischer Riese".[1] Dieser sogenannte Chip gelangte über die bürgerlichen Massenmedien als „job-killer" zu schreckenerregender Berühmtheit, noch ehe all diejenigen, die zwar u.U. betroffen, aber keine Elektronik-Experten, erfahren konnten, was es mit diesem Mikroprozessor bzw. Mikrocomputer auf sich hat und welche produktionstechnischen - u.U. auch arbeitserleichternden Möglichkeiten sich eröffnen könnten. Verblüffend ist die Analogie zu vergangenen Phasen der Industrialisierung. „Schuld" an Arbeitslosigkeit und sozialem Elend ist die Technik, nicht der Kapitalismus. Da werden die Maschinenstürmer als fortschritthemmende wildgewordene Arbeitermassen aufgebauscht und „Heizer auf E-Loks" als realitätsferne Schwärmerei abgetan, nur um mögliche systemkritische Einsichten abzuwehren. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichten derartige Abwehrkampagnen während des Druckerstreiks im Frühjahr 1978. Jeder Gewerkschaftler muß heute - soll seine Kritik an der gegenwärtigen technologischen Entwicklung Gehör finden - vorab ein Bekenntnis zum technischen Fortschritt ablegen. „...wenn man über den technischen Fortschritt spricht: Da sagen die Kollegen, ich bin zwar kein Maschinenstürmer, aber... Und dann kommt von der anderen Seite das berühmte Beispiel vom Heizer auf der E-Lok ... Wir wollen den Heizer auf der E-Lok nicht..."[2] „Wir haben uns nie grundsätzlich der Rationalisierung und dem technischen Wandel entgegengestellt..."[3] „Wir, die Gewerkschaft ÖTV, haben nichts gegen Rationalisierung."[4] etc. Breitere Diskussionen über die technologische Entwicklung gibt es auch in den Gewerkschaften erst seit dem tiefen Kriseneinbruch 1966/67 und natürlich insbesondere seit der langandauernden Massenarbeitslosigkeit, die mit der zweiten krisenhaften Erschütterung des Jahres 1973 einsetzte. Bis dahin huldigte man allgemein, auch in den Gewerkschaften, einem Glauben an den uneingeschränkten „Segen" des technischen Fortschritts. Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und technischer Fortschritt erschienen als unzerstörbare Säulen des bundesdeutschen Wirtschaftswunders.

Die ersten Rationalisierungsschutzabkommen Anfang bis Mitte der 60er Jahre wirken aus heutiger Sicht wie Vorboten. Ihre Zielrichtung basierte damals auf dem Prinzip der „Erhaltung des individuellen sozialen Besitzstandes." Sie sollten in erster Linie ältere Arbeitnehmer vor Arbeitslosigkeit schützen und implizieren die Vorstellung, Ältere könnten mit dem technischen Fortschritt nicht Schritt halten. Für die Jüngeren gab es

damals noch genügend Ausweichmöglichkeiten in andere Betriebe oder Industriezweige. Heute greifen diese Rationalisierungsschutzabkommen nicht mehr. „Bisher hatten die Gewerkschaften sich vorwiegend mit dem Schutz vor den Nachteilen des Rationalisierungsprozesses zufrieden gegeben. Jetzt wollen sie diese Prozesse gemäß den eigenen Zielen direkt und indirekt mit beeinflussen... Ihr Ziel heißt jetzt nicht nur defensiv 'Absicherung des sozialen Besitzstandes', es lautet auch 'aktive Gestaltung des Innovationsprozesses im Interesse der Arbeitnehmer".[5] Diese „Vorwärtsstrategie der Gewerkschaften ist neu,"[6] sie wird einen entscheidenden Nerv des kapitalistischen Systems, die Investitionen, wohl kaum aussparen können.

Bereits als Reaktion auf die erste Krise 1966/67, nämlich um die entstandenen Disproportionalitäten zwischen Mehrwert und Kapitalstock auszugleichen, setzte ein gigantischer Schub von „Neuerungs- und Modernisierungs"-Investitionen, von Konzentration und Zentralisation ein.[7] Damit war der zweite große wirtschaftliche Einbruch in der Nachkriegsentwicklung der BRD bereits angelegt. Durch Einsatz neuer Technologien und Rationalisierungsverfahren würden die Produktionskapazitäten ausgeweitet in einer Situation, deren Krisenhaftigkeit gerade durch Überkapazität gekennzeichnet war. (Schätzungsweise soll während der Krise ein Wachstumsspielraum von über 90 Mrd. DM unausgeschöpft geblieben sein). „Steigende Produktivität, die sich, wenn auch nicht ausschließlich, so doch überwiegend aus der Anwendung des technischen Fortschritts ergibt, ist besonders deutlich im Kernbereich der materiellen Produktion, in der Industrie nachweisbar. So stieg dort bei einem Rückgang der Beschäftigten zwischen 1973 und 1976 um fast 1 Mio (Arbeiter und Angestellte) und bei gleichzeitiger Abnahme der geleisteten Arbeitsstunden ... die Arbeitsproduktivität je Arbeiterstunde um 21 Prozent."[8]

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung unterscheidet in einer Untersuchung strukturschwacher Wirtschaftsgebiete Innovationen nach ihren Effekten in produkt- und produktionstechnische Innovationen. Von Innovationen für neue Produkttechnologien (Möglichkeiten zur Herstellung neuer Produkte) ist eine arbeitsplatzschaffende, von produktionstechnologischen Veränderungen eine arbeitsplatzvernichtende Wirkung zu erwarten. Mit Hilfe dieser Kategorien wird versucht, das Innovationspotential der nächsten 10 Jahre zu analysieren. Dabei wird deutlich, daß technologisch bedeutsame Innovationen im Bereich der Produktion zahlenmäßig dominieren, d.h. in erster Linie handelt es sich „um Technologien zur Steigerung des Automatisierungsgrades und zur Veränderung der technischen Organisationsstruktur."[9] Dagegen werden sich neue Produkttechnologien im wesentlichen auf Detail- bzw. Funktionsveränderungen konzentrieren, d.h. bereits vorhandene Produkte werden verbessert oder mit mehr technischen Finessen ausgestattet. Eine Marktausweitung und somit eine kaufkraftabsorbierende Wirkung ist nicht zu erwarten, sondern diese Produkte treten „in Substitutionskonkurrenz zu bereits auf dem Markt befindlichen Erzeugnissen".[10]

Die Möglichkeiten der Automatisierung wachsen

Das revolutionierende und strukturbestimmende Merkmal des „technologischen Wandels" ist nach wie vor der Prozeß des Übergangs von Mechanik bzw. Elektromechanik zu Elektronik bzw. Mikroelektronik, dem Kernelement heutiger Automatisierungsmöglichkeiten. Bedenkt man, daß Automatisierung einerseits die Entwicklung geeigneter Produktionssysteme, andererseits aber auch die Entwicklung geeigneter Informationssysteme voraussetzt, dann heißt das: nahezu alle Bereiche des zu automatisierenden Industriebetriebes werden von diesem Umorganisierungsprozeß erfaßt. Mit anderen Worten: Die neue Qualität automatisierter Herstellungsverfahren kommt erst voll zu Tragen, wenn mit der Produktion verknüpfte Bereiche wie z.B. das innerbetriebliche Kommunikationssystem, der Materialtransport, die Lagerhaltung und schließlich auch das Rechnungs- und Personalwesen auf die gleiche Stufe der Entwicklung gebracht werden. Steuerung, Regelung und automatische Optimierung von Produktionsprozessen bedingen entsprechende Datenverarbeitungsanlagen. Und ein Teil der gegenwärtigen Veränderungen vollzieht sich gerade in diesen Bereichen.

Die Palette der neu entwickelten Verfahren ist breit. In der Ifo-Studie werden folgende Technologien als besonders bedeutsam genannt:

— Adaptive Control System
— automatische Montagesysteme
— Industrieroboter
— flexible Fertigungssysteme
— Computer Aided Manufacturing System
— Mikroprozessoren[11]

Hierbei handelt es sich nicht etwa um „'high-sophisticated'-Technologien", sondern um solche, die „aller Voraussetzung nach im Zeitraum der nächsten zehn Jahre größere Anwendungsbreite"[12] erhalten. Außerdem zeigen die aufgeführten Technologien auch den Fortschritt in der Entwicklung, insofern eine größere Anpassung an unterschiedliche Produktionsstrukturen möglich wird. Von folgenreicher Bedeutung wird die Möglichkeit der Automatisierung in der Kleinserien-Fertigung, vor allem durch den Einsatz von Mikroprozessoren.[13] Eine Hürde stellt gegenwärtig die Entwicklung der Software dar: „Es bereitet große Schwierigkeiten, zuverlässige portable Software für die Prozeßrechner-Hardware zu angemessenen Kosten zu produzieren".[14] Die Frage der Kosten für Software ist natürlich insbesondere für die Automatisierung der Kleinserienproduktion von zentraler Bedeutung. Im Hardwarebereich hat eine Verbilligung um den „Faktor 1000" in den letzten 15 Jahren stattgefunden: „Ein Transistor hat vor 15 Jahren etwa DM 2,-- gekostet. Dieselbe Funktion erfüllt heute ein Transistor in einer integrierten Schaltung für 0,2 Pfennige".[15]

Auswirkungen der „neuen Technik" in einigen Industriezweigen

Die Natur der kapitalistischen Entwicklung bringt es mit sich, daß wir den Verbreitungsgrad neuer Technologien auf die vielfältigste Weise rekonstruieren müssen.

Allerdings werden die Auswirkungen in weiten Bereichen der materiellen Produktion, aber auch in Büros und Verwaltungen an der Oberfläche bereits deutlich sichtbar.[16]

Mit der Anwendung mikroelektronischer Erkenntnisse und Gesetzmäßigkeiten in der Produktion ist natürlich in erster Linie der Industriezweig von den Veränderungen betroffen, in dem dieser Prozeß unmittelbar stattfindet. Die Statistik führt hierfür die Kategorie: Elektroindustrie oder noch weiter gefaßt: metallverarbeitende Industrie. Der tatsächliche Ausgangspunkt des Umwälzungsprozesses ist der Kernbereich der Elektroindustrie: die *Elektronik-* und *Datenverarbeitungs*-industrie; dort, wo die mikroelektronischen Bausteine hergestellt werden. Mikroelektronische Bausteine sind eine qualitativ neue Stufe in der Entwicklung der Halbleiterproduktion, die insbesondere durch Miniaturisierung (elektromechanische Rechenzentren füllten u.U. ganze Räume aus) und Integration Hunderttausender von Schaltkreisen (vormals „diskret")[17] charakterisiert ist.

Die Elektronik- und Datenverarbeitungsindustrie dürfte heute eine Schlüsselstellung für die wirtschaftliche Entwicklung der BRD einnehmen. Von keinem anderen Industriezweig geht eine derart dominierende, strukturverändernde und die Entwicklung der Produktivkräfte bestimmende Wirkung aus.

Die „Zellen" der heutigen Automatisierungsmöglichkeiten sind die verschiedenen elektronischen Bauelemente. Ihre Herstellung selbst ist ohne automatische Herstellungsverfahren undenkbar.[18] Ein hervortretendes Kennzeichen für die Veränderungen in der Halbleiterproduktion ist einmal die Reduktion von unqualifizierten (Frauen-) Arbeitstätigkeiten, die z.B. Löten und Verdrahten von Schaltkreisen, Montage und Prüfen ausmachten, und zum anderen der Wegfall von klassischen Facharbeiterberufen wie z.B. Mechaniker, Werkzeugmacher, Schlosser, Dreher etc. Mit anderen Worten: Die Tätigkeiten, die unmittelbar im Herstellungsprozeß erforderlich waren und die sich durch handwerkliche Qualifikationen, Fingerfertigkeit und Schnelligkeit auszeichneten, fallen weg. Dagegen ist eine Zunahme bei den Berufen, deren Tätigkeiten eher in vorgelagerten und nachgeschalteten Bereichen liegen, zu verzeichnen. Dies sind: Elektroniker, Informatiker, Programmierer, Prüfer u.ä. (Ein Vertreter der Firma Siemens umschreibt: „Zunahme des automatenorientierten Personals, besonders im Prüfbereich, Zunahme an speziell ausgebildeten Facharbeitern, Zunahme an elektronischen Designern und Software-Erstellern".[19] Diese „Umschreibung" dokumentiert ungewollt das ganze Dilemma des bestehenden Berufsausbildungssystems.)

Der *Elektro-Gerätebau* - in der Statistik ebenfalls unter Elektroindustrie subsumiert - gehört zum Bereich der Anwender elektronischer Bauelemente. Einer der klassischen Bereiche der Mechanik bzw. Feinmechanik, die nun zunehmend durch die Elektronik bzw. Mikroelektronik verdrängt wird. Die Erfahrungen sind hier ähnlich wie in der Uhrenindustrie: Wenn sich die zu montierenden Teile einer Uhr von 100 bei mechanischer Funktionsweise auf im Durchschnitt 4 bei elektronischen Uhren verringern, so ist dieses Verhältnis bei Elektrogeräten ganz ähnlich. Folgende Beispiele sind nur auf die Verringerung der Fertigungszeit bezogen:

— „Die Fertigung eines elektronischen Fernschreibers gegenüber einem mechanischen verkürzte sich von 75,3 auf 17,7 Stunden.

— Elektronische Taxameter werden heute in 3,7 statt früher in 11,7 Stunden gefertigt
— Die Fertigung elektronischer Vermittlungsapparate für Postämter verkürzte sich von 98 900 Stunden Fertigungszeit auf heute 17 500 Stunden".[20]

Im Durchschnitt sinken die Fertigungszeiten auf 15 - 30%. Auch Fertigungstiefe und Fertigungsstufen verringern sich. „Aufgrund bisheriger Erfahrungen (1976 - J.H.) wird durch das Eindringen von Elektronik in mechanische und ähnliche Fertigungsbereiche jeweils bei 5 vernichteten Arbeitsplätzen nur ein Arbeitsplatz neu geschaffen".[21]

Die Umstellung auf elektronische Fernschreiber z.B. bei Standard Electric Lorenz (SEL) bedeutete „ganz konkret die 'Freisetzung' (neues Wort für Entlassung) von ca. 40-50 Prozent der Kollegen, die bis heute den mechanischen Fernschreiber produziert haben. Das gleiche gilt für die Firma Siemens, die in Berlin eigens ein neues Werk zur Fertigung des elektronischen Fernschreibers errichtet"[22] hat. Und heute - also zwei Jahre später - stellt sich die Situation der Westberliner Elektroindustrie, was die Lage der Beschäftigten anbetrifft, auch nicht anders dar: „37 Prozent aller Berliner Industriearbeiter sind in der Elektroindustrie beschäftigt, womit diese Branche nach wie vor der wichtigste Industriezweig der Stadt ist. Allerdings hat sich die Zahl der Mitarbeiter innerhalb von 15 Jahren von 110 000 auf 60 000 vermindert".[23] Das sind 45 % weniger.

In der Regel zeichnet sich bei den verbleibenden Arbeitskräften eine Art Verdrängungseffekt ab: Die Facharbeiter werden für neue Arbeitsplätze bevorzugt und müssen dort Anlerntätigkeiten ausführen, während nicht gelernte Arbeitskräfte - wie ja bekannt - zuerst entlassen werden. Facharbeiter wiederum bieten noch am ehesten die Gewähr, auf Grund ihrer Qualifikation und in der Regel auch längeren betrieblichen Erfahrung mit den technologisch neuen Anforderungen fertig zu werden. Vielfach sind sie trotz ihrer Voraussetzungen überfordert und zudem noch von Abgruppierungen (bis zu 4 oder 5 Lohngruppen) bedroht, weil sie formal „angelernte Tätigkeiten" ausführen.[24] Dafür, daß Abgruppierungen schon massenweise auftreten, scheint ein Indiz zu sein, daß es bereits beim Arbeitskampf der Metallarbeitenden Baden-Württembergs im Frühjahr 1978 sowohl um den Schutz des Einzelnen vor Abgruppierungen als auch um die Sicherung des gesamten Lohn- und Gehaltsgruppenniveaus eines Betriebes ging.[25]

Nicht in der Erscheinung sichtbar ist, daß mit Fortschreiten der technologischen Möglichkeiten, d.h. dem zunehmenden unmittelbaren Eingang von Wissenschaft in den Produktionsprozeß, ihrer Vergegenständlichung in Produktionsmitteln sich die organische Zusammensetzung des Kapitals verändert und zwar so, daß der Anteil des konstanten auf Kosten des variablen Kapitals ständig steigt. Dieser bekannte Prozeß wird nun im Bereich des Gerätebaus bzw. der Feinmechanik in einer bemerkenswerten Weise sichtbar: Weil außerordentlich arbeitsintensiv, war bisher das Verhältnis von konstantem zu variablem Kapital im Vergleich zu anderen Produktionsbereichen eher untypisch, nämlich Materialkosten und Lohnkosten bewegten sich bisher in fast gleicher Höhe zueinander. Jetzt, verursacht durch den Einsatz neuer Technik, steigen die Materialkosten überproportional gegenüber den Lohnkosten. Ein Beispiel:

Tabelle 1

Veränderung von Kostenstruktur und Arbeitskräfteeinsatz bei Umstellung von Mechanik auf Elektronik (bei Telefon)

GERÄT	DM Lohn 1	St.* Stoff 2	Verhältnis Stoff/Lohn (2) : (1) = 3	Verhältnis Lohn 4	Stoff 5	A:B u. C:D Gesamt 6	Verhältnis Arbeitskräfte 7
Sperr-Nr-Schalter:							A : B
A Sp.Ns. 55 (mechanisch)	21.91	21,22	1 : 1				
				3,5 : 1	1 : 4,7	1 : 2,3	3,3 : 1
B Sperrtastatur ähnl.TWB 75a (elektronisch)	6,00	101,00	17 : 1				
Nebenstelle							
C ZWW (mechanisch)	84,00	103,35	1,2 : 1				C : D
				4,6 : 1	1 : 2,1	1 : 1,3	6 : 1
D Nebst.1/1 (elektronisch)	18,00	218,7	12 : 1				

Quelle: F.G.Stricker, Geschäftsführer HAGENUK GmbH; Vortrag bei der Fraunhofer-Gesellschaft am 7.10.1976 in Krefeld
* Kostenangaben netto. - Stand Dezember 1975.

„Auch die Berliner Elektroindustrie muß sich ... mit 'schubartigen Strukturveränderungen ' in der Produktion auseinandersetzen, die zu tiefgreifenden Änderungen in der Beschäftigtenstruktur und den Kalkulationen führen. Die direkten Lohnkosten werden auch künftig im Zusammenhang mit der Einführung von Mikroprozessoren auf wenige Prozentanteile an den Herstellungskosten zusammenschrumpfen, während sich die Materialkosten sprunghaft erhöhen".[26]

Die Situation in der Elektroindustrie - auch wenn der Kernbereich Elektronik und Datenverarbeitung statistisch nicht ausgesondert werden kann - läßt sich allgemein wie folgt charakterisieren: „Bei Rekordergebnissen in der Produktion und extremer Rationalisierung geht die Zahl der Beschäftigten ... immer weiter zurück. Die Gesamtzahl der Beschäftigten lag 1976 unter der des Jahres 1965."

Tabelle 2

Trends der Elektrotechnik

Jahr	Beschäftigte in 1000	Produktion 1970 = 100	Produktivität 1970 = 100
1970	1095	100,0	100,0
1971	1067	100,2	104,5
1972	1052	108,2	114,5
1973	1089	121,5	124,9
1974	1090	122,0	129,4
1975	999	113,4	137,8
1976	965	125,5	149,2

Quelle: Der Gewerkschafter 6/1977,S.37.[27]

Dem *Maschinen-* und *Werkzeugmaschinenbau* wird oft für die 80er Jahre das Schicksal der Uhrenindustrie prophezeit. Angesichts der Möglichkeiten einer Automatisierung der Produktionsmittel für Kleinserienfertigung ist in diesem Bereich in der Tat mit tiefgreifenden Umwälzungen zu rechnen.

Werkzeugmaschinen gehören zu den wichtigsten und erfolgreichsten Exportgütern der BRD. Innerhalb von 20 Jahren ist die Bundesrepublik der größte Maschinenexporteur der kapitalistischen Welt geworden.[28] „1974 hatte der WMB in der UdSSR seinen größten Abnehmer..."[29] Allerdings - so vermerkt die IG Metall mit Besorgnis - ist die BRD „Universalproduzent auf überholter Technologiebasis", also nicht auf hochentwickelte Spezialmaschinen konzentriert, die gleichzeitig die Spitze der technologischen Möglichkeiten repräsentieren. Nach dem Institut für Weltwirtschaft, Kiel seien „70% der im WMB eingesetzten Werkzeugmaschinen älter als zehn (!) Jahre und 35% älter als 20 Jahre".[30]

Dieser scheinbare „Nachholbedarf" im Vergleich zu den „aufholenden" Konkurrenten, insbesondere die USA, nährt natürlich eine Vision von einem Schicksal ähnlich der Uhrenindustrie. Aus dieser Perspektive wird auch die Kurzsichtigkeit der Unternehmer kritisiert, die auf Grund ihrer günstigen Gewinnlage keine „besonderen Anstrengungen zur Verbesserung von Produkten und Produktionsverfahren" aufsichnahmen und nur 5% ihrer Betriebskosten für Forschung und Entwicklung einsetzten. Gerät bei derartigen Überlegungen nicht lediglich das Karussell einer angeblich freien Marktwirtschaft in Bewegung?[31] Der Maschinenbau bzw. der Werkzeugmaschinenbau ist gerade in ökonomischer Hinsicht dadurch gekennzeichnet, daß er vorwiegend aus Klein- und Mittelbetrieben besteht: Etwa 500 Firmen produzieren Werkzeugmaschinen; in nur 55 Betrieben geht die Zahl der Beschäftigten über 500 hinaus. Gerade auf diese Gruppe entfällt jedoch fast die Hälfte der gesamten Produktion. 86 Betriebe haben weniger als 100 Beschäftigte; sie haben einen Anteil von 4% an der Gesamtproduktion.[32] Darüber hinaus ist gerade in diesem Bereich eine überaus starke Zentralisation und Konzentration zu beobachten; die Zahl der Konkurse war noch nie so hoch in der Nachkriegsentwicklung.[33] Nicht zuletzt typischer Ausdruck

der Krise im Bereich von ehemals Klein- und Mittelbetrieben.

„Bisher wurden NC-Werkzeugmaschinen vor allem in der spanabhebenden Fertigung verwendet; hierzu gehören Drehbänke und -automaten, Schleif-,Läpp-Poliermaschinen, Fräsmaschinen, Bohr- und Verzahnmaschinen, Säge- und Feilmaschinen. Der Einsatzschwerpunkt lag bei NC-Bohr- und Fräsmaschinen (57 Prozent) und NC-Drehmaschinen (37 Prozent).

Die spanlosen Verfahren haben demgegenüber den Vorteil erheblich geringeren Materialverbrauchs. Allerdings sind sie wegen der hohen Rüst- und Werkzeugkosten erst bei einer größeren Stückzahl wirtschaftlich. Zu ihnen gehören die Pressen, Blech- und Drahtbe- und verarbeitungsmaschinen sowie Ziehbänke ..."[34] und noch etliche Sondermaschinen. Spanlose Verfahren kennzeichnen Massenproduktion, während spanabhebende Fertigungsprozesse für Kleinserien oder Spezialanfertigungen typisch sind. Insofern ist gerade bei NC-Maschinen in spanabhebenden Verfahrensweisen eine hohe Flexibilität erforderlich.

Diese Aufzählung sollte verdeutlichen, wie breit und vielfältig der Einsatzbereich von Werkzeugmaschinen ist. Es ist auch der Bereich mit der höchsten Beschäftigungszahl: Die amtliche Statistik weist für Jahresmitte 1977 eine Beschäftigtenzahl von über 1 Mill. (1.019 327) aus. Im „verarbeitenden Gewerbe" wird dieser hohe Anteil an Beschäftigten nur noch übertroffen, wenn man die Sparten Elektrotechnik (1.018 967) und EDV-Anlagen und Büromaschinen (73 264) zusammenrechnet.[35]

Immer häufiger wird eine Konzentration auf technologisch höherentwickelte Maschinen, also weg von der „Universalproduktion" propagiert: „Zu der ... positiven und vernünftigsten - aktiven Strategie raten VDW und VDMA: 'Die zunehmende Fähigkeit jüngerer ausländischer Werkzeugmaschinenhersteller, einfachere Werkzeugmaschinen (mit geringeren Personalkosten) herzustellen, zwingt die deutschen Fabrikanten, sich mehr und mehr solchen Gebieten zuzuwenden, die hohes know-how und anspruchsvolle Fertigungstechnik erfordern." [36] Ob diese als positiv und am vernünftigsten[37] apostrophierte Strategie die Vermeidung von künftiger Massenarbeitslosigkeit im Bereich des Maschinenbau im Kalkül hat, muß nach bisherigen Erfahrungen Zweifel wecken.

Der Streik der Arbeiter und Angestellten der *Druckindustrie* im Frühjahr 1978 war außerordentlich bedeutungsvoll: einmal wurden die Probleme, die durch den kapitalistischen Einsatz neuer Technik entstehen, aus der Perspektive der Arbeitenden über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus bekannt und diskutiert, und zum anderen wurde klar, daß es sich bei dieser Technik nur scheinbar um einen unaufhaltsamen Dämon handelt. Damit verknüpft sich - ob bereits in allen Konsequenzen erkannt oder nicht, ist zunächst sekundär -, daß Alternativen möglich sind. Dieser Streik kann also zu der Erkenntnis führen, daß die sozialen Auswirkungen des technologischen Wandels in der kapitalistisch betriebenen Produktion liegen, deren Bedingungen der Einsatz „neuer" wie „alter" Technik unterworfen ist.

Im Bereich der Herstellung von Druckerzeugnissen laufen gegenwärtig zwei Prozesse zusammen: Etwa zeitlich synchron zu Beginn der Krise 1973/74 setzte ein gigantischer Konzentrations- und Zentralisationsprozeß ein - de facto mehr oder weniger die Entsprechung der längst bestehenden Konzentration in der Herstellung von

Information und Meinung„en". Das Resultat dieses Prozesses sollen vier große Druckzentren in Hamburg, Köln, Stuttgart und München sein. Natürlich wird mit dieser ökonomischen Konzentration auch der Einsatz neuer Technik vorangetrieben. Hervortretendes Merkmal ist hier die Beseitigung traditioneller Satzherstellung mit beweglichen Bleilettern durch Fotosatztechnik. Aber die Folgewirkungen dieser Druckzentren werden, was die Beschäftigungslage anbetrifft, weitreichender sein, als die Veränderungen in der Satzherstellung derzeit bereits erkennen lassen: Der angestrebte Konzentrationsgrad „rentiert" sich nur, auch bedingt durch die zusätzliche Kapazitätsausweitung auf Grund elektronischer Herstellungsverfahren,[38] wenn auch zentrale Datenverarbeitungsanlagen installiert werden. Diese erfassen den Bereich der Abrechnungen und Kundenbetreuung, die Nachrichtenterminals bis hin zu automatisierter Verpackung und Vertrieb. Zu beobachten ist dieser Prozeß am entstehenden Druckzentrum Stuttgart-Möhrungen.[39]

Diesen skizzierten Bewegungen sind innerhalb der letzten 4 Jahre bereits bis zu 35 000 Arbeitsplätze zum Opfer gefallen.

Auch die Herstellung von Druckerzeugnissen war bisher durch hohe Arbeitsintensität gekennzeichnet. Dies hat die Profitsituation der Eigentümer in keiner Weise bisher beeinträchtigt. Die Konzentration und vor allem Zentralisation im Herstellungsbereich sind auch auf politische Intentionen zurückzuführen. Sie gehen von dem Druck der Monopolgiganten wie Springer, Bertelsmann, Gruner & Jahr aus. Denn ihnen war die Streikfront der Arbeitenden „zu fest" und die „Aussperrungsfront" der Unternehmer nicht fest genug.

Mit der Einführung der neuen Technik wird darüber hinaus noch versucht, eine hochqualifizierte und gewerkschaftlich organisierte Berufsgruppe, die Setzer, wegzurationalisieren. Einige Unternehmer hegen die Absicht, Frauen an die Sichtgeräte zu setzen, u.U. sogar als Heimarbeiterinnen, um sie dem Einflußbereich der IG Druck zu entziehen und ihrem möglichen Aufbegehren gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen an diesen Geräten die Spitze zu nehmen, weil sie ja die „Möglichkeit" haben, die Monotonie und Gesundheitsschädigung dieser Arbeit durch „abwechslungsreiche" Hausarbeit abzuwenden.[40]

„Die neue Technik (wird) in absehbarer Zeit etwa 20 000 Schriftsetzer und Maschinensetzer wegrationalisieren... wenn wir uns nicht durchsetzen. Aber auch andere Berufssparten werden davon betroffen sein, so im Bereich der Reprotechnik und des Drucks. Fest steht - und das ist eine Aussage von Arbeitgeberseite -, daß spätestens in zehn Jahren im graphischen Bereich der Reprotechnik und des Satzes kein Facharbeiter mehr beschäftigt sein wird".[41]

Die Ausweitung der EDV

Ein wesentliches Merkmal der gegenwärtigen Entwicklung ist die quantitative Ausweitung und qualitative Verbesserung der elektronischen Datenverarbeitungsmöglichkeiten. Was den beschäftigungspolitischen Aspekt betrifft, wäre zweierlei anzumerken:

Einmal vergrößert sich der Radius der Automatisierung. Mit der weiteren Verbreitung elektronischer Datenverarbeitungsanlagen werden immer neue Bereiche erfaßt, die sich bisher vor dem Zugriff der Automation „sicher" wähnten. Zum anderen ist eine EDV-Anlage zugleich ein Instrument der Rationalisierung: Die Organisation der Arbeit wird verändert, d.h. vereinfacht und auf die Arbeitsschritte der technischen Apparatur reduziert, und die Verarbeitung von Daten und Information selbst ist „rationeller". (Die zu verarbeitende Menge ist wesentlich größer, die Zeit kürzer und die Präzision höher.)

In der materiellen Produktion schreitet die Automation schon seit den letzten 10 - 15 Jahren schnell, aber fast lautlos voran. Jetzt werden vor allem vor- und nachgelagerte Bereiche der Produktion, Büros und Verwaltungen, Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, aber auch Dienstleistungsbereiche wie Gesundheitswesen, Handel, Banken und Versicherungen von der neuen Welle der Automation erfaßt. Inzwischen sind nämlich die Möglichkeiten einer Automatisierung auch dieser Bereiche gewachsen. Wesentliche Voraussetzung ist, geistige Tätigkeiten standardisieren zu können und sogenannte intellegente und lernfähige Systeme zu entwickeln, die diese Tätigkeiten ausführen können. Die Grenzen sind noch nicht erreicht.

Ein anschauliches Beispiel scheint mir die automatische Textverarbeitung zu sein - übrigens ein Bereich, von dem enorme kostensparende Rationalisierungseffekte erhofft werden. Besonders deutlich wird hier auch die enge Verzahnung von Technisierung und Rationalisierung.[42]

Eines der umfassendsten und zugleich als Führungssystem konzipierten Rationalisierungsverfahren hat Siemens entwickelt und in seiner eigenen Forschungsabteilung erprobt: Integriertes Verarbeitungs- und Informationssystem für Personaldaten (IVIP). Mit Hilfe dieses Datenverarbeitungssystems können bis zu 900 Merkmale eines jeden Betriebsangehörigen gespeichert werden; auf diese Weise wird natürlich auch Leistung und Verhalten kontrollierbar.[43] Die Automatisierung einer Lohn- und Gehaltsbuchhaltung erweitert sich zum Instrument der Bestimmung exakter Qualifikationsprofile und entpuppt sich als System einer „effektiven" Personalstrukturierung.

Es wird kompliziert sein, diesem Prozeß nur mit den Mitteln des derzeit bestehenden Mitbestimmungsrechts erfolgreich zu begegnen. Größere Anstrengungen dürften wohl notwendig werden.

Zur Beschäftigungsentwicklung

Die globalen Angaben über den Beschäftigungsstand erweisen sich als aufschlußreich, betrachtet man z.B. das warenproduzierende Gewerbe einmal nach einzelnen Industriezweigen bzw. Branchen. (siehe Tabelle 3) Die in einzelnen Bereichen jahreszeitlich bedingte höhere Arbeitslosigkeit dürfte kaum ins Gewicht fallen, weil die Vergleichszeit denselben Jahresabschnitt ausmacht.

Der in der offiziellen Statistik etwas verwirrende Stand der offenen Stellen klärt sich, vergleicht man im Jahresmaßstab: Insgesamt lag die Zahl der offenen Stellen mit 1,4% über dem Niveau von Ende März 1977. Das Stellenangebot für Männer lag um 2,8%

höher, das für weibliche Arbeitskräfte war um 0,8% niedriger als damals.[44] Bemerkenswert ist, daß nach Angaben der Bundesanstalt manche Stellen nicht besetzt werden konnten, weil die Qualifikation der zu Vermittelnden nicht den Anforderungen der Stellenangebote entsprachen. Der Anteil der Nachfrage nach Facharbeitern bzw. Arbeitskräften mit ähnlichem Qualifikationsniveau ist auffallend hoch. Einige Beispiele:

Tabelle 3

Stand der Beschäftigten im warenproduzierenden Gewerbe:

	Veränderung März 1978 z. März 1977 in %	
Bergbau	- 2,4	
Chemische Industrie	- 0,9	
Kunststoffverarbeitung	+ 2,5	Positive Impulse gingen in erster Linie von den Zulieferern der Kraftfahrzeugindustrie aus
Gummiverarbeitung	+ 0,5	gute Auftragslage vor allem bei Reifenherstellern und sonstigen Zulieferern für die Automobilindustrie
Steine und Erden	- 1,2	
Feinkeramik	- 1,4	
Herstellung und Verarbeitung von Glas	gleich	
Eisen- u. Stahlerzeugung	- 5,6	ausgeprägter Beschäftigungsrückgang; zusätzlich 27 800 Kurzarbeiter
NE-Metallerzeugung	- 1,2	Zugang der Arbeitslosen lag wesentlich höher als neuer
Einstellungsbedarf		
NE-Metallgießereien	- 1,0	Günstig blieb die Lage vor allem bei Zulieferern für den
Straßenfahrzeugbau		
Ziehereien und Kaltwalzwerke	fast gleich	
Stahlverformung, Oberflächenveredelung und -härtung		Auftrags- und Beschäftigungslage weiterhin günstig. Produktionsbelebung vor allem bei Zulieferern für Straßenfahrzeugbau und bei einigen Herstellern von Investitionsgütern
Stahl-, Leichtmetall- und Behälterbau	- 1,5	Vielfach wurden die Bemühungen, den Personaleinsatz zu rationalisieren fortgesetzt; (zusätzlich 8 300 Kurzarbeiter)
Behälterbau		
Maschinenbau	- 1,3	in einzelnen Branchen unterschiedliche Schwierigkeiten durch wenig expansive inländische Bestellungen und rückläufiges Auslandsgeschäft; zusätzlich 31 600 Kurzarbeiter
Straßenfahrzeugbau	+ 5,1	Die meist bis an die Grenzen ihrer Produktionskapazität ausgelasteten Werke waren weiter um arbeitssparende und produktionssteigernde Rationalisierung bemüht (!)
Schiffbau	- 7,8	13,4 % mehr Arbeitslose als im Vorjahr (zusätzlich 12 300 Kurz-
arbeiter		
Luftfahrzeugbau	+ 6,4	

Elektronik	- 1,0	Dezember 1977 hatte der Abstand zum Vorjahrswert noch -3,0% betragen. Günstige Impulse durch Nachfrage nach Erzeugnissen der Unterhaltungselektronik sowie der Automobilindustrie
Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen	+ 4,0	
Feinmechanik, Optik und Uhrenherstellung	- 1,0	
Eisen-, Blech- und Metallwarenherstellung	- 0,3	
Holzbearbeitung	- 2,1	
Holzverarbeitung	+ 4,0	
Papiererzeugung	gleich	
Papierverarbeitung und Pappeverarbeitung	- 1,2	
Druckerei- und Vervielfältigungsgewerbe	+ 0,6	Die Einführung neuer Techniken zeitigte in der Berichtszeit aufs Ganze gesehen keine negativen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt
Ledergewerbe		4 100 Personen arbeitslos, das sind 100 oder 2,9% weniger als in der gleichen Vorjahrszeit
Textilgewerbe	- 4,0	zusätzlich 10 400 Kurzarbeiter
Bekleidungsgewerbe	- 1,5	
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	- 2,4	
Bauhauptgewerbe	- 2,8	
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	- 2,7	

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 7/1978, S. 858-870

Diese genauere Betrachtung der Beschäftigungssituation im warenproduzierenden Gewerbe verdeutlicht, daß die Arbeitslosigkeit keineswegs nur dem technologischen Strukturwandel geschuldet ist. Vielmehr muß die Dauerarbeitslosigkeit seit der Krise 1973/74 als eine Erscheinung der allgemeinen Verwertungsschwierigkeiten, mit denen inzwischen auch das Wirtschaftssystem der BRD konfrontiert ist, gesehen werden. Die verbreitete Anwendung hochentwickelter Technologien in nahezu allen Beschäftigungsbereichen verschärft die Auswirkungen der krisenhaften Schwankungen zu Lasten der Arbeitenden. Der Kampf um eine technische Entwicklung im Dienste der Menschen muß die Bedingungen, unter denen Technik in unserer Gesellschaft eingesetzt wird, mit umfassen und sich nicht nur auf die Durchsetzung von Kompensationsmöglichkeiten wie Arbeitszeitverkürzung, längerer Urlaub etc. beschränken. Folgender Bericht deutet diese Richtung an: „Letzthin (kam) einer vom Fernsehen auf mich zu und fragte: Sagen Sie mal, wollen Sie denn mit ihrem Tarifvertrag den Heizer auf der E-Lok? Da habe ich dem gesagt: Jetzt stellen Sie sich mal vor, Sie sind ein ganz normaler Zugpassagier. Sie fahren da mit 'nem englischen Zug. Da ist vorn kein Heizer mit drauf, sondern ein zweiter Lokführer. Ein vollausgebildeter Lokführer. Und dann fahren Sie mit 'nem deutschen Zug, da sitzt ein Lokführer drin, der hockt da so, der hat ein ganz niedriges

Schemelchen. Und der muß alle 25 Sekunden einen Knopf drücken, damit die Maschine weiß, der ist noch nicht eingeschlafen. Mit welchem Zug würden Sie eigentlich lieber fahren? Da hat er mich dumm angeschaut und war weg".[46]

Anmerkungen

1 vgl. Frankfurter Rundschau vom 21.6.1978
2 K. Becker, Betriebsratsvorsitzender, Mitglied der Tarifkommission der IG Druck und Papier; Diskussionsbeitrag auf einen Streikversammlung; in: Kürbiskern 3/1978, S.131
3 H.Mayr, Rationalisierung steht weiterhin im Vordergrund, in: Der Gewerkschafter 6/1977, S.4
4 Flugblatt Juni 1978, Hrsg. Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV
5 Welt der Arbeit vom 9.2.1978
6 ebenda
7 vgl. Huffschmid/Schui (Hrsg.), Gesellschaft im Konkurs? Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973-1976 in der BRD, Köln, 1976; S.67
8 L.Peter, Neue Technik und die Folgen ihrer kapitalistischen Anwendung, in: Marxistische Blätter 2/1978, S.22
9 L.Scholz, Strukturprobleme und ihre Überwindung durch Innovationspolitik, in: Technologie-Tagung 1977, Strukturelle Arbeitslosigkeit durch technologischen Wandel? Schriftenreihe der IG Metall, Frankfurt 1977, S.94
10 ebenda
11 L.Scholz, a.a.O., S.95
12 ebenda
13 „Die ideale flexible Fertigungszelle sollte in der Kleinserienfertigung im dreischichtigen Betrieb eingesetzt werden und mindestens acht Stunden ohne menschlichen Einsatz arbeiten können." G.Spur, Die automatische Fabrik, Weiterentwicklung der Produktionstechnik, in: Mitteilungen der (Deutschen Forschungs Gemeinschaft) DFG, 4/1976, S.15
14 ebenda S. 16
15 F.Baur, Technologische Trends und ihre Auswirkungen auf die Lage der Beschäftigten, in: Schriftenreihe der IG Metall, a.a.O. S. 17
16 Auf der anderen Seite sieht sich die sozialwissenschaftliche Forschung mit dem Phänomen konfrontiert, daß die Anwendung von Mikroelektronik die technologische Entwicklung derart beschleunigt und die Innovationszyklen in einer Weise verkürzt, daß Erhebungen und Analysen ihrerseits überaus schnell „veralten". Vgl. die umfangreichen Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in verschiedenen Industriezweigen, dessen empirische Arbeiten aber bereits 1974 beendet wurden. Aufgeführt werden die einzelnen Studien insgesamt bei W.Dostal, Freisetzung von Arbeitskräften im Angestelltenbereich auf Grund technischer Änderungen, in: Mitteilungen aus Arbeitsmarkt und Berufsforschung, 11.Jg. 1/1978, S. 20
17 Nähere Erklärung und Bestimmung von Microcomputern in durchaus verständlicher Sprache s. L.Peter a.a.O., S.22
18 Zu den Herstellungsverfahren von mikroelektronischen Bauelementen - ohne naturwissenschaftliche Kenntnisse etwas schwierig - s. F. Baur, a.a.O.,S.18 f
19 F. Baur, a.a.O.,S. 25
20 K.-H., Jansen, Der Fortschritt darf nicht zu unseren Lasten gehen, in: Der Gewerkschafter, 5/1976,S.10
21 ebenda
22 J. Martin, Vom Hebel zum Mikroprozessor, in: Der Gewerkschafter 5/1976,S.14
23 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.1.1978
24 vgl. a. J.Hund/L.Schneider, Entwicklungstendenzen der Arbeits- und Lohnsituation im Krisenverlauf, in: Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation in der BRD, verfaßt von einer Arbeitsgruppe des Instituts für marxistische Studien und Forschung, Informationsbericht Nr.31, Frankfurt/M 1978, S.91 und 101

25 Flugblatt der IG Metall vom 23.1.1978, Warum dieser Tarifvertrag Wirklichkeit werden muß
26 FAZ, a.a.O.
27 Weniger Arbeitsplätze in der Elektroindustrie, in: Der Gewerkschafter, 6/1977, S.37
28 Lt. IG Metall waren die günstigen Wettbewerbsbedingungen für die BRD bis jetzt insbesondere bedingt durch 1.) die Unterbewertung der D-Mark und 2.) das westdeutsche Lohnniveau, das unter dem der Hauptkonkurrenzländer USA, Schweden, Japan liegt. Vgl. Der Gewerkschafter, 11/1976, S. 36
29 ebenda
30 ebenda, S. 36
31 vgl. H.Hinz, Werkzeugmaschinenbau unter Technologiedruck, in: Der Gewerkschafter 11/1976, S. 36
32 ebenda, S. 37
33 vgl. zur Konkursentwicklung in der BRD: Huffschmid/Schui a.a.O.,S.97
34 H.Hinz, Elektronik revolutioniert den Maschinenbau, in: Der Gewerkschafter 12/1976, S.34
35 Arbeits- und sozialstatistische Mitteilungen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, 5-6/1978, S. 12
36 H.Hinz, Werkzeugmaschinenbau, a.a.O.,S.36
37 Die Vernunft einer kapitalistischen Strategie ist eben nicht auch die Vernunft einer Strategie im Interesse der Arbeiter und Angestellten.
Hinz kann als „Inspirator" des Konzepts der IG Metall für Innovationsberatungsstellen angesehen werden. Ausgehend von beschäftigungspolitischen Erwägungen liegt diesem Konzept die Vorstellung zugrunde, daß die Konkurrenzfähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe langfristig nur durch eine Beratung über technologisches know-how und möglichen Finanzierungsquellen aufrechterhalten werden kann.
38 Zur Produktivitätssteigerung durch Fotosatz vgl. L.Peter a.a.O.,S.27
39 vgl. Das Stuttgarter Modell, Sonderausgabe des neuen Verlags- und Druckzentrums Stuttgart, Stuttgarter Nachrichten - Stuttgarter Zeitung Dezember 1976
40 Nach vorliegenden arbeitsmedizinischen Gutachten führen „lange Tätigkeiten" an diesen Bildschirmgeräten zu gesundheitlichen Schäden -insbesondere der Augen. Nach 45 Minuten ist jeweils eine Pause von 15 Minuten notwendig und die Gesamtzeit am Terminal darf 4 bzw. 6 Stunden nicht überschreiten, vgl. C.Becker/W.Bierwirth, Wenn die Elektronik kommt..., in: Kürbiskern 3/1978, S. 118
41 E.Späth, Betriebsratsvorsitzender, stellvertretender Vorsitzender der IG Druck und Papier, Ortsverein München, Diskussionsbeitrag auf einer Streikversammlung, in: Kürbiskern 3/1978,S. 121 f
42 C.Preiß, Die Zwerge kommen ..., in: Kürbiskern a.a.O.,S.106/107
43 vgl.a. Lohmüller/Nowak/Preiß/Scholz, Angestellte in der Krise, Hrsg. DGB-Landesbezirk Bayern, München 1978
44 Amtliche Nachrichten a.a.O.,S. 856
45 M.Tessaring, Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit in der BRD, in: Mitteilungen aus Arbeitsmarkt und Berufsforschung, 2/1977,S. 229
46 K.Becker, a.a.O.,S. 131

Heinz Jung

Aspekte der sozialökonomischen Analyse derMittelschichten in der BRD

Dieser Beitrag spricht einige Gesichtspunkte an, die dem Verfasser für die Analyse der Mittelschichten in der BRD von Wichtigkeit zu sein scheinen. Es kommt dabei nicht auf eine systematische Bestimmung des Platzes der Mittelschichten im Gesamtsystem der Produktionsverhältnisse des staatsmonopolistischen Kapitalismus und im Kraftfeld der antagonistischen Pole dieser Gesellschaft, Monopolkapital und Arbeiterklasse, an. Hierzu wurden von einer theoretischen und methodischen Position der marxistischen Analyse, die auch der Verfasser vertritt, in jüngster Vergangenheit auch für die BRD umfassende theoretische und empirische Untersuchungen vorgelegt.[1] Es ist deshalb möglich, unmittelbar auf einige Fragen einzugehen, deren Erörterung vor allem für das Verständnis der ökonomischen und sozialen Interessen der einzelnen Gruppen der Mittelschichten (MS), ihres widersprüchlichen Verhaltens zu den Grundklassen der Gesellschaft, ihres sozialen Einflusses auf Schichten und Gruppen der Arbeiterklasse, der Konzeption der antimonopolistischen Bündnispolitik - wie es von der marxistischen Partei der Arbeiterklasse vertreten wird - aber auch der 'Bündnispolitik' [1.1], wie sie durch das Monopolkapital und das staatsmonopolistische System praktiziert wird, bedeutsam ist.

Soll die Analyse der Klassen- und Sozialstruktur des heutigen Kapitalismus mehr sein als nur die Aufdeckung des Grundrisses der Klassen und sozialen Schichten, wie er sich aus ihrer objektiven Stellung im Gesamtsystem der Produktionsverhältnisse ergibt, dann muß sie sich mehr als bisher der Untersuchung der ökonomischen und sozialen Interessen zuwenden, die auf dieser objektiven Grundlage entstehen und die wiederum in starkem Maße die ideologischen Muster und die politische Orientierung beeinflussen. Erst dann kann sie im Rahmen der Gesamtanalyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus von heute jenen Beitrag leisten, um auch die konkrete und aktuelle Bewegung dieses Systems als Kampf sozialer Klassen und Schichten erfassen zu können - bis hin zur politischen Ebene und zum Wahlverhalten.

Wir halten die grobe innere Gliederung der Mittelschichten hinreichend mit folgenden Gruppen bestimmt: agrarische selbständige Mittelschichten (asMS - im wesentlichen die werktätige Bauernschaft), gewerbliche selbständige Mittelschichten (gsMS - im wesentlichen Handwerker, Kleinindustrielle, Kleinhändler, kleine Selbständigenexistenzen im Bereich der Dienstleistungen u.a.), soziale Schicht der Intelligenz (bestehend aus der lohnabhängigen Intelligenz und der heute relativ kleinen Gruppe der selbständigen Intelligenz), lohnabhängige Mittelschichten (laMS - im wesentlichen das Leitungs- und Aufsichtspersonal im arbeitsrechtlichen Status von Angestellten und Beamten im privatkapitalistischen und staatlichen Sektor unterhalb der Ebene der bourgeoisen Gruppen).

Problem der Interessenüberlappung

Bisher wenig beachtete Gruppen im Spektrum der MS sind Haus- und Wohnungsbesitzer, für die Mieteinkünfte ausschließliche, überwiegende oder teilweise Einkommensquellen sind. Dies betrifft auch jene Gruppen, die ihren Lebensunterhalt auf dem Niveau der Mittelschichten aus Zins-, Dividenden- und ähnlichen Einnahmen decken, also Gruppen, die ökonomisch unter die Kategorie der Rentiers fallen.

Wahrscheinlich fallen sie als selbständige Gruppen insgesamt wenig ins Gewicht. Ihre Bedeutung erschließt sich jedoch, bezieht man die Gruppen der sMS, der laMS, der Intelligenz sowie die oberen Randgruppen der Arbeiterklasse in die Betrachtung ein, die ebenfalls - wenn meist auch keine ausschlaggebenden Anteile - Einkünfte aus derartigen Quellen beziehen. Auf dieser Grundlage kommt es also nicht nur zu einer Anbindung dieser Interessen der Mittelschichten an jene des Systems der Kapitalverwertung, sondern auch zu einer Interessenüberlappung nicht unbeträchtlicher Schichten der Arbeiterklasse mit den Besitzinteressen der Mittelschichten. Es ist dies eine der materiellen Grundlagen, die prokapitalistischen und konservativen Strömungen eine Resonanz in diesen Gruppen der Arbeiterklasse schafft.

Wenn die marxistische Klassenstrukturanalyse zu recht betont, daß sich von der Distributionsebene und den Distributionsformen die soziale Struktur der bürgerlichen Gesellschaft nicht erschließt, so stellt sich jedoch für sie auch die Aufgabe, deren Wirkungen auf die Ausbildung der Interessen der Klassen und Schichten zu berücksichtigen.

In der kapitalistischen Warenproduktion ist Geld die absolute Form des gesellschaftlichen Reichtums. Langlebige Konsumgüter haben unter diesen Bedingungen eine Doppelfunktion. Dies trifft vor allem auf Haus- und Wohnungsbesitz zu. Zum einen dienen sie der Befriedigung eines Konsumentenbedürfnisses und gehen stückweise in die Konsumtion ein. Zum anderen sind sie aber für ihren Besitzer auch potentiell in Geldform rückverwandelbares Vermögen. Das Interesse an der Werterhaltung (und -vergrößerung) bezieht sich also nicht nur auf den Gebrauchswert, sondern auch auf den Tausch- und Verkaufswert. Es entstehen damit zwischen dem Kleineigentum der Mittelschichten und dem Vermögen der entsprechenden Arbeiterklassengruppen fließende Übergänge und Interessenüberlappungen. Sie aktualisieren sich besonders bei der Steuerpolitik. Jedermann, der Lohn- oder Einkommensteuererklärungen auszufüllen hat, wird mit dem Dschungel der Steuergesetzgebung konfrontiert und weiß, welchen Zeit- und Energieaufwand es erfordert, Freibeträge und dgl. zu erkunden und voll auszunutzen. Der ideologische Nebeneffekt, der durch die formale Gleichsetzung unterschiedlicher Eigentümerkategorien zustandekommt, ist dabei nicht zu übersehen. Bekanntlich werden auch jene Obergruppen der Arbeiterklasse und die Mittelschichten, die Geldersparnisse bilden können, unter den Bedingungen kontinuierlich hoher Inflationsraten und der Steuerprogression auf der einen und der Steuerbegünstigung der 'Eigentumsbildung' auf der anderen Seite zum Erwerb von Eigentumswohnungen, Eigenheimen und dgl. - mit entsprechend hohen Verschuldungen und Zinszahlungen an das Finanzkapital - hingelenkt. Auch damit werden bewußt und kalkuliert in breiteren Bevölkerungs-

gruppen Eigentumsinteressen geschaffen, die eine ideologische Anbindung an das System der Kapitalverwertung begünstigen.

In der neueren sogenannten Staatsableitungsdiskussion sind bei einigen Ansätzen (Zirkulations- und Distributionsansatz)[2] derartige Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt worden, allerdings mit der falschen Intention, aus der formalen Gleichheit der Teilnehmer am Zirkulationsprozeß - einschließlich der Lohnarbeiter als Eigentümer ihrer Arbeitskraft - bzw. aus dem angeblichen Erlöschen qualitativer Unterschiede bei den Distributionsformen oder Revenuequellen den Charakter des modernen bürgerlichen Staates bestimmen zu wollen. Tatsächlich versucht das staatsmonopolistische System, mit Umverteilungsmaßnahmen Einfluß auf die sozialen Verhältnisse und Beziehungen zu nehmen - in bestimmten Perioden nicht erfolglos. Es setzt dabei allerdings ganz gezielt an den genannten, bis in die Arbeiterklasse hineinreichenden Eigentümerinteressen an. Diese stehen im Vordergrund und nicht die angebliche Gleichheit von Kapital und Arbeitskraft in der Zirkulation.

'Mittelstand'?

Bedingt durch den vorherrschenden Einfluß der konservativen Soziologie in Deutschland hat sich der Begriff 'Mittelstand' bis in unsere Zeit fortgeschleppt. Er taucht mitunter selbst noch in marxistischen Publikationen auf.[3] Wenn man der Sache einen positiven Aspekt abgewinnen will, dann bestenfalls den, daß sich der Standesbegriff gegen das Kapital wenden läßt und mittelständisches Unternehmertum sich vom Kapitalisten dadurch abhebt, daß hier die Unternehmerfunktion noch an die fachlich - berufliche Kompetenz gebunden ist. Der Begriff reicht weit über die sMS hinaus und erfaßt auch die sogenannten Familienbetriebe im Bereich der unteren Ränge der nichtmonopolistischen Bourgeoisie.

Was die sMS oder auch das kleine Unternehmertum als Ganzes betrifft, so können sie heute nicht als Relikt vergangener Zeiten angesehen werden. Sie werden sowohl durch den kapitalistischen Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß bedrängt und in ihren Grundlagen eingeengt und eingeschnürt, finden aber immer wieder in den neu entstandenen Nischen des Reproduktionsprozesses eine neue, wenn auch keine auf Dauer stabile Basis. Sie haben also selbst unter den Bedingungen des rapiden wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der modernen Produktivkräfte einen Platz im Reproduktionsprozeß des heutigen Kapitalismus, auch wenn sie längst keine entscheidende Kraft der kapitalistischen Wirtschaft mehr sind, sondern ein im Gesamtprozeß den Interessen des Monopol- und Finanzkapitals untergeordneter Faktor. Die antimonopolistische Kritik im Interesse der Opfer aus dem Bereich der Mittelschichten und des 'small business' geht also - richtig angesetzt - nicht schlechthin von der Position der Konservierung antiquierter Verhältnisse aus - und zwar ebenso wenig wie die Kritik der Arbeiter, die sich gegen die Liquidierung ihrer Arbeitsplätze wendet. Was das Versorgungsniveau der werktätigen Bevölkerung betrifft, so kommt es im Zuge der Liquidierung der Mittelschichten nur zu äußerst fragwürdigen und zwiespältigen Fortschritten; Konzentration und Monopolisierung führen im Gegenteil oft zu eindeutigen Verschlechterungen.

Trifft dies zu, dann liegt aber der Schutz der Mittelschichten vor monopolistischem Zugriff auch im unmittelbaren ökonomischen Interesse der Arbeiterklasse und ergibt sich nicht nur aus ihrer historischen Mission, die ihr auf diesem Gebiet Zugeständnisse und Kompromisse im Kampf gegen den Hauptfeind abnötigt.

Man darf auch nicht übersehen, daß die Tendenz zur Konzentration des Eigentums keineswegs allein dem Druck neuer Technologien entspringt, sondern durch finanzkapitalistische Interessen und Herrschaftsverhältnisse bedingt ist. Moderne technische Verfahren und Methoden konnten in den letzten Jahrzehnten häufig den Bedürfnissen kleiner Betriebseinheiten angepaßt werden. Technisierung und Modernisierung wurden aber für die Kleinunternehmen vielfach zur Garotte, weil ihre Einführung zu hoher Verschuldung und Zinsbelastung führt - ein charakteristischer Weg, auf dem die Auspowerung durch das Finanzkapital einsetzt.

Auch die Erfahrungen der sozialistischen Länder haben deutlich gemacht, daß sozialistisches Eigentum, einschließlich des genossenschaftlichen, und sozialistische Planung nicht überall den Übergang zur Produktion und Wirtschaftstätigkeit auf großer Stufenleiter nach sich ziehen kann. Ob als genossenschaftlicher oder als Privatbetrieb, Kleinbetriebe haben auch in industriell entwickelten sozialistischen Gesellschaften ihre vor allem im Interesse eines verbrauchernahen Versorgungsniveaus notwendige ökonomische Funktion. Dies sollte auch in der Entwicklung der Perspektiven der antimonopolistischen Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegenüber den sMS nicht übergangen werden.

Interklassen- und Interschichtenmobilität

Wenn heute die soziale Polarisierung der Mittelschichten unter dem Druck der Monopole betrachtet wird, dann muß man sich vor der pauschalen und undifferenzierten Übernahme der Formel vom 'Absinken ins Proletariat' hüten. Um die ökonomische Abhängigkeit und Tributpflichtigkeit derartiger Selbständigengruppen zu kennzeichnen, wird häufig zutreffend der Begriff von den de-facto-Lohnarbeitern verwendet. Gegenüber früher haben sich diese Abhängigkeitsverhältnisse durch die Anwendung von Pacht- und Leihsystemen für Produktions- und Arbeitsmittel verfeinert.

Es liegt auf der Hand, daß es zwischen einem Industriearbeiter und einem defacto-Lohnarbeiter, vor allem dann, wenn er noch selbst Leitungs- und Aufsichtsfunktionen gegenüber bei ihm beschäftigten Lohnarbeitern ausübt, noch beträchtliche Unterschiede gibt. Der de-facto-Lohnarbeiter ist in seiner Stellung und Funktion eher einem Vorarbeiter, Aufseher, Meister, Filialleiter usw. vergleichbar als einem Industriearbeiter. Und genau das ist dann auch das andere soziale Ufer, auf dem er bei der Liquidierung seiner Selbständigenexistenz landen kann. Dies trifft nur in geringem Maße für die asMS zu, vielfach jedoch für ehemalige Selbständige aus dem gewerblichen Bereich und zwar dann, was hinzuzufügen ist, wenn sie noch der jüngeren und mittleren Generation angehören. Es findet also kein Abstieg ins Proletariat statt, sondern ein Wechsel in die lohnabhängigen Mittelschichten.

Bei Bauern, die in die Industrie abwandern mußten - oder häufiger noch in die Bauwirtschaft -, ist außer dem Zu- und Nebenerwerb in der Landwirtschaft mit der touristischen Erschließung weiter Landstriche vielfach auch das Beherbergungsgewerbe als weiteres Standbein der Familieneinkommen hinzugekommen. Diese Sachverhalte machen deutlich, daß es weit über die Liquidierung der Selbständigenexistenz hinaus materielle Grundlagen für die Besitzermentalität, als Ansatzpunkt staatsmonopolistischer Manipulierung gibt. Es wäre falsch, die ideologisch und politisch konservative Haltung und Orientierung dieser Gruppen der Arbeiterklasse, nur mit traditionellen Momenten in Verbindung zu bringen, ohne die materiellen Verhältnisse als objektive Reproduktionsgrundlage derartiger Muster zu berücksichtigen.

Zur sozialökonomischen Anatomie der lohnabhängigen Mittelschichten und der lohnabhängigen Intelligenz

Die theoretischen und methodischen Probleme der Analyse dieser Gruppen sind denen der Bestimmung der Arbeiterklasse spiegelbildlich. Im einen wie im anderen Fall ist die Basis zum Gewinn der Existenzmittel die Lohnarbeit. Die Ablehnung des Adjektivs 'lohnabhängig' für diese Mittelschichten ist m.E. nicht gerechtfertigt. Der Einwand akzeptiert im Prinzip die formelle Unterscheidung der bürgerlichen Rechtsprechung und Statistik zwischen Lohn und Gehalt, was heute längst nicht mehr durch die Tatsachen gerechtfertigt ist. Daß es sich bei ihnen um vom Kapital, dem bürgerlichen Staat und anderen Institutionen abhängige Schichten handelt, ist unbestritten; auch, daß ihr Einsatz und ihre Anwendung nicht von ihren eigenen Interessen bestimmt wird.

Inzwischen wird auch von den meisten Autoren akzeptiert, daß Lohnarbeit im allgemeinen Sinne nicht die Verwandlung der Arbeitskraft in variables Kapital bedeuten muß. Lohnarbeit im weiten Sinne ist es immer auch, wenn Arbeitskraft zur Dienstleistung gekauft und angewandt wird. Von wesentlicher Bedeutung sind die zwei Entwicklungsstufen der Konsumtion der Arbeitskraft im kapitalistischen Arbeits- und Verwertungsprozeß - die formelle und reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital -, denen ein unterschiedlicher Entwicklungsgrad des Warencharakters der Arbeitskraft entspricht. Wenn also auch die Arbeit dieser Gruppen nicht oder noch nicht der reellen Subsumtion unterworfen ist, besteht jedoch kein ernsthafter Grund, diese Mittelschichten nicht als lohnabhängig anzusehen.

Mitunter wird eingewendet, daß hier die Bezahlung über dem Wert der Arbeitskraft erfolge, was aus Profitbestandteilen per Profitbeteiligung geschehe. Dies kann in der Tat der Fall sein - zeitweise übrigens auch bei bestimmten Gruppen der Arbeiterklasse -, berührt aber nicht das Kernverhältnis. Dieses besteht m.E. darin, daß die Produktions- und Reproduktionskosten dieser Gruppen und damit der Wert ihrer Arbeitskraft über denen der Arbeiterklasse liegen, was sich dann auch in höheren Löhnen ausdrückt. Die Hauptkomponente sind die in der Regel höheren Bildungskosten.

Damit sind wir beim entscheidenden Punkt, nämlich der besonderen Stellung dieser Gruppen im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Kooperation, also in den

Produktionsverhältnissen. Die damit verbundenen Funktionen bedingen einen höheren Bildungs- und Ausbildungsaufwand, der von einer gegenüber dem Proletariat privilegierten Position erfolgt und diese sichert.

Freilich sind diese Positionen unter den Bedingungen des Wirksamwerdens der Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht mehr unangefochten. Der Rekrutierungsmodus dieser Schichten verlegt sich stärker in die Arbeiterklasse. Gleichzeitig führte diese Entwicklung jedoch zuerst einmal zu einer nahezu hundertprozentigen Mobilisierungsquote für die Selbstrekrutierung, das heißt nahezu die gesamten in Frage kommenden Jahrgangsgruppen aus diesen Schichten sind in der Lage, die höchsten Stufen der Allgemein- und Spezialausbildung zu durchlaufen.

Es ist jedoch nahezu zwangsläufig, daß sich die Konkurrenz um die Ausbildungsplätze dann sprunghaft verschärfen muß, wenn es zu größeren ökonomischen Krisenerscheinungen und zu Restriktionen im Bildungswesen kommt. Treten dann noch Beschäftigungsprobleme für diese Gruppen auf, kommt es zu gruppenmäßiger Substitutionskonkurrenz, wobei in der Regel die höher qualifizierten die minderqualifizierten Gruppen verdrängen. Dies gilt auch in der Arbeiterklasse, aber in zugespitzter Form zwischen Gruppen der Arbeiterklasse und der Mittelschichten und zwischen der Intelligenz und anderen Gruppen der lohnabhängigen Mittelschichten.

Diese Prozesse können gegenwärtig in der BRD deutlich beobachtet werden. Erkennbar sind jedoch auch die Reaktionen dieser Schichten auf die institutionalisierten Formen der Bildungsreformen der sozialliberalen Koalition - wie zaghaft diese auch vom Standpunkt einer sozialistischen Kritik in die Wege geleitet worden sein mögen und wie unzulänglich auch ihre Ergebnisse sind. Das massive Unbehagen dieser Schichten richtet sich deshalb vor allem gegen die Öffnung der höheren Bildung (Gesamtschulen usw.) und damit gegen eine größere Chancengleichheit, die durch Kinder aus der Arbeiterklasse wahrgenommen werden kann. Es ist eine soziale Reaktion zur Sicherung der Reproduktionsgrundlagen dieser Schichten. Es ist somit kein Zufall, daß der Hauptwahlschlager der CDU seit 1974/75 die Kritik der Bildungsverhältnisse ist, was zu einer starken Mobilisierung der Mittelschichten unter ihren Fahnen geführt hat, obwohl die SPD - Führung die entscheidenden Reformvorhaben selbst längst zurückgeschrieben hatte.

Ein anderes Problem ist die Arbeitslosigkeit dieser Gruppen. Jedoch sind die Quoten niedriger als in der Arbeiterklasse. Ebenfalls weist sie eine andere Struktur auf. Dies ist gleichfalls ein Faktor der Zunahme der sozialen Unsicherheit dieser Gruppen. Gleichwohl wäre es - aus den oben angeführten Gründen - unzutreffend, Arbeitslosigkeit allein als Indiz eines Proletarisierungsprozesses zu interpretieren. Jedoch ist es unverkennbar, daß die Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen als Disziplinierungsmittel gegenüber der Intelligenz gehandhabt wird. Daß es sich nicht um einen rein naturwüchsigen Krisenprozeß handelt, zeigt die Lehrerarbeitslosigkeit, die bewußt durch das staatsmonopolistische System aufrecht erhalten wird, um erstens die Studienbereitschaft vor allem in der Arbeiterklasse zu drosseln, zweitens den Widerstandswillen der Beschäftigten des Bildungswesens gegen den Sozialabbau und reaktionäre Tendenzen zu brechen und drittens fortschrittliche Ansätze der Bildungsreform abzubauen.

Gerade bei Gruppen wie den Lehrern gilt es zu berücksichtigen, daß die Spezifik ihrer Arbeitsfunktionen der Industrialisierung und Technisierung Widerstand entgegensetzt. Ähnlich auch bei nahezu allen anderen Gruppen der laMS und der Intelligenz. Vergesellschaftung der Bereiche der qualifizierten geistigen Arbeit bedeutet nicht die Beseitigung der höher qualifizierten Spezialistentätigkeit, sondern die Auffächerung und mitunter auch die Polarisierung dieser Bereiche. Die Bestimmung und Kontrolle der Arbeitstätigkeit bedarf also der subtileren ideologischen Steuerung und Reglementierung.

Beschäftigung und Nachfrage nach Intelligenzarbeit sind auch keine naturwüchsig durch die ökonomische Entwicklung allein bestimmten Größen. Weit über die Hälfte der Hochschulabsolventen muß z.B. beim Staat Arbeit finden. Das Arbeitsplatzangebot hängt hier unmittelbar von der Politik des bürgerlichen Staates ab und von den Kompromissen, zu denen er durch die werktätige Bevölkerung - einschließlich der Intelligenz selbst - gezwungen wird.

Es ist aber nicht zuletzt eben auch diese Ebene - die Ausübung von Funktionen, die für die Reproduktion der Arbeiterklasse bedeutsam sind -, auf der sich antimonopolistische Interessen entwickeln. Die antimonopolistischen Interessen der lohnabhängigen Intelligenz entwickeln sich auf ihrer Existenzbasis als Lohnabhängige, aber es sind eben nicht in erster Linie schlechthin Lohnabhängigeninteressen, von denen aus sich das Bündnis und die Interessenverbindung mit der Arbeiterklasse ausdrücken würde.

Es bedarf hier keiner besonderen Argumentation, daß es unzutreffend wäre, in der sozialen Schicht der Intelligenz von heute eine Neuauflage der alten ideologischen Stände zu sehen, wobei es unbestritten ist, daß deren frühere Funktionen in ihren Bereich fallen. Es handelt sich nicht um kleine Gruppen, sondern um solche mit Massencharakter und aufsteigender Tendenz, mit sich ausprägenden kollektiven Interessen als Basis gewerkschaftlicher Organisierung.

Am Rande ist zu vermerken, daß in der am Marxismus orientierten Diskussion der BRD eine besondere Version der lohnabhängigen Mittelschichten zur Debatte gestellt ist, die sich an der Umverteilung der Einkommen und formalisierten Aspekten des ökonomischen Charakters der Arbeit orientiert.[4] Nach diesem Ansatz stellen sich alle Beschäftigten im Staatsbereich als Angehörige der Mittelschichten dar. Der jüngste Streik der Hafenarbeiter erscheint so als Kampfaktion der Mittelschichten. Die Klassendifferenzierung im privatkapitalistischen Sektor kann nicht mehr erschlossen werden. Lohnabhängige Mittelschichten und die Intelligenz tauchen hier schon gar nicht mehr auf; alle Lohn- und Gehaltsbezieher - bis hin zu den angestellten Direktoren - erscheinen als 'Lohnarbeiter des Kapitals', dem Synonym für Arbeiterklasse. Es liegt auf der Hand, daß diese Klassenkonstruktion ein abstraktes Modell bleibt, das mit der Realität des Kapitalismus nur wenig gemein hat.

Eine gewisse Bedeutung besitzt auch die Diskussion über die innere Struktur der lohnabhängigen Mittelschichten. Eine Reihe marxistischer Autoren tendiert dazu, entweder auf einen sozialökonomisch bestimmten Begriff der Intelligenz als sozialer Schicht zu verzichten oder ihn generell für die Lohnabhängigen in Mittelschichtlage zu verwenden.[5] Gesamtgesellschaftlich ansetzende empirische Untersuchungen verweisen

jedoch darauf, daß ein großer Teil dieses Spektrums nicht durch höher qualifizierte geistige Arbeit, die einen entsprechenden Ausbildungsaufwand erfordert, charakterisiert werden kann. Dies bezieht sich besonders auf das Leitungs- und Aufsichtspersonal und bestimmte Spezialistengruppen auf der Ebene der Hierarchie der einzelnen Unternehmen und Organisationen und der Gesamtgesellschaft. Diese Gruppen stellen das eigentliche soziale Scharnier zu den Obergruppen oder den oberen Randgruppen der Arbeiterklasse dar, die in geringerer Ausprägung durch ähnliche Merkmale charakterisiert sind. Unter bestimmten Gesichtspunkten müssen diese Gruppen der Mittelschichten und der Arbeiterklasse deshalb im Zusammenhang betrachtet werden. Gegenüber der Intelligenz tritt bei den laMS - abgesehen von den formalen Qualifikationsmerkmalen - der andere Rekrutierungsmodus und das stärkere Gewicht der sogenannten Sozialqualifikation in den Vordergrund.

In diesem Zusammenhang kann das in der soziologischen, gewerkschaftlichen und politischen Diskussion alte Problem des Klassenbewußtseins der (Arbeiterklassen-gruppen der) Angestellten aufgeworfen werden. M.E. ist hierbei immer wieder die soziale Beziehung zwischen den Arbeiterklassengruppen und den Mittelschichten ungenügend beachtet worden. In der Realität gibt es in weiten Bereichen keine klare Abgrenzung oder Klassendifferenzierung. Objektive Klassenschranken sind in hierarchisch-büro-kratische Strukturen eingebunden oder unter diesen verdeckt. Das betrifft die männlichen Angestellten in höherem Maße als die weiblichen. Bei der Herausbildung kollektiver Interessen sind deshalb auch unterschiedliche soziale Faktoren wirksam. Die Orientierung am sozialen Verhalten der Obergruppen des Angestelltenbereichs bedeutet faktisch die Adaption von Mittelschichtennormen usw.

Mittelschichten und antimonopolistische Bündnispolitik

Auf dem Hintergrund des in der Nachkriegsperiode rapide gewachsenen Anteils der abhängig Beschäftigten an der Erwerbsbevölkerung (in der BRD und Westberlin : 1950 = 71 v.H. ; 1975 = 86 v.H.) und einer nur oberflächlichen Analyse der Klassen- und Sozialstruktur der industriell entwickelten Gesellschaften des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird mitunter die Notwendigkeit einer Politik des Klassenbündnisses bzw. konkret das Konzept der antimonopolistischen Bündnispolitik zur Öffnung des Weges zum Sozialismus als antiquiert oder als ein Randproblem abgetan. Diverse sogenannte Strategiemodelle für den Weg zum Sozialismus in entwickelten kapitalistischen Ländern glauben die Rolle der Mittelschichten völlig ignorieren zu können.

Aus diesem Grunde halten wir es für nützlich, einige Grunddaten der Klassen- und Sozialstruktur der BRD und Westberlins mit der folgenden Tabelle in Erinnerung zu rufen. Zu betonen ist dabei, daß es sich um die Klassen- und Sozialstruktur der aktiven Bevölkerung, der Erwerbspersonen, handelt, wie sie sich unmittelbar aus der Stellung im Gesamtsystem der Produktionsverhältnisse ergibt. Es sind hier noch nicht, da dazu bisher umfassende Untersuchungen nicht vorliegen, jene Gruppen und Schichten in der Arbeiterklasse erfaßt, deren Interessen sich unter den weiter oben angedeuteten Gesichtspunkten mit denen der Mittelschichten überlappen; ferner auch nicht jene

Mittelschicht- und bourgeoisen Gruppen, die nicht mehr in der Erwerbsstatistik auftauchen. Gleichwohl machen diese Zahlen zweierlei deutlich:

erstens, von einem rapide abgenommenen oder abnehmenden sozialen Gewicht der Mittelschichten im Leben der Gesellschaft kann nicht die Rede sein; denn der absolute Rückgang wird durch eine stärkere Differenzierung der Arbeiterklasse und besonders das Wachsen ihrer oberen Randgruppen und der Beschäftigten des Repressionsapparates 'kompensiert';

zweitens, im Rahmen der Mittelschichten wächst das Gewicht ihrer Lohnabhängigen gruppen, und zwar dann sehr stark, wenn die Obergruppen der Arbeiterklasse in die Betrachtung einbezogen werden.

Veränderung des Mittelschichtenspektrums in der BRD und Westberlins 1950 - 1970/75

Soziale Kategorie	Anteile an der Erwerbsbevölkerung in v.H.		
	1950	1960	1970/75
1. Selbständige Mittelschichten	25,9	19,8	15,4
darunter:			
—selbständige agrarische MS (werktätige Bauern)	15,8	10,4	7,4
—selbständige gewerbliche MS (Handwerker, Kleinhändler usw.)	10,1	9,4	8,0
2. Selbständige Intelligenz *		0,4	0,4
1. + 2.	25,9	20,2	15,8
3. Lohnabhängige Intelligenz		2,1	2,6
4. Lohnabhängige Mittelschichten		4,4	3,9
5. Gruppen mit Arbeiterklassenherkunft bzw. in sozialer Lage der Arbeiterklasse	0,8	2,6	3,7
6. Obergruppen der Arbeiterklasse	3,8	5,7	6,7
3. - 6.	10,2	14,8	16,9
1. - 6. Mittelschichten und Randgruppen der Arbeiterklasse	36,1	35,0	32,7
Proportion: sMS zu laMS, Intelligenz und oberen Randgruppen der Arbeiterklasse	25,9 : 10,2	20,2 : 14,8	15,8 : 16,9
7. Kapitalisten	3,2	2,6	2,1
1. - 7.	39,3	37,6	34,8

Nach: IMSF (Hrsg): IMSF-Beiträge 3, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970, Teil II, Sozialstatistische Analyse (2. Halbband), Frankfurt/Main 1973/74, und: André Leisewitz, Klassen in der Bundesrepublik Deutschland heute, Frankfurt/Main 1977

* für 1950 nicht ermittelt

Im Kraftfeld der antagonistischen Pole der Gesellschaft, den Grundklassen bzw. konkret zugespitzt deren jeweiligen durch die historische Entwicklungsstufe bedingten Kernen - heute die Monopolbourgeoisie und die staatsmonopolistische Oligarchie auf der einen Seite und die Arbeiterklasse in den Zentren der Wirtschaftstätigkeit auf hoher Stufenleiter, vor allem die Arbeiterschaft der Großindustrie, auf der anderen Seite - ist immer auch die sozialökonomische Grundlage der Mittelschichten durch diese Gegensätzlichkeit und Widersprüchlichkeit gekennzeichnet. In dieser Hinsicht unterscheiden sich diese Schichten nur wenig von der Kleinbourgeoisie früherer Perioden.

Die Widersprüchlichkeit der selbständigen Mittelschichten im Kapitalismus beruht auf dem Gegensatz von Arbeit und Kapital, der sich jeweils als eine Seite ihrer Existenz ausprägt. Hieraus entspringen die nebeneinander und gegeneinander bestehenden Interessenlinien zur Arbeiterklasse und zur Bourgeoisie und wird die vermittelnde kleinbürgerliche Haltung und Ideologie hervorgerufen.

Diese Widersprüchlichkeit ist auch für die laMS und die Intelligenz - wenn auch auf anderer materieller Grundlage - charakteristisch. Auf der einen Seite die spezifischen Funktionen im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die spezifische, gegenüber der Arbeiterklasse privilegierte, Bildung und Ausbildung erfordern und sie weithin der Arbeiterklasse entgegenstellen, auf der anderen Seite die abhängige, fremdbestimmte Arbeit und die Ausbeutung und Bedrängung durch Kapital und Staat.

Weiter oben wurde an der Bildungsfrage gezeigt, unter welchen Umständen in diesen Gruppen konservative und gegen die Arbeiterklasse gerichtete Strömungen mobilisiert werden können, wenn Privilegien in Frage gestellt sind. Gleiches gilt auf vielen anderen Gebieten, auf denen Gleichheits- und Demokratisierungsforderungen der Arbeiterklasse wirksam werden, nicht zuletzt auch im betrieblichen Bereich.

In den sozialen Beziehungen des gegenwärtigen Kapitalismus spielen die lohnabhängigen Mittelschichten und die Intelligenz, unter ihr besonders die technische Intelligenz, eine kaum zu überschätzende Rolle, weil sie nicht nur im Reproduktionsbereich in Beziehungen zur Arbeiterklasse stehen, sondern auch in den Arbeitsbereichen. Diese Beziehungen sind besonders intensiv gegenüber den Angestelltengruppen der Arbeiterklasse. Ihre Gewinnung für antimonopolistische Bündnisse und Orientierungen hat somit auch unmittelbare positive Rückwirkungen auf die Formierung der Arbeiterklasse als Hauptkraft des antimonopolistischen Kampfes.

In der jüngsten Zeit zeigen besonders die Bürgerinitiativen der verschiedensten Art, in denen die Angehörigen der Mittelschichten vielfach eine dominierende Rolle spielen, sowohl die progressiven Tendenzen, die sich unter den heutigen Bedingungen mit den Aktivitäten der Mittelschichten entfalten können, als auch utopische, konservative und mitunter auch reaktionäre Orientierungen, die dann die Oberhand gewinnen, wenn der Einfluß der Arbeiterklasse schwach bleibt oder ihre Kräfte es nicht verstehen, gemeinsame antimonopolistische Interessen herauszuarbeiten und zur Grundlage des gemeinsamen Handelns zu machen. Insbesondere in der Anti-KKW und in der Umweltschutzbewegung und an den partiellen Widersprüchen, die sich zu den Gewerkschaften herausgebildet haben, wird diese Problematik deutlich.

Diese Fähigkeit setzt freilich Klarheit über die Existenzgrundlagen und die Rolle der Mittelschichten im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus voraus.

Anmerkungen

1 Der Verfasser stützt sich hierbei auf:
IMSF (Hrsg): IMSF-Beiträge 3, Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950 - 1970
Teil I: Theoretische Grundlagen und Diskussion
Teil II: Sozialistische Analyse (2 Halbbände)
Teil III: Die Intelligenz der BRD 1950 - 1970, Frankfurt/Main 1973 -1975
IMSF (Hrsg): Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD, Frankfurt/Main 1974
André Leisewitz: Klassen in der Bundesrepublik Deutschland heute, Frankfurt/Main 1977

1.1 Selbst wenn der Begriff 'Bündnispolitik' zur Charakterisierung der Beziehungen zwischen Monopolkapital und anderen sozialen Schichten und Gruppen in mancher Hinsicht problematisch ist - u.a. auch deshalb, weil es sich im Grunde um ökonomisch vermittelte Herrschaftsverhältnisse handelt -, so macht er doch gut deutlich, daß sich die auf der Grundlage ökonomischer Verhältnisse realisierenden sozialen Beziehungen nicht nur im Rahmen der Spontaneität bewegen, sondern über die politische und staatliche Ebene durch das Monopolkapital entsprechend seinen Gesamtinteressen und strategischen Orientierungen mehr oder weniger beeinflußt werden. Man würde vor allem heute einem blanken Ökonomismus aufsitzen, würde man verkennen oder in Abrede stellen, daß der an ökonomischen und sozialen Interessen ansetzenden 'Bündnispolitik' des Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Systems im Klassenkampf eine große Bedeutung zukommt - und zwar nicht nur in der zugespitzten Situation revolutionärer oder vorrevolutionärer Verhältnisse, sondern auch unter Verhältnissen wie gegenwärtig in der BRD und in Westberlin.

2 Vgl. etwa S. von Flatow, F.Huisken, Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates, Prokla, 7 (Mai 1973), S. 83 ff.

3 Vgl. etwa den Titel der im Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1973 erschienenen Schrift 'Mittelstand in der Bundesrepublik' von E.Hanke.
Eine unreflektierte Übernahme des Mittelstandsbegriffs charakterisiert auch den ansonsten instruktiven Aufsatz von Rudolf Hickel, Krise des Mittelstandes - Mittelstandspolitik in der Krise, Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Nr.10/1976, S.1163

4 Diese Position mit all ihren kruden Konsequenzen vertreten durchgängig die Autoren des Studienzirkels Projekt Klassenanalyse. Programmatisch gewissermaßen in: Materialien zur Klassenstruktur der BRD, Erster Teil, S.269 ff., Zweiter Teil, S.258 ff., West-Berlin 1973/73

5 Vgl. u.a. die IMSF-Diskussion von 1973: Hrsg. IMSF, Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD, Frankfurt/Main 1974, S. 57 ff.

Jörg Zeller

Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie[1]

„Man könnte sich vorstellen, daß gewisse Sätze von der Form der Erfahrungssätze erstarrt wären und als Leitung für die nicht erstarrten, flüssigen Erfahrungssätze funktionierten; und daß sich dieses Verhältnis mit der Zeit änderte, indem flüssige Sätze erstarrten und feste flüssig würden."
„Wenn aber einer sagte 'Also ist auch die Logik eine Erfahrungswissenschaft, so hätte er unrecht. Aber dies ist richtig, daß der gleiche Satz einmal als von der Erfahrung zu prüfen, einmal als Pegel der Prüfung behandelt werden kann."
L. Wittgenstein, Über Gewißheit

1. Fragen als Methode

Der Titel ist als Fragestellung gemeint. Zur Beantwortung der Frage, was für eine Art Verbindung das 'und' zwischen Sozialdemokratie und Kritischem Rationalismus meinen kann, stehen nicht nur weitere Fragen nach seiner Sozialphilosophie und Geschichtsauffassung in ihrem Verhältnis zur sozial-liberal-konservativen[1] Interpretation der freiheitlich demokratischen Grundordnung der BRD. Erschöpft sich der Kritische Rationalismus in der Funktion einer ideologischen Lobby für die scheinheilige Allianz von SPD, FDP und CDU? Ist Poppers 'Offene Gesellschaft' in der BRD verwirklicht, gegen deren Feinde wir, wie Popper sagt[2], „für uns das *Recht* in Anspruch nehmen" sollten, „sie, wenn nötig, mit Gewalt zu unterdrücken"? Ist sie damit, nur Ausdruck der „herrschenden Gedanken", d.h. der Gedanken jener „Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft ist" und damit „zugleich ihre herrschende *geistige* Macht[3]? Oder ist, mit Spinner[4] zu reden, die Wissenschaftsmethodologie des Kritischen Rationalismus nötigenfalls gegen seine dogmatisierende Vereinnahmung durch sozial-liberal-konservative Parteidenker für eine sozialdemokratische Reformpolitik fruchtbar zu machen, die ihr Mäntelchen nicht nach jeder „Tendenzwende" des politischen Windes hängt? Mit anderen Worten: steht unser Titel bloß für einen Verschleierungszusammenhang, in dem eine tendenzgewendete SPD nur noch den *Schein* einer progressiven, kritischen, offenen Reformpartei zu wahren sucht? Oder steht er für einen Zusammenhang von (kritischrationaler) Wissenschaft(sauffassung) und (sozialdemokratischer) Politik, in dem es die SPD wieder lernt, offen gegenüber notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen und kritisch gegenüber konservativen Tendenzen zu sein?

Hinter diesen Fragen, ob die Verbindung zwischen Kritischem Rationalismus und Sozialdemokratie zu dem Zeitpunkt, wo sie propagiert wird[5], überhaupt dem Selbstverständnis von Kritischem Rationalismus und Sozialdemokratie nach zu Recht besteht, steht eine viel allgemeinere. Gemeint ist die Frage nach dem Zusammenhang von Wissenschaft und Politik schlechthin. Dahinter steht die noch allgemeinere nach dem Zusammenhang von Theorie und Praxis. An diesen Fragen hängen eine Reihe von Problemen wie die *Legitimierbarkeit* von Politik durch Wissenschaft, aber auch die *Bewährung* von Wissenschaft durch Praxis (und d.h. auch politische Praxis). Man sollte

meinen, für den Politiker sei es von großer Bedeutung, ob er darauf vertrauen kann, daß er sein politisches Handeln auf Erkenntnisse stützt, d.h. auf theoretische Auffassungen, die der Wirklichkeit entsprechen. Fehleinschätzungen der Wirklichkeit können in seinem Beruf zu katastrophalen Konsequenzen führen. Aber müssen sie?

Fragen dieser und ähnlicher Art werden von Wissenschaftstheoretikern im Rahmen der Diskussion des sogenannten *Werturteilsproblems* aufgegriffen. Das Werturteilsproblem wird üblicherweise darin gesehen, ob sich Handlungsanleitungen (Regeln) aus Tatsachen ableiten, bzw. durch Tatsachen begründen lassen. Es gibt eine starke Tradition, in die sich auch der Kritische Rationalismus einreiht, die die Begründbarkeit von Normen durch Fakten leugnet. Die Gegenthese, Normen - das, was sein soll - ließe sich aus Fakten - dem, was ist - begründen, führt nach Auffassung kritischer Rationalisten zu gefährlichen Sozialutopien. Der Marxismus, sofern er die mögliche Entstehung einer klassenlosen Gesellschaft aus den Bedingungen der Klassengesellschaft behauptet, ist, meinen sie, eine davon. In diesem Zusammenhang erheben sie gegenüber dem Marxismus den *Ideologievorwurf*. Ein Ausdruck von Ideologie liegt für sie dann vor, wenn sich eine Theorie gegenüber falsifizierender Erfahrung immunisiert und damit dogmatisiert. Die Frage der Ideologisierung durch Immunisierung der eigenen Theorie müssen sich nicht nur Marxisten angesichts der Erfahrungen, die sie in der praktischen Politik gemacht haben, stellen lassen, sondern auch die Kritischen Rationalisten, seitdem ihre Theorie die Massen der sozial-liberal-konservativen Parteidenker ergriffen hat und zur materiellen Gewalt sozial-liberal-konservativer Politik geworden ist.Wie löst der Kritische Rationalismus die Ideologiefrage? Das heißt, wie entrinnt nach Meinung des kritischen Rationalisten der Kritische Rationalismus der Ideologiegefahr? Wie begründet er damit seine Behauptung, kritisch-rational angeleitete Politik stütze sich auf *wissenschaftliche Rationalität*, andere Politik - insbesondere marxistisch angeleitete - stütze sich auf den bloßen Schein wissenschaftlicher Rationalität und sei damit ideologisch?

Die Antwort ist eine methodologische. Die kritisch rationale Einstellung legitimiert sich nicht durch wissenschaftliche Rationalität in Form von Theorien, sondern durch die Rationalität der wissenschaftlichen Verfahrensweise. Sie besteht, Poppers Auffassung nach, schlicht gesagt darin, daß Wissenschaftler sich ihren Produkten gegenüber (zumindest in Form von Theorien) *kritisch* verhalten. Diese kritische Haltung wiederum drückt sich darin aus, daß sie nur (Theorien) gelten lassen, was (die) sich bei dem jeweils gegebenen Stand des Wissens durch alle möglichen Falsifizierungsversuche nicht durch Erfahrung widerlegen läßt (lassen). Die wissenschaftliche Rationalität, könnte man sagen, besteht in einer Haltung, die mehr Vertrauen in Fragen setzt, als in Antworten.Wissenschaftliche Rationalität besteht in der *kritischen Haltung* der Wissenschaftler.

Wie der kritische Rationalist mit diesem Vertrauen auf die kritische Verfahrensweise Ideologievorwürfen sich entwindet, stellt sich nun folgendermaßen dar. Empirische Theorien gelten ihm als bloße Hypothesen, als vorläufig gegen alle Falsifizierungsversuche bewährte Vermutungen über Wirklichkeitszusammenhänge. Die Intentionen des kritisch rationalen Wissenschaftlers richten sich nicht darauf, mit allen Mitteln den Geltungsanspruch von Theorien *durchzusetzen*, sondern darauf, ihn mit allen möglichen Mitteln infrage zu stellen.

Diesen kritischen Intentionen läßt sich in der Tat einiges an Rationalität abgewinnen. Insbesondere dann, wenn sich die kritische Haltung auch auf die eigenen Theorieprodukte erstreckt. Und insofern meine ich, daß der Marxismus von den Einwänden, die u.a. der Kritische Rationalismus gegen ihn erhebt, profitieren kann. Umgekehrt wird man aber auch von kritisch-rationalistischen Einwänden nur profitieren, wenn man ihre Geltung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln in Frage stellt. Fragen müssen sich unter Berücksichtigung der kritischen Haltung vor allem dort gegenüber dem kritischen Rationalismus aufdrängen, wo er selbst sich, sozusagen, nicht kritisch, sondern theoretisch verhält. Also dort, wo er nicht Theorien kritisch überprüft, sondern selbst Theorien aufstellt und der Überprüfung zur Verfügung stellt.

2.Methodologie der Forschung als Logik der Forschung

Theoretische Beiträge des Kritischen Rationalismus liegen innerhalb der *Wissenschaftstheorie* und der *Gesellschaftstheorie* vor. Innerhalb der Wissenschaftstheorie hat der Kritische Rationalismus vor allem durch Poppers Pionierleistung in der „Logik der Forschung" Theoriensätze über die *Verfahrensweise* der Wissenschaft, also eine *Methodologie* der Wissenschaft geliefert. Die Frage nach dem Zusammenhang von Theorie und Praxis taucht auch für Methodologien in der Frage nach ihrem normativen oder deskriptiven Status auf. Normative Methodologien stellen Regeln zur Optimierung wissenschaftlicher Verfahren zur Realisierung bestimmter Wissenschaftsideale (z.B. Kalkülisierbarkeit oder empirische Testbarkeit) auf. Richtigkeit oder Unrichtigkeit solcher Methodologien bemißt sich an den Erfolgschancen, die ihre Anwendung zur Erreichung des gesetzten Ideals bietet. Deskriptive Methodologien machen empirische Aussagen über tatsächlich von den Wissenschaftlern benutzte Verfahrensweisen. Sie sind wahr oder falsch, je nachdem,ob sie durch Erfahrung bewährt oder falsifiziert werden. Das normativ-deskriptive Statusdilemma der Methodologie ist in ihrer Geschichte bisher angesichts jener Erfahrung ungelöst, daß empirisch konstatierbare wissenschaftliche Verfahrensweisen Tendenzen zu ihrer normativen Festschreibung als Regeln eines bestimmten Wissenschaftsideals aufweisen. Ebenso zeigt aber die Erfahrung der Wissenschaftsgeschichte, daß normative Methodologien von der Wissenschaftspraxis mit Erfolg mißachtet werden. Diesem Dilemma scheint auch die kritisch-rationalistische Methodologie nicht entronnen zu sein, die es sich gefallen lassen mußte, daß ihre Argumente gegen Normativierungstendenzen der logisch-empiristischen Wissenschaftsauffassung durch die von Kuhn wiederbelebte Wissenschaftsgschichtsforschung gegen sie selbst gewendet werden konnte. Wenn Popper behauptet, jede wissenschaftliche Verfahrensweise ließe sich in ihrer allgemeinsten Form als Versuch-Irrtums-Methode beschreiben, und die Wissenschaftsgeschichte keine Mühe hat, Gegenbeispiele zu liefern, so ist Poppers Methodologie als deskriptive Theorie wissenschaftlicher Verfahrensweise falsifiziert. Sie kann sich nur noch als normative Methodologie, d.h. durch Immunisierung gegen falsifizierende Erfahrung behaupten.

Es bestehen keine Zweifel, daß die Kritischen Rationalisten dieses Dilemma gesehen haben und daß Popper mit seiner Kritik der Dogmatisierungstendenzen des logischen

Empirismus den Weg für eine Wissenschaftsgeschichtsforschung geebnet hat. Man kann sogar - gut kritisch-rationalistisch - noch einen Schritt weiter gehen und in den die Poppersche Methodologie falsifizierenden Ergebnissen eine Bewährung von Poppers Versuchs-Irrtumsmethodologie sehen, deren Wirksamkeit auch gegenüber ihren eigenen theoretischen Aspekten sich bestätigt hat. Mit diesem Schritt wiederum vervollständigt sich die Immunisierung, bzw. Dogmatisierung der theoretischen Aspekte. Die kritisch-rationalistische Theorie wissenschaftlicher Methodik bestätigt sich durch jede mögliche Falsifikation. Das Theorie-Praxis-Dilemma erstarrt zum Paradox.

Halten wir fest: der kritisch-rationalistische Lösungsvorschlag des Theorie-Praxis-Dilemmas, d.i. die Unableitbarkeit von Normen aus Fakten, führte innerhalb der Wissenschaftstheorie zur Reduktion wissenschaftlicher Rationalität auf wissenschaftliche Funktionsweise. Die „Logik der Forschung" ist in diesem Aspekt viel eher eine Logik wissenschaftlicher Funktionsweise, also eher eine *Entwicklungslogik* als eine statische Logik. In ihrem theoretischen Aspekt, d.i. in ihren Versuchen, eine allgemeinste *Beschreibung* der Funktionsweise wissenschaftlicher Arbeit zu geben, erstarrt diese wissenschaftliche Funktions- oder Entwicklungslogik zu einer normativen Methodologie.

Woran dies liegt, versucht H. J. Rheinberger in seinem Beitrag in diesem Heft „Kritischer Rationalismus und Geschichte der Naturwissenschaften" zu zeigen. Der Grund, so Rheinbergers Argument, sei in der Unfähigkeit Kritischer Rationalisten zu suchen, Funktionsweisen von Wissenschaften in ihrer allgemeinsten Form als gesellschaftliche Tätigkeit bestimmter historischer Subjekte, d.i. als *wissenschaftliche Arbeit* beschreiben zu können. Dabei tritt der seltsame Umstand ein, daß durch die *Normativierung* (Immunisierung, Dogmatisierung) der eigenen Theorie - d.i. ihre, empirischer Überprüfbarkeit sich entziehende, *abstrakte Verallgemeinerung* - der *Schein* naturgesetzartiger oder gar analytischer Geltung erweckt wird. Die Normativierung einer empirischen Hypothese - *alle* Wissenschaften verfahren (jederzeit, überall) nach der Methode von Versuch und Irrtum - zu einer allumfassenden, nicht mehr zu falsifizierbaren Theorie macht aus einer empirischen Forschung der Logik (Rationalität) wissenschaftlicher Tätigkeit eine analytische Logik der Forschung[6].

3. Sozialtechnologie als Ideologie

Poppers wissenschaftstheoretische Lösung des Theorie-Praxis-Dilemmas taucht innerhalb seiner Sozialphilosophie als „kritischer Dualismus" oder „Dualismus von Tatsachen und Entscheidungen"[7] auf. Auch als „Lehre von der Autonomie der Ethik"[8] angesprochen, führt sie in der Forschung gesellschaftlichen Geschehens (Sozialmethodologie) zu einer Trennung von *Sozialwissenschaft* (Soziologie) und *Sozialtechnologie*. Sozialwissenschaft ist als eine dem naturwissenschaftlichen Theorieparadigma entsprechende empirische Theorie gesellschaftlicher Naturgesetze zu verstehen. Ebenso wie die Naturgesetze für die instrumentelle Technik sind die sozialen Naturgesetze Grundlage und Grenze des sozial-technisch Machbaren. Popper sagt uns klar, was für ihn soziale Naturgesetze nicht sind: „die angeblichen Evolutionsgesetze" (sc. des

sozialen Lebens), „an denen Historizisten wie Platon interessiert sind ..."[9]. Er sagt uns etwas unklarer, daß sie für ihn „auch nicht so sehr ... die Gesetze der menschlichen Natur, das heißt ... psychologische und sozialpsychologische Regelmäßigkeiten des menschlichen Verhaltens"[10] sind. Und überrascht uns schließlich damit, daß für ihn die „modernen ökonomischen Theorien, zum Beispiel in der Theorie des internationalen Handels oder in der Theorie der Konjunkturschwankungen"[11] eine Naturwissenschaft des Sozialgeschehens darstellen. Welche Probleme die Bestimmung von Ökonomie als soziale Naturwissenschaft, d.i. ihre Abstraktion vom Handeln sozialer Subjekte und dessen Autonomisierung in einer Sozialtechnologie für ökonomische Fachwissenschaftler aufwirft, untersucht R. Thießen in seinem Beitrag. Seine anhand von Alberts Kritik der ökonomischen Neoklassik entwickelte Argumentation deutet die Wirkungsweise des selben Verkehrungsmechanismus für die kritisch-rationalistische Sozialphilosophie an, den wir innerhalb der Wissenschaftstheorie als Dogmatisierung der empirischen Forschung von wissenschaftlicher Handlungsrationalität zu einer normativen (falsifikationsunfähigen) Logik der Forschung vorgefunden haben. Poppers (und Alberts) kritischer Denkansatz gegen Dogmatisierungstendenzen logisch-empiristischer und sprachanalytischer Tradition, das Theorie-Praxis-Dilemma logizistisch wegzurationalisieren, lokalisiert soziale Rationalität im Handlungsbereich. Das gleichzeitige Festhalten am logisch-empiristischen Dualismus von Tatsachen und Handlungen verkehrt aber auch hier den kritischen Ansatz zu einer sozialen (empirischen) Entwicklungsmethodologie in einen naturalistischen Tatsachenkonservativismus. Betont Popper in der „Offenen Gesellschaft"[12] noch die Handlungsrationalität gegenüber der Faktenirrationalität - und das bedeutet eine Methodologie der Veränderung, Entwicklung gegenüber einer (normativen) Logik der Fakten, des Bestehenden; so verlagert sich im späteren „Elend des Historizismus"[13] die Rationalität auf die Seite der Tatsachen. „Offene Gesellschaft": „Die 'Welt' ist nicht rational. Es ist aber die Aufgabe der Wissenschaft, sie zu rationalisieren. Die Gesellschaft ist nicht rational, aber es ist die Aufgabe des Sozialtechnikers, sie zu rationalisieren. ...Die eben charakterisierte Einstellung könnte man einen '*pragmatischen Rationalismus*' nennen". „Elend des Historizismus": Eine „technologische Sozialwissenschaft" - im Gegensatz zu einer historizistischen „Wissenschaft von der Geschichte", die „die Erforschung der Wirkkräfte und vor allem der Gesetze der Sozialentwicklung"[14] nach Poppers richtiger Einschätzung beabsichtigt - „würde zur Erforschung der *allgemeinen Gesetze* des sozialen Lebens führen und es sich zum Ziel setzen, alle jene *Tatsachen*[15] zu finden, die jedem Reformer gesellschaftlicher Einrichtungen als unentbehrliche Grundlage dienen würden"[6]. Im gleichen Zusammenhang spricht er von diesen allgemeinen (Natur-) Gesetzen des sozialen Lebens als von „Gleichförmigkeiten" - die Methodologie der Veränderung hat sich unter der (popperschen) Hand in eine Logik des (bei aller empirischen Veränderung) Gleichbleibens, Beharrens verkehrt. Dreht man Poppers evolutionistische Methodologie der Gesellschaft um und guckt sich die Kehrseite an, so kommt dabei eine *Logik des Konservativismus* heraus.

Die Feinmechanik dieses Verkehrungsprozesses, den Thießen für eine kritisch - rationalisierte Ökonomie darin aufzeigt, wie es Albert *als Kritiker* der Neoklassik schafft, deren ideologischen Kern - eine Art „Rationalität des Handgemenges" (M. Tripp)

autonom konkurrierender bürgerlicher Individuen - *marktsoziologisch* zu *konservieren*, untersucht J. Rohbeck anhand von Alberts Arbeiten zur Lösung des Normen-Tatsachen-Dilemmas. Mit seinem Beitrag, der im Prozeß der von Albert gegenüber Popper weiterexplizierten *Übertragung* einer spezifischen wissenschaftlichen Verfahrensweise (Versuch-Irrtums-Methode) auf den Sozialbereich ihre Normativierung zu einem unspezifischen (falsifikationsunfähigen, dogmatischen) „Problemlösungsverhalten" (Albert) aufzeigt, kehren wir zu unserer Ausgangsfrage bzgl. der Spezifik des Zusammenhangs von Kritischem Rationalismus und Sozialdemokratie zurück. Das Problem der Verkehrung von Poppers kritischer (pragmatischer) Rationalität durch einen Normativierungs-, Dogmatisierungsmechanismus in ihr konservatives Gegenteil läßt sich entlang der rohbeckschen Argumentation für das Problem des Zusammenhangs von Wissenschaft und Politik bei dem für diesen Bereich eigenen Namen nennen: als *Ideologisierung*. Ihr Mechanismus ist uns bereits vertraut. Eine spezifische, d.h. historisch-empirisch spezifizierbare Form des Zusammenhangs von Tatsachen und Handlungen - Marxisten sprechen hier von historischen Gesellschaftsformationen - wird unspezifisch verallgemeinert zu einer naturgesetzartig (ohne Ausnahme, unfalsifizierbar) geltenden Lösungsvoraussetzung des Theorie-Praxis-Dilemmas. Nocheinmal Popper: „Diese und andere wichtige soziologische Gesetze" - wir wissen inzwischen: gemeint sind die „Naturgesetze des sozialen Lebens" „moderner ökonomischer Theorien"; wir wissen aus Thießens Beitrag, welche Ökonomien Kritische Rationalisten dabei im Auge haben - „sind mit dem Funktionieren *sozialer Institutionen* verbunden ... Sie spielen in unserem sozialen Leben eine ähnliche Rolle wie etwa das Hebelgesetz im Bauwesen"[17]. M.a.W. das Selbstverständnis bestimmter bürgerlicher Ökonomen einer bestimmten Etappe der kapitalistischen Gesellschaft wird zur allgemeingültigen, naturgesetzlichen Grundlage aller Gesellschaftsentwicklung gemacht.

Vielleicht muß man mit Spinner die Hoffnung nicht aufgeben, daß der Kritische Rationalismus durch eine „radikale Restauration"[18] seines kritischen Potentials ein rationales Rückgrat einer - gegen die Tendenzwende in den eigenen Reihen kritisch gewendeten - Sozialdemokratie abgeben könnte. Daß er bislang de facto von seinen möglicherweise „falschen Freunden"[19] dazu benutzt wurde, in der BRD kritische Rationalität zu knebeln, sollte man dann nur mit jener Strenge gegen seine Urheber einklagen, mit der die kritisch-rationalistisch denkgestärkten Parteivertreter sozial-liberal-konservativer Provenienz z.B. den Schriftsteller Böll einen „Schreibtischtäter" nennen. Man kann aber auch der Meinung sein, daß es nicht bloß *falsche* politische Freunde sind, die den Kritischen Rationalismus zum spiritus rector einer Verschmelzung von sozialdemokratischer mit liberaler und konservativer Gesinnung macht. Die Gründe dafür wird man dann eher in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und ihrer ideologischen Wiederaufbereitung in der gegenwärtigen *Bernstein-Renaissance* aufsuchen müssen. H.J. Sandkühler untersucht die Hintergründe dieser Renaissance im Zusammenhang mit den kritisch-rationalistischen Legitimationsbewegungen in den Reihen der SPD.

Anmerkungen

1 Der Titel, ebenso wie die beiden von G.Lührs u.a. herausgegebenen Bände, Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1975/76, verzerren die politische Optik des Kritischen Rationalismus. Wie H.F. Spinner in seinem Buch, Popper und die Politik, Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1978, erinnert, liegen die Bemühungen von liberaler und konservativer Seite auch zeitlich vor denen innerhalb der SPD, den Kritischen Rationalismus für ihre Politik zu vereinnahmen. Seiner Auffassung, daß diese Bemühungen einen Reflex der Konvergenz sozialdemokratischer, freidemokratischer und christdemokratischer Politik - die sogenannte 'Tendenzwende' zu Beginn der 70er Jahre - darstellen, schließt sich der Text durch die nivellierende Wortschöpfung 'sozial-liberal-konservativ' an. D.h. natürlich nicht, daß man mit einer einzigen Tendenzwende das politische Kind mit dem ideologischen Bade ausschütten darf.

2 Siehe: K.R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde 1, München 1977[5], S.359

3 MEW 3, S.46.

4 Siehe: H.F. Spinner, a.a.O. S. 5 und passim

5 H.F. Spinner stellt a.a.O., S. 20 bzgl. der Liaison zwischen der SPD und Kritischem Rationalismus die Frage: „Warum greift sogar jene Partei, die diese Reformpolitik" - gemeint ist offensichtlich die Politik der Brandt-Scheel-Regierung - „hauptsächlich getragen hat, erst nach der sogenannten Tendenzwende auf Poppersches Ideengut zurück, als es längst darum geht, diese Politik zu bremsen oder gar einzufrieren statt fortzusetzen oder gar zu forcieren."

6 Analytisch werden in der neueren Diskussion bekanntlich Sätze genannt, die dadurch (abstrakt-) allgemeine Geltung beanspruchen, daß sie in der Form von deskriptiven Sätzen, aber unabhängig von jedem deskriptiven (empirischen) Inhalt bloß die Regeln der Sprache repräsentieren. Sprachregeln sind aber Handlungsregeln, also Normen. Analytische Sätze sind demnach normative Sätze, die durch ihre deskriptive Form den Schein deskriptiv-(konkret-) allgemeiner Sätze erwecken.

7 Siehe: K.F. Popper a.a.O., S. 95 und S. 103.

8 ebd.

9 ebd

10 ebd.

11 ebd.

12 Siehe: K.F. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2, München 1975, S.458 f.

13 Siehe: K.F. Popper, Das Elend des Historizismus, Tübingen 1974.

14 K.F. Popper a.a.O., S. 36/37

15 Um wieviel rationaler ist doch die kollektive Vernunft der Sprache als der Kritische Rationalismus, indem sie in einem Wort wie Tatsache die Lösung des Normen-Tatsachen-Dilemmas in Form der Aufhebung der Differenz von Handlungen und Sachen andeutet!

16 K.R. Popper, a.a.O., S. 37.

17 K.R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde 1, S. 103

18 Siehe Anm. 4

19 H.F.Spinner, a.a.O., S.3

Johannes Rohbeck

Kritischer Rationalismus: Wissenschaftsmethodologie und Sozialphilosophie?

Der Kritische Rationalismus erhebt den Anspruch, nicht nur ein Erkenntnismodell für den Bereich der Wissenschaft, sondern auch ein Gesellschaftsmodell zu bilden, da die Methode von Versuch und Irrtum in allen Bereichen menschlicher Praxis anwendbar sei. Dahinter steht der Versuch, die in den Wissenschaften praktizierte Methode auf den Bereich der Politik zu übertragen und das Ergebnis dieser Übertragung in einer Art „politischer Methodologie" zu verallgemeinern[1]. Wie ist eine derartige Übertragung möglich? Die Antwort auf diese Frage ist angesichts der Tatsache, daß Teile der Sozialdemokratie den Kritischen Rationalismus als die ihnen angemessene politische Philosophie betrachten, nicht allein von wissenschaftlichem Interesse.

Das Unterfangen, die Verfahrensweise der Wissenschaften in die politische Sphäre zu übertragen, ist in neuerer Zeit auch innerhalb der sozialdemokratischen Anhängerschaft des kritischen Rationalismus problematisiert worden. Es soll nun nicht die vielfach formulierte und zurecht erhobene Kritik wiederholt werden, daß diese Methodologie, derzufolge primär die Widerlegung von Theorien oder politischen Meinungen gefordert wird, die wirklichen politischen Entscheidungsprozesse alles andere als realistisch beschreibt[2]. In einer von gegensätzlichen Interessen beherrschten Gesellschaft wird kaum ein Politiker in erster Linie bemüht sein, die eigene Position zu verwerfen oder von anderen allein durch rationale Diskussion verwerfen zu lassen. In dieser Weise wäre politisches Handeln wohl auch gar nicht möglich. In diesem Beitrag geht es vielmehr um die grundsätzliche Problematik einer derartigen Methodenübertragung. Handelt es sich doch um zwei Bereiche, die gerade nach dem Selbstverständnis des Kritischen Rationalismus prinzipiell unterschieden werden müssen. Wissenschaft hat demnach die Aufgabe, Erklärungen in Form von Gesetzesaussagen für bestimmte Sachverhalte zu finden; davon streng zu trennen sind Entscheidungen für bestimmte Zielvorstellungen und Normen. Immer wieder weisen die Vertreter des Kritischen Rationalismus darauf hin, daß es unmöglich sei, Entscheidungen über Ziele aus Erkenntnissen abzuleiten oder mit wissenschaftlichen Methoden herbeizuführen[3]. Widerspricht dem nicht der Versuch, die Methode der Wissenschaften auf politische Entscheidungsprozesse zu übertragen?

Schaut man sich in diesem Zusammenhang die entsprechenden Formulierungen genauer an, so fällt auf, daß lediglich von einer *Analogie* der beiden Methoden gesprochen wird. Das erlaubt, an der prinzipiellen Trennung von Wissenschaft und Politik festzuhalten und gleichzeitig deren Methoden auf ihre Gemeinsamkeiten hin zu vergleichen[4]. Es ist also nicht beabsichtigt, die wissenschaftliche Verfahrensweise im Ganzen zu übertragen, sondern nur bestimmte Teilaspekte. Das erfordert, die Wissenschaftspraxis in solche Aspekte zu zerlegen, die eine Analogie mit der politischen Praxis gestatten. Albert hat dieses Problem schon früh gesehen und unterscheidet zur

Verwertung von Resultaten der Wissenschaft für die gesellschaftliche Praxis „zwei Weisen der Praxisorientierung": *Aufklärung und Steuerung*[5].

Unter *Steuerung* versteht Albert die technische Verwertung der Wissenschaften. Ihre Möglichkeit beruht darauf, daß man das Gesetzeswissen, das in ihnen gewonnen wird, in eine Form bringen kann, die erkennen läßt, welche Wirkungsmöglichkeiten für den Eingriff in das natürliche und soziale Geschehen existieren. Dieser Aspekt der technischen Verwertung ist nach dem Selbstverständnis des Kritischen Rationalismus nicht in den Bereich politischer Zielentscheidungen übertragbar, weil Ziele und Normen nicht mit technischen Mitteln bestimmt werden dürfen.

Obwohl Albert am Max Weber'schen Postulat einer wertfreien Wissenschaft festhält, um gegen Versuche einer soziologischen Relativierung den Realitätsbezug der Wissenschaften zu verteidigen, sieht er doch auf der anderen Seite die Gefahr, daß die Wissenschaft als Ganze weltanschaulich „sterilisiert" wird. Das hatten ihm die Auseinandersetzungen mit den Vertretern der Frankfurter Schule gezeigt, die den „instrumentellen Charakter" der Wissenschaften als Bedrohung menschlicher Freiheit empfanden und dies insbesondere den Naturwissenschaften vorwarfen. Um diesen Vorwurf zu unterlaufen und um die Wissenschaft auch für den ideologischen Kampf nutzbar zu machen, versucht Albert, der Wissenschaft selbst einen Wert zuzuschreiben, der die wissenschaftliche Erkenntnis zur Formung eines „Weltbildes" tauglich machen soll. Der Auffassung, daß Wissenschaft einen genuinen weltanschaulichen Gehalt besitzt, kann nur zugestimmt werden, zumal die neuzeitliche Naturwissenschaft das ihr implizite Weltbild erst gegen ein zuvor herrschendes Weltbild durchsetzen mußte. Um vermutlich an diese Entstehungsgeschichte zu erinnern, nennt Albert diese zweite Weise der Praxisorientierung *Aufklärung*. Unabhängig von der Frage seiner technischen Verwertbarkeit soll der Erkenntnisfortschritt nun „kritisch" verwertet werden, indem er zu allgemeinen Bewußtseinswandlungen führt, die auch politisch wirksam werden können. So bedeutet die Übertragung der kritischen Methode der Wissenschaften auf die soziale Lebenspraxis unter diesem Aspekt, auch Wertorientierungen und Meinungen, politische Einstellungen und Handlungen der Kritik zu unterwerfen und auf diese Weise zu ihrer Revision beizutragen.

Es ist offensichtlich, daß bei dieser Übertragung einer Wissenschaftsmethode auf den Bereich der Politik von der spezifischen Verfahrensweise und vom Gegenstand der Wissenschaften abstrahiert wird. Denn eine derartige Abstraktion von allem, was gegenstandsbezogen und damit technisch verwertbar sein könnte, wurde ja ausdrücklich gefordert. Übrig bleibt dabei lediglich eine „allgemeine Möglichkeit" sozialer Praxis, eine generelle Haltung gegenüber Problemen aller Art, die Albert *Problemlösungsverhalten* nennt[6]. Näher definiert ist dieses Verhalten nur durch das genannte Prinzip der Kritik, ohne das diese kritische Einstellung inhaltlich bestimmt wird. Es geht hier bloß um die reine formelle Tätigkeit des Kritisierens ohne Gegenstand und Resultat. Da die Art der zu lösenden Probleme und die Richtung ihrer Lösung offenbar beliebig ist und es nur darauf ankommt, jede denkbare Lösung sogleich zu verwerfen, ist das vom Kritischen Rationalismus postulierte Verhalten und der ihm zugrunde liegende Kritikbegriff ganz formal-abstrakt. Von der angekündigten Praxisorientierung kann wohl kaum die Rede sein.

Bei genauerem Zusehen erweist sich diese allgemeine Verhaltensweise als gar nicht so unspezifisch. Sie scheint zwar gleichermaßen für die Wissenschaftspraxis wie auch für die politische Praxis geeignet, was zur Folge hatte, daß eine bloß abstrakte Verhaltensform übrig blieb, aber zugleich wird damit das einer ganz *bestimmten* Gesellschaft angemessene Verhalten charakterisiert. Die Vertreter des Kritischen Rationalismus machen keinen Hehl daraus, daß mit ihrer politischen Methodologie die Verhaltensregeln westlicher Demokratien beschrieben werden sollen. Das kommt zunächst in der Abgrenzung gegen den Marxismus zum Ausdruck, die zuweilen wichtiger erscheint als die eigene positive Praxisorientierung. Der prinzipielle Verzicht auf Verifikation kann dabei als Kern dieser Position angesehen werden, die sich gegen den marxistischen Wahrheitsanspruch wendet.

Aber die Methodologie von Versuch und Irrtum hat nicht nur diese (ideologische) Funktion, sich gegen den Marxismus abzugrenzen. Die darin formulierte Methode besitzt auch ein reales Fundament innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, in der sich - zumindest nach liberalem Muster - gegensätzliche Interessen frei entfalten und von selbst regulieren sollen. Dieses Modell wird vom Kritischen Rationalismus (fast mechanisch) übernommen: Wie im ökonomischen Bereich soll auch beim Prozeß politischer Meinungsbildung freie Konkurrenz gewährleistet sein. Allerdings wird dies in einem restriktiveren Sinn als vom klassischen Liberalismus interpretiert. Galt den Liberalen die Vertretung des eigenen Interessenstandpunktes als durchaus legitim und als geradezu notwendig für ein harmonisches Spiel der Kräfte, so verlangt der Kritische Rationalismus, um die Interessengegensätze gewissermaßen zu entschärfen, daß jede Partei ihre Position von vornherein für irrtümlich und revidierbar hält. Im strengen Sinn ist unter dieser Voraussetzung gar keine Konkurrenz politischer Meinungen möglich, was offenbar auch nicht erwünscht ist[7]. Albert versucht, dieses Konzept gegen die „kommunistische Fiktion ... eines für alle akzeptablen Gemeinwohls" mit der Begründung zu verteidigen, daß ein Konsens über (letzte) Werte und Ziele weder erreichbar noch für die Aufrechterhaltung und das Funktionieren einer sozialen Ordnung notwendig sei[8]. Diese Auffassung wird nicht bloß aus der Auseinandersetzung mit dem Marxismus verständlich, sondern enthält auch soziale Realität, weil es in einer privat produzierenden Gesellschaft tatsächlich kein inhaltlich bestimmbares Allgemeininteresse gibt. Es läßt sich also die These formulieren, daß die politische Methodologie des trial and error die bestimmte Erfahrungsgrundlage der bürgerlichen Gesellschaft hat. Die dieser Gesellschaftsformation angemessene Methode in einer allgemeinmenschlichen Verhaltensweise (Albert) oder gar in einer Entscheidung für die menschliche Vernunft schlechthin (Popper) begründet zu sehen, soll ihr offenbar den Anschein zeitloser Gültigkeit verleihen und erlaubt es zugleich, sie in andere Bereiche zu übertragen. Wenn also anfangs von dem Versuch des Kritischen Rationalismus die Rede war, die Methode der Wissenschaften in den Bereich der Politik zu übertragen, so kann nun vermutet werden, daß diese Übertragung nur möglich schien, weil schon zuvor eine aus spezifischen sozialen Erfahrungen gewonnene und dann verallgemeinerte politische Verhaltensweise in die Wissenschaftspraxis projiziert wurde. Die zitierte Methodenübertragung kann daher allenfalls als *Rückübertragung* in einen Bereich angesehen werden, aus dem dieses Verfahren oder zumindest seine Idealvorstellung ursprünglich stammt.

Für die Annahme, daß in die Wissenschaftsmethodologie des Kritischen Rationalismus unmittelbar gesellschaftliche Erfahrungen eingegangen sind, sprechen auch einige Indizien aus dessen Entstehungsgeschichte. Schon das von Popper formulierte Prinzip der Falsifikation richtete sich von Anfang an - wie aus seiner Autobiographie hervorgeht - gegen den Marxismus und dessen Anspruch, Theorien zu verifizieren.[9] Albert, der Poppers Wissenschaftsmethodologie und die etwas später ausgearbeitete Sozialphilosophie bereits im Zusammenhang rezipieren konnte, stellte den Kritischen Rationalismus dem bundesdeutschen Publikum sogleich als *Einheit* von wissenschaftlicher und politischer Methode vor und empfahl sie als Schutzmittel vor marxistischer Dogmatik. Dieser Zusammenhang von Erkenntnistheorie und Sozialphilosophie wird auch in der neueren Diskussion dankbar aufgegriffen. So versuchen einige Sozialdemokraten, Kritischen Rationalismus und Demokratie in der Weise zu verkoppeln, daß jede Wissenschaftstheorie, die Wahrheit zu „manifestieren" beabsichtige, mit demokratischen Methoden nicht vereinbar und damit undemokratisch sei.[10]

Die Verbindung von wissenschaftlicher und politischer Methode scheint der Wissenschaftstheorie nicht gerade bekommen zu sein. Vielleicht werden unter diesem Gesichtspunkt auch einige schon oft gesehene Schwächen des Falsifikationsverfahrens verständlicher. So ist bemerkt worden, daß Popper keinen wirklichen Forschungsprozeß beschreibt, sondern eher ein abstraktes Konstrukt, dessen Prinzipien - wie sich vermuten ließ - gar nicht aus der Wissenschaftspraxis stammen. Auch die sich an diese Kritik anschließende Soziologisierung von Th. Kuhn, die in wichtigen Grundsätzen mit Poppers Methodologie übereinstimmt, erscheint vielleicht nur deshalb so plausibel, weil ihr von vornherein ein soziales Modell, das sich in die „wissenschaftliche Gemeinschaft" übernehmen läßt, zugrunde lag. Sollte sich herausstellen, daß die Wissenschaftsmethodologie des Kritischen Rationalismus die tatsächlich praktizierten Methoden der Wissenschaften unzureichend beschreibt, erweist sich auch die Rückübertragung einer wissenschaftlichen Verfahrensweise auf die Politik als fragwürdig. Denn es wird keine wirkliche Methode übertragen, sondern bloß eine in der *Methodologie* des Kritischen Rationalismus verallgemeinerte Verhältensweise, die die Grundlage einer politischen Methodologie bilden soll. Nur auf dieser methodologischen Ebene konnte die Methodenübertragung behauptet werden.

Angesichts dieser Schwierigkeiten fragt es sich, wieso die Vertreter des Kritischen Rationalismus überhaupt an der Übertragung wissenschaftlicher Methoden in die politische Sphäre festhalten. Nachdem sich angeblich gezeigt hat, daß allen Methoden eine allgemeine Verhaltensweise zugrundeliegt, könnte man doch offen lassen, in welche Richtung übertragen wird, und sich auf die Feststellung beschränken, daß hier ein generelles Prinzip auf alle möglichen Praxisbereiche angewandt wird. Damit stellt sich das Problem, wie der Kritische Rationalismus, der doch auf Verifikation verzichtet, ein solches Prinzip und somit sich selbst zu begründen vermag. Popper beantwortet diese Frage insofern ganz konsequent, als er seinen Rationalismus von einer individuellen Entscheidung abhängig macht und „auf einen irrationalen Glauben an die vernünftige Haltung" des Menschen beruhen läßt.[11] Auch Albert hebt als einen Vorzug hervor, daß der Kritische Rationalismus selbst keiner rationalen Rechtfertigung bedarf. Das hätte

zur Folge, daß die gesamte Lebenspraxis sich auf individuelle irrationale Entscheidungen zugunsten einer bestimmten Verhaltensweise gründete. Dies wäre allerdings eine mehr als ungesicherte Grundlage nicht nur der Wissenschaften, sondern auch unseres Gemeinwesens; denn wer garantiert, daß diese Entscheidungen nicht augenblicklich umschlagen? Da scheint es realistischer, davon auszugehen, daß diese Methode bereits seit langem existiert und erfolgreich angewandt wurde. Und auf kaum einem Gebiet steht dieser Erfolg in einem solchen Maße außer Zweifel wie in den (Natur-) Wissenschaften. So klingt der Vorschlag ganz vielversprechend, eine Methode, die sich in den Wissenschaften bewährt hat, auf die Praxissphäre der Politik zu übertragen. Durch diesen Rekurs erhält die für die gesellschaftliche Praxis empfohlene und zunächst noch ungesicherte Verhaltensweise den Anschein einer wissenschaftlichen Legitimation.

Zum Abschluß stellt sich die Frage, inwieweit der Kritische Rationalismus überhaupt als Ideologie behandelt werden kann. Denn immerhin versteht er sich selbst primär als Methodologie und Technologie und ist bemüht, Ideologie im Sinne von Weltanschauung generell als dogmatisch abzuqualifizieren und dem Gegner anzulasten. Aber schon Albert hat - wie sich zeigte - versucht, die Wissenschaft über ihre technische Verwertung hinaus für ein „Weltbild" nutzbar zu machen, indem er in den Prinzipien der wissenschaftlichen Methode selbst eine Art *Basis-Moral* verkörpert sieht, deren Normen für alle Bereiche des sozialen Lebens Geltung beanspruchen können.[12] Die von ihm schon früh erkannte Gefahr einer moralischen Neutralisierung der Wissenschaft scheint angesichts der gegenwärtigen Werte-Renaissance auch den sozialdemokratischen Anhängern des Kritischen Realismus vor Augen zu stehen, wenn sie emphatisch die genuin ethische Qualität kritischer Rationalität hervorheben und diese Form von Rationalität als einen *Grundwert* bezeichnen.[13] Daran ist unter ideologiekritischem Aspekt bemerkenswert, daß sich der Kritische Rationalismus offenbar doch nicht allein als bloße Methodologie und Technologie versteht, die sich durch ihre Erfolge von selbst rechtfertigen und daher keiner ideologischen Rechtfertigung bedürfen. Er beansprucht mehr zu sein als ein für die Erreichung außerhalb seines Einflußbereichs liegende Zwecke eingesetztes Mittel, das nur nach seiner Brauchbarkeit bewertet wird. Der Kritische Rationalismus versucht sich darüber hinaus als *ethischen Selbstzweck* zu legitimieren. Dieser Eigenwert bezieht sich zwar auf eine Methodologie, die instrumentellen Charakter trägt, aber diese Methodologie kann nun auch nach außermethodologischen Maßstäben, d.h. unabhängig von reinen Nützlichkeitskriterien beurteilt werden. Sollte sich der Kritische Rationalismus als Methodologie nicht allzu erfolgreich erweisen - und es sieht so aus, als ob dem vorgebeugt werden soll, - dann bliebe er immer noch als moralische Norm bestehen. Dieses ideologische Substrat gewinnt in neuerer Zeit zunehmende Bedeutung.

Anmerkungen

1 Die Universalisierung der Wissenschaftsmethode für die gesellschaftliche Sphäre findet sich bei Popper wohl am prägnantesten in: Utopie und Gewalt (1947). Dieser Artikel findet sich neuerdings in dem von G. Lührs, T. Sarrazin, F. Spreer und M. Tietzel (mit einem Vorwort von Helmut Schmidt) herausgegebenen Sammelband „Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie", Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1975. Die darin erschienenen Beiträge zitiere ich nach diesem Sammelband. Albert hat das Problem der Übernahme der Verfahrensweise der Wissenschaften in den Praxisbereich der Politik schon in frühen Schriften thematisiert: Wertfreiheit als methodisches Prinzip. In: Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftspolitischen Beratung. Berlin 1963 - Traktat über kritische Vernunft. Tübingen 1968 - Aufklärung und Steuerung (1972). In: Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie.

2 Diese Diskussion wurde geführt in: Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie II. Diskussion und Kritik. Bonn-Bad Godesberg 1976. Vgl. L.F. Neumann. Traktat über einige Unzulänglichkeiten des 'Kritischen Rationalismus'. S. 73 ff. - Fritz Rahmeyer. Kritik der Politkonzeption des Kritischen Rationalismus. S. 267 ff. - G. Fleischmann. Kritischer Rationalismus und Demokratie. Bd.1, S.287 ff.

3 Stellvertretend sei genannt: Albert, Traktat S.55 ff.

4 Albert. Aufklärung und Steuerung. S 120 - Vgl. Fleischmann, S.288 - D. Aldrup. Rationale Theorie der Politik. In: Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie. S. 263/265.

5 Aufklärung und Steuerung, S.112. Dazu auch: Albert. Wissenschaft, Technologie und Politik, a.a.O. S. 331.

6 Aufklärung und Steuerung, S. 110/119. - Traktat, S. 88

7 Popper, Utopie und Gewalt, S.303 ff. - ders., Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. 2, S. 294 - Albert hält diese Art von „theoretischem Pluralismus" für unsere „Gesellschaftsordnung" konstitutiv. Aufklärung und Steuerung S.119 - Von der Konkurrenz politischer Meinungen vor allem im Wahlkampf sprechen Fleischmann (a.a.O., S. 289 f.), Neumann (a.a.O., S. 80) und Rahmeyer (a.a.O., S. 296).

8 Aufklärung und Steuerung, S. 120 f.

9 Intellectual Autobiography. In: The Philosophy of Karl Popper. Ed. by P.A. Schilpp. La Salle, Illinois 1974. S. 31 f. Dabei haben nach Poppers Bekunden auch seine persönlichen Erfahrungen mit Kommunisten eine Rolle gespielt. Popper berichtet, daß die politischen Grundsätze der in den Jahren 1935 bis 1943 verfaßten Schriften „Das Elend des Historizismus" und „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde" bereits in den Jahren 1917-19, also bereits vor der „Logik der Forschung" (1934) entstanden seien (S. 23 ff.). Natürlich soll dieser biographische Hinweis den Nachweis des systematischen Zusammenhangs nicht ersetzen.

10 Fleischmann, a.a.O., S. 289 ff. - Aldrup, a.a.O., S. 263

11 Utopie und Gewalt, S. 306; vgl. Die Offene Gesellschaft, S. 296

12 Hier glaubt Albert Max Weber bei aller Anerkennung des Wertfreiheitspostulats revidieren zu müssen: Theorie und Praxis. Max Weber und das Problem der Wertfreiheit und der Rationalität. In: Werturteilsstreit. Hrsg. H.Albert und E.Topitsch. Darmstadt 1971. S 212 - Wertfreiheit als methodisches Prinzip, S.61

13 Vgl. Fleischmann, a.a.O., S. 288/298

Hans-Jörg Rheinberger

Kritischer Rationalismus, Naturwissenschaften und Wissenschaftsgeschichte

1. Die Botschaft und ihre Aufnahme

Das wissenschaftstheoretische Programm des Kritischen Rationalismus, wie es in Karl Poppers *Logik der Forschung* formuliert ist, hat den Anspruch, die klassische empiristische Erkenntnistheorie durch eine Methodologie des empirisch geleiteten Erkenntnisfortschritts zu ersetzen. Der Standpunkt der kritischen Vernunft sollte in doppelter Abgrenzung, gegen den logischen Empirismus (neo-positivistische Theorie) und gegen den „metaphysischen" „Historismus" (marxistische Theorie) zum Tragen gebracht werden: als *Rationalismus* gegen die Illusion induktiver Bestätigung, als *Kritizismus* gegen die „dialektische" Illusion des Nicht-widerlegt-werden-Könnens. Wissenschaftlicher Fortschritt durch Vermutung und Widerlegung,lautete demgegenüber die methodologische Losung. In den folgenden Jahrzehnten hat Popper der in seinem methodologischen Programm angelegten Theorie der Wissenschaftsentwicklung zusehends Gewicht zu geben versucht: die methodologische Maxime des trial and error hat eine evolutionstheoretische Interpretation im Lichte des Neo-Darwinismus erfahren.

Verfolgt man die Wirkungsgeschichte der Popperschen Ideen, so ist zunächst eine erstaunliche Feststellung zu treffen: 1. Naturwissenschaftler, die in ihren Arbeitsbereichen die wissenschaftliche Erkenntnis bedeutend vorangebracht haben - man denke an Manfred Eigen (molekulare Evolutionstheorie), Jacques Monod (Molekularbiologie), Konrad Lorenz (Ethologie), Rupert Riedl (Phylogenetik), um nur einige zu nennen - *berufen sich* in ihren erkenntnistheoretischen Überlegungen alle mehr oder weniger ausdrücklich auf den Kritischen Rationalismus Karl Poppers. Sollte diese Tatsache als bloße ideologische Verblendung abgetan werden können? 2. Wissenschaftshistoriker der angelsächsischen Tradition - ob es sich nun um Thomas S. Kuhn, Paul Feyerabend oder Stephen Toulmin handelt - *kritisieren* Poppers Ideen als nicht übereinstimmend mit dem tatsächlichen, historischen Verlauf der Entwicklung des naturwissenschaftlichen Wissens; entweder wird ihre Gültigkeit eingeschränkt auf die Phasen „normalwissenschaftlicher" Entwicklung (Kuhn), oder es wird nachzuweisen versucht, die Befolgung von Poppers methodologischen Maximen würde die Entwicklung der Naturwissenschaften geradezu verhindern (Feyerabend), oder das kritisch-rationalistische Modell des Erkenntnisfortschritts wird als noch wesentlich in der Tradition des logischen Absolutismus befangen und nicht bis zu einer wirklich historischen Dimension der wissenschaftlichen Vernunft vorstoßend qualifiziert (Toulmin). Sollte diese Tatsache als bloß irrationalistische und/oder historistische Reaktion abgetan werden können?

Nun ist diese Feststellung, im Lichte der eingangs gemachten Unterscheidung des methodologischen und entwicklungstheoretischen Aspekts des Popperschen Ansatzes

getroffen, um eine weitere bemerkenswerte Feststellung zu ergänzen: 1. Was die Naturwissenschaftler *im Namen ihrer Erfahrung mit der Praxis empirisch- wissenschaftlicher Tätigkeit* am Kritischen Rationalismus *anerkennen,* ist im Grunde genommen seine *entwicklungstheoretische* Perspektive. 2. Was die Wissenschaftstheoretiker *im Namen ihrer Reflexion über die Geschichte der empirisch-wissenschaftlichen Theorieentwicklung* am Kritischen Rationalismus *verwerfen*, ist im Grunde genommen der normative Anspruch seiner *methodologischen* Perspektive.

In dieser Anerkennung/Verwerfung findet einerseits eine merkwürdige Verschiebung statt. Kompetenz und Urteil verhalten sich zueinander umgekehrt komplementär. Beide Seiten urteilen im Namen ihrer Erfahrung über den genuinen Erfahrungsbereich der anderen Seite! Andererseits bleibt als Grundlage des Urteils beider Parteien das Festhalten an einem wie immer gearteten *Fortschritt* wissenschaftlicher Erkenntnis. Diese Feststellungen veranlassen uns, sowohl die Anerkennung als auch die Verwerfung erst einmal mit Mißtrauen zu betrachten und unser Urteil von einem Standpunkt aus zu bilden, der der angedeuteten Verschiebung voraus zugrunde liegt. Es könnte sich finden, daß diese ihre Wurzel in Poppers Ansatz selbst besitzt.

2. Eine Methodologie der empirischen Wissenschaften?

Es ist nicht unwichtig, sich den ersten Stein des Anstoßes der Popperschen Kritik zu vergegenwärtigen: den logischen Empirismus. Gegen die Vorstellung des Aufbaus der empirisch-wissenschaftlichen Erfahrung aus Sinnesdaten und der induktiven Rechtfertigung ihrer Transformation in ein System analytisch konsistenter Aussagen wendet sich seine rationalistische Kritik. Dabei gilt ihm die formallogische Konsistenz theoretischer Aussagen als Paradigma für *Wissenschaftlichkeit überhaupt* und das Problem, so wie es sich dann erst stellt, läßt sich nach einem Wort von Albert Einstein wie folgt zu der Frage zuspitzen: Wie kommt es, daß sich im Laufe der Entwicklung einer Wissenschaft ein theoretisches System als jeweils unbedingt überlegen über alle anderen erweist, obwohl kein logischer Weg von den Wahrnehmungen zu den Grundsätzen der Theorie führt? Poppers Antwort lautet bekanntlich: Die Geltung einer Theorie besteht zu jedem Zeitpunkt darin, vorläufig nicht widerlegt zu sein; über ihre Wahrheit oder auch nur Wahrscheinlichkeit läßt sich positiv nichts aussagen. Der einzige Zugang der Erfahrung zur Theorie besteht in ihrer Widerlegung. Nun ist diese Lösung keine Lösung, bevor nicht angegeben ist, unter welchen Bedingungen eine Theorie durch die Erfahrung als widerlegt gelten kann. Poppers Antwort hierauf lautet: Aus einer Theorie als einem System allgemeiner Aussagen lassen sich singuläre Aussagen deduzieren, auf die das Experiment mit „ja" oder „nein" antwortet; „ja" bedeutet vorläufige Geltung der ganzen Theorie, „nein" bedeutet ihre Verwerfung gemäß dem logischen Grundsatz, daß aus einer richtigen Voraussetzung kein falscher Schluß folgen kann. Der schließliche Kern empirisch-wissenschaftlicher Tätigkeit besteht also im Vergleich von „Basissätzen" hinreichender Besonderheit mit den in der Erfahrung (Beobachtung und Experiment) gegebenen Tatsachen. Man wird aus dieser vergröbernden Skizze zweierlei festhalten können: 1. Der Angriff auf den logischen Empirismus erfolgt auf dem Boden des Empirismus und Logizismus, womit wiederum ein Doppeltes gemeint ist: Poppers

Erfahrungsbegriff bleibt empiristisch gefaßt (Erfahrung als Sinnesdatum), zum anderen ist sein Wissenschaftsbegriff der eines Systems von (analytisch konsistenten) Aussagen. Man könnte sagen: Popper konstruiert als Ausweg zum ungangbar befundenen logischen Weg von der Erfahrung zu den Grundsätzen der Theorie einen logischen Weg von den Grundsätzen der Theorie zur Erfahrung. 2. Die von Einstein aufgeworfene Frage wird dadurch nicht beantwortet, sondern umgangen. Einstein stellt die vom Standpunkt der analytischen Wissenschaftstheorie in ihrer logisch-empiristischen und in ihrer kritisch-rationalistischen (deren bloßer Umkehrung) Fassung nicht zu beantwortende Frage, warum sich ungeachtet des logisch nicht zu bewältigenden Übergangs von der Erfahrung (als Wahrnehmung) zur Theorie (als Aussagensystem) doch bestimmte Theorien in der wissenschaftlichen Arbeit als eindeutig überlegen über andere erweisen. Diese Frage ist nur auf dem Boden eines Wissenschaftsbegriffs zu lösen, der das deduktive Verfahren nicht zum Paradigma der Rationalität empirisch-wissenschaftlicher Arbeit überhaupt macht, sondern umgekehrt als Moment einer Rationalität begreift, die nicht in der Struktur von analytischen Aussagen, sondern im Arbeitscharakter der wissenschaftlichen Tätigkeit gründet. Vor diesem Hintergrund ist Poppers Ansatz in nicht polemischer Absicht so zu beurteilen: Der Anspruch des Kritischen Rationalismus an das *wissenschaftliche Arbeitsverhalten* - nämlich rationale Kritik - ist, befreit von seiner empiristisch-logizistischen Interpretation als eine grundlegende *Entwicklungsbedingung* wissenschaftlicher Unternehmungen anzusehen; die Naturwissenschaftler halten - oft rein intuitiv - an diesem Moment der Popperschen Argumentation fest und *ignorieren* seine empiristisch-logizistische Interpretation, welcher ihre Erfahrung in der empirisch wissenschaftlichen Praxis nicht entspricht. Als im Namen logischer Autorität verkündete Norm deduktiver Falsifikation könnte der Grundsatz des Kritischen Rationalismus, entgegen seinem eigenen Anspruch, in der wissenschaftlichen Praxis nur *dogmatisch* wirken. Sein entwicklungstheoretischer Aspekt jedoch, gerade wenn er in der Allgemeinheit von Fortschritt überhaupt verbleibt, verleiht dieser Praxis hingegen allemal eine bestätigende Perspektive.

3.Eine Theorie der Wissenschaftsentwicklung?

Wiederum ist es nützlich, sich den zweiten Stein des Anstoßes der Kritik Poppers zu vergegenwärtigen: den von ihm als „metaphysisch" qualifizierten „Historismus" (von Hegel bis Marx). Als theoretischen Kern des „Historismus" hat seine Kritik die Dialektik im Auge. Er beurteilt sie als Theorieform, die den Kriterien empirisch-wissenschaftlicher Geltung nicht genügt. Nun ist es aber - gerade wenn man es einmal auf sich beruhen läßt, daß Poppers Kritik an der Dialektik auf eine Karikatur derselben zugeschnitten ist, nämlich auf ihre teleologische Interpretation und damit eine immanente Vernünftigkeit der Geschichte - gewiß merkwürdig festzustellen, daß er selbst den *historischen* Prozeß der wissenschaftlichen Forschung als einen dem Anspruch nach durch einen *logischen* Entwicklungsmechanismus bestimmten betrachtet. Die Logik der Forschung beansprucht Kriterien anzugeben, nach denen sich die empirischen Wissenschaften rational entwickeln können. Damit haben wir die verwirrende Situation, daß ein historischer Entwicklungsprozeß wenn nicht in Begriffen

teleologischer Vernunft, so doch in solchen logischen Verstandes gedacht wird. Der frühe Popper begegnet diesem Einwand mit dem Hinweis, daß sich seine Argumente im Kontext der Rechtfertigung wissenschaftlicher Theorien hielten, nicht jedoch im Kontext der Entdeckung, der sich prinzipiell der formallogischen Rationalität entziehe. Es ist von daher nur konsequent, wenn Popper in seinen späteren Arbeiten die *Logik* der Forschung *evolutionsbiologisch* interpretiert, womit die methodologische Norm des (nicht rational kontrollierbaren) Erfindens von Hypothesen und ihre anschließende (rational kontrollierbare) Falsifikation im nachhinein eine geradezu naturhistorisch-kausale Deutung erhält. Die Rationalität des Kritischen Rationalismus wird mit dem naturhistorischen Segen eines kausalen Mechanismus der Mutation und Selektion von Ideen versehen. Der Historismuskritiker, der in der marxistischen Theorie das Phantom einer Teleologie der Geschichte bekämpft, kommt dahin, die Kulturgeschichte der Erkenntnis qua Naturgeschichte durch den Vorgang einer *den Regeln der Logik gehorchenden natürlichen Ideenselektion* wenn nicht de facto, so doch de jure geleitet zu sehen. Man möchte hierin die von seinen Voraussetzungen her unvermeidlich widersprüchliche Realisierung eines Ansatzes sehen, der in seinem Kampf gegen zwei Fronten die eine jeweils mit den Argumenten bekämpft, die er der anderen zur Last legt. Dessenungeachtet kann jedoch wohl gesagt werden, daß seine wissenschaftshistorische Relevanz darin besteht, gerade im Rahmen der analytischen Wissenschaftstheorie die *Entwicklung* der Naturwissenschaften zum *theoretischen Problem* gemacht zu haben.

Daher ist es kein Zufall, daß sich eine ganze Generation von Wissenschaftshistorikern mehr oder weniger kritisch an Popper orientiert hat. Thomas S. Kuhn etwa hat Poppers Vorstellung von der Rationalität naturwissenschaftlicher Entwicklung zum Ausgangspunkt seiner Kritik gemacht, und zwar im Namen eines konsequenter historischen, d.h. im Sinne Kuhns nicht-logischen Ansatzes. Kuhns Entwicklungsschema der Naturwissenschaften arbeitet bekanntlich mit einem Zweiphasenkonzept normaler und revolutionärer wissenschaftlicher Entwicklungsetappen, innerhalb derer von den zwei Faktorengruppen - externer und interner - die diese Entwicklung bedingen, jeweils die eine sich als dominant erweist. Dabei entziehen sich gerade die großen Umschwünge in der Aufeinanderfolge wissenschaftlicher Weltbilder den Kriterien innerwissenschaftlicher Rationalität. Die großen Umschwünge in der Wissenschaftsgeschichte verdanken sich Bewegungen psychologischer, sozialer, ideologischer Natur, die alles andere als rational kontrolliert sind. Geschichte und Rationalität fallen für Kuhn radikal auseinander. Wo die Geschichte stillsteht, mögen rationale Schemata befolgt werden, wo sie sich bewegt, ist die Vernunft außer Kraft gesetzt. Die damit vollzogene „externalistische" Relativierung wissenschaftlicher Rationalität bedeutet gegen Popper gewendet: eine wirkliche Geschichte der wissenschaftlichen Rationalität kann diese nicht als ihr eigenes Entwicklungskriterium voraussetzen; Poppers Forschungslogik ist keine Theorie der wirklichen Geschichte der Naturwissenschaften, sondern eine rationalistische Fiktion. Was sie als ahistorisch gültige methodologische Norm der Entwicklung der Wissenschaften postuliert, ist zum einen selbst ein historisch relatives Ideal von Wissenschaftlichkeit, zum anderen auf den faktischen Wissenschaftsprozeß bezogen eine Abstraktion ohne *praktische*, geschweige denn *entwicklungstheoretische* Relevanz.

Nun ist wiederum interessant zu vermerken, daß auch Kuhn bei der Generalisierung seiner Überlegungen zur Wissenschaftsgeschichte auf eine evolutionsbiologische Deutung zurückgreift, allerdings zwangsläufig in einer etwas verschobenen Betonung. Während bei Popper der biologische Mechanismus von Mutation und Selektion den Kern einer sozusagen phänomenologischen Analogie bildet, ist es bei Kuhn vielmehr der generelle Charakter des durch diesen Mechanismus bedingten Prozesses: seine prinzipielle Zufälligkeit in dem Sinne, daß für Kuhn auch die Geschichte der Ideen aufs Ganze gesehen keine Richtung hat, schon gar nicht eine durch die Popperschen Methodologienormen vorgegebene.

Es bleibt festzuhalten, daß in einem grundsätzlichen Sinne auch Kuhn in seiner Kritik an Popper dessen Rationalitätsbegriff verhaftet bleibt: in der Weise, daß in dem Moment, in dem sich die Geschichte der Wissenschaften der formallogisch interpretierten Rationalität entzieht, sie sich „Gründen" schlechthin verschließt und damit den „Ursachen" des naturhistorischen Zufalls überlassen bleibt. Wenn also die Wissenschaftshistoriker, für die Kuhn hier als Beispiel steht, im Prinzip nicht den evolutiven Aspekt des Popperschen Modells der Wissenschaftsentwicklung kritisieren, dann umso mehr die methodologischen Normen, die er ihr als Mechanismus unterlegt. Popper wird nicht darin thematisiert, daß er das Konzept der analytischen Wissenschaftstheorie entwicklungstheoretisch wendet, ja nicht einmal , mit welchen Mitteln er es versucht; sondern es wird ihm im Namen der Praxis der wissenschaftlichen Tätigkeit der Prozeß gemacht, 'die nicht so verläuft, wie Popper es sich vorstellt'. Die Wissenschaftshistoriker thematisieren den methodologischen Aspekt der Popperschen Ideen, um sie - im Gegensatz zur *Anerkennung* des evolutiven Aspekts durch die Naturwissenschaftler - zu *verwerfen.* Und sie *ignorieren* die Poppersche Fassung der Ideenevolution, denn für die Rekonstruktion der Geschichte der Wissenschaften ist die *bloße Analogie zum Mechanismus* der biologischen Evolution ohne Erklärungswert.

4. „Ursachen" und „Gründe"

Wir kommen darauf zurück, daß eine erklärungskräftige Wissenschaft von der Geschichte der Wissenschaften zwischen der Scylla abstrakt-analytischer Rationalität und der Charybdis historischer Irrationalität entscheidend von einer veränderten Auffassung wissenschaftlicher Rationalität und damit von Wissenschaft selbst abhängt. Stephen Toulmins „populationstheoretische" Analysen der historischen Entwicklung wissenschaftlicher Unternehmungen im Lichte einer „Ökologie des Geistes" verweisen jenseits der Bewertung seines evolutionsbiologischen Vokabulars auf eine einschneidende Wende in der angelsächsischen Wissenschaftsgeschichtstheorie. Sie scheinen auf ihre Weise einen Weg zu gehen, der mit den hier folgenden Vorstellungen die Richtung teilt. Wird der Gegenstand der Wissenschaftstheorie und -geschichte gefaßt als jener spezialisierte Zweig menschlicher Arbeit im Rahmen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Natur, in dessen Zentrum die *Herstellung* von *Theorien* zum Zwecke der *Aneignung* der Phänomene der natürlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit steht, dann stellt sich die Frage der *wissenschaftlichen Rationalität* nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der logischen Eigenschaften von Aussagensystemen,

sondern unter dem Gesichtspunkt, aufgrund welcher Eigenschaften klassifikatorische, analytische und rekonstruktive Verfahren - die in der Geschichte der menschlichen Erkenntnis interessanterweise auch in dieser Reihenfolge zur theoretischen Ausbildung kamen und aufeinander aufbauen - die Handhabung natürlicher und gesellschaftlicher Lebensbedingungen ermöglichen und damit zu Reproduktionsbedingungen des individuellen und gesellschaftlichen Lebens werden. Die Geschichte der Wissenschaften erscheint dann als die Geschichte jener Anstrengung, sich natürliche und gesellschaftliche Sachverhalte derart zu repräsentieren, daß ihr *Allgemeines* verfügbar und ihre *Verfügbarkeit* allgemein,wird. Die *Bedingungen* wissenschaftlicher Geltung unterliegen so gewiß selbst diesem historischen Prozeß. Ohne Zweifel entwickelt sich die logische Konsistenz zum *Moment* einer Rationalität, die dennoch nicht in jener aufgeht, denn ihre „Ursachen" liegen in den Reproduktionsbedingungen der Gattung. Fallen wir damit in eine überwunden geglaubte Teleologie der Geschichte zurück? Keineswegs. Das Kriterium jedes Finalismus ist das Angelegtsein des Endes in den Ursprüngen. Das Konzept historischer Entwicklung, das dem angedeuteten Konzept der Entwicklung wissenschaftlicher Rationalität zugrundeliegt,operiert mit Entwicklungs*möglichkeiten* auf der Basis materieller „Ursachen", deren *Konjunktur* - das 'historische Gefüge von Bedingungen' - in ihrem Verlauf *Neues* hervorbringt - im Prinzip nicht anders wie in der Naturgeschichte. Um Marx beim Wort zu nehmen: Der Mensch ist die *realisierte* Möglichkeit des Affen, und damit der Schlüssel zu seiner Anatomie. Nicht umgekehrt! Der Eintritt der „Gründe" ins 'historische Gefüge der Bedingungen' begründet dieses nicht! Wohl aber werden sie damit zu „Ursachen" - und damit zur Möglichkeitsbedingung der Beherrschung weiterer Entwicklung, auf die die „Logik" des Kritischen Rationalismus bekanntlich verzichtet.

Literaturverzeichnis

Eigen, M.: Das Spiel, München, Piper Verlag, 1975
Einstein, A.: Mein Weltbild, Frankfurt/M. - Berlin - Wien, Ullstein Verlag, 1972
Feyerabend, P.: Wider den Methodenzwang, Frankfurt/M.,Suhrkamp Verlag, 1976
Kuhn, T.S.: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt/M.,Suhrkamp Verlag, 1973
Kuhn, T.S.: Die Entstehung des Neuen, Frankfurt/M.,Suhrkamp Verlag, 1977.
Lorenz, K.: Die Rückseite des Spiegels, München, Piper Verlag, 1973.
Monod, J.: Zufall und Notwendigkeit, 4.Auflage, München, Piper Verlag, 1972.
Popper, K.: Logik der Forschung, 6.Auflage, Tübingen, J.C.B. Mohr Verlag, 1976
Popper, K.: The Rationality of Scientific Revolutions, in Problems of Scientific Revolution, Oxford, Clarendon Press, 1975.
Riedl, R.: Die Strategie der Genesis, München, Piper Verlag, 1976.
Toulmin, S.: Kritik der kollektiven Vernunft, Frankfurt/M., Suhrkamp Verlag, 1978.

'Das sogenannte Transformationsproblem'

Aspekte des Bortkiewiczschen Erbes[1]

„Das Grundsätzliche bleibt: die Ausbeutung der Produzenten findet statt. Und dies kann ausgesprochen und eingesehen werden ohne Rückgriff auf das System der Wertgrößen" (ACCARDO,1973, S.133).

Die Aussage, kapitalistische Ausbeutung ohne werttheoretischen Rekurs begreifen zu können, gerade weil ihr eine Auseinandersetzung mit der Marxschen Werttheorie vorausging, erscheint auf den ersten Blick widersinnig. Sie ist jedoch ein mögliches Resultat einer bestimmten Kritik der Marxschen Theorie, die seit ca. 70 Jahren unter dem Titel Transformationsproblem mit unterschiedlicher Intensität und Präzision formuliert wurde[2].

Was beinhaltet die Transformation?

Es geht um den Zusammenhang von Werten und Preisen, genauer Produktionspreisen. Marx begreift deren Zusammenhang als eine Verwandlung, durch die die Produktionspreise aus den Werten deduzierbar sind. Die Notwendigkeit einer solchen Transformation ergibt sich aus den Gesetzen *kapitalistischer* Warenproduktion. „Wir haben also gezeigt: daß in verschiedenen Industriezweigen, entsprechend der verschiedenen organischen Zusammensetzung der Kapitale, ... ungleiche Profitraten herrschen und daß daher auch bei gleicher Mehrwertsrate ... das Gesetz (der allgemeinen Tendenz nach) gilt, daß die Profite sich verhalten wie die Größen der Kapitale und daher gleich große Kapitale in gleichen Zeiträumen gleich große Profite abwerfen. Das Entwickelte gilt auf der Basis, welche überhaupt bisher die Basis unserer Entwicklung war: daß die Waren zu ihren Werten verkauft werden. Andererseits unterliegt es keinem Zweifel, daß in der Wirklichkeit, von unwesentlichen, zufälligen und sich ausgleichenden Unterschieden abgesehen, die Verschiedenheit der durchschnittlichen Profitraten für die verschiedenen Industriezweige nicht existiert und nicht existieren könnte, ohne das ganze System der kapitalistischen Produktion aufzuheben. Es scheint also, daß die Werttheorie hier unvereinbar ist mit der wirklichen Bewegung, unvereinbar mit den tatsächlichen Erscheinungen der Produktion, und daß daher überhaupt darauf verzichtet werden muß, die letzteren zu begreifen" (Marx, 1970,S.162). Mit anderen Worten: die Werte der Waren, durch die sich hinter dem Rücken der Produzenten die Proportionierung der gesellschaftlichen Arbeit vollzieht, können nicht mehr unmittelbar diese regelnde Funktion bewerkstelligen, sobald die Waren *kapitalistisch* produziert werden. Die Proportionierung gesellschaftlicher Arbeit kann und muß sich bei Organisation der Produktion durch Kapitale vermittels eines Mechanismus vollziehen, der die Gleichheit der Verwertungsbedingungen[3], d.h. eine einheitliche Profitrate impliziert. Dies zu gewährleisten ist die Funktion der

Produktionspreise. Für Marx sind diese Produktionspreise ohne die Werte und die darin enthaltenen Mehrwerte nicht erklärbar: sie sind quantitativ verwandelte Wertgrößen. Es findet eine Umverteilung des produzierten Wertes derart statt, daß gesamtgesellschaftlich die Summe der Werte der Summe der Produktionspreise und die Summe der Profite der Summe der Mehrwerte entspricht. Dieses Verfahren ist daher auch dadurch kennzeichenbar, daß die aus den Werten ermittelte Durchschnittsprofitrate als Mittlerin zwischen Werten und Produktionspreisen fungiert, die Produktionspreise also transformierte Werte sind. „Die eigentlich schwierige Frage ist hier die: wie diese Ausgleichung der Profite zur allgemeinen Profitrate vorgeht, da sie offenbar ein Resultat ist und nicht ein Ausgangspunkt sein kann." (Marx 1970, S.183).

Wieso aber wurde diese Transformation ein Problem?

Seit der Publikation der Artikel von L.v.Bortkiewicz entspann sich eine Kontroverse um die Behauptung, das Marxsche Verfahren der Transformation weise Fehler auf, die nicht allein rechentechnischer Natur seien, sondern darüberhinaus die Intention der Transformation, nämlich die Werte als Kern der wirklichen Bewegung zu bewahren, fragwürdig erscheinen ließen.

Unter den benannten Fehlern findet sich Marx' eigener Hinweis, auch die Verflechtung der Kapitale untereinander beachten zu müssen, also auch die Kostpreise jener Modifikation zu unterziehen (vgl. Marx, 1970, S.174). Also sind nicht nur die Werte der produzierten Waren (outputs) in Produktionspreise zu transformieren, sondern ebenso die inputs, d.h. die Elemente der Kapitale, da in sie ehemalige Produktionsergebnisse eingehen. Dann kann aber, so folgern die Kritiker weiter, die gesuchte Durchschnittsprofitrate nicht mehr wie bei Marx bestimmt werden. „Einerseits ist zur Berechnung der Produktionspreise die Kenntnis der Ausgleichsprofitrate erforderlich. Andererseits aber kann die Ausgleichsprofitrate, die die Verhältnisse zwischen angeeigneten Profiten und den in Produktionspreisen gemessenen Kapitalvorschüssen egalisieren soll, nicht ohne Kenntnis der Produktionspreise ermittelt werden (Glombowski, 1977, S.11). Die Folge ist, daß diese „neue" Profitrate und die Produktionspreise simultan bestimmt werden müssen und - als Konsequenz - von den Marxschen Größen numerisch abweichen.

Wendet man andererseits die Marxsche Methode der Transformation auf seine Reproduktionsschemata an, so zeigt sich ein weiteres Problem: durch sein Verfahren der Transformation werden die Gleichgewichtsproportionen zerstört. Es kann z.B. passieren, daß die Summe der Löhne nicht mehr die in Produktionspreisen ausgewiesenen Lohngüter kaufen kann (bzw. größer ist als sie).

Es stellt sich nun die Frage, welche Relevanz diesen Fehlern im Transformationsverfahren bei Marx zukommt? Ein Aspekt der Relevanz berührt die Frage nach der quantitativen Beziehung zwischen den korrekt transformierten Produktionspreisen und den Werten bzw. zwischen der „alten" und der „neuen" Profitrate. Ein anderer Aspekt, der zugleich diese Probleme verschärft, resultiert aus einer Weiterentwicklung der Kritikargumentation. Es konnte aufgezeigt werden, daß und wie Produktionspreise und

Durchschnittsprofitrate letztlich *ohne* jeden Rekurs auf Werte ermittelt werden können.

Bei Kenntnis der technischen Produktionsgegebenheiten und dem Subsistenzniveau der Arbeiter kann nämlich sowohl ein Wertsystem als auch ein Preissystem abgeleitet werden, ohne daß das erste dem zweiten vorausgesetzt sein muß. Nun sind nicht nur die bereits genannten quantitativen Inkongruenzen aufzeigbar, die Relevanz der Werttheorie als Basis der Kategorien an der Oberfläche, wie Produktionspreis und Profit, scheint in Frage gestellt.

Die skizzierte preis- und verteilungstheoretische Problematisierung der Werttheorie wirft jedoch die Frage auf, ob sie den zugrundeliegenden ökonomischen Inhalt umfassend reflektiert und damit im Rückschluß auf die Gültigkeit der Marxschen Werttheorie diese hinreichend zu beurteilen vermag.

Eine solche Diskussion (z.B. eines Zusammenhanges von Transformationsproblem und Wertformenanalyse, Herausbildung des Geldes, Geld als Kapital, der Produktionsmethoden des Kapitals und vieles mehr) ist aber bislang kaum erfolgt. Stattdessen konzentriert sie sich vorwiegend auf die quantitativen Zusammenhänge zwischen dem Wert- und Preissystem, wobei insbesondere der Beziehung zwischen Mehrwertrate und „neuer" Profitrate besondere Bedeutung zugemessen wurde. Mit Hilfe des sogenannten Fundamentaltheorems ließ sich insbesondere die Aussage ableiten, daß die Profitrate dann und nur dann positiv ist, wenn eine positive Mehrwertrate existiert, was die Sinnhaftigkeit der Werttheorie (zumindest) als Theorie vom Ursprung, d.h. der Natur des Profits konservierte.

Den Stand der Diskussion kennzeichnen aber nicht nur die Erörterung der Fehler der Transformation und ihrer Relevanz für die Werttheorie, sondern auch zwei unterschiedliche Möglichkeiten in der Herangehensweise bei der Analyse der Verwandlung von Werten in Produktionspreise. Die Mehrheit der Diskutanten begreift das Problem als Beziehung zwischen Größen eines sich real nicht verändernden Zustandes der kapitalistischen Ökonomie. Von einer solchen Warte her argumentiert auch J. Glombowski, wenn er sich im folgenden Artikel kritisch mit W.Schwarz und R. Katzenstein auseinandersetzt. Letzterer dagegen begreift das Problem als *Prozeß* der Herausbildung der Durchschnittsprofite, betrachtet also den wirklichen Kapitaltransfer und argumentiert damit im Rahmen eines sich dynamisch vollziehenden kapitalistischen Reproduktionsprozeß. Ihm geht es um die „*Ausbildung* der Durchschnittsprofitrate", d.h. „den ökonomischen *Inhalt des Prozesses*" ...„Inhaltlich handelt es sich um eine Umverteilung des Mehrwerts, die einen ganz bestimmten Prozeß verkörpert und daher auch an eine *ganz bestimmte Form gebunden ist*. Sie ist das *Ergebnis* der Kapitalbewegung, d.h. der kapitalistischen Form der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit" (Katzenstein, 1978,S.25, Herv. d. V.).

Ökonomiekommission der SOPO

Anmerkungen

1 Mit der Publikation der Artikel von L.v.Bortkiewicz begann 1907 die Debatte um das Transformationsproblem.

2 Zur Einarbeitung sei Napoleoni anempfohlen (NAPOLEONI,C.,1974); einen ausführlicheren, wenngleich auch anspruchsvolleren Einstieg in diese Diskussion vermittelt die Aufsatzsammlung Beiträge zum Transformationsproblem, in: Mehrwert 13, 1977.

3 Dieses gilt in Bezug auf die durch das stoffliche Produkt bedingte Verschiedenheit in den technischen Produktionsbedingungen der Kapitale.

Literaturverzeichnis

Accardo, G., Quantitative Fragen aus der Marxschen Wertlehre, Diss. FU Berlin 1973

Bortkiewicz, L.v., Zur Berichtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im dritten Band des „Kapital", in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Band 34, 1907

Glombowski, J., Eine elementare Einführung in das „Transformationsproblem", in: Mehrwert 13, Berlin (West) 1977

Katzenstein, R., Wert und Preis, in: Sozialistische Politik 44, Berlin (West) 1978

Marx, K., Das Kapital, Band 3 (MEW 25), Berlin (DDR) 1970

Napoleoni, C., Ricardo und Marx, Frankfurt 1974

Schwarz, W., Viel Lärm um Nichts, in: Sozialistische Politik 44, Berlin (West) 1978

Jörg Glombowski

Viel Lärm um nichts? Zu Schwarz' und Katzensteins „Lösungen" des Transformationsproblems

Schwarz und Katzenstein haben es in der SOPO 44 mit zwei Beiträgen unternommen, „konsequent und ungeniert mit den formelhaften Ansätzen der gängigen Marxkritik" zu brechen und „die Untersuchung wieder auf die Ebene der politischen Ökonomie" zu bringen. (Katzenstein S.30 in einer Charakterisierung des Aufsatzes von Schwarz). Es geht ihnen um die Aufklärung des Transformationsproblems oder vielmehr um den Nachweis, daß es ein „Transformationsproblem, wie es bisher diskutiert wurde, ... nämlich überhaupt nicht (gibt)." (Katzenstein S.20)

Jüngere Beiträge zu diesem Thema werden freilich von beiden nicht verarbeitet, die vorgetragene Kritik an den „Marxkritikern" konzentriert sich vielmehr ganz auf einen der Väter der Transformationsdebatte - v. Bortkiewicz. Letzteren zu verteidigen und nicht den Eindruck entstehen zu lassen, als sei der Beifall über die „Erledigung des Transformationsproblems nun allenthalben ungeteilt, ist das Ziel der nachfolgenden kritischen Anmerkungen.

Ich beginne mit dem Beitrag von Schwarz, in dessen drittem Abschnitt behauptet wird, daß v.Bortkiewicz' Erklärung für die Abweichung von Preis- und Wertaggregaten bei einer korrekten Transformation „nur teilweise richtig" sei. (S.10) Meines Erachtens dokumentiert Schwarz hier lediglich, daß er v.Bortkiewicz nicht hinlänglich verstanden hat. Dieser zeigt nämlich, daß die Abweichungen der Preise von den Werten maßgeblich davon abhängen, welches „Invarianzpostulat" man wählt, d.h. für welche Abteilung (oder für welche Abteilungszusammenfassungen) man die Gleichheit von Wert- und Preissumme postuliert. Nicht die Abweichungen der organischen Zusammensetzungen von der *Durchschnitts*zusammensetzung sind demnach relevant, wie Schwarz meint, sondern die Abweichungen von der Zusammensetzung derjenigen Abteilungen, für die die Gleichheit von Wert- und Preissumme als Annahme gesetzt wird. Schwarz' Mißverständnis dieses Zusammenhangs führt denn auch zu krassen Argumentationsfehlern. So interpretiert er etwa die von ihm (S.9) wiedergegebenen Tabellen v.Bortkiewicz' mit dem Satz: „Denn es wird infolge der Konkurrenz so viel Mehrwert aus III nach I und II übertragen, daß dort die Profite und Preise beidemal in die Höhe gehen müssen. Denn in I und II ist die organische Zusammensetzung weit überdurchschnittlich hoch." (S.10) Eine genauere Betrachtung der Tabellen läßt jedoch folgendes erkennen: Erstens ist in Abteilung II die organische Zusammensetzung nicht „weit überdurchschnittlich hoch" sondern vielmehr niedriger als die durchschnittliche. (Diese ergibt sich als 375/300 = 5/4, jene als 100/120 = 5/6.) Zweitens wird aus III kein Mehrwert nach II übertragen, vielmehr gibt II selbst Mehrwert (16 Einheiten) an I ab.

In Abschnitt IV führt Schwarz nun seine eigene Transformation von Werten in Produktionspreise vor. Was unterscheidet diese von derjenigen v.Bortkiewicz'? Schwarz wählt zum einen ein ganz bestimmtes Invarianzpostulat, daß nämlich die Neuwertproduktion, in Werten und in Produktionspreisen ausgedrückt, die gleiche

Größe hat (vgl. S.12,13 und seine Schemata auf S. 11 und 12). Zum anderen meint er, obwohl sein Wertschema einfache Reproduktion impliziert, daß es überflüssig sei, die Eigenschaft auch von seinem Produktionspreisschema zu verlangen. Die dafür gegebene Begründung ist die Kompliziertheit der v.Bortkiewiczschen Formeln, die sich gerade auch aus dessen Festhalten an der Bedingung unveränderter Reproduktionsbeziehungen ergebe (vgl. S.11 f. und Fußnote 11, S.18).

Mir ist es ziemlich unklar, was an den Bortkiewiczschen Formeln „kompliziert" sein soll, handelt es sich doch in dem von Schwarz betrachteten Fall mit nur zwei Abteilungen lediglich um die Lösung der beiden Gleichungen

$$(60p_1 + 10p_2)\ (1+r) = 80p_1$$
$$(20p_1 + 10p_2)\ (1+r) = 40p_2$$

Dabei bedeuten r die Profitrate und p_1 bzw. p_2 die Produktionspreis/Wert-Verhältnisse der Produkte von Abteilung 1 bzw. 2. Schwarz' Invarianzpostulat impliziert ferner, daß $p_2 = 1$ ist. Damit sind der Wert und der Produktionspreis der gesamten Lebensmittelproduktion gleich groß und deren Größe entspricht wiederum, wegen einfacher Reproduktion ($c_2+v_2+m_2 = v_1+m_1+v_2+m_2$), die in Werten oder in Produktionspreisen gemessene Wertschöpfung. Man erhält p_1 1,21 und r 0,17, woraus sich folgendes Produktionspreisschema ergibt:

	Konstantes Kapital	Variables Kapital	Profit	Preissumme
Abt.	cp_1	vp_2	$(cp_1 + vp_2)\ r$	$(cp_1 + vp_2)\ (1 + r)$
1	72,43	10,00	14,14	96,57
2	24,14	10,00	5,86	40,00
Sum me	96,57	20,00	20,00	136,57

In ihm ist allerdings im Unterschied zu Schwarz' Schema (a) die Bedingung einfacher Reproduktion erfüllt, (b) ist der Produktionspreis der Lohngüter nicht kleiner als ihr Wert, folglich (c) die Profitsumme nicht größer als die Mehrwertsumme, (d) die Profitrate gegenüber dem Wertsystem nicht gestiegen sondern gesunken und (e) die Mehrwertrate nicht gestiegen sondern unverändert geblieben. Die Resultate seines willkürlichen Schemas, die Schwarz auf S.13 anführt und - sogar „gesetzmäßig" - glaubt begründen zu können, erweisen sich daher bei näherem Hinsehen als Satz für Satz falsch.

Diese herbe Kritik basiert natürlich auf dem Vorverständnis, daß es unzulässig ist, während der Transformation reale Veränderungen der mengenmäßigen Austauschverhältnisse zwischen den Abteilungen zuzulassen. Vielmehr handelt es sich bei dem Transformationsproblem gerade darum, den Zusammenhang zwischen Werten und Produktionspreisen bei der identischen, als real unterstellten Situation aufzudecken. (Diese These wird unten, im Zusammenhang mit der Erörterung von Katzensteins Artikel, noch ausführlicher begründet.) Während nun Schwarz' Wertschema einfache Reproduktion impliziert, ist in seinem Produktionspreisschema die Summe von Löhnen und Profiten in der Abteilung 1 (9 + 15,5) größer als der Preisausdruck des in der

Abteilung 2 zu ersetzenden konstanten Kapitals (21). Nachdem ferner die Arbeiter ihre Löhne (9 + 9) ausgegeben haben - dies unter der Voraussetzung, daß die Kapitalisten ihnen sozusagen den Vortritt lassen - bleiben für die Kapitalisten lediglich Konsumgüter mit der Preissumme von 18,5 übrig, bei einer Profitsumme von 22. Aus der Verlegenheit heraus, in die der Konstrukteur der Transformation die gerade noch auf einfache Reproduktion eingestellten Kapitalisten versetzt hat, müssen sie nun umdisponieren und akkumulieren - bei strukturkonstanter erweiterter Reproduktion übrigens mit einer Wachstumsrate von 4 1/6%. Nicht, daß die Kapitalisten in der Realität nicht akkumulieren. Aber weshalb tun sie es dann nicht bereits im Wertschema? Immerhin trägt Schwarz dem methodischen Erfordernis, der Transformation die gleiche reale Reproduktionssituation zugrundezulegen, wenigstens insoweit Rechnung, als er den Umfang der Wertschöpfung konstant hält.

Den Clou der Schwarzschen Argumentation bilden die Abschnitte V und VI seines Aufsatzes, in denen er die Quelle des Irrtums der „Marxkritiker" enthüllt und uns endlich sagt, wie die Sache mit der Transformation wirklich zu verstehen sei. Um mein Urteil vorwegzunehmen: Hätte Schwarz recht, dann hätten sich so ziemlich alle „Marxkritiker" blamiert. Meines Erachtens ist allerdings das Gegenteil der Fall[1].

Um die Fehlerhaftigkeit von Schwarz' Argumentation herauszuarbeiten, erscheint es notwendig, sie kurz zu resümieren. Sein „Trick" besteht darin, ein Zwischenschema zwischen einem reinen Wert- und einem reinen Produktionspreisschema einzuführen, das sozusagen einen „hybriden" Charakter hat: Die Elemente des konstanten und des variablen Kapitals werden darin als mit *Produktionspreisen* bewertete eingesetzt, die Mehrwerte hingegen als *Wert*quanta. Wenn nun das bekannte Marxsche Verfahren der Verteilung der Mehrwerte proportional zu den Kapitalvorschüssen auf dieses Zwischenschema angewandt wird, dann soll ein Produktionspreisschema resultieren, bei dem man den gegen Marx erhobenen Vorwurf, er habe nur die Outputs transformiert, aber die Transformation der Inputs unterlassen (was Marx m. E. freimütig konzediert), nicht erheben kann, weil Schwarz eben diesem Einwand mit seinem eleganten Zwischenschritt zuvorgekommen zu sein meint. Es versteht sich, daß bei dieser Herangehensweise die Summe der Mehrwerte der Summe der Profite und die Summe der Preise der Summe der Werte entspricht. So scheint denn Marx, dem Schwarz natürlich sein eigenes Verfahren unterschieben muß, um ihn rehabilitieren zu können, auf das Glänzendste bestätigt, und seine Kritiker, zumal die „Hochschulgehälter verzehrenden 'Marxforscher'" (S.7) stehen als uneinsichtige Schwachköpfe da: „Wo haben die Kritiker nur ihre Augen?" (S.17)

Als Begründung für Schwarz' eigentümliche Prozedur sollen die Umstände herhalten, daß einerseits in Wirklichkeit die Kapitalisten die Produktionsmittel und die Arbeitskraft immer schon zu Produktionspreisen kaufen (S.14), daß aber andererseits „jedes Kapital, gleichgültig ob es seine Produktionsfaktoren zu ihrem Wert entsprechenden oder davon abweichenden Preisen kauft, erst einmal Mehrwert produziert". (S.14f.)

Der Fehler liegt darin, daß das hybride System unsinnig ist. Was Schwarz uns anstelle der Transformation von Werten in Produktionspreise „verkaufen" will, ist eben nur die Verwandlung eines Mischmaschs aus Werten und Produktionspreisen, den er

illegitimerweise als „Wert" bezeichnet, in Produktionspreise. Schwarz hat bei seinen Hinweisen auf die Realität einige ebenfalls zutreffende Aspekte derselben unterschlagen. Die gleichen Kapitalisten, die für ihre Produktionsfaktoren de facto Produktionspreise zahlen, kaufen damit immer auch schon Kapitalelemente, in denen bestimmte Mengen Arbeitszeit verkörpert sind, die also bestimmte Wertgrößen haben, und die Kapitalisten, die „erst einmal" Mehrwert *produzieren* lassen, *eignen sich* genau so, aufgrund des Austausches zu Produktionspreisen, „erst einmal" Durchschnittsprofit *an. Falsch ist dagegen die in Schwarz' Zwischenschema eingehende Unterstellung, die Kapitalisten eigneten sich den unter ihrer Regie produzierten Mehrwert erst einmal an!* Mit der Hinfälligkeit dieser Vorstellung entfällt aber die Begründung für die Einführung eines Zwischenschemas. Der tatsächlich ablaufende Prozeß impliziert an keiner Stelle eine durch das Schwarzsche Zwischenschema beschriebene Situation, sondern einerseits Kauf und Verkauf aller Waren zu Produktionspreisen und andererseits,und gleichzeitig Dispositionen über Quanta vergegenständlichter und Verausgabung lebendiger Arbeitszeit. Das Transformationsproblem besteht darin, beide Ebenen dieses einheitlichen Prozesses zu vermitteln, und nicht, sie durch Konstruktion von hybriden „Werten" durcheinanderzuwerfen.

Auch Schwarz' semantische Ausführungen zum Inhalt des Ausdrucks „Kapitalwert" (vgl. Abschnitt VI) ändern an dieser Beurteilung nichts. Natürlich hat er recht, wenn er darauf hinweist, daß der Kapital*wert* immer schon einen *Preis*ausdruck darstellt, denn das gilt bereits für den durch das Geld vermittelten Äquivalententausch von Kapitalelementen. Damit wird jedoch die entscheidende *quantitative* Differenz zwischen den in Produktionspreisen gemessenen Kapitalwerten und den in Preisen, die Exponenten der in den Waren enthaltenen Arbeitsmengen sind, gemessenen Kapitalwerten keineswegs aufgehoben und auch nicht die Auffassung gestützt, Marx meine eigentlich schon in Produktionspreisen ausgedrückte Kapitalwerte, wenn er in seinem Wertschema Kapitalwerte angebe.

Ich verzichte hier auf Marx-Zitate, die Schwarz widerlegen könnten. Doch seien dazu abschließend zwei inhaltliche Hinweise erlaubt. Der erste bezieht sich auf die Funktion des Transformationsproblems in der Verknüpfung der beiden ersten mit dem dritten Band des „Kapital". Marx' Unterstellung des Austausches von Äquivalenten ist nicht lediglich eine vereinfachende preistheoretische Hypothese, die später leicht konkretisiert werden könnte. Sie ist vielmehr fundamental notwendig, um die Entstehung von Mehrwert in der Zirkulationssphäre ausschließen und die These vom Ursprung des Profits in der in der Produktionssphäre geleisteten Mehrarbeit begründen zu können. Akzeptiert Marx nun, daß die faktischen Austauschverhältnisse andere sind, nämlich durch die Ausgleichung der Profitraten determinierte, und will er gleichzeitig seine auf dem Äquivalententausch basierende Mehrwerttheorie des Profits aufrechterhalten, dann muß er Äquivalententausch und Tausch zu Produktionspreisen, d.h. reines Wertschema und reines Produktionspreisschema miteinander vermitteln und nicht das tun, was Schwarz ihm unterstellt. Indem v.Bortkiewicz diesen Punkt hervorgehoben und betont hat, daß es Marx mit seiner Doppelgleisigkeit von Wert- und Preisbetrachtung gelungen sei, die schon bei den Klassikern in Form der Abzugstheorie angelegte Ausbeutungstheorie des Profits klar zu entwickeln (v.Bortkiewicz, S.473f), ist

er für mich trotz seiner herben Kritik an der Marxschen Transformationsmethode ein besserer Verteidiger der Marxschen Theorie, als Schwarz mit seinem mißglückten Verteidigungsversuch.

Der zweite Hinweis bezieht sich auf die Rolle der Profitrate bei Marx und bei Schwarz. Wie z.B. Napoleoni sehr klar herausgearbeitet hat (Napoleoni, Kap. 15-17), sieht Marx die Profitrate als eine im Wertsystem bestimmte Größe an, mittels derer das Produktionspreissystem abgeleitet werden könne. Bei Schwarz ist es umgekehrt. Er muß erst die Profitrate à la Bortkiewicz im reinen Produktionspreissystem und simultan mit den Produktionspreisen bestimmen, ehe er mit dieser Profitrate und diesen Produktionspreisen sein Zwischensystem aufstellen kann. Transformiert er dieses dann in das Produktionspreissystem, dann bleibt die Profitrate zwar wie bei Marx erhalten, doch ist ihre Höhe nicht, wie bei Marx, unabhängige Voraussetzung der Deduktion. Im übrigen stimmt sie, wie bei v.Bortkiewicz, nicht mit der Profitrate im reinen Wertsystem überein, was Marx irrtümlicherweise glaubte unterstellen zu können.

Im Unterschied zu Schwarz versucht Katzenstein, die Transformation von Werten in Produktionspreise als einen historischen Prozeß zu fassen, ein Fehler, der zusätzlich zu denen, die Katzensteins Aufsatz mit dem Schwarz' gemeinsam hat, für weitere Fehler bei der Beurteilung von v.Bortkiewicz und bei seinen eigenen „Transformationen" sorgt.

Was hat es mit der historisierenden Sichtweise des Transformationsproblems auf sich? Für Marx war klar, daß sich die Waren unter kapitalistischen Bedingungen idealiter, d.h. unter Gleichgewichtsbedingungen, zu Produktionspreisen austauschen. Da die faktischen Handlungen der Kapitalisten sich an Produktionspreisen (oder, in Ungleichgewichtssituationen, an Marktpreisen) und nicht an (unbekannten) Wertgrößen orientieren, wenn sie über die Anlage von Kapital oder die Einführung neuer Produktionsverfahren disponieren, ist es folgerichtig, davon auszugehen, daß die tatsächliche Verteilung der Arbeitskräfte und der Produktionsmittel und demzufolge auch die sektoralen Produktionsniveaus über die *Preis*bewegung gesteuert werden. Das gleiche gilt für die Dynamik des kapitalistischen Prozesses: Für den Umfang und die Struktur der Akkumulationstätigkeit sind die (erwarteten) Preise und die auf ihrer Basis berechneten Profitraten relevant. Dennoch sind die Waren Arbeitsprodukte und lassen sich die in ihnen enthaltenen Arbeitsquanta im Prinzip quantitativ ermitteln, und zwar für jede reale Situation oder Kette von Situationen, die aber ihrerseits als preisdeterminierte begriffen werden müssen. Zwischen den einer realen Situation zugehörigen Wertgrößen und Produktionspreisen oder den einer realen Abfolge von Situationen zugehörigen Wert- und Produktionspreisbewegungen besteht das als Transformationsproblem bekannte Vermittlungsproblem, dessen Stellenwert und Relevanz, wie ich oben ansatzweise skizziert habe, in der Fundierung der Mehrwerttheorie des Profits liegt.

Katzenstein meint hingegen, daß der Übergang von Werten zu Produktionspreisen mit Kapitalwanderungen und Umstrukturierungen der Produktion verknüpft sei. Diese Haltung kann er nur einnehmen, wenn (und weil) er von einer historischen Situation ausgeht, in der die Waren tatsächlich im Verhältnis ihrer Wertgrößen ausgetauscht werden, und zwar unter *kapitalistischen* Bedingungen. Nur dann kann es sinnvoll sein, von *einem einzigen* Anfangsschema (Schema A, S.28), das zugleich Wert- und

Preisschema ist, auszugehen und nach einer sich an den faktischen Preisen (= Werten) orientierenden Kapitalwanderung bei einem doppelten System zu enden, nämlich bei einem Wert- und einem sich davon unterscheidenden Produktionspreissystem (Schemata B bzw. C, S.28f). Daß die Transformation zwischen Schema B und Schema C wiederum, wie bei Schwarz, nicht korrekt ist, weil die konstanten und die variablen Kapitale mit einer falschen „semantischen" Begründung (vgl. S.28) nicht transformiert werden, sei nur am Rande festgehalten. Das richtige Wertschema ergibt sich nämlich aus dem Produktionspreisschema per „inverser Transformation" (unter der speziellen Invarianzbedingung, daß der Wert und der Produktionspreis des Konsumgutes gleich groß sind) als

$$\begin{array}{llll} 34{,}1\,c_1 + & 7{,}1\,v_1 + & 7{,}9m_1 = & 49{,}1\,W_1 \\ 26{,}4\,c_2 + & 16{,}7\,v_2 + & 18{,}7\,m_2 = & 61{,}8\,W_2 \\ \hline 60{,}5c + & 23{,}8\,v + & 26{,}6\,m = & 110{,}9\,W \end{array}$$

Gibt es eine Rechtfertigung für den Ausgangspunkt, in dem die Preise den Wertgrößen entsprechen? Wir können es hier dahingestellt sein lassen, ob der von Katzenstein mit viel Liebe zum Detail ausgemalte Tausch zwischen einfachen Warenproduzenten (vgl. S. 21-23) tatsächlich zu Wertgrößen erfolgte[2]. In seinem Schema muß jedoch bereits kapitalistische Warenproduktion vorliegen, denn darin kommen konstante und variable Kapitale sowie Mehrwerte vor und dann gleich darauf Kapitalisten, die Kapital transferieren. Es muß sich auch deshalb um kapitalistische Warenproduktion handeln, weil Katzenstein beim Übergang zu der neuen realen Situation unveränderte organische Zusammensetzungen in beiden Abteilungen unterstellt (S.28). Daher können beide Situationen zeitlich wohl nicht weit auseinander liegen, denn sonst hätte der technische Fortschritt eventuell die organischen Zusammensetzungen verändert. Darüber hinaus liegen beide Betrachtungsperioden offenbar auch deshalb zeitlich eng zusammen, weil das System - und dies ist nun ganz „unkapitalistisch" - inzwischen gar nicht gewachsen ist. Weshalb aber, wenn dem so ist, existierte in der Ausgangssituation kein Austausch zu Produktionspreisen sondern zu „vorkapitalistischen" Preisen? Ich glaube nicht, daß sich eine befriedigende Erklärung für diese merkwürdige Ausgangssituation ergibt, die Katzensteins Rechtfertigung dafür ist, Kapitaltransfers in die Transformation einzuführen. Damit entfällt aber Katzensteins Kritik an v.Bortkiewicz, dem er gerade die Vernachlässigung der Kapitalbewegung vorwirft (S. 25, 27) und der daher eigentlich nur Marktpreise, nicht aber Produktionspreise ermittelt haben soll.

Im folgenden soll den eigentümlichen Konsequenzen, die aus Katzensteins Operationen im Detail folgen, etwas näher nachgegangen werden. Katzensteins Kapitalwanderung hat nämlich merkwürdige Folgen! Er geht von einem Wertschema bei einfacher Reproduktion aus, in dem die erste Abteilung die höhere organische Zusammensetzung und folglich die kleinere „Profitrate" aufweist. Es wandert nun solange Kapital zur Abteilung 2 ab, bis sich eine ausgeglichene „Profitrate" einstellt. Dies hat (zwangsläufig, unabhängig von Katzensteins konkreten Zahlen) zur Folge, daß einfache Reproduktion nicht mehr zu erreichen ist, denn die setzt $v_1 + m_1 = c_2$ voraus.

während die Kapitalwanderung gerade $c_2 \quad v_1 + m_1$ herbeiführt. In Katzensteins Schema B (S.28) werden zwar 76,2 konstantes Kapital verbraucht, aber nur mehr 61,9 produziert. Was nun? Verfolgen wir die Angelegenheit im *Gleichgewicht* weiter, dann ergibt sich eine gleichmäßig schrumpfende Reproduktion, also erweiterte Reproduktion mit umgekehrten Vorzeichen. Die Kapitalisten beider Abteilungen unterliegen der gleichen Rationierung, c_i und c_2 werden also gleichmäßig reduziert, so daß ihre Summe dem verfügbaren konstanten Kapital entspricht. Bei unveränderter Technik werden auch die variablen Kapitale und die Beschäftigung entsprechend verkürzt. Die Kapitalisten brauchen dagegen kurzfristig den Gürtel nicht enger zu schnallen: Sie konsumieren ihre Profite in voller Höhe und darüber hinaus noch die in Geldform verfügbaren Kapitalbeträge, die nicht in Kapitalelemente umgesetzt werden können. Man erhält-folgendes Schema mit der einheitlichen Schrumpfungsrate von etwa 18,8%, das sich mit dieser Rate leicht fortschreiben läßt[3]:

Periode t:				Periode t + 1:			
$42{,}9\tilde{c}_1$	$+ 7{,}1\tilde{v}_1$	$+ 11{,}9\tilde{m}_1$	=	$34{,}85\tilde{c}_1$	$+ 27{,}05\tilde{c}_2$		
$33{,}3\tilde{c}_2$	$+ 16{,}7\tilde{v}_2$	$+ 11{,}9\tilde{m}_2$	=	$5{,}77\tilde{v}_1$	$+ 13{,}57\tilde{v}_2$	$+ 21{,}28\tilde{k}_1$	$+ 21{,}28\tilde{k}_2$
$76{,}2\tilde{c}$	$+ 23{,}8\tilde{v}$	$+ 23{,}8\tilde{m}$					

Nun hat Katzenstein allerdings selbst bemerkt, daß sein Produnktionspreisschema die Bedingungen einfacher Reproduktion verletzt. Im Unterschied zu Schwarz sieht er darin auch zu Recht ein Problem, denn „die Kapitalwanderung ist gerade auf den Ausgleich solcher Disproportionen gerichtet und die Herstellung des Durchschnittprofits gerade Ausdruck dieser Ausgleichung. Es gilt also in der Tat Formeln zu finden, die diesem Prozeß inhaltmäßig adäquat sind, dann löst sich auch dieser Widerspruch von selbst." (S.29) Katzenstein selbst gibt freilich die aus seiner Kapitalwanderung resultierenden neuen Proportionen nicht an. Meine oben wiedergegebenen Schemata „lösen" das Proportionalitätsproblem, aber sicherlich nicht so, wie sich Katzenstein das wünschen würde. Denn das Resultat läßt ja Katzensteins Einführung realer Kapitalwanderungen im Zuge des Transformationsprozesses in einem sehr fragwürdigen Licht erscheinen. Da steht dann Schwarz mit seiner (falschen) „Lösung" noch relativ besser da. Weil er das Kapital nicht wandern läßt, ergibt sich bei ihm wenigstens erweiterte Reproduktion als Konsequenz der Verletzung der Bedingungen einfacher Reproduktion.

Wie „löst" nun aber Katzenstein seinen Disproportionalitäts-Widerspruch? Er findet seine dei ex machina in der Überproduktionskrise und der Kapitalentwertung: „Wir können ihn (den Widerspruch, J.G.) allerdings auch so (d.h. ohne Explikation der neuen Proportionalitätsbedingungen, J.G.) lösen, wenn wir davon ausgehen (sic!), daß unser Schema einen Prozeß widerspiegelt, eine Phase im kapitalistischen Reproduktionsprozeß, in dem sich gesetzmäßig (sic!) Disproportionen entwickeln, die dann durch Kapitalvernichtung zeitweilig wieder gelöst werden." (S.29) Katzensteins Schema D zeigt dann das traurige Ende des aus der Abteilung I ausgewanderten Kapitals: Es ist vernichtet und die einfache Reproduktion wird auf niedrigerem Niveau wieder erreicht. Ein Kapitalismus, der so funktionierte, hätte das 20.Jahrhundert vermutlich nicht mehr erlebt!

Anmerkungen

1 In der Redeweise von „den Marxkritikern" klingt bei Schwarz, aber auch bei Katzenstein an, daß es eigentlich an Marx gar nichts zu kritisieren gäbe, „Marxkritiker" daher eigentlich a priori immer Dummköpfe seien. Nun gibt es gewiß viele Beispiele für völlig haltlose und häufig auf vollkommener Ignoranz fußender Kritik an Marx. Man sollte aber solche „Marxtöter" und Wissenschaftler, die sich ernsthaft mit Marx beschäftigt haben, nicht undifferenziert in einen Topf werfen.

2 Siehe dazu die Beiträge von Morishima/Catephores und Robinson.

3 Die Tilden ($\sim$) über den Symbolen sollen andeuten, daß es sich um Produktionspreisgrößen handelt. Die k_i stehen für den Kapitalistenkonsum.

Literaturverzeichnis

v.Bortkiewicz, L.: Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 3.Artikel, 25/1907, S. 473 f.

Morishima, M./Catephores, G.: Is there an 'Historical Transformation Problem?', in: Economic Journal 85/1975,S. 309-328

Napoleoni, C.: Ricardo und Marx, Frankfurt a.M. 1974, Kapitel 15-17

Robinson, J.: Value before,Capitalism, in: Kyklos 28/1975, S. 143-148

Shinzaburo Koshimura

EINE ALLGEMEINERE LÖSUNGSFORM FÜR DAS TRANSFORMATIONSPROBLEM

Da ich mich mit dem sog. "Transformationsproblem" längere Zeit beschäftigt habe, interessierten mich die Beiträge, die von W. Schwarz und R. Katzenstein in SOPO 44 entwickelt wurden, sehr. Das folgende stellt das zusammenfassende Ergebnis einiger meiner Arbeiten zu diesem Problem dar. [1]

1. Über die Veränderungen der Kapitalzusammensetzung

Fast alle Ökonomen, die sich mit der Transformation von Werten in Produktionspreise befasst haben, übernahmen vorbehaltlos die von Bortkiewicz angenommene Voraussetzung, daß nach der Transformation der Preis des konstanten Kapitals (Produktionsmittel) C_i (i = 1,2,3) das x_1-fache seines Wertes und der Preis des variablen Kapitals (Arbeitskraft) V_i das x_2-fache seines Wertes ausmacht. Wir werden diese x_i Preis-Wert-Relationen nennen, folglich ergeben:

Kapital zu Werten	Kapital zu Produktionspreisen
C_1+V_1	$C_1x_1+V_1x_2$
C_2+V_2	$C_2x_1+V_2x_2$
C_3+V_3	$C_3x_1+V_3x_2$

Der Suffix i bezeichnet hier die jeweilige Produktionsabteilung, nämlich

Abt. 1 : Produktion von Produktionsmitteln,

Abt. 2 : Produktion von Konsumtionsmitteln für die Arbeiterklasse,

Abt. 3 : Produktion von Luxusgütern.

Diese eher spezielle Form der Transformation ist jedoch

keineswegs zu verallgemeinern, weil Bortkiewicz Kapitalwanderungen zwischen den Abteilungen vernachlässigt und bei den Preisveränderungen des konstanten und variablen Kapitals in allen Abteilungen Einheitlichkeit unterstellt. Nun führen aber, einheitliche Mehrwertrate vorausgesetzt, Unterschiede in der Kapitalzusammensetzung notwendigerweise auch zu unterschiedlichen Profitraten. Letztere setzt aber ihrerseits Kapitalwanderungen zwischen den verschiedenen Abteilungen ingang. In diesem Falle können wir jedoch annehmen, daß das konstante und variable Kapital der Abteilung 1 sich einheitlich um das x_1-fache verändern wird, das der Abteilung 2 und 3 jeweils um das x_2-fache bzw. x_3-fache. Dann ergibt sich:

Kapital zu Produktionspreisen

$$C_1x_1+V_1x_1$$
$$C_2x_2+V_2x_2$$
$$C_3x_3+V_3x_3$$

Man beachte den Kontrast zu obigem Schema von Bortkiewicz. Die Annahme, daß C_i und V_i sich im gleichen Verhältnis ändern, ist jedoch immer noch einseitig. Dies würde voraussetzen, daß die organische Zusammensetzung des Kapitals jeder Abteilung sich weder vor oder nach den Kapitalwanderungen verändert; eine Annahme, die mit der Realität kaum übereinstimmen dürfte. Die Gesamtzusammensetzung des Kapitals jeder Abteilung ist das Ergebnis der Summierung vieler Einzelkapitale mit jeweils unterschiedlicher Zusammensetzung. Da Kapitalwanderung zwischen den Abteilungen letztlich eine Übertragung dieser Einzelkapitle mit unterschiedlicher Zusammensetzung darstellen, wird dies die durchschnittliche Kapitalzusammensetzung jeder Abteilung verändern. Im Gefolge der Transformation von Werten zu Preisen und den daraus resultierenden Wanderungen von Einzelkapitalen zwischen den Abteilungen werden daher in der

Regel die Preise des konstanten und variablen Kapitals in jeder Abteilung in unterschiedlichem Maße verändert. Bezeichnen wir diese Preis-Wert-Relationen, bzw. diese Abweichungsgrade mit x_{ji} ($j = 1,2$; $i = 1,2,3$), so werden die Produktionspreise des vorgeschosssenen Kapitals die folgende Form annehmen:

Kapital zu Produktionspreisen

$$C_1x_{11} + V_1x_{21}$$
$$C_2x_{12} + V_2x_{22}$$
$$C_3x_{13} + V_3x_{23}$$

Es ergeben sich mithin sechs unbekannte Koefizienten zu deren Bestimmung wir eine Regel finden müssen.

Dabei sollten wir beachten, daß die Autoren, die sich mit diesem Problem beschäftigen , ihre Aufmerksamkeit allein auf die Transformation von Werten in Produktionspreisen richteten und keineswegs die Relationen zwischen Werten, Produktionspreisen, Marktpreisen und Monopolpreisen zu bestimmen suchten. Dies würde den Rahmen des Transformationsproblems erheblich ausweiten. Wir werden ein Modell vorlegen, daß sich für ein solch weites Feld als nützlich erweisen könnte.

2. Ein allgemeines Theorem

Wert wird in Arbeitsstunden gemessen oder aber als Verhältnis zu einer Ware mit anerkanntem Wert, die als Geld dient. Dieses Wertverhältnis einer Ware nennen wir ihren "Tauschwert" ("simple price"). Marx bezeichnet es mitunter als "Wert-Preis" oder einfach als "Wert". Wenn wir die Verwandlung von "Werten" in "Preise" untersuchen, so meinen wir, genaugenommen, jene von "Tauschwerten" in "Produktionspreise". Wir werden also nach einem allgemeinen Transformations-Theorem von Werten in alle Preisformen suchen - Produktionspreise, Marktpreise oder Monopolpreise -, und dabei im Gedächtnis behalten, daß es sich bei unserem "Wert" in Wirklichkeit um den "Tauschwert" handelt. Der Einfachheit halber beschränken wir unsere Analyse auf die einfache Reproduktion.

Einfache Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals wird bekanntlich folgendermaßen ausgedrückt:

Wertschema

$$C_1 + V_1 + M_1 = W_1 \quad \text{Produktionsmittel}$$
$$C_2 + V_2 + M_2 = W_2 \quad \text{Lohngüter}$$
$$C_3 + V_3 + M_3 = W_3 \quad \text{Luxusgüter}$$

$$\text{Total } C + V + M = S \quad \text{Sozialprodukt}$$

Dabei ist M_i = Mehrwert und W_i = Wertsumme jeder Abteilung.

Das konstante Kapital wird durch Produktionsmittel, das variable Kapital durch Lohngüter und der Mehrwert (Revenue der Kapitalisten) durch Luxusgüter ersetzt, so daß die Gleichgewichtsbedingungen folgendermaßen ausgedrückt werden

$$W_1 = C, \; W_2 = V, \; W_3 = M.$$

Das gleiche in Preisen ausgedrückt, ob nun in Produktionspreise, Marktpreise oder Monopolpreise, ergibt:

Preisschema

$$\bar{C}_1 + \bar{V}_1 + \bar{M}_1 = \bar{W}_1$$
$$\bar{C}_2 + \bar{V}_2 + \bar{M}_2 = \bar{W}_2$$
$$\bar{C}_3 + \bar{V}_3 + \bar{M}_3 = \bar{W}_3$$

$$\text{Total } \bar{C} + \bar{V} + \bar{M} = T$$

und die Gleichgewichtsbedingungen sind gegeben durch

$$\bar{W}_1 = \bar{C}, \; \bar{W}_2 = \bar{V}, \; \bar{W}_3 = \bar{M}.$$

$\bar{M}_i$ bezeichnet hier entweder den Durchschnittsprofit, laufenden Profit oder den Monopolprofit in der Abteilung i. Wenn die Preis-Wert-Ratio oder die Abweichungsrate

der Preise von den Werten gleich x_{ji} $(j,i = 1,2,3)$ ist, dann kann das Preisschema aus dem Wertschema durch Multiplikation der Elemente mit den entsprechenden x_{ji}'s gewonnen werden.

Preisschema

$$\begin{aligned} C_1x_{11}+V_1x_{21}+M_1x_{31} &= W_1x_1 \\ C_2x_{12}+V_2x_{22}+M_2x_{32} &= W_2x_2 \\ C_3x_{13}+V_3x_{23}+M_3x_{33} &= W_3x_3 \\ \hline \text{Total}\quad Cx_1+Vx_2+Mx_3 &= Sx \end{aligned}$$

Die durchschnittliche Preis-Wert-Ratio x_i und die gesamte Preis-Wert-Ratio x werden hier definiert als

$$x_1=\frac{C_1x_{11}+V_1x_{21}+M_1x_{31}}{W_1}=\frac{C_1x_{11}+C_2x_{12}+C_3x_{13}}{C}$$

$$x_2=\frac{C_2x_{12}+V_2x_{22}+M_2x_{32}}{W_2}=\frac{V_1x_{21}+V_2x_{22}+V_3x_{23}}{V}$$

$$x_3=\frac{C_3x_{13}+V_3x_{23}+M_3x_{33}}{W_3}=\frac{M_1x_{31}+M_2x_{32}+M_3x_{33}}{M}$$

$$x=\frac{Cx_1+Vx_2+Mx_3}{S}=\frac{W_1x_1+W_2x_2+W_3x_3}{S}$$

Unser Problem besteht in der Suche nach diesen x_{ij}'s. Der Kürze willen ändern wir die Bezeicnung und definieren X_{ij}'s, also den Wert jedes Elements, als

$$\left[\begin{array}{ccc|c} C_1 & C_2 & C_3 & C \\ V_1 & V_2 & V_3 & V \\ M_1 & M_2 & M_3 & M \\ \hline W_1 & W_2 & W_3 & S \end{array}\right]=\left[\begin{array}{ccc|c} X_{11} & X_{12} & X_{13} & X_1 \\ X_{21} & X_{22} & X_{23} & X_2 \\ X_{31} & X_{32} & X_{33} & X_3 \\ \hline X_1 & X_2 & X_3 & S \end{array}\right]$$

und Y_{ij}, den Preis jedes Elements als

$$\left[\begin{array}{ccc|c} \overline{C}_1 & \overline{C}_2 & \overline{C}_3 & \overline{C} \\ \overline{V}_1 & \overline{V}_2 & \overline{V}_3 & \overline{V} \\ \overline{M}_1 & \overline{M}_2 & \overline{M}_3 & \overline{M} \\ \hline \overline{W}_1 & \overline{W}_2 & \overline{W}_3 & T \end{array}\right]=\left[\begin{array}{ccc|c} C_1x_{11} & C_2x_{12} & C_3x_{13} & Cx_1 \\ V_1x_{21} & V_2x_{22} & V_3x_{23} & Vx_2 \\ M_1x_{31} & M_2x_{32} & M_3x_{33} & Mx_3 \\ \hline W_1x_1 & W_2x_2 & W_3x_3 & Sx \end{array}\right]$$

$$=\left[\begin{array}{ccc|c} X_{11}x_{11} & X_{12}x_{12} & X_{13}x_{13} & X_1x_1 \\ X_{21}x_{21} & X_{22}x_{22} & X_{23}x_{23} & X_2x_2 \\ X_{31}x_{31} & X_{32}x_{32} & X_{33}x_{33} & X_3x_3 \\ \hline X_1x_1 & X_2x_2 & X_3x_3 & Sx \end{array}\right]=\left[\begin{array}{ccc|c} Y_{11} & Y_{12} & Y_{13} & Y_1 \\ Y_{21} & Y_{22} & Y_{23} & Y_2 \\ Y_{31} & Y_{32} & Y_{33} & Y_3 \\ \hline Y_1 & Y_2 & Y_3 & T \end{array}\right]$$

Hierbei sind x_{ij}, die individuelle Preis-Wert-Ratio, gleich Y_{ij}/X_{ij}, x_i, die durchschnittliche Preis-Wert-Ratio zwischen dem Preis Y_i und dse Wert X_i jeder Abteilumg und x, die gesamt-durchschnittliche Preis-Wert-Ratio zwischen Preis T und dem Wert S des gesamten Outputs, jeweils gegeben durch

$$x_i=\frac{\sum_{j=1}^{3}X_{ij}x_{ij}}{X_i}=\frac{\sum_{j=1}^{3}X_{ji}x_{ji}}{X_i}=\frac{Y_i}{X_i}, \qquad X_i=\sum_{j=1}^{3}X_{ij}=\sum_{j=1}^{3}X_{ji}$$

$$x=\frac{\sum_{i=1}^{3}X_ix_i}{S}=\frac{T}{S}, \qquad S=\sum_{i=1}^{3}X_i.$$

Mithin kann das Wert- und Preisschema umgeformt werden zu

Wertschema	Preisschema
$X_{11}+X_{21}+X_{31}=X_1$	$Y_{11}+Y_{21}+Y_{31}=Y_1$
$X_{12}+X_{22}+X_{32}=X_2$	$Y_{12}+Y_{22}+Y_{32}=Y_2$
$X_{13}+X_{23}+X_{33}=X_3$	$Y_{13}+Y_{23}+Y_{33}=Y_3$
Total $X_1+X_2+X_3=S$	Total $Y_1+Y_2+Y_3=T$

Die Gleichgewichtsbedingungen der einfachen Reproduktion ist gegeben durch

$X_{11}+X_{12}+X_{13}=X_1$	$Y_{11}+Y_{12}+Y_{13}=Y_1$
$X_{21}+X_{22}+X_{23}=X_2$	$Y_{21}+Y_{22}+Y_{23}=Y_2$
$X_{31}+X_{32}+X_{33}=X_3$	$Y_{31}+Y_{32}+Y_{33}=Y_3$

Wir können dies auch umformen zu

$$\frac{X_{11}}{X_1}X_1+\frac{X_{12}}{X_2}X_2+\frac{X_{13}}{X_3}X_3=X_1 \qquad \frac{Y_{11}}{Y_1}Y_1+\frac{Y_{12}}{Y_2}Y_2+\frac{Y_{13}}{Y_3}Y_3=Y_1$$
$$\frac{X_{21}}{X_1}X_1+\frac{X_{22}}{X_2}X_2+\frac{X_{23}}{X_3}X_3=X_2 \qquad \frac{Y_{21}}{Y_1}Y_1+\frac{Y_{22}}{Y_2}Y_2+\frac{Y_{23}}{Y_3}Y_3=Y_2$$
$$\frac{X_{31}}{X_1}X_1+\frac{X_{32}}{X_2}X_2+\frac{X_{33}}{X_3}X_3=X_3 \qquad \frac{Y_{31}}{Y_1}Y_1+\frac{Y_{32}}{Y_2}Y_2+\frac{Y_{33}}{Y_3}Y_3=Y_3$$

Total $X_1 + X_2 + X_3 = S$ Total $Y_1 + Y_2 + Y_3 = T$

wobei X_{ij}/X_j $(i,j = 1,2,3)$ jenen Anteil von X_j angibt, der, in Werten ausgedrückt, auf die Abteilung i entfällt und Y_{ij}/Y_j dieses Verhältnis in Preisen ausgedrückt ist.

Definieren wir a_{ij} und b_{ij} als

$$a_{ij}=\frac{X_{ij}}{X_j}\geq 0, \quad a_{\cdot i}=\sum_{j=1}^{3} a_{ji}=1 \qquad b_{ij}=\frac{Y_{ij}}{Y_j}\geq 0, \quad b_{\cdot i}=\sum_{j=1}^{3} b_{ji}=1$$

können wir die Schemata umformen zu

$$a_{11}X_1+a_{12}X_2+a_{13}X_3=X_1 \qquad b_{11}Y_1+b_{12}Y_2+b_{13}Y_3=Y_1$$
$$a_{21}X_1+a_{22}X_2+a_{23}X_3=X_2 \qquad b_{21}Y_1+b_{22}Y_2+b_{23}Y_3=Y_2$$
$$a_{31}X_1+a_{32}X_2+a_{33}X_3=X_3 \qquad b_{31}Y_1+b_{32}Y_2+b_{33}Y_3=Y_3$$

Total $X_1 + X_2 + X_3 = S$ Total $Y_1 + Y_2 + Y_3 = T$

oder zu

$$(1-a_{11})X_1-a_{12}X_2-a_{13}X_3=0 \qquad (1-b_{11})Y_1-b_{12}Y_2-b_{13}Y_3=0$$
$$-a_{21}X_1+(1-a_{22})X_2-a_{23}X_3=0 \qquad -b_{21}Y_1+(1-b_{22})Y_2-b_{23}Y_3=0$$
$$-a_{31}X_1-a_{32}X_2+(1-a_{33})X_3=0 \qquad -b_{31}Y_1-b_{32}Y_2+(1-b_{33})Y_3=0$$

Das kann auch in Form einer Matrix ausgedrückt werden, nämlich

$$\begin{bmatrix}1-a_{11} & -a_{12} & -a_{13}\\ -a_{21} & 1-a_{22} & -a_{23}\\ -a_{31} & -a_{32} & 1-a_{33}\end{bmatrix}\begin{bmatrix}X_1\\X_2\\X_3\end{bmatrix}=\begin{bmatrix}0\\0\\0\end{bmatrix} \qquad \begin{bmatrix}1-b_{11} & -b_{12} & -b_{13}\\ -b_{21} & 1-b_{22} & -b_{23}\\ -b_{31} & -b_{32} & 1-b_{33}\end{bmatrix}\begin{bmatrix}Y_1\\Y_2\\Y_3\end{bmatrix}=\begin{bmatrix}0\\0\\0\end{bmatrix}$$

oder kurz als $[I-A]X=0$ $[I-B]Y=0$

wobei I die Einheitsmatrix, $A=[a_{ij}]$, $B=[b_{ij}]$ und X, Y, O die Spaltenvektoren sind.

Die Determinanten von I-A und I-B können durch

$$D=|I-A|=\begin{vmatrix}1-a_{11} & -a_{12} & -a_{13}\\ -a_{21} & 1-a_{22} & -a_{23}\\ -a_{31} & -a_{32} & 1-a_{33}\end{vmatrix}, \quad \Delta=|I-B|=\begin{vmatrix}1-b_{11} & -b_{12} & -b_{13}\\ -b_{21} & 1-b_{22} & -b_{23}\\ -b_{31} & -b_{32} & -b_{33}\end{vmatrix}$$

ausgedrückt werden; ebenso die Kofaktoren des (ij)-Elements von D und Δ jeweils durch D_{ij} und Δ_{ij}. D und Δ haben die folgenden Eigenschaften:

$$D = 0,\ D_{ij} > 0,\ D_{1j} = D_{2j} = D_{3j}.$$

$$\Delta = 0,\ \Delta_{ij} > 0,\ \Delta_{1j} = \Delta_{2j} = \Delta_{3j}.$$

wobei Δ_j, der Optimum-Allokator von S zu X_j, und Δ_j, der Optimum-Allokator von T zu Y_j, gleich

$$\sigma_j=\frac{D_{ij}}{D_{i1}+D_{i2}+D_{i3}}=\frac{D_{jj}}{D_{11}+D_{22}+D_{33}} \qquad \tau_j=\frac{\Delta_{ij}}{\Delta_{i1}+\Delta_{i2}+\Delta_{i3}}=\frac{\Delta_{jj}}{\Delta_{11}+\Delta_{22}+\Delta_{33}}$$

$$\sum_{j=1}^{3}\sigma_j=1 \qquad \sum_{j=1}^{3}\tau_j=1$$

sind.

Zusammenfassend können wir das Wert- und Preissystem wie folgt ausdrücken:

Wertmatrix

$$\begin{bmatrix}C_1 & V_1 & M_1\\ C_2 & V_2 & M_2\\ C_3 & V_3 & M_3\end{bmatrix}=\begin{bmatrix}X_{11} & X_{21} & X_{31}\\ X_{12} & X_{22} & X_{32}\\ X_{13} & X_{23} & X_{33}\end{bmatrix}=\begin{bmatrix}a_{11}X_1 & a_{21}X_1 & a_{31}X_1\\ a_{12}X_2 & a_{22}X_2 & a_{32}X_2\\ a_{13}X_3 & a_{23}X_3 & a_{33}X_3\end{bmatrix}=\begin{bmatrix}X_1 & 0 & 0\\ 0 & X_2 & 0\\ 0 & 0 & X_3\end{bmatrix}\begin{bmatrix}a_{11} & a_{21} & a_{31}\\ a_{12} & a_{22} & a_{32}\\ a_{13} & a_{23} & a_{33}\end{bmatrix}$$

Preismatrix

$$\begin{bmatrix}\overline{C}_1 & \overline{V}_1 & \overline{M}_1\\ \overline{C}_2 & \overline{V}_2 & \overline{M}_2\\ \overline{C}_3 & \overline{V}_3 & \overline{M}_3\end{bmatrix}=\begin{bmatrix}Y_{11} & Y_{21} & Y_{31}\\ Y_{12} & Y_{22} & Y_{32}\\ Y_{13} & Y_{23} & Y_{33}\end{bmatrix}=\begin{bmatrix}b_{11}Y_1 & b_{21}Y_1 & b_{31}Y_1\\ b_{12}Y_2 & b_{22}Y_2 & b_{32}Y_2\\ b_{13}Y_3 & b_{23}Y_3 & b_{33}Y_3\end{bmatrix}=\begin{bmatrix}Y_1 & 0 & 0\\ 0 & Y_2 & 0\\ 0 & 0 & Y_3\end{bmatrix}\begin{bmatrix}b_{11} & b_{21} & b_{31}\\ b_{12} & b_{22} & b_{32}\\ b_{13} & b_{23} & b_{33}\end{bmatrix}$$

beschäftigen, behandeln die meisten nur die Transformation der Werte (simple prices) in Produktionspreise. Wir können unsere Formeln leicht auf dieses Problem hin spezialisieren, indem wir μ, die Mehrwertrate jeder Abteilung und π, die Profitrate, für alle Abteilungen gleichsetzen. Weil sich für die Mehrwertrate

$$\mu=\frac{M_1}{V_1}=\frac{M_2}{V_2}=\frac{M_3}{V_3}=\frac{M}{V}$$
$$=\frac{X_{31}}{X_{21}}=\frac{X_{32}}{X_{22}}=\frac{X_{33}}{X_{23}}=\frac{X_3}{X_2},$$

ergibt, folgt

$$\mu=\frac{a_{31}}{a_{21}}=\frac{a_{32}}{a_{22}}=\frac{a_{33}}{a_{23}}=\frac{X_3}{X_2}=\frac{\sigma_3}{\sigma_2}=\frac{D_{33}}{D_{22}}.$$

In diesem Falle werden die folgenden Relationen zwischen den Wertkomponenten jeder Abteilung bestehen, die wir aus

$$X_i=C_i+V_i+M_i=C_i+V_i+\mu V_i=C_i+(1+\mu)V_i$$
$$=X_{1i}+(1+\mu)X_{2i}=a_{1i}X_i+(1+\mu)a_{2i}X_i.$$

ableiten können.

Subtrahieren wir X_i von beiden Seiten dieser Gleichung, erhalten wir

$$a_{1i}+(1+\mu)a_{2i}=1.$$

Folglich läßt sich die folgende Relation zwischen a_{1i}, der Rate der organischen Zusammensetzung des konstanten Kapitals und a_{2i}, der des variablen Kapitals einführen

$$a_{1i}=1-(1+\mu)a_{2i}, \qquad \text{bzw.} \qquad a_{2i}=\frac{1-a_{1i}}{1+\mu}.$$

Deshalb erhalten wir für die Wert-Matrix unter der Bedingung einer gleichen Mehrwertrate

$$\begin{bmatrix} C_1 & V_1 & M_1 \\ C_2 & V_2 & M_2 \\ C_3 & V_3 & M_3 \end{bmatrix}=\begin{bmatrix} C_1 & V_1 & \mu V_1 \\ C_2 & V_2 & \mu V_2 \\ C_3 & V_3 & \mu V_3 \end{bmatrix}=\begin{bmatrix} C_1 & V_1 \\ C_2 & V_2 \\ C_3 & V_3 \end{bmatrix}\begin{bmatrix} 1 & 0 & 0 \\ 0 & 1 & \mu \end{bmatrix}$$

$$x_{ij}=\frac{Y_{ij}}{X_{ij}}=\frac{b_{ij}Y_j}{a_{ij}X_j}=\frac{b_{ij}}{a_{ij}}=\frac{b_{ij}\ j}{a_{ij}\ j}\ x$$

gegeben.

Die obigen Formeln drücken die allgemeine Form der Transformation von Werten in Preise aus. Aber wie verändern sie sich, wenn die folgenden Beziehungen zwischen S, X_1, X_2, X_3 und T, Y_1, Y_2, Y_3 bestehen?

Im allgemeinen gibt es zwölf Relationen und Rationen, welche zwischen ihnen bestehen können; nämlich

(1)	$S\neq T$,	$X_1\neq Y_1$,	$X_2\neq Y_2$,	$X_3\neq Y_3$
(2)	$S=T$,	$X_1\neq Y_1$,	$X_2\neq Y_2$,	$X_3\neq Y_3$
(3)	$S\neq T$,	$X_1=Y_1$,	$X_2\neq Y_2$,	$X_3\neq Y_3$
(4)	$S\neq T$,	$X_1\neq Y_1$,	$X_2=Y_2$,	$X_3\neq Y_3$
(5)	$S\neq T$,	$X_1\neq Y_1$,	$X_2\neq Y_2$,	$X_3=Y_3$
(6)	$S=T$,	$X_1=Y_1$,	$X_2\neq Y_2$,	$X_3\neq Y_3$
(7)	$S=T$,	$X_1\neq Y_1$,	$X_2=Y_2$,	$X_3\neq Y_3$
(8)	$S=T$,	$X_1\neq Y_1$,	$X_2\neq Y_2$,	$X_3=Y_3$
(9)	$S\neq T$,	$X_1=Y_1$,	$X_2=Y_2$,	$X_3\neq Y_3$
(10)	$S\neq T$,	$X_1\neq Y_1$,	$X_2=Y_2$,	$X_3=Y_3$
(11)	$S\neq T$,	$X_1=Y_1$,	$X_2\neq Y_2$,	$X_3=Y_3$
(12)	$S=T$,	$X_1=Y_1$,	$X_2=Y_2$,	$X_3=Y_3$

Wenn wir die Werte dieser x's in die allgemeinen - oben gelieferten - Formeln einsetzen, erhalten wir eine Vielzahl von Modellen, die auf diese speziellen Fälle anwendbar sind.

3. Transformation von Werten in Produktionspreise

Bisher verstanden wir unter "Wert" den "Tauschwert" ("simple price") und unter "Preis" entweder den "Produktionspreis", den "Marktpreis" oder den "Monoplpreis". Von jenen Autoren, die sich mit dem Transformationsproblem

beschäftigen, behandeln die meisten nur die Transformation der Werte (simple prices) in Produktionspreise. Wir können unsere Formeln leicht auf dieses Problem hin spezialisieren, indem wir μ, die Mehrwertrate jeder Abteilung und π, die Profitrate, für alle Abteilungen gleichsetzen. Weil sich für die Mehrwertrate

$$\mu=\frac{M_1}{V_1}=\frac{M_2}{V_2}=\frac{M_3}{V_3}=\frac{M}{V}$$
$$=\frac{X_{31}}{X_{21}}=\frac{X_{32}}{X_{22}}=\frac{X_{33}}{X_{23}}=\frac{X_3}{X_2},$$

ergibt, folgt

$$\mu=\frac{a_{31}}{a_{21}}=\frac{a_{32}}{a_{22}}=\frac{a_{33}}{a_{23}}=\frac{X_3}{X_2}=\frac{\sigma_3}{\sigma_2}=\frac{D_{33}}{D_{22}}.$$

In diesem Falle werden die folgenden Relationen zwischen den Wertkomponenten jeder Abteilung bestehen, die wir aus

$$X_i=C_i+V_i+M_i=C_i+V_i+\mu V_i=C_i+(1+\mu)V_i$$
$$=X_{1i}+(1+\mu)X_{2i}=a_{1i}X_i+(1+\mu)a_{2i}X_i.$$

ableiten können.

Subtrahieren wir X_i von beiden Seiten dieser Gleichung, erhalten wir

$$a_{1i}+(1+\mu)a_{2i}=1.$$

Folglich läßt sich die folgende Relation zwischen a_{1i}, der Rate der organischen Zusammensetzung des konstanten Kapitals und a_{2i}, der des variablen Kapitals einführen

$$a_{1i}=1-(1+\mu)a_{2i}, \qquad \text{bzw.} \qquad a_{2i}=\frac{1-a_{1i}}{1+\mu}.$$

Deshalb erhalten wir für die Wert-Matrix unter der Bedingung einer gleichen Mehrwertrate

$$\begin{bmatrix} C_1 & V_1 & M_1 \\ C_2 & V_2 & M_2 \\ C_3 & V_3 & M_3 \end{bmatrix}=\begin{bmatrix} C_1 & V_1 & \mu V_1 \\ C_2 & V_2 & \mu V_2 \\ C_3 & V_3 & \mu V_3 \end{bmatrix}=\begin{bmatrix} C_1 & V_1 \\ C_2 & V_2 \\ C_3 & V_3 \end{bmatrix}\begin{bmatrix} 1 & 0 & 0 \\ 0 & 1 & \mu \end{bmatrix}$$

$$=\begin{bmatrix} X_{11} & X_{21} \\ X_{12} & X_{22} \\ X_{13} & X_{23} \end{bmatrix}\begin{bmatrix} 1 & 0 & 0 \\ 0 & 1 & \mu \end{bmatrix}=\begin{bmatrix} a_{11}X_1 & a_{21}X_1 \\ a_{12}X_2 & a_{22}X_2 \\ a_{13}X_3 & a_{23}X_3 \end{bmatrix}\begin{bmatrix} 1 & 0 & 0 \\ 0 & 1 & \mu \end{bmatrix}$$
$$=\begin{bmatrix} X_1 & 0 & 0 \\ 0 & X_2 & 0 \\ 0 & 0 & X_3 \end{bmatrix}\begin{bmatrix} a_{11} & a_{21} \\ a_{12} & a_{22} \\ a_{13} & a_{23} \end{bmatrix}\begin{bmatrix} 1 & 0 & 0 \\ 0 & 1 & \mu \end{bmatrix}$$
$$=\begin{bmatrix} \sigma_1 & 0 & 0 \\ 0 & \sigma_2 & 0 \\ 0 & 0 & \sigma_3 \end{bmatrix}\begin{bmatrix} a_{11} & a_{21} \\ a_{12} & a_{22} \\ a_{13} & a_{23} \end{bmatrix}\begin{bmatrix} 1 & 0 & 0 \\ 0 & 1 & \mu \end{bmatrix}S$$

wobei

$$\sigma_j=\frac{D_{jj}}{D_{11}+D_{22}+D_{33}}=\frac{D_{jj}}{D_{11}+D_{22}+\frac{D_{33}}{D_{22}}D_{22}}=\frac{D_{jj}}{D_{11}+(1+\mu)D_{22}}.$$

Weiterhin ergibt sich, wenn alle Profitraten ausgeglichen sind, für die Durchschnittsprofitrate π die folgende Gleichung

$$\pi=\frac{\overline{M}_1}{\overline{C}_1+\overline{V}_1}=\frac{\overline{M}_2}{\overline{C}_2+\overline{V}_2}=\frac{\overline{M}_3}{\overline{C}_3+\overline{V}_3}=\frac{\overline{M}}{\overline{C}+\overline{V}}.$$

bzw.

$$\pi=\frac{Y_{31}}{Y_{11}+Y_{21}}=\frac{Y_{32}}{Y_{12}+Y_{22}}=\frac{Y_{33}}{Y_{13}+Y_{23}}=\frac{Y_3}{Y_1+Y_2}$$
$$=\frac{b_{31}Y_1}{b_{11}Y_1+b_{21}Y_1}=\frac{b_{32}Y_2}{b_{12}Y_2+b_{22}Y_2}=\frac{b_{33}Y_3}{b_{13}Y_3+b_{23}Y_3}=\frac{\tau_3 T}{\tau_1 T+\tau_2 T}$$
$$=\frac{b_{31}}{b_{11}+b_{21}}=\frac{b_{32}}{b_{12}+b_{22}}=\frac{b_{33}}{b_{13}+b_{23}}=\frac{\tau_3}{\tau_1+\tau_2}$$
$$=\frac{\Delta_{33}}{\Delta_{11}+\Delta_{22}}.$$

In diesem Falle bestehen folgende Relationen zwischen den Kompomenten der Produktionspreise jeder Abteilung.

Wenn die Durchschnittsprofitrate gegeben ist, ist b_{3i}, d.h. der Anteil des Durchschnittsprofits $\overline{M}_i = Y_{3i}$ am Produktionspreis des sektoralen Outputs Y_i durch

$$b_{3i}=\frac{Y_{3i}}{Y_i}=\frac{Y_{3i}}{Y_{1i}+Y_{2i}+Y_{3i}}=\frac{\dfrac{Y_{3i}}{Y_{1i}+Y_{2i}}}{\dfrac{Y_{1i}+Y_{2i}}{Y_{1i}+Y_{2i}}+\dfrac{Y_{3i}}{Y_{1i}+Y_{2i}}}$$

$$=\frac{\pi}{1+\pi}.$$

determiniert. Und wenn

$$b_{1i}+b_{2i}+b_{3i}=1,$$

die Anteilsrate des konstanten Kapitals b_{1i} gegeben, ist jene des variablen Kapitals b_{2i} durch

$$b_{2i}=1-(b_{1i}+b_{3i}),$$

reguliert und bei gegebenem b_{2i} und b_{1i} determiniert durch

$$b_{1i}=1-(b_{2i}+b_{3i}).$$

Mithin nimmt die Produktionspreis-Matrix die folgende Form an:

$$\begin{bmatrix}\overline{C}_1 & \overline{V}_1 & \overline{M}_1\\ \overline{C}_2 & \overline{V}_2 & \overline{M}_2\\ \overline{C}_3 & \overline{V}_3 & \overline{M}_3\end{bmatrix}=\begin{bmatrix}\overline{C}_1 & \overline{V}_1 & \pi(\overline{C}_1+\overline{V}_1)\\ \overline{C}_2 & \overline{V}_2 & \pi(\overline{C}_2+\overline{V}_2)\\ \overline{C}_3 & \overline{V}_3 & \pi(\overline{C}_3+\overline{V}_3)\end{bmatrix}=\begin{bmatrix}\overline{C}_1 & \overline{V}_1\\ \overline{C}_2 & \overline{V}_2\\ \overline{C}_3 & \overline{V}_3\end{bmatrix}\begin{bmatrix}1 & 0 & \pi\\ 0 & 1 & \pi\end{bmatrix}$$

$$=\begin{bmatrix}Y_{11} & Y_{21}\\ Y_{12} & Y_{22}\\ Y_{13} & Y_{23}\end{bmatrix}\begin{bmatrix}1 & 0 & \pi\\ 0 & 1 & \pi\end{bmatrix}=\begin{bmatrix}b_{11}Y_1 & b_{21}Y_1\\ b_{12}Y_2 & b_{22}Y_2\\ b_{13}Y_3 & b_{23}Y_3\end{bmatrix}\begin{bmatrix}1 & 0 & \pi\\ 0 & 1 & \pi\end{bmatrix}$$

$$=\begin{bmatrix}Y_1 & 0 & 0\\ 0 & Y_2 & 0\\ 0 & 0 & Y_3\end{bmatrix}\begin{bmatrix}b_{11} & b_{21}\\ b_{12} & b_{22}\\ b_{13} & b_{23}\end{bmatrix}\begin{bmatrix}1 & 0 & \pi\\ 0 & 1 & \pi\end{bmatrix}$$

$$=\begin{bmatrix}\tau_1 & 0 & 0\\ 0 & \tau_2 & 0\\ 0 & 0 & \tau_3\end{bmatrix}\begin{bmatrix}b_{11} & b_{21}\\ b_{12} & b_{22}\\ b_{13} & b_{23}\end{bmatrix}\begin{bmatrix}1 & 0 & \pi\\ 0 & 1 & \pi\end{bmatrix}T,$$

wobei

$$\tau_j=\frac{\Delta_{jj}}{\Delta_{11}+\Delta_{22}+\Delta_{33}}=\frac{\Delta_{jj}}{(\Delta_{11}+\Delta_{22})+\dfrac{\Delta_{33}}{\Delta_{11}+\Delta_{22}}(\Delta_{11}+\Delta_{23})}$$

$$=\frac{\Delta_{jj}}{(1+\pi)(\Delta_{11}+\Delta_{22})}$$

Da der Profit der Abteilung 1 im System der Produktionspreise dem Durchschnittsprofit entspricht, erhalten wir

$$\overline{M}_1=M_1x_{31}=Y_{31}=X_{31}x_{31}=\pi(X_{11}x_{11}+X_{21}x_{21}).$$

Das kann auch als

$$X_{31}x_{31}=a_{31}X_1x_{31}=\pi(a_{11}X_1x_{11}+a_{21}X_1x_{21}).$$

geschrieben werden. Subtrahieren wir von beiden Seiten K_1, erhalten wir

$$a_{31}x_{31}=\pi(a_{11}x_{11}+a_{21}x_{21}).$$

Aus dieser Formel können wir x_{31}, der Abweichungsgrad des Durchschnittsprofits vom in Abt. 1 angeeigneten Mehrwert herleiten.

$$x_{31}=\frac{\pi}{a_{31}}(a_{11}x_{11}+a_{21}x_{21}).$$

in der gleichen Weise erhalten wir die Abweichungsraten in Abt. 2 und 3

$$x_{32}=\frac{\pi}{a_{32}}(a_{12}x_{12}+a_{22}x_{22}),$$

$$x_{33}=\frac{\pi}{a_{33}}(a_{13}x_{13}+a_{23}x_{23}).$$

Mithin wird die Korrelation zwischen sektoralen Durchschnitts-Preis-Wert- Ratio x_1, x_2, x_3 und der individuellen Preis-Wert- Ratio x_{ij} ausgedrückt durch

$$\begin{aligned}x_1&=a_{11}x_{11}+a_{21}x_{21}+a_{31}x_{31}=(a_{11}x_{11}+a_{21}x_{21})+\pi(a_{11}x_{11}+a_{21}x_{21})\\&=(1+\pi)(a_{11}x_{11}+a_{21}x_{21}),\\x_2&=(1+\pi)(a_{12}x_{12}+a_{22}x_{22}),\\x_3&=(1+\pi)(a_{13}x_{13}+a_{23}x_{23}).\end{aligned}$$

Und die Korrelation zwischen sektoralen Durchschnitts-Relation x_1, x_2, x_3 und der gesellschaftlichen Durchschnittsrelation x ist

$$x_1=\frac{\tau_1}{\sigma_1}x=\frac{\frac{\Delta_{11}}{(1+\pi)(\Delta_{11}+\Delta_{22})}}{\frac{D_{11}}{D_{11}+(1+\mu)D_{22}}}x=\frac{\Delta_{11}\{D_{11}+(1+\mu)D_{22}\}}{D_{11}(1+\pi)(\Delta_{11}+\Delta_{22})}x,$$

$$x_2=\frac{\Delta_{22}\{D_{11}+(1+\mu)D_{22}\}}{D_{22}(1+\pi)(\Delta_{11}+\Delta_{22})}x,$$

$$x_3=\frac{\Delta_{33}\{D_{11}+(1+\mu)D_{22}\}}{D_{33}(1+\pi)(\Delta_{11}+\Delta_{22})}x.$$

Wenn wir diese Werte in die im vorangegangenen Abschnitt entwickelten allgemeinen Formeln einsetzen, erhalten wir die Fundamental-Gleichung zur Transformation von Werten in Produktionspreise.

Weiterhin impliziert Fall (2) x=1, (3) x_1=1, (4) x_2=1, (5) x_3=1, (6) x=1, x_1=1, (7) x=1, X_2=1, (8) x=1, x_3=1, (9) x_1=1, x_2=1, (10) x_2=1, x_3=1, (11) x_1=1, x_3=1 und (12) x= 1, x_1=1, x_2=1, x_3=1. Deshalb erhalten wir durch einsetzen dieser Werte in die obigen Formeln eine Vielzahl von Modellen der Transformation.

4. Das Transformationsmodell im engeren Sinne

Dieses tritt im Fall (12) auf, wo

$$S=T,\ X_1=Y_1,\ X_2=Y_2,\ X_3=Y_3.$$

Nämlich in jenem Falle, in dem der Gesamtwert jedes sektoralen Outputs X_i gleich seinem Produktionspreis Y_1 ist, so daß der Gesamtwert des Sozialprodukts S mit seinem Produktionspreis Y zusammenfällt. Was den einen vom anderen unterscheidet ist der Wert jedes Elements des Outputs X_{ij} und seines Produktionspreises Y_{ij}.

Wenn diese Bedingungen gegeben sind, können wir das Problem durch Einsetzen von

$$x=1,\ x_1=1,\ x_2=1,\ x_3=1$$

in die bereits eingeführten Gleichungen lösen. Dann erhalten wir statt

$$x_1=\frac{\tau_1}{\sigma_1}x,\ x_2=\frac{\tau_2}{\sigma_2}x,\ x_3=\frac{\tau_3}{\sigma_3}x$$

$$\tau_1=\sigma_1,\ \tau_2=\sigma_2,\ \tau_3=\sigma_3.$$

Damit wird die Produktionsmatrix wie folgt umgeformt

$$\begin{bmatrix}\bar{C}_1 & \bar{V}_1 & \bar{M}_1\\ \bar{C}_2 & \bar{V}_2 & \bar{M}_2\\ \bar{C}_3 & \bar{V}_3 & \bar{M}_3\end{bmatrix}=\begin{bmatrix}\sigma_1 & 0 & 0\\ 0 & \sigma_2 & 0\\ 0 & 0 & \sigma_3\end{bmatrix}\begin{bmatrix}b_{11} & b_{21}\\ b_{12} & b_{22}\\ b_{13} & b_{23}\end{bmatrix}\begin{bmatrix}1 & 0 & \pi\\ 0 & 1 & \pi\end{bmatrix}S,$$

wobei die Durchschnittsprofitrate

$$\pi=\frac{\tau_3}{\tau_1+\tau_2}=\frac{\sigma_3}{\sigma_1+\sigma_2}=\frac{D_{33}}{D_{11}+D_{22}}=\frac{\mu D_{22}}{D_{11}+D_{22}}.$$

ist. Und der Anteil des Durchschnittsprofits Y_3 am Produktionspreis ist

$$b_{3i}=\frac{\pi}{1+\pi}=\frac{\frac{D_{33}}{D_{11}+D_{22}}}{1+\frac{D_{33}}{D_{11}+D_{22}}}=\frac{D_{33}}{D_{11}+D_{22}+D_{33}}=\sigma_3,$$

und damit

$$b_{2i}=1-(b_{1i}+b_{3i})=1-(b_{1i}+\sigma_3),$$
$$b_{1i}=1-(b_{2i}+\sigma_3).$$

Überprüfen wir obigen Lehrsatz durch ein einfaches numerisches Beispiel. Wir nehmen die Rate der Zusammensetzung des konstanten Kapitals mit

$$[a_{11}\ a_{12}\ a_{13}]=\left[\frac{14}{20}\ \ \frac{2}{4}\ \ \frac{4}{10}\right]$$

an und die Mehrwertrate mit 1oo% (beide in Wertausdrücken), d. h.

$$\mu = 1.$$

Dann ist die Rate der Zusammensetzung des variablen

Kapitals kraft der Formel

$$a_{2i}=\frac{1-a_{1i}}{1+\mu},$$

wie folgt veranschlagt

$$[a_{21}\ a_{22}\ a_{23}]=\left[\frac{1-\frac{14}{20}}{1+1}\quad\frac{1-\frac{2}{4}}{1+1}\quad\frac{1-\frac{4}{10}}{1+1}\right]=\left[\frac{3}{20}\quad\frac{1}{4}\quad\frac{3}{10}\right].$$

Weiterhin ist die Rate der Zusammensetzung des Mehrwerts mit

$$[a_{31}\ a_{32}\ a_{33}]=[\mu a_{21}\ \mu a_{22}\ \mu a_{23}]=\left[\frac{3}{20}\quad\frac{1}{4}\quad\frac{3}{10}\right].$$

zu verrechnen.

Folglich ist die Rate der Wert-Zusammensetzung gegeben durch

$$A=\begin{bmatrix}a_{11}&a_{12}&a_{13}\\a_{21}&a_{22}&a_{23}\\a_{31}&a_{32}&a_{33}\end{bmatrix}=\begin{bmatrix}\frac{14}{20}&\frac{2}{4}&\frac{4}{10}\\\frac{3}{20}&\frac{1}{4}&\frac{3}{10}\\\frac{3}{20}&\frac{1}{4}&\frac{3}{10}\end{bmatrix}$$

Die Kofaktoren der Determinanten

$$D=|I-A|=\begin{vmatrix}1-\frac{14}{20}&-\frac{2}{4}&-\frac{4}{10}\\-\frac{3}{20}&1-\frac{1}{4}&-\frac{3}{10}\\-\frac{3}{20}&-\frac{1}{4}&1-\frac{3}{10}\end{vmatrix}=0$$

sind

$$D_{11}=\begin{vmatrix}1-\frac{1}{4}&-\frac{3}{10}\\-\frac{1}{4}&1-\frac{3}{10}\end{vmatrix}=\frac{9}{20},$$

$$D_{22}=\begin{vmatrix}1-\frac{14}{20}&-\frac{4}{10}\\-\frac{3}{20}&1-\frac{3}{10}\end{vmatrix}=\frac{3}{20},$$

$$D_{33}=\begin{vmatrix}1-\frac{14}{20}&-\frac{2}{4}\\-\frac{3}{20}&1-\frac{1}{4}\end{vmatrix}=\frac{3}{20}.$$

Folglich sind die optimalen Allokatoren von S auf die drei Abteilungen gleich

$$\sigma_1=\frac{D_{11}}{D_{11}+D_{22}+D_{33}}=\frac{\frac{9}{20}}{\frac{9}{20}+\frac{3}{20}+\frac{3}{20}}=\frac{3}{5},$$

$$\sigma_2=\frac{1}{5},\qquad \sigma_3=\frac{1}{5}.$$

Wenn der Gesamtwert des Sozialprodukts mit

$$S = 10,000$$

gegeben ist, kann die Wert-Matrix wie folgt berechnet werden:

$$\begin{bmatrix}C_1&V_1&M_1\\C_2&V_2&M_2\\C_3&V_3&M_3\end{bmatrix}=\begin{bmatrix}\sigma_1&0&0\\0&\sigma_2&0\\0&0&\sigma_3\end{bmatrix}\begin{bmatrix}a_{11}&a_{21}\\a_{12}&a_{22}\\a_{13}&a_{23}\end{bmatrix}\begin{bmatrix}1&0&0\\0&1&\mu\end{bmatrix}S$$

$$=\begin{bmatrix}\frac{3}{5}&0&0\\0&\frac{1}{5}&0\\0&0&\frac{1}{5}\end{bmatrix}\begin{bmatrix}\frac{14}{20}&\frac{3}{20}\\\frac{2}{4}&\frac{1}{4}\\\frac{4}{10}&\frac{3}{10}\end{bmatrix}\begin{bmatrix}1&0&0\\0&1&1\end{bmatrix}\times 10,000$$

$$\begin{bmatrix}4,200&900&900\\1,000&500&500\\800&600&600\end{bmatrix}$$

Was für ein, mit dem obigen Wertsystem korrespondierendes Produktionspreissystem erhalten wir nun?

Wir nehmen die Rate der Zusammensetzung des konstanten Kapitals mit

$$[b_{11}\ b_{12}\ b_{13}]=\left[\frac{10}{15}\quad\frac{3}{5}\quad\frac{2}{5}\right]$$

an und veranschlagen die Durchschnittsprofitrate mit

$$\pi=\frac{D_{33}}{D_{11}+D_{22}}=\frac{\frac{3}{20}}{\frac{9}{20}+\frac{3}{20}}=\frac{1}{4}=25\%.$$

Dann kann die Rate der Zusammensetzung des variablen Kapitals kraft der Formel

$$b_{2i}=1-(b_{1i}+\sigma_3),$$

wie folgt kalkuliert werden:

$$[b_{21}\ b_{22}\ b_{23}]=\left[1-\left(\frac{10}{15}+\frac{1}{5}\right)\quad 1-\left(\frac{3}{5}+\frac{1}{5}\right)\quad 1-\left(\frac{2}{5}+\frac{1}{5}\right)\right]$$
$$=\left[\frac{2}{15}\quad\frac{1}{5}\quad\frac{2}{5}\right]$$

Folglich wird die Produktionspreis-Matrix durch

$$\begin{bmatrix}\overline{C}_1 & \overline{V}_1 & \overline{M}_1\\ \overline{C}_2 & \overline{V}_2 & \overline{M}_2\\ \overline{C}_3 & \overline{V}_3 & \overline{M}_3\end{bmatrix}=\begin{bmatrix}\sigma_1 & 0 & 0\\ 0 & \sigma_2 & 0\\ 0 & 0 & \sigma_3\end{bmatrix}\begin{bmatrix}b_{11} & b_{21}\\ b_{12} & b_{22}\\ b_{13} & b_{23}\end{bmatrix}\begin{bmatrix}1 & 0 & \pi\\ 0 & 1 & \pi\end{bmatrix}S$$

$$=\begin{bmatrix}\frac{3}{5} & 0 & 0\\ 0 & \frac{1}{5} & 0\\ 0 & 0 & \frac{1}{5}\end{bmatrix}\begin{bmatrix}\frac{10}{15} & \frac{2}{15}\\ \frac{3}{5} & \frac{1}{5}\\ \frac{2}{5} & \frac{2}{5}\end{bmatrix}\begin{bmatrix}1 & 0 & \frac{1}{4}\\ 0 & 1 & \frac{1}{4}\end{bmatrix}\times 10,000$$

$$=\begin{bmatrix}4,000 & 800 & 1,200\\ 1,200 & 400 & 400\\ 800 & 800 & 400\end{bmatrix}$$

bestimmt. Schreiben wir diese beiden Matrizen in die traditionelle Tableau-Form um, erhalten wir

Wertkalkulation

	C	V	M	W	μ
1	4,200	900	900	6,000	100%
2	1,000	500	500	2,000	100%
3	800	600	600	2,000	100%
Total	6,000	2,000	2,000	10,000	100%

Produktionspreiskalkulation

	$\overline{C}$	$\overline{V}$	$\overline{M}$	$\overline{W}$	π
1	4,000	800	1,200	6,000	25%
2	1,200	400	400	2,000	25%
3	800	800	400	2,000	25%
Total	6,000	2,000	2,000	10,000	25%

Wir sehen mithin, daß alle Bedingungen erfüllt sind: jede Zeilensumme (Produktenangebot jeder Abteilung) und die entsprechende Spaltensumme (Nachfrage) sind sowohl in Werten als in Produktionspreisen gleich.

L.v.Bortkiewicz und andere Autoren versuchten dieses Problem zu lösen; im Falle (12), wo $x_1=1$, $x_2=1$, $x_3=1$, $x=1$ ist, mußten sie scheitern. Aus unserem Beispiel ist aber ersichtlich, daß dabei keine speziellen Schwierigkeiten entstehen.

5. Traditionelle Methoden

Autoren, die das Transformationsproblem auf die gleiche Weise behandelt haben wie Bortkiewicz, setzten den Produktionspreis des konstanten Kapitals gleich dem x_1-fachen seines Wertes, den Preis des variablen Kapitals gleich dem x_2-fachen seines Wertes und den Preis der Luxusgüter gleich dem x_3-fachen ihres Wertes. Um unser Modell diesem Fall anzupassen, müssen wir folgendes annehmen

$$x_{11}=x_{12}=x_{13}=x_1,$$
$$x_{21}=x_{22}=x_{23}=x_2.$$

Deshalb

$$\begin{bmatrix}a_{11} & a_{21}\\ a_{12} & a_{22}\\ a_{13} & a_{23}\end{bmatrix}=\begin{bmatrix}b_{11} & b_{21}\\ b_{12} & b_{22}\\ b_{13} & b_{23}\end{bmatrix}.$$

Betrachten wir die speziellen Annahmen der wichtigsten Forscher:

Jene von L.v.Bortkiewicz und P.M.Sweezy [2] sind

$$x_{11}=x_{12}=x_{13}=x_1\neq 1,$$
$$x_{21}=x_{22}=x_{23}=x_2\neq 1,$$
$$x_3=1,\ x=1 \text{ or } x\neq 1$$

und ihre Schemata sind

Wertkalkulation

	C	V	M	W	μ
1	225	90	60	375	66.6%
2	100	120	80	300	66.6%
3	50	90	60	200	66.6%
Total	375	300	200	875	66.6%

Preiskalkulation

	Cx_1	Vx_2	$\overline{M}$	$\overline{W}$	π
1	288	96	96	480	25%
2	128	128	64	320	25%
3	64	96	40	200	25%
Total	480	320	200	1,000	25%

J.Winternitz' [3] Voraussetzung ist

$$x_{11}=x_{12}=x_{13}=x_1\neq 1,$$
$$x_{21}=x_{22}=x_{23}=x_2\neq 1,$$
$$x_3\neq 1,\quad x=1,$$

und R.L. Meek [4] benutzt

$$x_{11}=x_{12}=x_{13}=x_1\neq 1,$$
$$x_{21}=x_{22}=x_{23}=x_2\neq 1,$$
$$x_3=1,\quad x\neq 1,$$
$$W_1\neq C,\quad W_2\neq V,\quad W_3\neq M,$$
$$\overline{W}_1\neq \overline{C},\quad \overline{W}_2\neq \overline{V},\quad \overline{W}_3\neq M,$$
$$\frac{C_2}{C_2+V_2}=\frac{C}{C+V},\qquad \frac{W}{V}=\frac{\overline{W}}{\overline{V}}.$$

Seine Schemata sind

Wertkalkulation

	C	V	M	W	μ
1	3	4	4	11	100%
2	18	15	15	48	100%
3	9	6	6	21	100%
Total	30	25	25	80	100%

Preiskalkulation

	Cx_1	Vx_2	$\overline{M}$	$\overline{W}$	π
1	2.59	3.71	3.20	9.50	51%
2	15.55	13.91	15.05	44.52	51%
3	7.78	5.56	6.78	20.12	51%
Total	25.92	23.19	25.04	74.14	51%

F. Setons Voraussetzung [5] ist

$$x_{11}=x_{12}=x_{13}=x_1\neq 1,$$
$$x_{21}=x_{22}=x_{23}=x_2\neq 1,$$
$$x_3=1,\quad x=1.$$

Seine Schemata sind

Wertkalkulation

	C	V	M	W	μ
1	80	20	20	120	100%
2	10	25	25	60	100%
3	30	15	15	60	100%
Total	120	60	60	240	100%

Preiskalkulation

	Cx_1	Vx_2	$\overline{M}$	$\overline{W}$	π
1	96	12	36	144	33.3%
2	12	15	9	36	33.3%
3	36	9	15	60	33.3%
Total	144	36	60	240	33.3%

Wir sehen, daß jedes dieser spezifischen Modelle von unserem allgemeinen Modell umfaßt wird.

Bisher haben wir nur die einfache Reproduktion betrachtet, weil die erweiterte Reproduktion etwas komplizierter ist. Aber das kann vermittels einer Ausdehnung unseres Ansazes gelöst werden.

Fußnoten

1 "Controversy on Price and Profit and the So-called Transformation Problem";in "Development of Marx' Capital", Chap. VI, Tokyo 1967 and "Meteconomics", Chap.16, Tokyo 1976 (Beide in Japanisch), sowie "A More General Solution of the "Transformation Problem", in "WOKO KEIZAI", dem Bulletin der WAKO University No. 2, Sept. 1977 (in englischer Sprache).

2 L.v. Bortkiewiecz, Zur Berichtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im dritten Band des "Kapital", Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. XXXIV, Heft 3, Juli 1907, S. 319 - 335.
P.M. Sweezy, The Theory of Capitalist Development, New York 1942, S. 116 - 121.

3 J.Winternitz, Value and Prices : A Solution of the so-called Transformation Problem, The Economic Journal, Juni 1948, Vol. LVIII, S. 276 - 28o.

4 R.L.Meek, Some Notes on the 'Transformation Problem', The Economic Journal, März 1956, Vol. LXVI, S. 1o2-1o4.

5 F.Seton, "The Transformation Problem", The Review of Economic Studies, Juni 1957, Vol. XXIV, (3), No. 65, S. 147 - 160.

Literatur:

Maurice Dobb, A Note on the Transformation Problem (On Economic Theory and Sozialism, London 1955).

M. Morishima and F. Seton, Aggregation in Leotief Matrices and the Labour Theory of Value, Econometrica,Vol. 29, 2. Aril 1961.

N. Okisio, A Mathematical Note on Marxian Theorems, Weltwirtschaftliches Archiv, 1963.

P.A. Samuelson, Understanding the Marxian Notion of Exploitation: A Summery of the So-Called Transformations-Problem Between Marxian Values and Competitive Prices, Journal of Economic Literature, Vol. IX, No. 2, June 1971.

A. Shaikh, The So-Called 'Tranformation Problem': Marx Vinidicated, New School for Sozial Research, April 1973. Marx's Theory of Value and the So-Called 'Transformation Problem', New School for Sozial Research, October 1974.

S. Koshimura, Theory of Capital Reproduktion and Accumulation, ed. by Jesse Schwartz, DPG Publishing Co. Kitchener Ontario, 1975, Chap. V, Prices of Produktion and the "Transformation Problem", pp. 64-93.

A. Medio, Profits and Surplus-Value: Appearance and Reality in Capitalist Produktion, in Critique of Ecconomic Theory, ed by Jesse Schwartz, Penguin Books, 1972, pp. 88 - 1o5.

D.M.Nuti, The Transformation of Labour Values into Produktion Prices and the Marxian Theory of Exploitation, The Subtle Anatomy of Capitalsm, ed. by Jesse Schwartz, Goodyear Publishing Co., Santa Monica, California, 1977, pp. 88 - 105.

W.Schwarz, Viel Lärm um Nichts. Zum sogenannten Transformationsproblem, SOPO 44, Heft 2, Juni 1978, S. 6 - 19.

R.Katzenstein, Wert und Preis, SOPO 44, Heft 2, Juni 1978, S. 2o - 31.

Robert Katzenstein

Noch einmal zum Transformationsproblem

Meine Kritik an der Transformationsdiskussion (SOPO 44) ist grundsätzlicher Art: Diese Debatte erfaßt mit ihren Formeln, die alle die Bortkiewicz'sche Formel zum Ausgangspunkt haben, *nicht den ökonomischen Inhalt des Prozesses,* den sie zu untersuchen vorgibt. Es scheint sich hier auch ein gewisser Formelfetischismus eingefressen zu haben, dem auch Jörg Glombowski unterliegt wenn er seine Gegenkritik ausgerechnet an der Äußerlichkeit meiner Schemata festmacht, aber in keiner Weise auf den Kern meiner Kritik eingeht. In meinem Schema müssen Diskrepanzen auftauchen, weil es dem Bortkiewicz'schen Schema entsprechend strukturiert ist und diese Diskrepanzen müssen deshalb sogar umso größer sein, je weniger das Bortkiewicz'sche Schema dem wirklichen Transformationsprozeß entspricht.

Das Problem der Transformationsdebatte liegt darin, daß sie mit mathematischen Methoden Widersprüche zu lösen sucht, die überhaupt nicht auf der mathematischen Behandlung des Problems, sondern auf der Umsetzung des falschen Prozesses in mathematische Formeln beruhen. Es gibt nun einmal verschiedene Formen der Mehrwert- bzw. Profitumverteilung und die Transformation der Werte in Produktionspreise beruht nun einmal auf der Kapitalwanderung, d.h. nicht auf der Umverteilung des Mehrwertes schlechthin, sondern auf seiner Umverteilung über den Prozeß der Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen. Das kann man nicht einfach beiseite schieben, wenn man nicht Schiffbruch erleiden will. Ich habe ja in SOPO 44 gezeigt, wie sich im Bortkiewicz'schen Schema einerseits Doppelzählungen ergeben, andererseits aber auch scheinbare Disproportionen auflösen die er 'entdeckt' hat, wenn man in sein Schema die Umverteilung des Mehrwerts einbaut. Ich will das nochmals kurz zeigen (y = umverteilter Profit- bzw. Mehrwertteil):

A. Wertsumme	B. Preissumme	C. Umverteilungsvorgang
I. c + v + m	I. c + v + m + y	I. c + $\boxed{v + m + y}$
II. c + v + m	II. c + v + m	II. $\boxed{c + y}$ + v + m - $\boxed{y}$

Bei diesem Schema verändert sich die Verteilung des Kapitals nicht, sondern das Kapital in I zieht qua Preiserhöhung Profit aus II an sich (d.h. die Waren I verteuern sich für II und es muß zusätzlich zu seinem Wertbestandteil c noch y aus dem Profit abzweigen, um die Waren I erwerben, also um reproduzieren zu können). Das Ergebnis ist immer eine Doppelzählung von y, weil y zuerst in II realisiert, dann umverteilt und in I angeeignet wird. Wertmäßig wird es nur einmal, preismäßig zweimal erfaßt (in Schema C hebt sich das y in der Abteilung II auf und es bleibt dann die Preissumme wie in Schema B erfaßt, die von der Wertsumme A abweicht).

Anders verhält es sich, wenn wir von der Kapitalwanderung ausgehen. Ich will das hier nicht schematisch darstellen, weil S.Koshimura die formelmäßige Umsetzung im folgenden Artikel viel besser und weitgehender vornimmt, als ich das jemals könnte. Wichtig ist, daß bei diesem Prozeß nicht der Mehrwert sondern das Kapital wandert, d.h. die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit verändert sich und damit auch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage in den jeweiligen Bereichen; und zwar ändert es sich solange, bis alle Kapitale den Durchschnittsprofit erlangen, die Waren sich also zu Produktionspreisen austauschen. Bei dieser Form der Mehrwertumverteilung kann eine Differenz zwischen Wert- und Preissumme der Waren überhaupt nicht entstehen. Das Kapital wandert in Form von Geldkapital, denn es kann sich in anderer Form weder aus seinem herkömmlichen Bereich lösen, noch in einem anderen verankern. Durch die Wanderung kann sich also die Wertgröße des Kapitals, gesellschaftlich gesehen, nicht verändern, es kann sich nur anders verteilen. Ein gesellschaftliches Gesamtkapital von 100 bleibt ein gesellschaftliches Gesamtkapital von 100, gleichgültig, wie es sich auf die einzelnen Zweige verteilt und gleichgültig, welche Rolle bei dieser Verteilung seine Bewertung zu Produktionspreisen spielt. Auch die Mehrwertmasse, die dieses Kapital produziert, kann sich nur dann verändern, wenn sich durch diese Wanderung die Masse der angewandten lebendigen Arbeit oder die Mehrwertrate ändert. Ist das nicht der Fall, so müssen Wert- und Preissummen der Waren übereinstimmen, weil der Mehrwert nur einmal und zwar jeweils gleich in der Form des Durchschnittsprofits realisiert wird.

Mir ist natürlich klar, daß die Dinge so einfach nicht liegen, wie hier dargestellt und daß eine genauere Untersuchung sicherlich noch Probleme zutage fördern wird. Mir scheint aber auch, daß allein der Gesichtspunkt unterschiedlicher Formen der Mehrwertumverteilung und die Mißachtung der Kapitalwanderung durch Bortkiewicz genügen sollten, um das Transformationsproblem und seine mathematischen Lösungsformen neu zu überdenken. Angewandte Mathematik hat sich nun einmal an den konkreten Prozessen zu orientieren, die sie untersucht. Aus den dabei gegebenen Bedingungen entwickelt sie ihre Parameter. Aus diesem Grunde untersuche ich (SOPO 44) den Wert und das Wert- Preisverhältnis auch ganz konkret. Es geht mir darum, den Hintergrund der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige herauszuarbeiten und die Bedingungen, die die Gesetzmäßigkeiten dieser Verteilung bestimmen; ebenso auch die Ursachen, aus denen heraus sich der Wert beim Übergang zu kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen transformieren muß zum Produktionspreis. Wenn ich dabei verschiedene historische Entwicklungsetappen wähle, so wegen der Anschaulichkeit und weil mein Angriffspunkt zugleich die Marxkritik im Zusammenhang mit der Transformationsdebatte ist.

Diese Marxkritik macht sich die Exaktheit und Unbestechlichkeit der Mathematik zunutze, um an sich oberflächlichen Argumenten den Schein der Wissenschaftlichkeit zu verleihen. Aus der scheinbaren Diskrepanz zwischen Wert- und Produktionspreissumme der Waren einerseits, wie sie Bortkiewicz auf der Basis seiner Berechnungen konstatiert, und andererseits aus der Möglichkeit, bestimmte Erscheinungen und Zusammenhänge allein aus der Preisbewegung zu erklären, leitet sie ab, daß der Wert eigentlich völlig unnötig und eigentlich gar nicht vorhanden sei.

Natürlich ist das kein sehr überzeugendes Argument. Genauso gut könnte man aus der

Tatsache, daß bestimmte Erscheinungen und Zusammenhänge in der Physik sehr gut ohne Rekurs auf das Atom erklärbar seien, den Schluß ziehen, es gäbe überhaupt kein Atom. Ferner ist es absolut logisch, daß die Formen, in denen Wert wie Atom in Erscheinung treten - beide dem bloßen Auge unsichtbar -, in ihrer Bewegung notwendig auch Erklärungsmöglichkeiten für hintergründig bestimmte Erscheinungen bieten müssen; in unserem Falle also der Preis als Erscheinungsform des Wertes. Durch den mathematischen Beleg eines Widerspruchs zwischen Wert- und Produktionspreissummen der Waren aber erhält dieses vordergründige Argument den Schein der Wahrheit.

Aus allen diesen Gründen genügt es völlig, wenn ich die Bortkiewicz'schen Aussagen kritisch untersuche. Aus denselben Gründen ist es aber auch notwendig, die Bedingungen zu untersuchen, die den Prozeß charakterisieren; um die Bedeutung des Wertes als gesellschaftlicher Kategorie sowie das Wert- Preisverhältnis und um die Parameter für die mathematische Behandlung des Problems herauszuarbeiten. Das ist auch der Grund, weshalb ich den gleichen Prozeß in verschiedenen historischen Etappen untersuche. Mit „historisieren" hat das nichts zu tun, wie Glombowski meint.

Wenn man die Bedeutung des Wertes und das Verhältnis zwischen Wert und Preis deutlich machen will, so geht das eben am besten, wenn man von der ursprünglichen Stufe der Ausbildung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ausgeht. Auf dieser Stufe tritt der Wert in seiner Bedeutung als gesellschaftliche Beziehung der arbeitsteilig produzierenden und gegeneinander verselbständigten privaten Produzenten, und tritt die gesellschaftliche Arbeit als Substanz des Wertes so deutlich hervor, daß selbst der sogenannte Grenznutzen auf harte Arbeit bzw. Einsparung von Arbeit reduziert wird.

Verfolgt man die Entwicklung weiter, so sieht man, wie im Zuge der Produktivkraftentwicklung, etwa durch die Komplizierung der Arbeit etc., *Bedingungen entstehen,* unter denen sich der Preis vom Wert relativ lösen kann. Die im Wert verkörperte gesellschaftliche Beziehung aber wird durch alle diese Veränderungen nicht aufgehoben, denn die sie begründenden Bedingungen bestehen fort und folglich ebenso das Wertgesetz. Allerdings schält sich in dieser relativen Loslösung des Preises vom Wert und in seiner Bewegung um den Wert, schon jener zentrale Prozeß hervor, aus dem einmal das Transformationsproblem erwachsen wird sobald das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis als neue Bedingung hinzutritt: In der Preisbewegung erscheint die an der Oberfläche sichtbar werdende Gesetzmäßigkeit des Wertes über die die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter den Bedingungen der Warenproduktion erfolgt. Die Produktionspreisbildung ist dann ganz schlicht das Ergebnis der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit entsprechend dem Wertgesetz wie es *unter kapitalistischen Bedingungen wirkt*. Das ist nicht meine private Meinung, wie Glombowski meint (SOPO 46), sondern genau der Kernprozeß, den Karl Marx in dem entsprechenden Kapitel des „Kapital" behandelt (MEW 25, S.151 ff). Es ist ja gerade der Witz bei Bortkiewicz, daß er den ganzen Inhalt des Kapitels schlichtweg übersieht, aus dem er das Schema entnimmt, auf dem er seine Berechnungen aufbaut und die nichts anderes darstellen, als eine Illustration zu den Marxschen Gedanken. Bei der ganzen Geschichte aber geht es darum, daß sich mit dem Übergang von der einfachen zur kapitalistischen Warenproduktion auch die Bedingungen ändern, die die Verteilung der gesellschaft-

lichen Arbeit bestimmen.

Die Produktion bleibt Warenproduktion, aber die kapitalistischen Warenproduzenten produzieren nicht mehr zur Befriedigung ihres eigenen Bedarfs. Nicht der Gebrauchswert ist Triebkraft ihrer Produktion, sondern der Wert und auch nicht der Wert schlechthin oder der Neuwert, sondern der Profit.

Zum anderen wird in der kapitalistischen Warenproduktion ein Teil des Neuwertes, der Arbeitslohn, zum Kostenbestandteil, d.h. nicht der Neuwert in seiner Gesamtheit, sondern nur der Rest des Neuwertes, der Profit, wird zum Regulator der Produktion. Für diesen Profit produziert der kapitalistische Warenproduzent und er mißt seinen Gewinn an der Höhe des Profits im Verhältnis zu dem von ihm vorgeschossenen Kapital. Daher hört das Kapital nicht auf, von einem Zweig in den anderen zu wandern solange es noch irgendwo mehr als den Durchschnittsprofit gibt, d.h. ehe sich nicht der Produktionspreis herausgebildet hat. *Die Transformation der Werte in Produktionspreise ist das Ergebnis dieser Kapitalbewegung! Das ist der ökonomische Inhalt des Transformationsprozesses und daran hat sich seine mathematische Fassung zu orientieren.* Genau an diesem ökonomischen Inhalt aber geht die Transformationsdebatte vorbei.

Uffe Juul Jensen

Materialismus und Erkenntnistheorie

Die analytische Wissenschaftsauffassung als neue Ontologie mit beschränkter Haftung*

I.

Gibt es das eigentlich, eine materialistische Erkenntnistheorie? Diese zweideutige Frage verwickelt uns — ungeachtet dessen, wie man sie verstehen mag — direkt in einige der zentralen ideologischen Diskussionen der Zeit. Man kann sie als die Frage nach dem aktuellen Entwicklungsstand der materialistischen Philosophie auffassen. Eine materialistische Weltanschauung existiert; eine Reihe philosophischer Thesen sind von der materialistischen Philosophie über mehr als hundert Jahre zum Thema gemacht und inhaltlich differenziert worden. Aber kann man von ihr eigentlich als von einer genuinen, entwickelten Erkenntnistheorie sprechen? Sollte es sie nicht geben, könnte dann der Grund nicht der sein, daß die materialistische Philosophie alle ihre Ressourcen an der ideologischen Front verausgabt hat? Bestand die Aufgabe nicht zunächst darin, Thesen zu formulieren, sie zu propagieren(z.B. die materialistische Position schlechthin oder die Auffassung der Erkenntnis als Widerspiegelung), und diese nach Möglichkeit den wechselnden Erfordernissen des ideologischen Kampfes anzupassen? Wenn dies so ist, sollte es nicht verwundern, wenn die eigentliche theoretische Bemühung — i.e. die Ausarbeitung der Thesen, ihre theoretische Begründung — etwas in den Hintergrund zurücktreten und zeitweilig sogar vernachlässigt werden mußte. Eine solche Antwort allerdings würde die materialistische Philosophie geradewegs mitten in das Zentrum der ideologischen Kontroversen hineinführen. Wenn die Philosophie die theoretische Reflexion beiseite ließe, um so konkreten, politischen und ideologischen Herausforderungen unbelasteter entgegentreten zu können, gäbe sie dann nicht eigentlich ihren Anspruch preis, Philosophie zu sein? Vom marxologischen Marktplatz hört man bereits die Ausrufer anklagend tönen: Der Materialismus ist eine Legitimationswissenschaft geworden.[1] Unsere ursprüngliche Frage: gibt es denn eigentlich eine materialistische Erkenntnistheorie?—, läßt sich aber auch ganz anders interpretieren, und zwar nicht als Frage nach dem aktuellen Stand der materialistischen Erkenntnistheorie, sondern als eine prinzipielle — philosophische — Frage: ist eine materialistische Erkenntnistheorie überhaupt *möglich*? Gibt es theoretische Argumente für die philosophischen Thesen des Materialismus, und zwar solche, die Anspruch auf Wahrheit und Gültigkeit (Geltung) machen können?

Mehrere Gründe, diese Frage zu verneinen, sind uns schon bekannt. Die größte Durchschlagskraft hat hier wohl die Argumentation Althussers gehabt.[2] Die Erkenntnistheorie wird von ihm auf einen absonderlichen idealistischen Einfall zurückgeführt. Die cartesische Tradition, die Gewißheit(en) für die Geltung von Erkenntnissen forderte, hat eigens zu diesem Zweck eine Erkenntnistheorie entwickelt.

* Der Beitrag ist die vom Autor überarbeitete Fassung eines Vortrags, der im WS 1977/78 auf Einladung des HEGEL-COLLOQUIUMS am Institut für Philosophie der FUB gehalten wurde. Wir danken Jürgen Behrens (Berlin/West) für seine Mitarbeit bei der Fertigstellung der Druckfassung. Die Red.

Sobald das ganze Unternehmen einmal durchschaut ist (—wenn man z.B. gesehen hat, daß alles nur auf einer unzulässigen Subjekt—Objekt—Auffassung beruht—), hat sich damit die Erkenntnistheorie selbst aufgehoben.

Es ist wohlbekannt, daß diese Auffassung innerhalb verschiedener marxologischer Richtungen Gehör findet — wie fern auch sonst der Althusserschen Fassung des dialektischen Materialismus stehen mögen. Die verschiedenen Varianten der Kapital—Logik haben sich offensichtlich in einem Punkt einigen können: es gibt kein eigenes Feld für die Analyse der Erkenntnis oder des Wissenschaftsprozesses. Analysen der Erkenntnis müssen aus den Analysen der Gesellschaft (des Kapitals) abgeleitet werden. Die historisch—ideologische und die philosophisch—prinzipielle Beantwortung unserer Frage haben an diesem Punkt eine gemeinsame Konsequenz. Für beide würde gelten, daß sie auf eine unfruchtbare Isolation des Materialismus hinausliefe, und zwar im Hinblick auf die gesamte erkenntnistheoretische Debatte und Forschung, die außerhalb des marxistischen Diskussionszusammenhanges geführt wird.

Was die erste Antwort betrifft, könnte sie so lauten: Die Philosophie ist in den gesellschaftlichen und ideologischen Kontext gestellt. Gerade deshalb kann für eine gewisse Zeitspanne die theoretische Arbeit zugunsten durchschlagender ideologischer Ausdrucksmittel und zur Stärkung ihrer Funktionsfähigkeit aus — bzw. zurückgesetzt werden. In diesem praktisch—kritischen Kampf begibt sich aber die materialistische Philosophie in ein ganz besonderes — äußerliches — Verhältnis zu anderen philosophischen Positionen. In der aktuellen Situation werden diese eben ganz allgemein von ihr zur *bürgerlichen* Philosophie erklärt. Die materialistische Philosophie verhält sich in einer solchen Situation also nicht zu den verschiedenartigen theoretischen Inhalten dieser anderen philosophischen Positionen, sondern nur zu deren ideologischer Funktion in einem konkreten, historischen Zusammenhang. Das Verhältnis zwischen der materialistischen Philosophie, wie sie von Marx und Engels begriffen wurde, und aller früheren Philosophie läßt sich aber nicht nur ideologisch charakterisieren, sondern auch *philosophisch*, und zwar durch Unterschiede in der Analyse fundamentaler, *philosophischer Kategorien*. Das grundlegende Element der materialistischen Kritik früherer Philosophien, die in der bürgerlichen Gesellschaft entwickelt wurden, ist die Ablehnung eines ganz bestimmten Verständnisses des *Verhältnisses* zwischen Mensch und Natur. In dieser Auseinandersetzung geht es sowohl um die Ablehnung eines *Naturbegriffs* wie einer bestimmtenAuffassung vom Menschen; und zwar war es nicht nur die Relation dieser Beziehung Mensch — Natur, die zum Gegenstand der Kritik gemacht wurde, es war vielmehr die Kategorie der *Relation* (Beziehung) selbst, die — obwohl eher implizit — zum Diskussionsthema dieser philosophischen (und wissenschaftlichen) Auseinandersetzung wurde.[3]

Die Ausarbeitung der marxistischen Gesellschaftsanalyse war eine wissenschaftliche Revolution. Wenn jedoch viele Marxologen unserer Zeit diese Revolution allein als einen Sieg der wissenschaftlichen Theorie über Mythologie und Ideologie ansehen wollen, verrät dies doch einen charakteristischen Mangel an Verständnis für das Verhältnis zwischen Philosophie und Wissenschaft. Hier wie überall sonst bei entscheidenden wissenschaftlichen Durchbrüchen geht es — zumindest implizit — um eine Stellungnahme zu philosophisch—kategorialen Fragen. Die Ausarbeitung der

marxistischen Gesellschaftsanalyse läßt sich mit vollem Recht dem Erscheinen der Darwinschen Evolutionstheorie an die Seite stellen. Auch in diesem Fall wäre es ganz und gar irreführend, nur von einer Ablösung philosophischer Entwicklungstheorien durch eine wissenschaftliche zu reden. Die Theorie Darwins schloß eine implizite Stellungnahme zu kategorialen, philosophischen Fragen mit ein. Der Gattungsbegriff Darwins führt zur Ablehnung früherer (begriffs—)realistischer (essentialistischer) und nominalistischer Gattungskonzeptionen. In der Tat war der philosophische Gehalt der Darwinschen Revolution von genau gleichem Charakter wie im Falle der marxistischen Gesellschaftsanalyse: In beiden Fällen nimmt die Kategorie *Relation* die Schlüsselstellung in dem von ihnen vollzogenen Bruch mit der philosophischen Tradition ein. Für Darwin war die Gattung durch rationale Eigenschaften charakterisiert, d.h. sie ließ sich weder nominalistisch noch essentialistisch analysieren. Die Individuen wiederum gehören einer bestimmten Gattung nicht dadurch an, daß sie bestimmte, ihnen innewohnende „wesentliche" Eigenschaften (essentiae) besitzen, auch nicht durch äußere, fixierbare Gleichheitsverhältnisse untereinander, sondern dadurch, daß sie in der Propagation bestimmte Beziehungen eingehen.

Die Darwinsche Evolutionstheorie stellt eine philosophische Intervention in den tausendjährigen Kampf zwischen Realisten und Nominalisten dar.[4] Er wies auf eine konkrete Problematik hin, gegenüber der beide Positionen versagten. Damit stellte er zugleich eine philosophische Aufgabe: die Kategorie differentiell zu bestimmen, zu der u.a. auch die biologische Gattung gehört. Die marxistische Gesellschaftsanalyse stand vor einer vergleichbaren Aufgabe, und zwar u.a. im Hinblick auf die Präzisierung der kategorialen Zugehörigkeit von Individuen zu einer *Klasse* und vor der einer logisch—historischen Bestimmung der menschlichen Arbeit. Es ist außerordentlich bedauernswert, daß diese philosophischen Aufgaben im Umfeld der marxistischen Diskussion nur in sehr begrenzten Umfange wahrgenommen worden sind. Wir haben versucht (s.o.), eine Teilerklärung dafür anzubieten. Indessen zeigt auch die moderne ideologische Debatte unter Nicht—Marxisten über diese Fragen sehr deutlich, daß gerade Leute, die glauben, sich über die Philosophie erheben zu können, oder jene, die die Philosophie am liebsten abschaffen möchten, zur beständigen Wiederholung der alten philosophischen Irrtümer verurteilt sind.

Welche methodologischen Gemeinsamkeiten auch immer zwischen den einzelnen analytischen Philosophien existieren mögen, das spezifische Merkmal, worin sie übereinkommen, liegt m.E. in einer gemeinsamen ontologischen Orientierung. Zusammenfassend können wir diese ontologische Tendenz als *eine Verteidigung des ontologischen Pluralismus* charakterisieren; eine Verteidigung, deren Charakter und Reichweite nur verstanden werden können, wenn man sie vor dem Hintergrund eines idealistischen Monismus - und im Gegenzug zu ihm betrachtet, der die englische Philosophie am Ende des letzten Jahrhunderts dominierte.[5]

Theoretisch präziser läßt sich dieser Entscheidungskampf folgendermaßen charakterisieren: Als sich die analytische Philosophie etablierte, geschah dies hauptsächlich in dem Versuch, die These zu begründen: es *gibt externe Beziehungen*. Ein triftiges Plädoyer für diese These wäre ein entscheidender Schlag gegen die zentrale These der herrschenden monistischen Philosophie: *daß alle Beziehungen intern seien*. Wir

wollen versuchen zu zeigen, daß diese zwei einander ausschließenden Thesen auf gemeinsamen philosophischen Voraussetzungen fußen, Voraussetzungen, die ihre Wurzeln in dem traditionellen bürgerlich-philosophischen Gegensatz zwischen Gefühl und Verstand und der damit verbundenen Verneinung des praktischen Verhältnisses des Menschen zur Welt (und damit der theoretischen Bedeutung des Produktionsbegriffes) haben.

Wir haben bis hierher folgendes hervorgehoben: innerhalb der materialistischen Gesellschaftstheorie und der materialistischen Weltanschauung wird - wenngleich nur implizit - von einem Begriff der Beziehung Gebrauch gemacht. Wir haben festgehalten, daß es eine wichtige philosophische Aufgabe ist, diesen Begriff näher zu bestimmen. Aber ist dies schon mehr als nur ein gutes Beispiel für eine metatheoretische (oder wissenschaftstheoretische) Aufgabenstellung? Wir schlagen die Analyse eines Begriffs vor, der im Zusammenhang einer bestimmten wissenschaftlichen Theorie fundamental ist. In ganz derselben Weise, in der es die Verwirklichung einer metatheoretischen Aufgabe wäre, den Begriff der Relation zu untersuchen, wie er in der Darwin'schen Evolutionstheorie vorausgesetzt ist. Wir haben weiter oben zumindest angedeutet, daß eine derartige kategorielle Charakterisierung des Relations-Begriffs auch im Zusammenhang des Versuchs wichtig sein könne, eine materialistische Erkenntnistheorie zu entwickeln. Gibt es gewichtige Gründe für eine solche Behauptung? Gibt es andere Gründe außer jenem sehr allgemeinen (und womöglich nicht einmal sehr informativen) Grund, daß eine materialistische Erkenntnistheorie eine Theorie über *die Beziehung* zwischen dem Menschen und seiner sozialen wie natürlichen Umwelt zu sein habe (und man dabei bedenkt, daß der Begriff der Beziehung - Relation - gleichermaßen entscheidende Bedeutung für die Erkenntnistheorie zu haben scheint). Wir können diese Fragen nicht rein abstrakt erörtern. Es gibt eine sehr konkrete erkenntnistheoretische Diskussion. Sie hat im Laufe dieses Jahrhunderts einen überaus hohen Grad der Spezialisierung ihrer Fragestellungen erreicht - vor allem in der Tradition der analytischen Philosophie im Westen. Im folgenden wollen wir zu zeigen versuchen, daß eine ganz bestimmte Analyse des Relations-Begriffes die Grundlage dieser gesamten Traditionslinie bildet. Die epistemologischen Fragen, wie sie in diesem Jahrhundert erörtert worden sind, haben ein sehr spezifisches Netzwerk von Problemen im Hinblick auf interne und externe Relationen zur Voraussetzung. Die Notwendigkeit einer materialistischen Erkenntnistheorie läßt sich mithin folgendermaßen verdeutlichen: in dem Maße, wie der in der materialistischen Gesellschaftstheorie und Weltanschauung implizierte Begriff der Relation sich im Gegensatz befindet zu den Konzeptionen von „Beziehung" in den Erkenntnistheorien des Westens, ist eine materialistische Konzeption in der Tat von allerhöchster erkenntnistheoretischer Relevanz. Mit anderen Worten: eine materialistische Konzeption der Realität hat bedeutsame philosophische Konsequenzen auch im Hinblick auf jene spezifischen Probleme, die innerhalb der hochgradig technischen und am weitesten fortgeschrittenen Epistemologien und im Rahmen der Wissenschaftstheorie diskutiert werden. Aus ideologischen und *philosophischen* Gründen ist es von allergrößter Bedeutung, eine materialistische Erkenntnistheorie zu entwickeln. Wir möchten dies verdeutlichen, indem wir einige fundamentale Prinzipien der analytischen Erkenntnistheorie untersuchen - und zugleich

solche, auf die sich der idealistische Monismus stützt, gegen den jene von Anbeginn gerichtet war.

II.

Was ist der genaue Inhalt der These, daß alle Beziehungen *intern* seien? Wie sollen wir die Rolle, die ihr zu spielen zugedacht war, erklären?

Letztlich ist es nur möglich diese These zu verstehen, wenn man sie als Beitrag zu einer philosophischen Kontroverse sieht, die ganz bestimmte ontologische Voraussetzungen konstruiert: die Unterscheidung zwischen externen und internen Beziehungen *setzt eine Ontologie voraus*, nach der die Welt aus *individuellen Elementen* aufgebaut ist. Eine solche Ontologie - in der radikalen Form des britischen Empirismus - war es, die die philosophische Bühne darstellte, auf der auch der Hegelianische Monismus auftrat. Die vielen theoretischen Bestrebungen, die Einheit der Wirklichkeit zu belegen, zielten darauf ab, zu zeigen, auf welche Weise die gegebenen, individuellen Elemente bei genauerer Betrachtung zusammenhängen. Zusammenfassend läßt sich feststellen: Die Einheits-Problematik, die die These von den internen Beziehungen klären sollte, reproduziert eine Ontologie, die anzugreifen die Aufgabe gerade jener These sein sollte. Um diese Behauptung genauer begründen zu können, muß man versuchen, die These von der Internalität der Beziehungen zu präzisieren.

Was soll man überhaupt darunter verstehen, daß eine Beziehung intern ist? Eine (sehr verbreitete) Festlegung lautet so: Eine Beziehung ist dann intern, wenn ein Urteil, das Individuen eine Relation zuschreibt, a priori wahr ist. Die Beziehung 'verheiratet sein', ist eine solche zwischen zwei menschlichen Individuen. Das Urteil, ein bestimmter Ehemann sei verheiratet, ist a priori wahr (auf gleiche Weise das Urteil, eine Ehefrau sei verheiratet). Gemäß der Definition haben wir hier zwei Beispiele für interne Beziehungen. Nehmen wir nun an, der Ehemann sei Autor eines bestimmten Buches (so daß also genau diese Beziehung zwischen ihm und dem bestimmten Buch besteht). Diese Aussage ist nicht a priori wahr, denn es ist kontingent, ob oder daß der Ehemann Autor eines Buches ist. Die Autor-Beziehung gilt hier also als eine externe Beziehung. Wir haben demnach eine Unterscheidung zwischen internen und externen Beziehungen vorliegen; diese Unterscheidung setzt, wie betont, einen Begriff von einem *Individuum in besonderem Sachverhalts-Konstellationen* voraus. Man setzt eine ontologische Struktur, die nur über Analysen des Begriffs 'Einzelnes' zu fassen ist, will aber nicht akzeptieren, daß die Wirklichkeit allein aus der *Summe* dieser Phänomene (aus solchen „Einzelnen") zusammengesetzt ist. Ein Ensemble von Wirklichem wird also definiert als eine solche von Elementen, die einer über-individuellen Struktur unterworfen sind. Dies ist in Wirklichkeit nur die Wiederholung einer traditionellen begriffsrealistischen Negation des Nominalismus.

Eine andere und allgemeinere Definition der These von den internen Beziehungen lautet folgendermaßen: Eine Beziehung R ist eine interne Beziehung für eine Entität E, falls E seine Identität (Natur) beim Verlust der Beziehung R verändert (und eine andere Indentität annimmt).

Vorausgesetzt wird, daß es Entitäten gibt, und daß es möglich ist, zwischen deren Natur und den Beziehungen, in denen sie zu anderen Entitäten stehen, zu unterscheiden.

Die Voraussetzung als solche, daß Wirklichkeit sich aus Entitäten mit spezifischer Natur zusammensetzt, enthüllt, daß die Anhänger der These von den internen Beziehungen - selbst wiederum 'intern' - mit den Atomisten verbunden sind, die sie kritisieren. Sie zeigen ihre philosophische Gemeinsamkeit mit diesen durch die Annahme, daß individuelle Phänomene Träger *essentieller* Eigenschaften seien. Im Folgenden wollen wir versuchen, diese für Internalisten und Externalisten gemeinsame Voraussetzung zu präzisieren.

III.

Wir können zwei Varianten des Externalismus unterscheiden: Den traditionellen idealistischen Essentialismus und den Empirismus. Dem Essentialismus zufolge - der nicht zuletzt in der Biologie nachhaltigen Schaden anrichtete - ist jedes Dind das, was es ist, auf Grund bestimmter, ihm innewohnender Eigenschaften (Eigenschaften, die in der Hinsicht essentiell sind, daß sie die notwendigen und hinreichenden Bedingungen dafür ausmachen, ein Ding dieses bestimmten Typs zu sein); oder ein Ding ist das, was es ist, weil es eine Verwirklichung essentieller Eigenschaften darstellt (zum Beispiel eine platonische Idee inkorporiert), die unabhängig von dem Ding existieren. In der empiristischen Formulierung des Externalismus wird die Identität eines Individuum von der Wahrnehmung allgemein zugänglichen (das heißt sinnlich erfahrbaren), notwendigen und hinreichenden Eigenschaften konstituiert. Auf den ersten Blick mag es überraschend anmuten, daß Positionen, die innerhalb so verschiedener Richtungen wie des traditionellen Idealismus und des Empirismus des 18. und 19. Jahrhunderts vertreten wurden, in dieser Weise auf eine gemeinsame Formel gebracht werden können. Doch es handelt sich dabei nicht einfach um den Drang zu übertriebener philosophischer Kategorisierung. In der Philosophie- und Wissenschaftsgeschichte selber werden wir Zeugen dieses Zusammenhangs. In der Geschichte der politischen Ökonomie zum Beispiel gibt es hierfür klare Beispiele. Wenn Ricardo den Tauschwert diskutiert, finden wir Untersuchungen über die verschiedenen quantitativen Beziehungen der Tauschwerte. Diese meßbaren Eigenschaften sind bei Ricardo allerdings - bekanntermaßen - in bestimmten qualitativen (und unveränderlichen) Eigenschaften (Lohn, Profit und Zins) verankert. Die gleiche Verbindung von Empirismus und Essentialismus finden wir bei Adam Smith. Alle körperlichen Substanzen sind veränderlich. Solche „fließenden" Dinge können nicht Gegenstand der Wissenschaft sein. Den Gegenstand der Wissenschaft müssen unveränderliche Größen ausmachen. Es gibt sie in Gestalt der 'species' und der 'specific causes of things'. Dabei treffen wir auf einen alten Bekannten: Die menschliche Natur ('never generated, never corrupted').

Der hier aufgezeigte innere Zusammenhang zwischen traditionellem Essentialismus und Empirismus (und Positivismus) kann semantisch formuliert werden: Als eine Absprache (Einigung) darüber, *wie* man festlegt, worauf unsere Worte sich beziehen. Von Aristoteles bis Smith herrscht Einigkeit darüber, daß jede wissenschaftliche Erkenntnis vorauszusetzen habe, daß wir die Referenz der Terme (also das, wovon sie handeln) festlegen können. Es herrscht Einigkeit darüber, daß dies durch die Angabe notwendiger und hinreichender Bedingungen dafür zu geschehen habe, daß etwas unter

den Begriff fällt, für den der entsprechende Term steht. Unterstellt ist dabei, daß das, worauf man sich mit einem bestimmten Terminus bezieht, etwas *unveränderliches* ist.

Der Internalismus ist eine Reaktion auf die soeben skizzierte Tradition. Dabei ist es aber wichtig, sich vor Augen zu halten, wogegen sie gerichtet sein soll. Der Internalismus wendet sich gegen die Auffassung, daß die für ein Individuum spezifischen, essentiellen Eigenschaften *im* Individuum enthalten sind. Man kritisiert nicht die grundlegende Auffassung von den *individuellen* Phänomenen als Träger der essentiellen Eigenschaften. Das Spezielle an der These ist vielmehr, daß die essentiellen Eigenschaften der Individuen *Beziehungen* zu anderen Individuen sind.

Wir können dies durch ein Beispiel aus einem Gebiet illustrieren, wo die These von den internen Beziehungen eine Renaissance erlebt hat: ich meine den Begriff der menschlichen Handlung innerhalb der modernen angelsächsischen Philosophie. Hier wird dafür plädiert, daß es nicht korrekt sei (wie von der früheren Psychologie und psychologischen Philosophie behauptet wurde), daß menschliche Handlungen durch (externe) kausale Beziehungen mit bestimmten psychologischen Ereignissen verbunden seien, wie zum Beispiel: Wünschen, Motiven, Intentionen etc. Es gibt zwischen meiner Intention und meiner Handlung keine externe Beziehung.[7] Eine Intention ist immer Intention, eine bestimmte Handlung auszuführen. Intentionen zu bestimmen, beinhaltet mit anderen Worten notwendigerweise also immer einen Hinweis auf die interdierte Handlung. Wenn ich die Absicht habe, eine Reise nach Berlin zu machen, ist es eine essentielle Eigenschaft dieser Intention, daß sie eine Absicht ist, nach Berlin zu fahren. Die Absicht würde ihre Identität verändern (d.h. sie wäre eine andere Absicht), wenn sie mit einer anderen Handlung (zum Beispiel einer Reise nach Paris) verbunden wäre.

Es kann nicht überraschen, daß diese Reaktion gegen den Externalismus den Weg zu einem Begriffsrealismus und einer objektiv-idealistischen Darstellung des sozialen Lebens eröffnet. Denn was ist eigentlich mit der These über die internen Beziehungen zwischen Intention und Handlung gemeint?

Beinhaltet sie nicht, daß eine Intention, eine bestimmte Handlung auszuführen, *notwendigerweise* zu eben dieser Handlung führt? Sogar mit logischer Notwendigkeit? Aber wie sollen wir solch eine These verstehen: Daß ein Ereignis *logisch* zwingend andere Ereignisse in der Welt mit sich führt? Sind es nicht vielmehr Begriffe und Urteile, die durch logische Beziehungen verbunden sind? Ist es nicht trivial, folgendes geltend zu machen: Die Beziehung zwischen der Intention, A auszuführen, und der Ausführung der Handlung A wird nur dann exemplifiziert, wenn bestimmte materielle Bedingungen vorhanden sind? Unsere besten Intentionen können Schiffbruch erleiden, wenn wir nicht die richtigen Werkzeuge und Materialien haben, um die intendierten Handlungen auszuführen. Aber man beachte folgendes: Die Art von Handlungen, mit denen man sich in dieser modernen Variante des Internalismus beschäftigt, sind gerade nicht solche, bei denen Werkzeuge und Materialien für die Ausführung der Handlung 'essentiell' sind. Es sind nicht Beispiele menschlicher Arbeit oder Produktion, die zum Paradigma für menschliche Praxis genommen werden. Es handelt sich um Spiele (zum Beispiel Schach) oder um rituelle Handlungen. Oder um elementare Regel-Handlungen: Wie zum Beispiel das Handzeichen im Verkehr, wenn man mit seinem Fahrrad abbiegt.

Gerade dadurch, daß man derlei Handlungen als paradigmatisch für die menschliche Praxis gelten läßt, etabliert man einen Begriff von menschlicher Praxis, der es unmöglich macht, die konkrete, materielle Tätigkeit des Menschen (Produktion und Arbeit) zu begreifen. Dies wird für den Internalismus genauso unmöglich wie für den Externalismus. Für den Externalismus gibt es eine externe Beziehung zwischen menschlicher Aktivität und den bewußtseinsmäßigen Zuständen des Menschen. Der Mensch hat eine Fähigkeit, Intentionen zu bilden (volitions). Gerade diese Fähigkeit kennzeichnet den Menschen ja als ein handelndes (und moralisches) Wesen. Darüber herrscht in der empiristischen und der neokantianischen Tradition in der angelsächsischen Philosophie Einigkeit.

Zwischen diesen 'volitions' und äußerlicher, körperlicher Aktivität gibt es nur externe Beziehungen. Diese äußere Aktivität ist dann die *Realisierung* einer Idee, die in eine 'volition' eingegangen war. Inwieweit die Idee realisiert wird, ist natürlich von der Erfüllung verschiedener äußerer Bedingungen (körperlicher Leistungsfähigkeit und so weiter) abhängig. Aber die eigentliche Handlung ist die innere 'volition'. Sogar aller materieller Bedingungen beraubt, könnte das Individuum so seine Praxis ausüben.

IV.

Der naheliegendste Ausgangspunkt für ein Verständnis des Beziehungsbegriffes: das Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt, so, wie es in der menschlichen Arbeit historisch und gesellschaftlich zu fassen ist, wird sowohl von Internalisten als auch von Externalisten ignoriert. Die menschliche Praxis, die wesentlich eine Beziehung zwischen dem Menschen und seiner natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt ist, wird zu einer externen Beziehung zwischen inneren Ereignissen und körperlichen Manifestationen, beziehungsweise zu internen Beziehungen zwischen Intentionen und Handlungen (oder zwischen Regelsystemen und Handlungen) umgedeutet.

Beide Umdeutungen unterstützen das bereits skizzierte Verständnis zwischen den zwei Positionen: daß es nämlich Individuen oder individuelle Phänomene an Individuen sind, die (extern oder intern) mit anderen individuellen Phänomenen verbunden sind. Darum entsteht das Problem: Wie kann man philosophisch in diese aufgespaltene Welt einen Zusammenhang bringen? Man sucht ein Problem philosophisch zu lösen, das in der *Praxis gelöst ist,* und das gelöst war, seitdem es Menschen gibt: Der Mensch bezieht sich nicht als Individuum zu seiner Umwelt, sondern als gesellschaftliches Subjekt (Kollektiv).

Wenngleich Idealismus jene Einsicht - mit der er im übrigen auch gänzlich unvereinbar ist, die sowohl bei Marx als auch bei Hegel zentral ist, nicht zur Kenntnis nimmt, so kann es doch verwundern, daß er in den letzten Jahren oft bemüht worden ist, um dem Marxismus neue Schminke aufzulegen. In den Teilen der westlichen Wissenschaftstheorie, in denen dem Totalitäts- und Strukturbegriff während der vergangenen Jahre eine Schlüsselstellung zugewiesen wurde, hat man versucht, beide Begriffe - die doch gewöhnlich kaum mehr als Metaphern sind (das Ganze ist mehr als die Summe der Teile etc.) - als theoretische Thesen zu lancieren und zwar als gültige Formel für die

internalistische These. Sie hat auch in den Herzen vieler Neo-Marxisten einen Platz gefunden. In der angelsächsischen Debatte spielt hier Bertell Ollmans' *Alientation. Marx's Conception of Man in Capitalist Society*[8] neuerdings eine recht bedeutungsvolle Rolle.

Bei Ollman ist es (wie bei so vielen anderen) die sechste Feuerbachthese von Marx, die zum Gegenstand der Aufmerksamkeit geworden ist. Ollman legt die These folgendermaßen aus: Marx calls man (who after all has a body as well as social significance) the assemble (aggregate) of social relations. Marx can refer to man as a thing as well as an assemble of social relations because he conceives of each thing as a relation. (Marx nennt den Menschen (der doch immerhin einen Körper hat und in einem Sozialzusammenhang steht, das Ensemble (das Aggregat) sozialer Beziehungen. Marx kann sich auf den Menschen als ein Ding und eine Sammlung sozialer Beziehungen deshalb beziehen, weil er sich jedes Ding als Beziehung denkt).

Natürlich handelt es sich hier um ein grundlegendes Mißverständnis des Marxschen Gedankens. Nicht das menschliche Individuum ist die Sammlung sozialer Beziehungen. Marx spricht ausdrücklich vom *Wesen des Menschen*. Die Pointe der 6. These ist gerade diese: Nicht das Individuum ist Subjekt der wesentlichen Eigenschaften. Der Mensch ist ein Kollektiv-Wesen. Das Wesen des Menschen ist das Wesen des Kollektivs.

Was Marx hier sagt ist dem, was die Biologen heute immer wieder hervorheben, analog. Eine biologische Art ist nicht durch wesentliche Eigenschaften einzelner Mitglieder der Art gekennzeichnet. Die Gesamtheit der Mitglieder einer Art sind nicht durch ein Aggregat (notwendiger und hinreichender) Eigenschaften zu charakterisieren. Diese Auffassung gerade war es, die der Entwicklung der Evolutionstheorie im vergangenen Jahrhundert hinderlich gewesen ist und sie verzögert hat.

Es ist vielmehr die Art, die alle wesentlichen Eigenschaften trägt. Ein Individuum ist, was es ist, gerade weil es Mitglied in einem bestimmten *Kollektiv* ist. Das Wesen des Kollektivs wird *weder* durch gemeinsame Eigenschaften der Mitglieder des Kollektivs, *noch* durch gemeinsame Beziehungen konstituiert. Die erste Position beschränkt das Kollektiv - nominalistisch - auf die Summe seiner Mitglieder, oder - realistisch - auf eine den Mitgliedern gemeinschaftliche Essenz. Die andere Position macht das Kollektiv zu einer Art Papsttum, zu einer über-individuellen Beziehungsstruktur, die den Mitgliedern Identität aufzwingt.

Wir wollen abschließend versuchen, das Versprechen, das eingangs gegeben wurde, einzulösen: indem wir zeigen, wie die aktuelle analytische Philosophie und Wissenschaftstheorie vor dem Hintergrund des idealistischen Monismus, den sie bekämpfen wollte, zu verstehen ist. Wir wollen zu zeigen versuchen, daß ihre Form der Analyse auf einem qualitativ höheren Niveau liegt, als diejenige Form der Analyse, die wir seit der Aufklärungsphilosophie bishin zum Empirismus kennengelernt haben.

Die analytische Philosophie, die Anfang des Jahrhunderts von Russel und Moore gegründet wurde, ist hauptsächlich als pluralistische Ontologie zu charakterisieren. Denn Moore versucht die These zurückzuweisen, daß alle Beziehungen intern seien. Typisch für seine philosophische Einstellung ist das Butler-Zitat, das er als Motto für die Principia Ethica wählte: 'Everything is what it is and not another thing.' (Alles ist das, was es ist, und nicht etwas anderes). Auch Russel will den Nachweis erbringen, daß es

externe Beziehungen gibt. Damit fällt er jedoch keineswegs hinter den idealistischen Monismus auf Positionen etwa der atomistischen Ontologie zurück. Russell läßt sich faktisch auf einen Dialog über jene metaphysischen Begriffe ein, die im Zentrum der monistischen Analyse gestanden hatten. Es gibt - auch für Russell - 'unity' Einheit; es gibt Komplexe, und Komplexe sind mehr als Aggregate ihrer Konstituentien. Könnte man einen Komplex auf Aggregate reduzieren, gäbe es deren *viele,* aber es gibt nur genau einen.

Russells Pointe ist die, daß es keinen Widerstreit zwischen diesem Standpunkt und dem Standpunkt gibt, ein Komplex sei analysierbar. Was kennzeichnet eine Analyse? Analyse ist „die Entdeckung der Konstituentien in einem Komplex." Die einfachste Form eines Komplexes ist das, was wir mit dem Ausdruck charakterisieren können: xRy. Wir spezifizieren hier einen Komplex, in dem zwei Terme x und y durch eine Beziehung R verbunden sind. Die Beziehung R ist extern. Wenn wir sagen, daß x und y durch R verbunden sind, sagen wir nichts darüber aus, daß x und y bestimmte Naturen haben, auf Grund deren sie verbunden wären. Wir können die Beziehungsaussage nicht auf eine Subjekt - Prädikataussage reduzieren. Dies war es, was Leibniz, Russell zufolge, irrtümlich versucht hatte.

V.

Aber kann man aus der Beobachtung, daß Beziehungsaussagen sich nicht auf Subjekt-Prädikataussagen reduzieren lassen, *ontologische* Konsequenzen ziehen? Russell hält dies für zulässig. Für ihn gibt es Individuen, Eigenschaften und Beziehungen als drei nicht verbundene Arten von Termen. Gerade daß Individuen und ihre Eigenschaften (mit Hilfe von selbständig existierenden Beziehungen) verbunden werden, sichert die Existenz von Komplexen, Beziehungen, die in einen Komplex eingehen, gehen 'an actually relating relation' (eine wirklich verbindende Beziehung) ein, und dies nicht bloß als Mitglieder eines Aggregates.

Die sprachliche Bedeutungsanalyse ist hiermit zu einem Werkzeug der Ontologie geworden. Die psychologistische Tradition des britischen Empirismus wurde verlassen. Die ontologischen Kategorien werden auf der Grundlage sprachlicher und logischer Distinktionen festgelegt. Dies ist immer noch die grundlegende Arbeitsweise in der analytischen Philosophie und Wissenschaftstheorie. Dadurch wurde der Weg bereitet für das, was man als *ontologischen Liberalismus* bezeichnen könnte. Pointiert kommt diese Auffassung in Shwayder's Formel zum Ausdruck: „A category of objects is a webwork of sense" (eine Kategorie von Objekten ist ein Gewebe von Sinn).

Für die ontologische Theorie ist also jetzt entscheidend, welche semantische Theorie man akzeptiert, und dabei insbesondere die Frage: Was man unter Bedeutung und Bedeutungs-Identität versteht.

Die Festlegung der Bedeutungsidentität ist für die Analyse konstitutiv. Es ist ein prinzipielles Problem, das sie Diskussionen der modernen analytischen Philosophie und Wissenschaftstheorie wie ein roter Faden durchzieht. Aber es gibt entschieden abweichende Auffassungen über dasjenige, was als Kriterium für das Vorliegen einer solchen Identität gelten soll, und damit zusammenhängend muß man sich natürlich die

Frage stellen, wann man angemessen von strenger Analyse im definierten Sinne sprechen kann.

In '*The Philosophy of Logic Atomism*' erklärte Russell, daß er eine *Definition* dann nicht als Analyse akzeptieren könne, wenn die Bedeutungsidentität, die von ihr festgelegt wird, nicht mit der Bedeutung, dem definiendum des normalen Sprechers harmoniert. Der Ausdruck 'die Farbe mit der größten Wellenlänge, 750 mm' kann als Definition der Farbe 'rot' betrachtet werden, aber hierbei kann von einer Analyse keine Rede sein. Die Analyse soll die Bedeutung des Wortes spezifizieren (oder deren 'legitimen Bedeutungsteil'), von der der normale Sprecher ausgeht. Das geschieht hier nicht. Die meisten Leute, die das Wort 'rot' benutzen, wissen nichts von der physikalischen Theorie der Farben.

Viele der späteren linguistischen Philosophen haben dieser Auffassung zugestimmt. Aber auch ein alternativer Standpunkt findet in der analytischen Philosophie Verfechter. Sellars macht unter anderem geltend, daß z.B. eine theoretische Identifikation (wie etwa: „die Temperatur ist der Mittelwert der kinetischen Energie") Ausdruck für eine Bedeutungsidentität in folgendem Sinne sein kann: wir könnten den einbezogenen alltäglichen Begriff durch den theoretischen, der hier definiens ist, ersetzen, ohne daß unsere Fähigkeit, zu beschreiben und zu erklären dadurch verringert würde. Wir könnten auf unsere Umwelt genauso adäquat antworten (ja sicher adäquater), indem wir fortan den theoretischen Ausdruck verwendeten.[9]

Wir haben festgestellt, welche weitreichenden Folgen die Präzisierung der Bedingungen von Bedeutungsidentität hat. Wegen der unlösbaren Verknüpfung von Analyse und Ontologie ist es auch klar, daß diese Frage die umfassendsten ontologischen Konsequenzen in sich birgt. Die Feststellung der Bedingungen für Bedeutungsidentität wird auch die Bedingungen dafür benennen, was man als selbständige ontologische Kategorie akzeptieren möchte. Die Analyse erlaubt nur einen scheinbaren Pluralismus. Der ontologische Liberalismus hat - wie andere Liberalismen auch - seine besonderen Restriktionen. Dies kommt unter anderem im folgenden wie in der daran sich anschließenden Frage zum Ausdruck: die Monisten verwarfen die analytische und theoretische „Methode" als Mittel, zur Erkenntnis der Wirklichkeit vorzudringen. Demgegenüber wollte die analytische Philosophie einige der Distinktionen wieder einführen, die die Monisten aufzuheben versucht hatten, zum Beispiel die Unterscheidung zwischen Theorie und Erfahrung. Aber auch dabei kann es sich nur um eine mehr oder weniger vorläufige Anerkennung dieser Distinktion d.h. nur um eine im Rahmen einer Zurückweisung der besonderen Argumente, die die Monisten gegen sie ins Feld führen wollten, handeln. Denn bekanntermaßen haben gerade einige Wortführer der analytischen Philosophie und Wissenschaftstheorie den Versuch gemacht, theoretische Terme auf empirische Terme zu reduzieren; ein Manöver, das man sich nur im Windschatten einer ganz bestimmten Festlegung der Bedingungen von Bedeutungsidentität erlauben konnte.

Gerade innerhalb der Wissenschaftstheorie hat der analytische „approach" zu einer solchen Negation der ursprünglich pluralistischen Attitude der Analytik geführt. Die reduktionistischen Tendenzen in der modernen Wissenschaftstheorie legen hiervon Zeugnis ab. Schon bei Russell selbst deutete sich diese Tendenz an. Russell suchte zu

zeigen, daß verschiedene theoretische Terme der Wissenschaft (zum Beispiel 'particle') 'incomplete symbols', unvollständige Symbole darstellen. Sie sind - isoliert - bedeutungslos; sie bezeichnen nichts. Die Urteile, die vormals besondere theoretische Entitäten zu bezeichnen schienen, wurden von ihm so analysiert, daß sie sich als Bezeichnungen empirischer Daten erwiesen.

Nicht nur an diesem Punkt und nicht nur ansatzweise negiert die Analytik die eigene Kritik an der 'Totalitäts-Philosophie', zu der sie sich als Gegenzug verstanden hatte. Der Internalismus tritt heute (wie gesagt) im Rahmen der analytischen Philosophie selbst auf. Gerade mit der Beschreibung jener speziellen „webwork of sense", von dem man meint, es sei die adäquate Wiedergabe menschlichen Verhaltens in einem sozialen Zusammenhang (rule-governed behaviour), glaubte man, eine selbständige ontologische Kategorie bestimmen zu können: die der 'human agents'. Der spezielle begriffslogische Zug, der diesen theoretischen Rahmen kennzeichnet, dient der Hypostasierung wesentlich ontologischer Bestimmungen. Der logisch interpretierte Zusammenhang zwischen der Intention einerseits, 'A' auszuführen, und 'A' selbst, wird als Beweis für die Auffassung genommen: daß das rationale Verhalten des Menschen keiner wissenschaftlichen (kausalen) Erklärung unterzogen werden kann. Die traditionelle Unterscheidung zwischen Naturwissenschaft und Geisteswissenschaft tritt hier in neuer, raffinierter Form wieder auf. Die Aufhebung des Gegensatzes zwischen idealistischem Monismus und analytischem Pluralismus, die wir hier verfolgen konnten, kann als weitere Bestätigung jener vorhin gemachten Feststellung dienen: daß entscheidende gemeinsame Voraussetzungen beide Positionen verbinden.

Es ist eine bedeutsame philosophische Aufgabe, diese Voraussetzungen näher zu analysieren, besonders ihre Verwurzelung im bürgerlichen Individualismus nachzuweisen und als zureichenden Grund für diesen die souveräne Blindheit gegenüber der menschlichen Arbeit namhaft zu machen. Durch Herausarbeitung der Voraussetzungen dieser philosophischen Tendenzen können wir Grenzen der Erkenntnismöglichkeiten ziehen und wir können ermitteln, wo es Gemeinsamkeiten für einen philosophischen Dialog gibt und wie die Fülle des in dieser Tradition erarbeiteten philosophischen Materials genutzt und für die materialistische Philosophie und Wissenschaftsauffassung fruchtbar gemacht werden kann. Nicht zuletzt im Hinblick auf die Entwicklung einer materialistischen Sprachphilosophie sollten wir uns dieser Aufgabe unterziehen. Denn hinter allen Begrenzungen, die die philosophischen Tendenzen, mit denen wir uns hier beschäftigt haben, kennzeichnen, finden wir trotz allem dies: im idealistischen Monismus: die nicht nur subjektiv empfundene Notwendigkeit, eine dialektische Methode zu entwickeln und anzuwenden; bei den Analytikern: einen - zwar logizistisch gebrochenen - spontanen Materialismus.

Anmerkungen

1 Siehe Oskar Negt: 'Marxismus als Legitimationswissenschaft' in Deborin & Bucharin: Kontroversen über Dialektischen und Mechanischen Materialismus, Ffm/1969

2 Siehe: Louis Althusser: Philosophie et philosophie spontanée les savants. Paris, 1974

3 Siehe: Jindrich Zeleny: Die Wissenschaftslogik bei Marx und „Das Kapital", S. 35 - 50. Akademie Verlag, Berlin/DDR, 1968

4 Siehe: M.Ghiselin: The Triumph of the Darwinian Method, Berkeley, 1969

5 „The British Hegelians". Siehe: J.H.Stickling: The Secret of Hegel, 1865
F.H.Bradley: Appearance and Reality, 1893. John MacTaggart: Studies in Hegelian Dialectic, 1896. A Commentary on Hegels Logic, 1910

6 Smith, A. „The Principles which lead and direct Philosophical Inquiries", Essays on Philosophical Subjects, 1799

7 Siehe - als Beispiel - A.Melden: Free Action, London, 1961. Cambridge, 1971. Siehe auch Roger Garaudy: Marxisme du XX siecle.

8 Shwayder, 'Modes of Referring and the Problem of Universals', Berkeley, 1961

9 Sellars, 'Scientific Realism and Irenic Instrumentalism'; Philosophical Perspectives, Illinois, 1967

Gottfried Stiehler

Dialektik und historischer Materialismus

Die Dialektik ist, nach ihrer subjektiv-erkenntnismäßigen Seite genommen, eine spezifische Art und Weise der Betrachtung der Wirklichkeit, eine Methode der geistigen Aneignung von Natur und Gesellschaft. Sie stellt keinen präskriptiven Formalismus dar, sondern ist aufs Engste mit dem Prinzip des gnoseologischen Materialismus verbunden, die Welt so aufzufassen, wie sie wirklich ist, nichts in sie hineinzukonstruieren.

Diese Voraussetzung ist freilich insofern eine Abstraktion, als sie das Bewußtsein gleichsam als tabula rasa unterstellt und davon absieht, daß in jedem Erkenntnisgeschehen ein Potential verfügbarer theoretischer Voraussetzungen aktualisiert wird, mittels dessen das Erkenntnisobjekt dem erkennenden Eindringen geöffnet wird: aus dem Sein an sich wird das Sein für uns. Damit das Sein für uns mit dem Sein an sich möglichst zur Deckung kommt, ist eine ständige Überprüfung der erkenntnistheoretischen Mittel gefordert. Diese geschieht aber durch diese Mittel selbst, und auch die Überprüfung der Erkenntnisresultate an der Praxis vollzieht sich durch ein intermittierendes Organ, welches eben das Ganze der vorhandenen Erkenntnisvoraussetzungen ist.

Die Dialektik enthält nun als materialistische Theorie und Methode den Impetus einer ständigen reflexiven Bewegung des erkennenden Denkens auf sich selbst: sie tritt als Erkenntniskritik mit der Tendenz auf, die Erkenntnis der Realität zu adäquieren. Wird Dialektik nur als abstrakter Formalismus verstanden, als ein System bereits fertig ausgearbeiteter Vorschriften des Verständnisses der Welt, dann gibt sie den erkenntnistheoretischen Materialismus preis und verwandelt sich in eine dogmatische Konstruktion. Darum muß Dialektik sich selbst immer wieder produktiv in Frage stellen; nicht, daß sie dialektisches Vorgehen überhaupt problematisiert, sondern daß sie den je erreichten Stand dialektischer Wirklichkeitsaneignung auf seine methodische Tragfähigkeit hin kritisch an der Realität prüft, was auch in der Form der Kritik an dem jeweiligen Stand der Handhabung der Kategorien und anderen Denkmitteln der Dialektik geschieht.

Diese Selbst-Kritik der Dialektik, die genau ihrem kritischen Wesen entspricht, vollzieht sich in Form der Kritik, der sich die Vertreter des dialektischen Materialismus gegenseitig unterwerfen und die darauf abzielt, die Dialektik vor einem Abgleiten in verfestigte Denkstrukturen zu bewahren. Element einer solchen kritischen Selbstprüfung der dialektischen Verfahrensweisen ist die präzise Bestimmung des Realitätsbereiches, über den philosophische Aussagen getroffen werden. Dies scheint zwar trivial, aber schon die Verwechslung dieses Scheins mit der Wirklichkeit signalisiert mangelndes Bewußtsein der Dialektik als Erkenntniskritik. Die Realität ist in höchst verschiedenartiger Weise struktural und prozessual geordnet, und dem theoretischen Durcheinanderwerfen der Strukturebenen entspricht das Konfundieren der Abstraktionsstufen, woraus Aussagen resultieren, für die ein Geltungsbereich in Anspruch genommen wird, den sie nicht einzulösen vermögen.

Die Berücksichtigung dieser Differenzierung ist für den historischen Materialismus unverzichtbar und ihr Verfehlen erschwert Verständnis und Anwendung der

Erkenntnisse des historischen Materialismus in gravierender Weise.

Darum ist es ein Erfordernis des Nachweises dialektischer Zusammenhänge in der Gesellschaft, daß die Leistungsmöglichkeiten der theoretischen Ausgangsdaten und der gewählten Abstraktionsebene bestimmt, das heißt aber auch: kritisch geprüft werden.

So ließe sich darüber streiten, ob der Begriff der Arbeit tragfähig genug ist, um auf ihm das Gebäude der theoretischen Gesellschaftsdialektik zu errichten.[1] Die Kategorie Arbeit ist eine verständige Abstraktion, mittels deren das Gemeinsame aller Arbeitsarten festgehalten wird. Im Sinne des von Marx im „Kapital" angewandten Verfahrens des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten ist dieser Begriff auf der Stufe generalisierender Abstraktion verortet und durch jene Vereinfachung charakterisiert, welche alle verständigen Abstraktionen kennzeichnet. Seine theoretische Potenz vermag dieser Begriff daher nur als Element eines Ensembles von Begriffen zu entfalten, die in ihrer Einheit ein Gedankenkonkretum bilden, mittels dessen die objektive Gesellschaftsdialektik erst auf den Begriff gebracht wird.

Marx stellt den Arbeitsprozeß in seinen einfachen und abstrakten Momenten dar, unabhängig von jeder gesellschaftlichen Formbestimmtheit, unabhängig auch von den Beziehungen der Arbeitenden aufeinander im Arbeitsprozeß; als Subjekt des Prozesses erscheint der abstrakte „Mensch". Es braucht nicht bewiesen zu werden, daß die Akzentuierung der Arbeit grundlegende Bedeutung für das Verständnis der gesellschaftlichen Dialektik besitzt. Aber der Versuch, aus der Arbeit und an ihr die Dialektik der Gesellschaft zu entwickeln, begrenzt sich notwendigerweise dadurch, daß er nur eine abstrakte Strukturdialektik bloßlegt, nicht aber Dialektik als Wesensbestimmtheit der gesellschaftlichen Bewegung und Entwicklung sozialer Gruppen zu entschlüsseln vermag.

Um die Dialektik der Gesellschaft materialistisch zu rekonstruieren, muß die verständige Abstraktion „Arbeit" durch die vernünftige Abstraktion „gesellschaftliche Produktion" ersetzt werden. Marx faßte den Arbeitsprozeß nur als Moment des Produktionsprozesses: „Als Einheit von Arbeitsprozeß und Wertbildungsprozeß ist der Produktionsprozeß Produktionsprozeß von Waren; als Einheit von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß ist er kapitalistischer Produktionsprozeß, kapitalistische Form der Warenproduktion."[2] Der Begriff „Produktionsprozess" ist also die dialektische Konkretisierung des Begriffs „Arbeitsprozeß"; der Begriff „kapitalistischer Produktionsprozeß" ist historisch-konkrete Fassung des Begriffs „Produktionsprozeß".

Für das Verständnis der materialistischen Dialektik hat das Aufdecken dieser Begriffskonkretion erhebliche Folgen. Auf dem Standpunkt der Arbeit bleiben Materialismus und Idealismus in gewisser Weise noch in der Schwebe (ganz davon abgesehen, daß mit diesem Begriff materielle *und* ideelle Tätigkeit - „körperliche" und „geistige" Arbeit - bezeichnet werden). Hegel konnte, vom Arbeitsprozeß ausgehend, Argumente für den Idealismus gewinnen, indem er das antizipatorische Moment, die Kraft des erkennenden und organisierenden Geistes, die sich in der Arbeit verwirklicht, hervorhob. Im teleologischen Prozeß geht, seinen Darlegungen zufolge, der Begriff von der Wirkung in die Ursache über, das Ende ist Anfang, die Folge Grund - das schon (potentiell) Existierende, der einfache Begriff, tritt in der unmittelbaren Tätigkeit, im einfachen Arbeitsprozeß in die Existenz. Die schlüssige Widerlegung der Ansicht, der

Arbeitsprozeß sei einem Gehalt nach Umsetzung des Begriffs in die Existenz, kann nur auf der Grundlage des Konzepts der gesellschaftlichen Produktion geleistet werden, weil der materielle Charakter der Arbeit ein gesellschaftlich und historisch vermitteltes, kein unmittelbar gegebenes Faktum ist.

Aber so, wie der Materialismus der marxistischen Geschichtsauffassung erst auf dem Standpunkt des Begriffs der gesellschaftlichen Produktion überzeugend demonstriert werden kann, ist auch die Dialektik der sozialen Realität erst auf diesem theoretischen Fundament adäquat faßbar. Das bedeutet zugleich, daß *sowohl* die materialistische *als auch* die dialektische Auffassung der Geschichte vor dem Entstehen des Marxismus nur in Ansätzen und, wenn auch produktiven, Fragestellungen, nicht aber als allseitig durchgebildete Theorie existieren konnten. Aus objektiven Erkenntnisvoraussetzungen konnte ein Denken, dessen soziale Grundlage nicht das Dasein und die Tätigkeit materieller Produzenten, sondern die aneignende, disponierende, dirigierende Tätigkeit der Privateigentümer von Produktionsmitteln (und der mit ihnen verbundenen Schichten) bildete, nicht zur Erkenntnis der geschichtsbestimmenden Rolle der materiellen Produzenten gelangen, - sondern allenfalls die Arbeit thematisieren, weil auch der Unternehmer, der Grundbesitzer, der Wissenschaftler, der Künstler usw.arbeiten, wobei sie ihrer Tätigkeit einen höheren Rang als der scheinbar bloß repetitiven, ausführenden Tätigkeit der Arbeiter und Bauern beimessen.

Die fundamentale Rolle der gesellschaftlichen Produktion ist nur mittels des Erkenntnispotentials der Dialektik zu erfassen, unter Verwendung der Kategorie der Vermittlung in ihrem vielfältig differenzierten Bedeutungsgehalt. Die gesellschaftliche Produktion vermittelt die vielen einzelnen Arbeitsprozesse materieller Produzenten zu einem organischen Ganzen, und dieses Ganze vermittelt sich strukturell und historisch mit dem Ganzen der gesellschaftlichen Totalität: die Art und Weise der Produktion bildet die determinierende Grundlage der Gesellschaft in ihrem Dasein und in ihrer Bewegung.

Die Arbeit als gesellschaftliche Produktion fassen, heißt, die materielle Grundlage des gesellschaftlichen Lebens als dialektischen Zusammenhang von sozialen Gruppen und gegenständlichen Bedingungen bloßlegen. Sind die einfachen Momente des Arbeitsprozesses Gegenstand, Mittel und die zweckmäßige Tätigkeit selbst, so ist die Struktur der gesellschaftlichen Produktion die einer dialektischen Totalität: die Arbeit ist einfaches, die Produktion komplexes, organisches Verhältnis. Ihre subjektive Potenz ist nicht schlechthin der Mensch, sondern die Klasse (die Klassen) materieller Produzenten, die sich mit Arbeitsgegenständen und Produktionsmitteln zu den Produktivkräften der Gesellschaft formieren. Die materielle Grundlage des gesellschaftlichen Ganzen ist weder die Arbeit, noch deren gegenständliche Voraussetzungen, sondern das durch gegenständliche Faktoren vermittelte gesellschaftliche Verhältnis materieller Produzenten: die sozialökonomischen Beziehungen, als die materiellen Verhältnisse, die die Basis der ideologischen Verhältnisse bilden.

Damit ist (natürlich in extremer Verkürzung) die eine, die strukturelle Koordinate der gesellschaftlichen Dialektik bloßgelegt. Die andere, die historische Koordinate, ergibt sich unmittelbar aus dem hier gewählten theoretischen Zugriff.

Ist nämlich als die materielle Grundlage des gesellschaftlichen Lebens die Gesamtheit

der Produktionsverhältnisse, die sozialökonomische Formbestimmtheit des Fungierens der Produktivkräfte, erkannt, so ist damit der Standpunkt historischer Betrachtung unmittelbar eingenommen. Dieser ist näher in der Erkenntnis fundiert, daß der Zusammenhang von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen nicht bloße strukturelle Zuordnung, nicht bloße Funktionsbeziehung und Wechselwirkung, sondern daß er der gesetzte Widerspruch ist. Das Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen definiert eine Beziehung der Einheit und des „Kampfes" der Gegensätze. Dies ist eine Beziehung wechselseitiger Stimulation mit Dominanz einer Seite, der Produktivkräfte.

Diese Feststellung hat zunächst den Charakter einer bloßen Beschreibung; ihre tiefere Begründung muß von der realen geschichtlichen Funktionsweise der Produktivkräfte und von den vielfältigen Triebkräften ihrer Bewegung ausgehen, was hier aus Raumgründen nicht geleistet werden kann.

Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse konstituieren in ihrer widerspruchsvollen Beziehung die Produktionsweise des materiellen Lebens. Bleibt der Begriff der materiellen Verhältnisse zunächst noch auf der Abstraktionsstufe von „Gesellschaft überhaupt", so wird mit dem Begriff der Produktionsweise die historisch konkrete Fassung der materiellen Grundlagen der Gesellschaft möglich. Die Art und Weise der Produktion prägt diese in ihrer je historisch bestimmten Typik aus: sie schließt einen bestimmten Entwicklungsgrad der materiellen Produktivkräfte ein, dem eine sozialökonomische und damit geschichtliche Formbestimmtheit der Produktionsverhältnisse entspricht. Mit der Dominanzrelation ist die Bewegungsweise eines Widerspruchs als Strukturgestalt der Produktionsweise gegeben; die Produktionsverhältnisse folgen in ihrer Bewegung keinem linearen Anpassungszwang, sondern haben die (im einzelnen näher zu erklärende) Tendenz der Selbststabilisierung (was nichts anderes bedeutet, als das bestimmte soziale Gruppen die Produktions- und Austauschbeziehungen in ihrem jeweiligen historisch bestimmten Charakter konstant zu halten suchen). Der Konflikt, der sich aus der partiell gegenläufigen Bewegungstendenz der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse ergibt, ist Einheit und Kampf der Gegensätze zwischen sozialen Gruppen, nicht einfach zwischen objektiven Strukturen. In der antagonistischen Klassengesellschaft stellt sich dieses Verhältnis als Klassenkampf dar: er ist das subjektive Vehikel der Bewegung des gesellschaftlichen Ganzen.

So führt das Ausgehen vom Begriff der gesellschaftlichen Produktion zur konkreten Fassung der gesellschaftlichen Subjekte - der Klassen - und der Triebfeder des historischen Progresses - des Klassenkampfes.

Die materialistische Analyse der Bewegung und Entwicklung der Gesellschaft fällt zusammen mit der Erfassung ihrer objektiven Dialektik. Die Dialektik als Methode übt eine heuristische Funktion aus; sie nimmt die Resultate materialistischer Analyse nicht vorweg, sondern unterstützt deren Gewinnung. In der Tat haben Marx und Engels den dialektischen Formalismus nicht *vor* der konkreten Analyse der gesellschaftlichen Bewegung ausgearbeitet und ihn dann rein instrumentell in diese Analyse eingebracht, sondern die Ausarbeitung des historischen Materialismus und die Ausarbeitung der materialistischen Dialektik bedingten und durchdrangen sich gegenseitig. Zeugnis dafür

ist das Werk „Die deutsche Ideologie", wo mit den Grundlagen des historischen Materialismus die der wissenschaftlichen Dialektik entwickelt werden.

Allerdings haben Marx und Engels die dialektischen Prinzipien nicht a novo erarbeitet, sondern sie knüpften an den Ergebnissen der Hegelschen Dialektik an. Es ergibt sich die Frage, wie es Hegel möglich war, die „allgemeinen Bewegungsformen" (Marx) der Dialektik zuerst umfassend und bewußt darzustellen, obwohl er gerade *nicht* von der Einsicht in die bestimmende Rolle der gesellschaftlichen Produktion, sondern vom Konzept der widerspruchsvollen Selbstbewegung des Geistes ausging. Die Antwort auf diese Frage - die hier nur angedeutet werden kann - hat zu berücksichtigen, daß Hegel eine reiche Fülle an Welterfahrung in einer sich in Widersprüchen stürmisch bewegenden Epoche in sein philosophisches Denken einbrachte, das er, in den Bahnen seiner Vorläufer wandelnd, das tätige Verhalten des Menschen zur Welt, auf seinen sublimierten geistigen Ausdruck gebracht, als Grundfigur menschlichen Daseins reflektierte, daß er also die Dialektik der Realität von der Seite ihres Widerscheins in ideellen Prozessen und Gebilden (wenn er diese auch nicht als *Widerspiegelung* begriff) faßbar machte - und dadurch freilich zugleich mystifizierte, da er die Dialektik der Realität als bloße Entäußerung der Dialektik des Geistes mißdeutete. Aber da sich im Ideellen das Materielle, das Objektiv-Reale widerspiegelt, vermag die Fassung der Dialektik des Ideellen auch bestimmte Zugänge zum Verständnis der objektiven Dialektik freizulegen.

Hegel hat diese Dialektik der Selbstbewegung des Geistes als Prototyp der Dialektik, als ihr universelles Wesen expliziert. In idealistischer Form war für ihn die Auffassung von der Einheit und durchgängigen Gesetzmäßigkeit der Welt leitend. Die Behauptung der Universalität dialektischer Zusammenhänge ergab sich aus der vorausgesetzten Allgemeinheit der tätigen Selbstentfaltung des Geistes, aus dem konsequenten Idealismus. Eine objektive gesellschaftliche Grundlage bestand in dem ökonomischen Faktum der Herausbildung der abstrakten Arbeit als Grundbefindlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft, aus der allgemeinen Durchsetzung der bürgerlichen Produktions- und Austauschbeziehungen in der modernen Welt. Mit der Auffassung der Arbeit als teleologischer Prozeß war die tätige Grundstruktur der modernen Gesellschaft als Selbsterzeugung eines geistigen Prinzips, als Objektivierung des Geistes bestimmt und die geschichtliche Entwicklung der Gesellschaft als die Universalisierung dieses Zusammenhangs gedeutet, - als Übergang vom Ansichsein zum Fürsichsein, als Werden der bürgerlichen Gesellschaft.

In der Hegelschen Philosophie werden reale, wirkliche Struktur- und Prozeßzusammenhänge in grundlegenden Aspekten richtig erfaßt. Diese Aspekte sind allgemeine Bewegungsformen der Dialektik: Selbstbewegung durch Widersprüche, Umschlagen quantitativer in qualitative Veränderungen, Einheit und Durchdringung der Gegensätze, Fortschritt von Niederem zu Höherem durch dialektische Negation usw. Hegel arbeitete abstrakt- allgemeine Wesenszüge der objektiven Dialektik in bewußter und umfassender Weise aus.

Die Umstülpung der idealistischen Dialektik, das vom Kopf auf die Füße Stellen bedeutet allerdings nichts weniger als einen bloßen Vorzeichenwechsel. Denn da Hegel die Dialektik als idealistischen Formalismus entwickelte, gab er ihr einen spekulativ-

konstruierenden Charakter, wie es dem nicht-materialistischen Standpunkt in der Philosophie entspricht. Die Dialektik erscheint bei Hegel als spekulatives Konstruktionsprinzip, nach dem sich Natur und Gesellschaft zu richten haben, nicht aber wird umgekehrt die Dialektik des Denkens als Widerschein der Dialektik der Natur und der Gesellschaft verstanden und ihr damit der Charakter widersprüchlicher Einheit des Absoluten und des Relativen beigemessen.

Die Nutzbarmachung der Hegelschen Dialektik für die materialistische Philosophie kommt daher einer Neuschöpfung der Dialektik gleich. Hegels Dialekt war Denkmittel, an das Marx und Engels anknüpfen konnten, aber da sie auf der Stufe des abstrakten Allgemeinen verbleibt, der Materialismus hingegen die Hinwendung zur Erfassung des konkreten Allgemeinen einschließt, mußte mit der Ausarbeitung des historischen Materialismus zugleich die Dialektik neu erarbeitet werden.

Einem im dialektischen Formalismus, in der dialektischen Betrachtungsweise geübten Denken fiel die Aufdeckung der Dialektik der Geschichte natürlich leichter, als es ohne diese Voraussetzung der Fall gewesen wäre. Insofern spielte Hegels Philosophie die Rolle einer philosophiehistorischen Voraussetzung und Grundlage des dialektischen und historischen Materialismus, und Engels konnte erklären, daß ohne den Vorausgang Hegels der wissenschaftliche Sozialismus nicht zustande gekommen wäre. Aber es war dies nur eine abstrakte, potentielle Voraussetzung, denn ihrem konkreten Gehalt nach unterscheidet sich die materialistische Dialektik von derjenigen Hegels.

Dies hängt mit dem bereits Entwickelten zusammen, daß die Dialektik als Element materialistischer Geschichtsauffassung den explikativen Fortgang nicht auf einen solchen abstrakt-allgemeinen Begriff wie die Arbeit, sondern auf die konkret-allgemeine Konzeption der gesellschaftlichen Produktion des materiellen Lebens gründet. Damit ist der historische Charakter aller gesellschaftlichen Verhältnisse und Institutionen sowie die Notwendigkeit der Verknüpfung der Momente des Absoluten und des Relativen im Verständnis der Dialektik zur Geltung gebracht - das heißt, es ist ein der Hegelschen Auffassung konträrer Standpunkt eingenommen.

Diese Kontraposition gründet im erkenntnistheoretischen Materialismus, der die Offenheit des philosophischen Denkens für jeweils entwickeltere Formen theoretischer Aneignung der Wirklichkeit, ergo das Bewußtsein der Entwicklung der Dialektik selbst zur Konsequenz hat. Die Dialektik ist bei Marx und Engels keine beliebig substituierbare, durch bloße Festlegung gewonnene Denkmethode. Ihr objektiver Gehalt und damit ihre Validität bei der Erschließung der sich stets neu erzeugenden, in veränderten Formen darstellenden gesellschaftlichen Wirklichkeit ergibt sich daraus, daß die materialistische Dialektik eine Erfassung nicht lediglich abstrakt-allgemeiner Zusammenhänge der Realität und des Denkens, sondern des *Wesens* der Wirklichkeit beinhaltet. Das Wesen aber greift, trotz seiner historischen Dimension, über das Besondere, Partikulare hinaus und bildet ein konkret in sich vermitteltes, inhaltvolles Allgemeines.

Im historischen Materialismus werden nicht abstrakte Merkmale „der" Gesellschaft fixiert, sondern die Analyse der materiellen Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens schließt die Aufdeckung der konkreten Wesensbestimmtheit der Gesellschaft in ihrer je historisch ausgeprägten Komplexität ein. In der bestimmenden Rolle der

Produktionsweise des materiellen Lebens liegt ein wesentlicher Zusammenhang allen gesellschaftlichen Daseins vor: unter allen gesellschaftlichen Bedingungen bildet die Gewinnung der Subsistenzmittel die primäre Voraussetzung menschlicher Existenz und ist der Charakter des ideologischen Überbaus der Gesellschaft durch Charakter und Reifegrad der materiellen Voraussetzungen bestimmt. Dieser Determinationszusammenhang wird im historischen Materialismus im einzelnen bewiesen. Der von bürgerlichen Ideologen häufig gemachte Einwand, unter den Bedingungen hochentwickelter Produktivkräfte gelte dieser Zusammenhang nicht mehr, weil die Menschen nicht mehr so viel „arbeiten" müssen wie früher, übersieht, daß es gar nicht um die Verteilung verfügbarer Zeit und Arbeitsfähigkeit auf die gesellschaftlichen Bereiche und Tätigkeiten, sondern um einen inhaltlichen Zusammenhang geht. Und dieser tritt unter den Bedingungen hochentwickelter Produktivkräfte eher noch deutlicher hervor als unter den Bedingungen wenig entwickelter Produktionsmethoden.

Da der historische Materialismus in der konkreten Anwendung der dialektischen Betrachtungsweise *Wesens*zusammenhänge der Gesellschaft erfaßt, enthält er und mit ihm die Dialektik ein Erkenntnispotential, das über die unmittelbaren gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen es erarbeitet wurde, hinausgreift und für die Analyse sowohl des gegenwärtigen Kapitalismus als auch des real existierenden Sozialismus grundlegende Bedeutung besitzt.

Eines der methodischen Erfordernisse, um diese Bedeutung nutzbar zu machen, ist das Bewußtsein der strukturellen Gliederung des historischen Materialismus in Abstraktionsebenen. Mitunter wird der Fehler gemacht, die (vereinfachenden, idealisierenden) Aussagen höchster Abstraktionsstufe unmittelbar, unreflektiert auf die konkreten Verhältnisse einer einzelnen Gesellschaft, eines konkreten historischen Prozesses zu applizieren. Daraus gehen nicht selten Aporien hervor, die die dialektische Betrachtungsweise in Mißkredit bringen können. Zum Beispiel ist es abwegig, die soziale Revolution *allein* aus der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären zu wollen. An der Entstehung einer sozialen Revolution ist jeweils ein Komplex von Widersprüchen beteiligt, und der Konflikt zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ist nur eine ganz elementare Voraussetzung im Status weltgeschichtlicher Tendenz. Verbleibt die Betrachtung auf dem Niveau höchster Abstraktion, macht sie sich unfähig, die wirkliche Dialektik gesellschaftlicher Bewegung und Entwicklung, die Komplexität und Widersprüchlichkeit des realen gesellschaftlichen Lebens zu erfassen. Die abstrakt-allgemeinen Feststellungen entfalten ihre theoretische Potenz im Kontext eines Systems von Abstraktionsstufen, durch die sich das philosophische Denken der konkreten gesellschaftlichen Realität bemächtigt.

So ist es unzureichend, wenn der Begriff des gesellschaftlichen Systems, der sozialen Totalität nur - wie in verschiedenen Beiträgen der SOPO - auf dem Abstraktionsniveau von Gesellschaft überhaupt bzw. Gesellschaftsformation diskutiert wird. Als Element konkreter gesellschaftlicher Dialektik kommt der Systemaspekt vor allem auch auf dem Niveau der einzelnen Gesellschaft (des einzelnen sozialen Organismus) zur Geltung. Hier besitzt er die Besonderheit, die konkrete Vermittlung eines gesellschaftlichen Ganzen mit seiner natürlichen und sozialen Umwelt zu formieren und damit als unmittelbar bestimmendes Moment in die reale Bewegung geschichtlicher Abläufe

einzugehen. Die Analyse der Systemdialektik auf dem Abstraktionsniveau von Gesellschaftsformation ist der Fassung geschichtlicher Dialektik auf der Bezugsebene der allgemein-historischen Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen kongruent, und so fruchtbar diese Abstraktionsstufe einerseits ist, so ist damit andererseits ein umfassendes konkretes Verständnis der Dialektik der Geschichte noch nicht möglich.

Die Dialektik im Sozialismus muß zwar auf dem Abstraktionsniveau „des" Sozialismus überhaupt (als niedere Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation) entwickelt werden. Aber eine *Beschränkung* hierauf schlösse die Gefahr idealisierender Konstruktion ein und wäre dem Hegelschen Ausgehen vom Begriff nicht unähnlich. Ein solches Verfahren kann leicht zu Betroffenheit darüber führen, daß der wirkliche Sozialismus sich dem Bild, das die vereinfachende Abstraktion sich von ihm gemacht hat, nicht fügen will. Darum besitzt die Hinwendung zur theoretischen Analyse des wirklichen, realen Sozialismus nicht nur politische, sondern auch weltanschauliche, philosophische Bedeutung.

Die wirkliche Bewegung des Sozialismus ist nicht die ideale Selbstentfaltung eines abstrakten Systems, sondern die reale Bewegung existierender sozialistischer Länder, die sich die adäquate Form ihrer Existenz und Entwicklung in einem langwierigen, konfliktreichen Prozeß sowohl theoretisch als auch praktisch erst allseitig erarbeiten müssen, wobei sie die reichen Erfahrungen der Sowjetunion nützen. Der Wegfall der Triebkräfte der kapitalistischen Produktionsweise setzt nicht automatisch neue Triebkräfte in Kraft, sondern diese bedürfen erst der theoretischen Bestimmung und praktischen Organisierung.

Aus diesen Gründen ist es für die produktive Anwendung der materialistischen Dialektik auf die Erforschung des Sozialismus unerläßlich, ihre Analyse auf dem Niveau universaler Fragestellung, auf der Ebene der „allgemeinen Bewegungsformen" der Dialektik, mit der konkreten Untersuchung und Darstellung der wirklichen Bewegung real existierender sozialistischer Länder unter konkreten geschichtlichen Bedingungen zu verbinden. Das Element des Allgemein-Gesetzmäßigen besitzt große Bedeutung, allerdings nur dann, wenn es der Erfassung des Besonderen nicht als idealisierende Norm entgegengestellt wird, sondern wenn beide Aspekte sich zu dialektischer Einheit verbinden. Die Dialektik des Sozialismus ist die konkrete Dialektik wirklicher geschichtlicher Bewegung. Darin sind allgemeine Merkmale verschiedener Wesensstufen eingeschlossen; sie finden Existenz im historisch Besonderen und Einzelnen. Wenn abstrahierendes Denken sie aus dem Singularen auch erst herauslöst, so hebt es doch damit nicht die objektive Durchdringung des Allgemeinen und des Besonderen auf.

Hegel stellte das Allgemeine, zum sich selbst bewegenden Begriff hypostasiert, dem Einzelnen undialektisch entgegen. Die materialistische Dialektik erkennt dem Allgemeinen reale Existenz nur im Besonderen und Einzelnen der Natur und Geschichte zu: sie entmystifiziert die spekulative Konstruktion und setzt sie durch konsequentes Festhalten am Materialismus außer Kraft. Dieser Vorgang bedarf stets erneuter Bestätigung und Bewährung; in der materialistischen Anwendung der Dialektik auf die sich dynamisch entwickelnde gesellschaftliche Wirklichkeit liegt eine der Voraussetzungen für die Nutzung des reichen Hegelschen Erbes nicht minder als für die

Vermeidung von Rückfällen in die von Marx und Engels überwundene philosophische Spekulation.

Anmerkungen

1 Vgl.: P. Damerow, P. Furth, B. Heidtmann, W. Lefèvre: Probleme der materialistischen Dialektik. In: SOPO 4/1977

2 K. Marx: Das Kapital. In: Marx/Engels: Werke, Bd. 23, S. 211

Erika Hültenschmidt/Gert Schubring

Bemerkungen zu reduktionistischen Wissenschaftsauffassungen (II)*

Der Zusammenhang von Reduktionismus und externalistischer Wissenschaftsauffassung

Die Unmöglichkeit, „den inneren Zusammenhang" von Gegenständen wie deren Widerspiegelung in der wissenschaftlichen Erkenntnis mit *nur* sozialökonomischen Kategorien zu fassen, bzw. den wissenschaftlichen Begriff als Erkenntnis von Beziehungen widersprüchlicher Momente, nicht aber einfach von empirischen „Eigenschaften" zu fassen, wird etwa deutlich in Rillings Aussagen zur Wissenschaftsentwicklung, insbesondere zu deren Kumulativität. Es erweist sich dabei, daß nicht nur Wissenschaftsauffassungen, die alle Entwicklung auf sozialökonomische Momente reduzieren wollen, zu externalistischen Positionen führen, sondern auch solche, die weitere Momente - aber nur aspekthaft - hinzufügen. Rilling unterscheidet in der Wissenschaftsentwicklung eine „stoffliche" und eine „gesellschaftliche" Seite. Nun lehnt Rilling unter Berufung auf einen Artikel von Lejkin ausdrücklich die Konzeption der Kumulativität zur Erklärung von Wissenschaftsentwicklung ab (1975, 77).

Andererseits ist es eine für ihn zentrale Aussage, daß die Entwicklung auf der „stofflichen" Seite (gemeint ist die Widerspiegelung des Gegenstandes in der wissenschaftlichen Erkenntnistätigkeit) kumulativ erfolge: So konstatiert er

„die grundlegende stoffliche Eigenschaft des wissenschaftlichen Arbeitsprozesses, ein Prozeß der Kumulativität objektiv wahren Wissens zu sein. Die Eigenschaft der Kumulativität erlaubt es, die Gesamtheit wissenschaftlicher Tätigkeiten als ein Kontinuum 'ohne absolute Diskontinuitäten' zu betrachten ... Der kumulative Charakter der wissenschaftlichen Tätigkeit ... ist ein zentrales stoffliches Merkmal wissenschaftlicher Tätigkeit" (55 f.).

In der „Determination durch die objektive bzw. objektiv-real bestimmte Wirklichkeit" sieht er „die allgemeine Voraussetzung für den reproduktiven, kontinuierlichen und kumulativen Charakter der wissenschaftlichen Tätigkeit gegeben" (58).

Der Widerspruch zu seiner Ablehnung kumulativer Konzeptionen für die Wissenschaft überhaupt erklärt sich erst durch das Hinzutreten der zweiten, der „gesellschaftlichen" Seite. Diskontinuitäten in der Wissenschaftsentwicklung sind also erst die Folge der Verbindung mit einem zweiten, vom stofflichen Bereich offenbar innerlich getrennten. (Hierin begründet sich wohl die diskontinuierliche Trennung von „bürgerlicher" und „sozialistischer" Wissenschaft).

*Der Diskussionsbeitrag von Hültenschmidt/Schubring, dessen Teil I in SOPO 45 erschien, wurde aus technischen Gründen geteilt. Die Redaktion bittet den Leser, die durch das versehentliche Ausbleiben einer redaktionellen Bemerkung entstandenen Rezeptionsschwierigkeiten zu entschuldigen. (vgl. auch Errata zu Teil I)

Wir können hier nicht darauf eingehen, daß mit der Behauptung einer kontinuierlichen Entwicklung auf der „stofflichen" Seite allgemein die Existenz objektiver Widersprüche im Gegenstand und damit dessen *innere* Entwicklung negiert wird und somit die gesamte Diskussion im Anschluß an die Naturdialektik beiseite geschoben wird. Erwähnt sei hier nur die Diskussion zur Interpretation des Komplementaritätsprinzips in der modernen Physik, die zur Formulierung der These geführt hat, daß die Komplementarität als Ausdruck der *inneren Widersprüchlichkeit* - nicht bloß der Erkenntnis, sondern und vor allem - des Erkenntnisgegenstands zu verstehen ist (vgl. Bibler, 72 und allgemein: I.S.Narski).

Wesentlich ist hieran, daß aufgrund des Fehlens von Vorstellungen über *innere* Begriffsentwicklung die wissenschaftliche Entwicklung als stetige Anhäufung „objektiv wahren Wissens" erscheint. Wir nähern uns damit den eigentlichen Ursachen des Ungenügens solcher Auffassungen über die wissenschaftliche Tätigkeit. Sie orientieren sich einmal nur am äußeren historischen Ablauf einer Theorieentwicklung und gestatten es nicht, die wissenschaftliche Entwicklung selbst kategoriell zu erfassen.

Ein zweites Moment besteht in der nur äußeren Zusammenfügung der Aspekte (hier stofflich und gesellschaftlich), unter denen Wissenschaft untersucht wird (sofern nicht schon generell alles aus *einem* Aspekt herzuleiten versucht wird). Jaroschewski hat dies als charakteristisch bezeichnet für die Zeit vor der Entstehung der Wissenschaftswissenschaft:

„Damals blieb kein Raum für eine andere Betrachtungsweise außer der additiven. Wenn jemand den Versuch unternahm, das Bild der Wissenschaft als Ganzes darzustellen, dann konnte er nur den Weg des Zusammenfügens der heterogenen Fragmente gehen. Aber - wie es in einem Sprichwort heißt - wenn man der Kuh auch einen Rüssel gibt, so wird sie doch kein Elefant. Die Begriffe, die in verschiedenen intellektuellen Kontexten gebildet worden sind, müssen 'integriert' und damit auch umgestaltet werden, wenn ein der Natur der Wissenschaft adäquates Modell aufgebaut werden soll" (Jaroschewski, 1975 a,1174).

Allgemeiner kommen wir damit zu dem Hauptmangel der Rubenschen und Rillingschen Analyse, der von Sandkühler benannt worden ist als das *Wegreduzieren der Hauptproduktivkraft Mensch* (vgl.SOPO 39,26f.).

Aufgrund der „beiden 'Wissenschaftspole' des im System des Wissens reproduzierten Objekts sowie des schöpferischen Akts des Subjekts als des Urhebers dieser Reproduktionen" ist in der sowjetischen Wissenschaftswissenschaft die Konzeption der „Einheit der Wissenschaft als Wissen und als Tätigkeit" entwickelt worden (a.a.O., 1171 f.). Erst diese Auffassung von der Einheit erlaubt eine fruchtbare Konzeption von der Natur der Wissenschaft und ihrer Dynamik. Wegen des prinzipiell sozialhistorischen Charakters menschlicher Tätigkeit läßt sich diese Einheit weitergehend kategoriell so fassen:

Wir sind der Ansicht, daß die Wissenschaft als Form der sozialhistorischen Tätigkeit drei Aspekte aufweist und deshalb nur in einem System mit drei Koordinaten - der gegenständlich - logischen, der sozialhistorischen und der individualpsychologischen - adäquat abgebildet werden kann. Hier ist ausdrücklich von einem *System* die Rede, d.h. von einem Objekt, für dessen begriffliche Rekonstruktion die genannten Komponenten

in ihrer inneren Wechselbeziehung sowohl notwendig als auch hinreichend sind" (ebenda).

Während bei Rilling zwei dieser drei Dimensionen erscheinen, allerdings ohne innere Beziehung und bei Nichterwähnung der dritten, findet sich bei Ruben faktisch nur eine sozialökonomische Ebene. Die psychologische Ebene schließt er bei der Untersuchung der Begriffsbildung ausdrücklich aus:

„(Wir) müssen heute im Interesse der Entwicklung der dialektischen Widerspiegelungstheorie gegen den 'Psychologismus' in der Erkenntnistheorie opponieren" (SOPO 36, 26) und fordert eine *„Emanzipation der Erkenntnistheorie von der Psychologie"* (a.a.O., 27).

So berechtigt die Kritik am Psychologismus einiger philosophischer Richtungen ist, so wenig darf man das Kind mit dem Bade ausschütten und die Beziehung zur Psychologie abtrennen.

Um diese Wendung gegen eine Beziehung zur Psychologie und die sich daran anschließenden Probleme zu verstehen, müssen wir uns dem weiter oben zunächst zurückgestellten Problem der „Materialität" des Abbilds zuwenden. Wir hatten bereits angedeutet, daß Ruben keine Konzeption vom wissenschaftlichen Begriff hat, daß er sich nur auf Aussagen zur Entstehung des wissenschaftlichen Abbilds aus der empirisch erscheinenden Realität beschränkt.

Um den von ihm angezielten „Arbeitscharakter der Widerspiegelungstätigkeit" aufzuweisen, lehnt er die Analyse der gegenständlich-logischen Seite ab: damit werde „die reale wissenschaftliche Arbeit auf ihr theoretisches Moment reduziert, also die theoretische Tat in Abstraktion von der *materiellen Modellproduktion* zum Gegenstand der wissenschaftstheoretischen Untersuchung gemacht" (a.a.O., 11).

Ruben verwendet seine ganze Energie darauf, um solche Konzeptionen als metaphysisch zu entlarven:

„Mit einer solchen Voraussetzung verschwindet sowohl die *lebendige* Arbeit der Wissenschaftler wie das Arbeits*mittel* (z.B. das Meßgerät) wie schließlich das *materielle* Arbeits*produkt* des wirklichen wissenschaftlichen Tuns, das wir 'Modell' nennen werden" (ebenda).

Während er selbst allerdings - wohl wegen seiner Identifizierung von ideellem Moment der Tätigkeit und Idealismus - über die „lebendige Arbeit" des Wissenschaftlers nichts aussagt, sondern nur über die Produkte/Instrumente (und den Maßstab als spezielles Produkt/Instrument), setzt er sich nicht tatsächlich mit der Wirkungsweise solcher Produkte in der wissenschaftlichen Tätigkeit auseinander, sondern beschreibt nur ihre Herausbildung in einer historisch frühen Phase.

So richtig und wesentlich es ist, die Existenz von vermittelnden Werkzeugen zwischen Subjekt und Objekt als Voraussetzung für die Beziehung von Subjekt und Objekt sowie die Gesellschaftlichkeit dieser Mittel zu betonen, so ungenügend ist es, die Werkzeuge wissenschaftlicher Tätigkeit auf platt materielle Mittel zu beschränken, dies gar zum Wesentlichen zu erklären. Sind die materiellen Werkzeuge Produkt und Instrument der materiellen gesellschaftlichen Arbeit, so sind nun gerade die *wissenschaftlichen Begriffe als Produkte und Instrumente* der wissenschaftlichen Erkenntnistätigkeit zu begreifen entsprechend der Einheit der Wissenschaft als Wissen und als Tätigkeit. Was im

Übrigen die materielle Seite der geistigen Tätigkeit betrifft, so fehlt bei Ruben jegliche Erwähnung der Funktion der Sprache als Hilfsmittel oder Werkzeug geistiger Operationen, vor allem der Begriffsbildung (vgl. Wygotski 1977 und Luria 1970). Es fehlt zugleich jede Explizierung der Gesellschaftlichkeit wissenschaftlicher Tätigkeit im Sinne von Kooperation und Kommunikation.

So betont Ruben nicht nur allgemein die Werkzeuge als *„materielle Vermittlung"* (a.a.O., 19) zwischen Subjekt und Objekt, sondern auch für die wissenschaftliche Arbeit betont er die strikte Materialität des Arbeitsmittels und -produkts: des Modells. Das Modell ist - entsprechend der bereits oben gekennzeichneten formalen Begriffsauffassung - endliche Gesamtheit von (äußeren) Merkmalen, unmittelbar der Realität entnommenes Einzelnes, das als solches bereits „Vertreter des Allgemeinen" ist. Ausgangspunkt ist für Ruben „die Erklärung des Abbilds aus der *Tat* des Abbildens":

„Das Abbilden ist ... die gegenständliche Arbeit der Umbildung natürlicher Sachverhalte in Vertreter von Allgemeinem, d.h. ihrer Umbildung in Modelle bestimmter Eigenschaften. Die Resurrektion eines natürlichen Sachverhalts als Modell einer endlichen Gesamtheit von Merkmalen ist der Ausdruck derjenigen Arbeit, die wir 'allgemeine Arbeit' nennen und die wir nun auch 'Widerspiegelungstätigkeit' nennen können. Was spiegeln Modelle wider? Sie sind nichts mehr und nichts weniger als die Spiegel derjenigen Eigenschaften, nach denen sie durch alle ihnen gleichartigen Kopien ersetzbar sind. Die Widerspiegelungseigenschaft gewinnen unsere Modelle (auch 'Urbilder' oder 'Originale') kraft des Umstands ihrer Ersetzbarkeit (Austauschbarkeit) durch ihnen *gleichwertige* Sachverhalte" (a.a.O., 25).

Er nimmt diese Materialität gerade als Begründung dafür, daß die „Termini 'Abbild', 'Vorstellung' etc. *keine* psychologisch zu beschreibenden Sachverhalte meinen"(26)[10]. Wir können uns hier nicht mit seiner Interpretation des Modellbegriffs beschäftigen, sondern nur auf die intensive wissenschaftstheoretische Diskussion um die Rolle des Modells als einer eigentümlichen „Legierung" zwischen Theorie und Empirie verweisen, wie auf die Diskussion des Modellcharakters von Gedankenexperimenten für die wissenschaftliche Erkenntnis (vgl. Davydov 1977, 256 ff., Bibler, Lakatos, Th. Kuhn).

Festzuhalten ist hier, daß wissenschaftliche Erkenntnis nicht auf die Produktion von Modellen reduzierbar ist (eher sind sie Mittel zum Vorantreiben der weiteren Erkenntnis), noch daß Modelle in dieser Weise auf handgreiflich Vorzeigbares verkürzt werden können.

Verkürzungen insoweit, als einerseits Modelle auch in den Naturwissenschaften - an die Ruben vor allem zu denken scheint - nicht mit den in der Schule vorgezeigten Anschauungsmodellen zu identifizieren sind (das Bohrsche Atommodell wird nicht erfaßt durch das bekannte Ding mit den Kugeln und Verbindungsstegen, sondern nur veranschaulicht) und als andererseits hier noch der Materiebegriff der klassischen Physik vorzuherrschen scheint, der spätestens seit der Entdeckung der Realität von elektrischen und magnetischen Feldern auch den Philosophen suspekt geworden sein sollte.

Nun ist es auffällig, daß Ruben als Beleg für seine Modell-Interpretation als materielle Gegenstände nur physische Beispiele heranzieht: Das Messen von Publikationsleistungen über Seitenzahlen (25), das Bestimmen der Länge eines Schreibtisches (34), die

Identifizierung von „Hämmern, Schafen, Linden" (27). Es bezieht sich offenbar hierauf, wenn Sandkühler sich gegen eine „sensualistische Umformung der materialistischen Erkenntnistheorie" ausspricht (SOPO 39, 39) und dies verallgemeinert zu einem „Analogieverbot in der Wissenschaftstheorie" zur Kennzeichnung des Verhältnisses von Erkenntnis und Arbeit und des Verhältnisses von ideeller und materieller Produktion" (a.a.O., 37 ff.).

Die mit dem Analogieverbot ausgesprochene Wendung gegen die „Konzeption eines *monokausalen* Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Erkenntnis und Arbeit, wobei die politökonomische Bestimmung des Arbeitsbegriffs den Raster zur Bestimmung wissenschaftlicher Tätigkeit abgibt" (a.a.O., 39), ist wichtig: Sie zeigt, daß Ruben und Rilling externalistische Positionen zur Wissenschaftsentwicklung vertreten. Ruben bekämpft ja als einzige Alternative die internalistische Position, die die Analyse der Wissenschaftsentwicklung prinzipiell allein auf eine Bewegung des wissenschaftlichen Begriffs in sich selbst beschränkt.

Die Gegenposition hierzu ist aber nicht automatisch der Marxismus, wie Ruben anzunehmen scheint, sondern der Externalismus, wie der bekannte Wissenschaftshistoriker Mikulinskij kürzlich aufgezeigt hat:

„Trotz wahrer marxistischer Erkenntnisse über die Wissenschaftsentwicklung war der Externalismus im Geiste der dem Marxismus fremden Vulgärsoziologie und des ökonomischen Determinismus bestrebt, die Erklärung der Wissenschaftsentwicklung unmittelbar auf die sozialökonomischen Bedingungen zurückzuführen. Natürlich konnte dabei außer einem groben Schema nichts gewonnen werden, da das Hauptglied - die durchdringende, komplizierte, mehrstufige, mehrfach vermittelte und keineswegs geradlinige Wechselwirkung des materiellen und des geistigen Bereichs - ausgefallen ist" (Mikulinskij, 91).

Der tiefe äußere Gegensatz zwischen Internalismus und Externalismus ist im Grunde nur ein scheinbarer, da in beiden Fällen die sozialhistorischen Bedingungen nur als äußerliche gefaßt werden. Für beide „existiert das Problem nicht, die Mechanismen, die Wege ihrer Umformung in eine für die Wissenschaft spezifische Form zu klären. Die *Wechselwirkungen* der sozialen und ökonomischen Bedingungen mit der Wissenschaft werden im Geiste des mechanistisch-kausalen (Laplaceschen) Determinismus als *direkte, unmittelbare Wechselwirkung betrachtet.* In diesem Falle treten die ökonomischen und sozialen Bedingungen in Bezug auf die Wissenschaft tatsächlich als rein äußere auf, und es wird unmöglich, ihren Einfluß auf den inneren Zustand der Wissenschaft aufzudecken, da sich die Wissenschaft ihrem Charakter nach von der materiellen Produktion, der Ökonomie, den sozialen Beziehungen, der politischen Geschichte prinzipiell unterscheidet und bei all ihrem gewaltigen Einfluß darauf nicht auf sie zurückgeführt werden kann" (ebenda).

Mikulinskij gibt ein schönes Beispiel für den vermittelten Einfluß gesellschaftlicher Zwecke:

„Das Erkennen eines Bedürfnisses genügt noch nicht zur Lösung eines wissenschaftlichen Problems. Dafür ist es notwendig, daß in der Wissenschaft selbst die *wissenschaftlichen* Voraussetzungen für die Lösung dieses Problems heranreifen. Während der Kontinentalsperre stellte Napoleon den französischen Chemikern die

Aufgabe, künstliche Farbstoffe als Ersatz für die natürlichen zu entwickeln, die nicht mehr aus den englischen Kolonien bekommen werden konnten. Die Aufgabe war sehr konkret und klar, doch ihre Lösung wurde erst in den sechziger Jahren des 19.Jahrhunderts möglich, als ihr unmittelbarer Anlaß längst entfallen war. Sie wurde erst gelöst, nachdem die Strukturtheorie geschaffen, die Struktur der Farbstoffe entziffert und zuerst laboratorische und danach technisch annehmbare Verfahren zu ihrer Synthese gefunden worden waren" (a.a.O., 95).

Es ist hervorzuheben, daß dies keine von den gesellschaftlichen Bedürfnissen unabhängige Entwicklung impliziert, sondern eine Entwicklung in spezifischer Form:

„Die Bedürfnisse können nicht nur durch die Produktion, die Ökonomie oder das geistige Leben der Gesellschaft entstehen, sondern auch durch die Wissenschaft selbst, beispielsweise durch solche Probleme, bei deren Lösung die Ausarbeitung ihrer eigenen theoretischen Grundlagen, des Untersuchungsapparats oder der Methoden notwendig ist. Und obwohl derartige Untersuchungen keinerlei praktische äußere Ausrichtung und kein anderes Resultat haben als das Anwachsen der Kenntnisse, *hören sie davon nicht auf, gesellschaftlich nützlich zu sein, da die Wissenschaft im Ganzen das Verlangen der Gesellschaft nach Kenntnissen befriedigt*" (Unterstreichung durch uns - die Verf., a.a.O., 95 f.)[11].

Aufgrund der bisherigen Darstellung erscheint es nicht nur als notwendig, sondern auch als prinzipiell möglich, über das zunächst einmal negative Analogieverbot zwischen geistiger und materieller Tätigkeit konstruktiv hinauszugehen.

Die Kategorie der gegenständlichen Tätigkeit

Bei Ruben geht die Benutzung von „Arbeit" weit über die Annahme entsprechender kausaler Abhängigkeitsverhältnisse hinaus: Seine permanente Benutzung dieses Terminus zeigt, daß er „Arbeit" weiterhin als Zentralkategorie benutzt und daß seine Kritik an einem eigenen Aufsatz von 1969:

„es (gibt) in einem theoretischen System keine Zentralkategorie"(Ruben 1973, 921)

insoweit nicht konsequent war. Demgegenüber wird in der Wissenschaftswissenschaft betont, daß es für die Analyse der Wissenschaft keine Zentralkategorie gibt, sondern daß die Wissenschaft ein System ist, dessen

„Komponenten in ihrer inneren Wechselbeziehung sowohl notwendig als auch hinreichend sind" (Jaroschewski, 1172).

Es ist ein ganz zentrales Ergebnis, daß es sich dabei nicht - wie bei Rilling - um zwei Aspekte, sondern um drei Koordinaten handelt: die aus der Reduktion der Psychologie bei Ruben und Rilling entstandenen Mängel lassen erkennen, daß damit ein wesentliches Moment wegreduziert worden ist. Daraus läßt sich auf die Notwendigkeit eines integrierenden Konzepts schließen, dessen Fehlen bei den genannten Autoren den eigentlichen Kern des Problems bildet. In der Wissenschaftswissenschaft wird als solches Konzept der Begriff der *gegenständlichen Tätigkeit* diskutiert. Beide kreisen

sozusagen um dieses Problem, besitzen aber nicht die Mittel, um es angemessen zu bearbeiten. Natürlich kann man bei Ruben annehmen, daß auch bei ihm - wie er sagt - die Praxis „immer reicher" ist als die Theorie (SOPO 36, 19), daß er also in seiner eigenen Praxis nicht wirklich von der mechanistischen Materialität der Modelle ausgehen wird. Seine Polemik gegen Auffassungen, Wissenschaft als „Äußerung des Bewußtseins" zu fassen, seine Besorgnis, die Zuerkennung objektiver Realität für solche Bewußtseinsprodukte bedeute Idealismus, ist zunächst nicht verständlich, wenn man Bewußtsein und Materie nicht gänzlich trennt, sondern Bewußtsein als höchstes Entwicklungsprodukt der Materie versteht[11]. Sie wird erst verständlich, wenn man sich klarmacht, daß mit dieser neuen Auffassung des Bewußtseins sich die Aufgabe der Erklärung des *Übergangs* materieller Handlungen in geistige Operationen insbesondere bei der Herausbildung theoretischer Begriffe stellt. Es wird dann auch klar, daß man diese Aufgabe nicht lösen kann, wenn man eine Zusammenarbeit mit der Psychologie ablehnt (und diese sogar auf das rein Geistige, ohne Bezug zum Materiellen einschränkt! s.o.)

Rilling kommt dem Problem wesentlich näher. Einmal anerkennt er bei den Werkzeugen wissenschaftlicher Arbeit zwei „Grundklassen": neben den materiellen Arbeitsmitteln erkennt er auch ideelle an, benennt aber den Zusammenhang und den Unterschied beider Klassen nicht näher. Während er die materiellen Mittel ausführlicher beschreibt, sagt er zu den ideellen nur kurz:

„In der Klasse der ideellen Erkenntnismittel kann pragmatisch unterschieden werden zwischen dem vorhandenen, in den Arbeitsprozeß eingehenden Erkenntnisfonds sowie den spezifischen Methoden (Anforderungen und Leitprinzipien), die zugleich verhaltensorientierende Funktionen ausüben" (1975, 54 f.).

Die Kategorie des wissenschaftlichen Begriffs fehlt auch hier. Deutlich als Problem sieht er aber die Beziehung zwischen den Kategorien „Arbeit" und „Tätigkeit", wobei Arbeit als polit-ökonomische Kategorie auf den Produktionsprozeß bezogen ist und die Tätigkeit als philosophische Kategorie auf jegliche menschliche, gesellschaftliche, gegenständliche Aktivität bezogen ist und daher auch ihre „kognitive Dimension" (215) einbezieht.[13]

Rilling äußert sein Befremden darüber, daß in den Konzeptionen einiger DDR-Wissenschaftler die Kategorie Tätigkeit gegenüber der Arbeit als umfassendere und übergeordnete auftrete (219). Er sieht deutlich, daß beide Kategorien auf unterschiedlichen Ebenen liegen. Es scheint aber, daß er keine Einwände gegen eine Zentralkategorie hätte. Auch er geht insoweit von externalistischen Auffassungen aus. Wichtig ist jedoch, daß er eine

„nähere methodische Ausarbeitung des Verhältnisses von Arbeit und Tätigkeit"

fordert (221).

Tatsächlich gibt es bereits eine Konzeption zur Erfassung des hier zentralen Übergangs - nämlich die (aufdie Feuerbachthesen zurückgehende) der *gegenständlichen Tätigkeit* - und man kann sich nur wundern, warum nicht - zumindest bei Ruben - eine Verarbeitung der ungeheuer reichhaltigen Literatur zur Ausarbeitung dieser Konzeption, die ihre große Fruchtbarkeit erwiesen hat, zu bemerken ist: Es handelt sich um die Arbeiten, die ursprünglich von der sowjetischen Psychologenschule um

Wygotski und A.N. Leontjev ausgegangen sind, inzwischen aber zu entsprechenden Umorientierungen in Erkenntnistheorie, Wissenschaftswissenschaft, Didaktik etc. geführt haben.[14]

Wichtig ist in unserem Zusammenhang, daß sich auf dieser Basis die „Gegenständlichkeit des Bewußtseins" (Rubinstein) bzw. des Begriffs begründen läßt (vgl. dazu Davydov 1977, 228 ff; Bibler), wie sie markant von Kopnin formuliert worden ist: „Das Ideelle existiert als das dem Materiellen Entgegengesetzte, aber nicht in Form besonderer Dinge, sondern als Moment der praktischen Wechselwirkung von Subjekt und Objekt, als Tätigkeitsform des Subjekts" (zitiert nach Davydov 1977, 228).

In der einzelwissenschaftlichen, pädagogisch-psychologischen Konkretisierung wurde die Hauptaufmerksamkeit auf die Aufdeckung des Übergangs von materiellen Handlungen in geistige Operationen, in Begriffe gelegt. In der gehirnphysiologischen Forschung wurden bedeutende Fortschritte in der Erklärung der höheren kortikalen Funktionen erzielt durch Untersuchung der Rolle der gegenständlichen Handlungen des *sozialen* Individuums (daher auch die Bedeutung der Sprache!). Gleichzeitig dienten diese einzelwissenschaftlichen Fortschritte der Bereicherung und Entfaltung der philosophischen Kategorie Tätigkeit, die darum so grundlegend ist, weil die Tätigkeit das bewegende Moment ist, weil sie erst die Beziehung von Subjekt und Objekt ermöglicht.

Nun ist eine konkrete Analyse des in der Wissenschaftswissenschaft konzipierten *System*zusammenhangs keineswegs einfach. Man kann sagen, daß bisher nicht mehr als erste Grundzüge entwickelt worden sind. Gerade die einzelwissenschaftliche Analyse der psychischen Seite der wissenschaftlichen Tätigkeit ist kaum begonnen worden. Aber in der philosophischen Kategorie der gegenständlichen Tätigkeit gibt es ein wertvolles Mittel zur Orientierung der Forschungsaktivitäten bei der Erarbeitung eines angemessenen Verständnisses der Natur der Wissenschaft.

Für den Zusammenhang unserer Diskussion soll hier abschließend betont werden, daß diese Konzeption nicht im Gegensatz zur Kategorie Arbeit steht, sondern diese zur Voraussetzung hat. In seiner berühmten Untersuchung über die Entwicklung des Psychischen hat Leontjev die Arbeitstätigkeit als *phylogenetische* Grundlage der kognitiven Entwicklung nachgewiesen. Dies ist aber zugleich eine Begrenzung für die Arbeit, über deren ganz kardinale Bedeutung es keine zureichende Klarheit zu geben scheint. In ihrer ganzen, grundsätzlichen methodologischen Bedeutung für die Dialektik ist die Begrenzung des historischen Ausgangspunktes gegenüber der entwickelten Grundlage von Sève häufig herausgearbeitet worden (diese Untersuchung hängt eng mit der nicht-kumulativen, qualitativen Entwicklung der Wissenschaft zusammen!): Die Grundlage des entwickelten Systems wird durch dessen eigene Entwicklung geschaffen und reduziert die alte Grundlage auf die Rolle eines Ausgangspunktes:

„Wenn eine qualitativ neue Realität aus einer alten Realität hervorgeht, ohne diese zu zerstören, sondern ganz im Gegenteil auf ihr beruht (...), dann impliziert die Logik ihrer Beziehungen über jeden allzu summarischen Genetismus hinaus, daß die erstere, nachdem sie die zugleich notwendige und nicht wesentliche Grundlage für die zweite gewesen ist, nach und nach auf die doppelte Rolle des *historischen Ausgangspunkts* und einer *funktionalen Unterstützung* reduziert wird" (Sève, 112).

Da sich auch Kategorien und Kategoriensysteme entwickeln, ist die Arbeit in dem Maße, wie der unmittelbare Produktionsprozeß als Grundlage der Subjekt-Objekt-Beziehung zurückgetreten ist, - über alle umgangssprachliche Zweideutigkeit von Arbeit und Tätigkeit hinweg - zu einer abgeleiteten Kategorie geworden.[15]

Schlußbemerkung

Es dürfte deutlich geworden sein, daß die Diskussion der hier angeschnittenen wissenschaftstheoretischen Probleme von eminenter Bedeutung für die Wissenschaftspolitik ist. Und dies nicht nur, weil die Diskussion des Wissenschaftsbegriffs immer schon zentral gewesen ist in der bisherigen Entwicklung der demokratischen Wissenschaftlerbewegung in der Bundesrepublik. Vielmehr hat die Auseinandersetzung mit externalistischen Positionen heute einen ganz anderen Stellenwert als die mit internalistischen, idealistischen zu Beginn der Studentenbewegung. Vor allem sind zwei mögliche wissenschaftspolitische Konsequenzen festzumachen: Zum einen führt die Postulierung einer direkten Beziehung von Produktionsverhältnissen und Wissenschaft aus kritischer Sicht im Kapitalismus zur Behauptung der Wissenschaft als „Produktivkraft des Kapitals" (Rilling 1975 b, 1140). Letztlich beeinträchtigt dies die Entwicklung des Eintretens der Wissenschaftler für die eigenen Interessen - es ist ja „logisch", daß die Wissenschaft (bis auf kleine Exklaven) im „Dienste des Kapitals" steht. Als wissenschaftspolitische Strategie verbleibt die „Information" (Rilling 1975 b, 1146), bzw. - als Pendant - die „Entlarvung".

Die zweite Konsequenz ist die praktizistische Verkürzung von Wissenschaft, ihre Einschränkung auf bereits formulierte Praxisanforderungen, die systematische Geringschätzung von Grundlagen- und Vorlaufforschung, die Einschränkung der notwendigen relativen Selbständigkeit der Wissenschaft. Solche Konsequenzen der Wissenschaftstheorie werden unmittelbar relevant in der inzwischen für den Wissenschaftsbetrieb immer zentraler werdenden *Wissenschaftsplanung*. Solchen Auffassungen und entsprechenden Maßnahmen ist auf der Basis der hier kritisierten Konzeptionen argumentativ nichts entgegensetzbar.

Um den wachsenden malthusianischen Tendenzen der Wissenschaftspolitik nicht nur politisch („gegen Staatseingriffe") oder nur ethisch-moralisch („dem Volke dienen") entgegenzutreten, kommt es darauf an, eine Auffassung von wissenschaftlicher Tätigkeit zu entwickeln, die es den Wissenschaftlern erlaubt - ausgehend von der produktiven gesellschaftlichen Bedeutung der Ausführung ihrer beruflichen Aufgaben -, sich „erfolgreich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen" (H. G. Vetter), sich für angemessene Arbeitsbedingungen einzusetzen.

Anmerkungen

10 Daraus folgt als implizite Gegenstandsbesimmung der Psychologie: sie hat es nicht mit materiellen, sondern mit „geistigen" Dingen zu tun!

11 Die damit zusammenhängende Notwendigkeit der nicht an unmittelbare Anwendungen gebundenen Grundlagenforschung läßt sich aus Rubens Kategorien in keiner Weise begründen (vgl. auch seine Analyse des Marxschen Beispiels zum Verhältnis von Baumeister und Biene: SOPO 36, 17 f.).

12 Eine detaillierte einzelwissenschaftliche Analyse des Problems des „Psychophysischen" findet sich bei Luria, 1970.

13 Erstaunlicherweise fordert Rilling aus der kognitiven Dimension die alleinige Zuständigkeit der Erkenntnistheorie, nicht aber auch eine Beziehung zur Psychologie (215). So übrigens auch Sandkühler: „...Philosophie, die für den kognitiven Aspekt zuständig wäre" (SOPO 39, 40).

14 Einen ersten Überblick über Literatur wie Probleme geben: Leontjev 1977, Judin 1977. Die auch systematische Bedeutung des erzieherischen Ansatzpunktes liegt darin, daß dort in der Ontogenese das Subjekt nicht der unangeeigneten Natur gegenübersteht, sondern daß es um die Aneignung des sozialhistorisch bestimmten Wissens geht.

15 Insoweit ist aber auch eine Untersuchung formationsspezifischer Besonderheiten durch die Kategorie Tätigkeit nicht ausgeschlossen

Literaturverzeichnis

Bibler, V.S.: Der Begriff als Elementarform der Bewegung der Wissenschaft. in: Arsenjew, A.S.; Bibler, V.S. und Kedrov, B.M.: Analyse des sich entwickelnden Begriffs, Moskau 1967 (russ.)

Bourdieu/Passeron: Die Illusion der Chancengleichheit, Stuttgart 1971

Cerniak, V.S.: Über das Wesen der wissenschaftlichen Theorie. in:Voprosy filosofii, 6/1977 (russ.)

Davydov, V.V.: Über das Verhältnis zwischen den konkreten und abstrakten Kenntnissen im Unterricht. in: J.Lompscher (Hrsg.): Probleme der Ausbildung geistiger Handlungen, Berlin 1972 (1972a)

Davydov, V.V.: Arten der Verallgemeinerung im Unterricht. Moskau 1972 (1972b). Deutsche, auszugsweise Übersetzung: Berlin 1977

Jaroschewski, M.G.: Die Struktur der wissenschaftlichen Tätigkeit. in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 11/1975 (1975a)

Kuhn, Th.: Die Entstehung des Neuen, Frankfurt/Main 1977

Condillac, E.: Cours d'études in: Oeuvres Philosophiques, Bd. 1, Paris 1947

Lakatos, I.:Proofs and Refutations. Cambridge 1976.

Leontjev, A.N.: Tätigkeit, Bewußtsein und Persönlichkeit, Stuttgart 1977

Luria, A.R.:Die höheren kortikalen Funktionen des Menschen und ihre Störungen bei örtlichen Hirnschädigungen, Berlin 1970

Mikulinskii, S.R.: Scheinkontroversen und reale Probleme der Theorie der Wissenschaftsentwicklung. in: Voprosy Filosofii, 11/1977 (russ.) inzwischen deutsche Übersetzung in: Sowjetwissenschaft /Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 7/1978

Judin, E.G.: Die Tätigkeit als erklärendes Prinzip und als Gegenstand der wissenschaftlichen Untersuchung, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 3/1977

Narski, I.S.: Dialektischer Widerspruch und Erkenntnislogik, Berlin 1973

Neumann, Th.: Wissenschaft und Verantwortung. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10 und 12/1974

Plath, P. und Sandkühler, H.-J.: Theorie und Labor. Dialektik als Programm der Naturwissenschaften. Köln 1978

Rilling, R.: Die Krise der bürgerlichen Wissenschaft und die Verantwortung des Wissenschaftlers. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 10/1975 (1975b)

Rilling, R.: Theorie und Soziologie der Wissenschaft, Frankfurt/Main 1975

Rochhausen, R. und Thom, A.: Gesellschaftliche Bedingungen der Theorieentwicklung in den Einzelwissenschaften. Bericht von einer Tagung. in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 5/1977

Ruben, P.: Wissenschaft als allgemeine Arbeit. in: SOPO 36, 1976 (hier zitiert als SOPO 36)

Ruben, P.: Die wissenschaftstheoretische Bedeutung der Hegelschen Logik. in: SOPO 41, 1977 (hier zitiert als: SOPO 41)

Ruben, P.: Über Methodologie und Weltanschauung der Kapitallogik. in: SOPO 42, 1977 (hier zitiert als: SOPO 42)

Ruben, P.: Marxistisch-leninistische Philosophie und Mathematik. in: Schriftenreihe für den Referenten, Heft 7/1975: Wissenschaftlich-methodisches Material. Herausgeber: Präsidium der URANIA. (hier zitiert als: Urania)

Ruben, P.: Aktuelle theoretische Probleme der materialistischen Naturdialektik. in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 8/1973 (hier zitiert als: Ruben 1973)

Sandkühler, H.: Über die 'logische Basis des Kommunismus' oder - wie produktiv ist die Wissenschaft im Kapitalismus. in: SOPO 39, 1977 (hier zitiert als: SOPO 39)

Sève, L.: Über die materialistische Dialektik, Frankfurt/Main, 1976

Sohn-Rethel, A.: Geistige und körperliche Arbeit, Frankfurt/Main 1972²

Stegmüller, W.: Theoriendynamik und logisches Verständnis. in: Werner Diederich (Hrsg.): Theorien der Wissenschaftsgeschichte, Frankfurt/Main 1974

Weingart, P.: Wissensproduktion und soziale Struktur, Frankfurt/Main 1976

Whitehead, A.N.: Einführung in die Mathematik, Bern 1958

Wygotsky, L.S.: The development of higher psychological functions. in: Soviet Psychology, Spring 1977, XV, H.3

Wulf Krause

Wider den psychologischen Reduktionismus in der Philosophie

Notwendige Bemerkungen zu Hültenschmidt/Schubring

Seit einiger Zeit scheint ein Gespenst umzugehen unter den Philosophen, das Gespenst der Wissenschaft. Nie zuvor hat es eine breitere Diskussion in der Frage gegeben, was Wissenschaft eigentlich sei. Dieses Thema, das ja zu den klassischen Themen in der Philosophiegeschichte gehört, gewinnt neue Problemhorizonte durch die Entwicklung vieler Einzelwissenschaften, vor allem der Naturwissenschaften in einem beschleunigten Prozeß, den wir mit dem Namen wissenschaftlich-technische Revolution versehen haben.

Es scheint so zu sein, daß mit dieser sprunghaft beschleunigten Entwicklung der Wissenschaften, wie auch mit ihrem zunehmenden Vergesellschaftungsgrad sich neue Sachverhalte gebildet haben, die die philosophische Reflexion mit ihrem traditionellen Kategoriennetz nicht mehr zu fassen in der Lage ist.

Es wurde notwendig, den wirklichen Prozeß wissenschaftlicher Arbeit als Element der gesellschaftlichen Produktion zu erforschen. So ergaben sich neue Sichtweisen des Phänomens Wissenschaft, die marxistische Philosophen ebenso beschäftigen mußten, wie nichtmarxistische Philosophen.

Dies zeigt sich deutlich in der Diskussion um den kritischen Rationalismus etwa bei Kuhn, Lakatos und Feyerabend, in der weder das Falsifikationspostulat als Entwicklungsmodus von Wissenschaft, noch die radikale Trennung von Wissenschaft und Philosophie - zwei Essentials des kritischen Rationalismus - noch annehmbar erscheinen. Im Gegensatz hierzu ist in der marxistischen philosophischen Diskussion der enge Zusammenhang von Philosophie und einzelwissenschaftlicher Erkenntnis niemals in Frage gestellt worden. Mit der Umarbeitung der dialektischen Philosophie Hegels in eine materialistische Dialektik durch Marx und Engels waren der dialektisch-materialistischen Philosophie neue Aufgaben gestellt: „Was von der ganzen bisherigen Philosophie dann noch selbständig bestehen bleibt, ist die Lehre vom Denken und seinen Gesetzen - die formelle Logik und die Dialektik." (Engels, MEAS II, S.121) Aber diese „Lehre vom Denken" kann nicht für sich, gleichsam im „reinen Geiste" entwickelt werden, sondern nur im Zusammenhang mit dem Inhalt des Denkens und der ihm zugrunde liegenden Tätigkeit. In Bezug auf die Wissenschaften formuliert Engels dieses Verhältnis so: „Die Natur ist die Probe auf die Dialektik, und wir müssen es der modernen Naturwissenschaft nachsagen, daß sie für diese Probe ein äußerst reichliches, sich täglich häufendes Material geliefert und damit bewiesen hat, daß es in der Natur, in letzter Instanz, dialektisch und nicht metaphysisch, daß sie sich nicht im ewigen Einerlei eines stets widerholten Kreises bewegt, sondern eine wirkliche Geschichte durchmacht." (Engels, MEAS II, S.117.

Diese Sätze, die nur zehn Jahre vor der Entwicklung der Quantentheorie durch Planck (1900) und fünfzehn Jahre vor der Ausarbeitung der speziellen Relativitätstheorie durch Einstein (1905) formuliert wurden, fanden sich sehr wohl auf der Höhe der naturwissenschaftlichen Kenntnis der Zeit. Wesentliche Bestätigungen der dialektischen Auffassung der Welt sah Engels bekanntlich vor allem in drei Entdeckungen, die den materiellen Bewegungs- und Entwicklungszusammenhang der objektiven Natur im Gegensatz zur metaphysischen Starrheit des Substanzbegriffs der Philosophie des 18. Jahrhunderts belegten: Die Entdeckung des mechanischen Wärmeäquivalents, das zuerst von Benjamin Thomson 1798 formuliert und schließlich 1842 von Julius Robert Mayer als Energieerhaltungssatz entwickelt wurde. Die Entdeckung des Aufbaus der Organismen durch Zellen, die von Schleiden, Schwann und Virchow entwickelt wurde, sowie die Evolutionstheorie der Arten durch Darwin. Durch derartige Entdeckungen, die Bestätigungen der dialektisch-materialistischen Auffassungen waren, mußte Engels optimistisch sein in Hinsicht auf die Durchsetzung dialektischen Denkens auch in den Naturwissenschaften selbst, zumal dieser Optimismus durch den Freund und Chemiker Carl Schorlemmer gestützt wurde.

Wenn sich diese Entwicklung noch nicht realisiert hat, so daß wir uns noch heute mit dem Verhältnis von dialektischem Materialismus und Naturwissenschaften befassen müssen, ist es wohl notwendig darüber nachzudenken, welche Gründe das haben mag. Es sind vor allem zwei Fragen, die hier weiterführen können: 1.) Ist die Art und Weise, in der objektive Sachverhalte theoretisch formuliert werden in der dialektisch-materialistischen Philosophie dieselbe wie in der naturwissenschaftlichen Theoriebildung oder nicht? 2.) In welcher Beziehung steht die Kategorie des dialektischen Widerspruchs zu dem in dem in den mathematisch verfahrenden Naturwissenschaften notwendig gültigen Gesetz vom ausgeschlossenen logischen Widerspruch?

Hierbei ist nun zu sehen, daß die zweite Frage, nur die speziell methodologische Formulierung der ersten Frage ist. Genau diese Fragen sind es nun, von de en Peter Ruben in seinen inzwischen ja schon recht zahlreichen Veröffentlichungen seinen Ausgangspunkt nimmt. Eine bis 1976 geführte Bibliographie zeigt, daß die veröffentlichten Artikel weit über 500 Druckseiten aufweisen. Die nicht veröffentlichten Manuskripte umfassen mehr als 1000 Seiten, allein die beiden Dissertationen, zwei Drittel davon.

Es kann hier daher nicht darum gehen, die Auffassungen Rubens umfassend darzustellen. Angesichts der offenkundigen Schwierigkeit ihrer Rezeption, die sich in dem Aufsatz von Hültenschmidt/Schubring dokumentiert, soll auf den Weg hingewiesen werden, auf dem Ruben die beiden genannten Fragen zu beantworten sich aufgemacht hat. Sein - soweit ich sehe - erster Artikel hat den programmatischen Titel: „Zum Verhältnis von Philosophie und Mathematik, Dialektik und Logik - dargestellt am Widerspruch" und ist abgedruckt in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie, Sonderheft, 1966.

In diesem Artikel nun „soll eine Diskussion des Widerspruchsproblems vorgetragen werden, die gewisse Gesichtspunkte in den Vordergrund rücken wird, von denen in den gegenwärtigen Überlegungen zu diesem Problem kaum Gebrauch gemacht wird."

(Ruben, 1966, S.167) Seine Überlegungen knüpfen daran an, daß selbst unter so renommierten Philosophen wie G.Stiehler und G.Klaus sich ein sehr mißtrauisches Verhältnis zur Kategorie des dialektischen Widerspruchs findet, sofern ihr methodologische Relevanz in den Naturwissenschaften zugebilligt werden soll. Das ist für Naturwissenschaftler nur zu natürlich, grenzt doch die Vorstellung etwa einer widerspruchsvollen Mathematik ans Absurde.

Dieses Mißtrauen unterstellt aber die „reine Verschiedenheit der Widersprüche. ...logischer und dialektischer Widerspruch haben nach dieser Vorstellung nur das gemein, nichts miteinander gemein zu haben. Die hier darzustellende Konzeption beruht nun wesentlich auf dem Gesichtspunkt, statt von der reinen Verschiedenheit vielmehr vom konkreten Zusammenhang der Sätze vom logischen und dialektischen Widerspruch auszugehen." (Ruben, 1966,S.168) Hierzu bedient er sich der von Hegel ererbten Formulierung: „Es bewegt sich etwas nur, ...indem es in einem und demselben Jetzt hier und nicht hier, indem es in diesem Hier zugleich ist und nicht ist." (Hegel, 1951,S.59)

Diese klassische, bekanntlich auch von Engels übernommene Formulierung des dialektischen Widerspruchs als in der sinnlichen Bewegung daseiend, führt nun zu einer Überlegung, die zunächst im Zusammenhang der Frage nach der Art und Weise der theoretischen Widerspiegelung eines objektiven Sachverhalts in Philosophie und Naturwissenschaft steht, aber unmittelbar auf den Zusammenhang von Dialektik und Logik zielt. Es stellt sich nämlich die Frage: Können *umgangssprachliche* Aussagen unmittelbar einen logischen Widerspruch ausdrücken?" (Ruben, 1966,S.168) Dies ist nur dann der Fall, wenn zwischen den in der Aussage verwendeten Zeichen, d.h. den Wörtern und ihrer Bedeutung in der Aussage eine *eindeutige* Beziehung existiert. Eine solche eindeutige Beziehung sei aber nicht von vornherein für die natürliche Umgangssprache anzunehmen. Sie sei vielmehr erst Produkt einer bestimmten Tätigkeit des Denkens, nämlich der Abstraktion. Unterstellt man aber für so paradox erscheinende Aussagen, wie die Hegels, ihre *logische* Widersprüchlichkeit, so koppelt man implizit die Bildung von Bedeutung ausschließlich an die Abstraktion, oder anders: was nicht durch Abstraktion bestimmt ist, sei nicht bestimmt, und damit ohne Bedeutung.

Dies so meint Ruben, ist eine Unterstellung deren unreflektierte Annahme wesentlich dazu beigetragen habe, daß die Beziehung von Philosophie und Mathematik, von Dialektik und Logik noch so wenig deutlich sei. „Es kommt darauf an, zu erkennen, daß die Existenz von Bedeutung *nicht ausschließlich* durch die Abstraktion hergestellt wird, daß insbesondere *die Philosophie nicht abstrahiert*, daß philosophische Bedeutung durch eine andere (genauer gesagt: [zur Abstraktion, W.K.] dialektisch entgegengesetzte) Aktion des Denkens zustande kommt, die man sinnvoll *Konkretion* nennen sollte." (Ruben, 1966,S.168)

Diese Aussage ist nun fundamental für die weitere Diskussion des Verhältnisses von Philosophie und Naturwissenschaften, bzw. Mathematik. Es zeigt sich nämlich, daß mit der Abstraktion die Hervorbringung einer logischen Bedeutung der Zeichen in einer Aussage verbunden ist, während mit der dialektisch entgegengesetzten Tätigkeit, der

Konkretion die Hervorbringung einer philosophischen Bedeutung der Zeichen in einem Satz verbunden ist.

Dieser Unterschied ist nun wichtig für die Beantwortung der ersten Frage nach der Art und Weise philosophischer und mathematischer theoretischer Aussagen über objektive Sachverhalte, oder anders: in welcher Beziehung stehen theoretische Aussagen und Gegenstand, über den die Aussagen getroffen werden? Während sich nun philosophische Aussagen immer auf das Sinnlich-Konkrete der Wirklichkeit, das die Entwicklung und den Widerstreit der Dinge einschließt, beziehen, und diese so unter Verwendung des dialektischen Widerspruchs als *Konkret-Allgemeines* formulieren, also in der Umgangssprache, führt die Abstraktion über die Umgangssprache hinaus.

Die Abstraktion nimmt aber gerade nicht die Wirklichkeit als Sinnlich-Konkretes, sondern zieht *bestimmte* Momente von ihm ab, abstrahiert also die Momente, die in der Aussage prädiziert sind. Sie formuliert sie als *Abstrakt-Allgemeines*. Die Wirklichkeit spielt dann die Rolle des *materiellen Repräsentanten* für Zeichen, die in dem Satz in Form einer - etwa logischen - Relation zueinander bestimmt sind und entsprechend formuliert werden. Ihre Sprache ist daher die der Logik bzw. der Mathematik und folgt ihren Gesetzen, also auch dem vom ausgeschlossenen Widerspruch. Wie aber stellt sich unter den gegebenen Bedingungen die zweite Frage, die nach dem Verhältnis von Logik und Dialektik; oder genauer die Frage nach der *konkreten* Identität der Sätze vom logischen und dialektischen Widerspruch? Sind also, philosophische Aussagen, die im dialektischen Materialismus den Widerspruch einschließen für die Mathematik sinnlose Aussagen, da letztere den Widerspruch ausschließt?

Schon jetzt ist offenkundig, daß Logik und Dialektik nicht den gleichen Geltungsbereich haben. Dies zeigt sich schon in ihrer jeweiligen Beziehung zum objektiv Wirklichen. Wenn dem Konkret-Allgemeinen der Philosophie das Sinnlich-Konkrete zugrunde liegt, so liegt dem Abstrakt-Allgemeinen offenbar ein Abstrakt-Konkretes in der objektiven Wirklichkeit zugrunde. Was aber ist das? Es ist etwas praktisch produziertes. Es sind materielle Gegenstände, die so bearbeitet worden sind, daß sie in ausreichendem Maße als Repräsentaten des Abstrakt-Allgemeinen fungieren können. Ein solcher materieller Gegenstand ist z.B. das Urmeter in Paris, das als materieller Repräsentant der Abstraktionsklasse Länge dienen kann, d.h. es ist Repräsentant aller ihm längengleichen Dinge. Als solches Ding ist es Abstrakt-Konkretes. Diesem vorausgesetzt ist aber die Existenz des Sinnlich-Konkreten, der materiellen Welt, aus dem diejenigen Gegenstände überhaupt erst ausgewählt und entnommen werden können, die im gezeigten Sinne zur Realisierung von Abstrakta dienen können. Die Bildung einer mathematischen Größengleichung ist nun die theoretische Tätigkeit, der die praktische Tätigkeit des Vergleichs eines zu messenden Gegenstandes mit dem abstrakt konkreten Ding - in unserem Falle dem Urmeter oder einer seiner Kopien - durch wiederholtes Anlegen, zugrunde liegt.

Für die theoretische Bildung der Abstrakta ist die logische Identitäts- und Widerspruchsfreiheitsanforderung konstituierend. „Aber der Prozeß, der sie mit den materiellen Gegenständen selbst verbindet, unterliegt den Prinzipien der konkreten Identität, wie sie der theoretischen Dialektik zugrunde liegen. Damit ist klar, daß Logik

und Dialektik einander bedingen: man muß effektiv abstrahieren bzw. Abstrakta realisieren, wenn von konkreter Identität und dialektischer Widersprüchlichkeit sinnvoll gesprochen werden soll. Aber im reinen Bereich der Abstrakta ist die Dialektik *nicht* gegenwärtig; sie ist es nur in der effektiven Einheit dieser mit den Vorgängen, die von den materiellen Gegenständen zu ihnen oder von ihnen zu den materiellen Gegenständen führen." (Ruben, 1971, S.281)

Logik und Dialektik bilden so zwei unterscheidbare aber nicht trennbare Momente ein und desselben Prozesses, der wissenschaftlichen Arbeit. Dieser konkrete Zusammenhang macht es sinnvoll philosophisch von der *konkreten Identität* des Gesetzes vom ausgeschlossenen *logischen* Widerspruch mit dem Gesetz vom eingeschlossenen *dialektischen* Widerspruch zu sprechen.

Darüber hinaus wird deutlich, daß wissenschaftliche Arbeit in ihrer Wirklichkeit eine dialektische Einheit von materiell gegenständlicher Arbeit und theoretisch begrifflicher Arbeit ist, die dem Marx'schen Terminus von der Wissenschaft als „allgemeiner Arbeit" zu einer sinnvollen philosophischen Kategorie macht. Mit ihr ist es dann auch möglich, Wissenschaft in ihrer Beziehung zum materiellen gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß zu bestimmen, sie ist eine zum arbeitsteiligen gesellschaftlichen System der produktiven Tätigkeiten gehörende konkret-nützliche Tätigkeit, deren Produkte theoretische Begriffe, bzw. Modelle sind. Mit der Enthüllung dieses Zusammenhangs ist prinzipiell die Möglichkeit der Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit ausgesprochen.

Von all dem ist nun in dem Aufsatz von Hültenschmidt und Schubring nicht die Rede. Dies zeigt sich schon in ihrer Skizze von Rubens Ansatz (SOPO 45,S.150 ff) in dem in keiner Weise auf den von Ruben vorgetragenen Inhalt der formalen Definition: Wissenschaft = df allgemeine Arbeit eingegangen wird. Kein Wort über die Bedeutung des Begriffs allgemeine Arbeit in ihrer zunächst nicht immer eindeutigen Verwendung bei Marx (Ruben, 1978,S.15); kein Wort über die „Wissenschaft als notwendige Bedingung der materiellen Produktion" (Ruben, 1978, S.16); kein Wort über die „artspezifische Besonderheit" der wissenschaftlichen Erkenntnis im Unterschied zur Gebrauchswertproduktion im ökonomischen Sinne (Ruben, 1978, S.19). Statt dessen behaupten sie: „in diesem Verständnis von wissenschaftlicher Arbeit als einer zu bestimmenden Tätigkeit fehlt die *Spezifik* wissenschaftlicher Tätigkeit." (45,152) Wenn sie in diesem Sinne aber gegen Ruben einwenden, daß es in seinem Ansatz „Begriffe (theoretisches Wissen) ....als Instrument wissenschaftlicher Tätigkeit" (45,152) offenbar nicht gebe, so ist dies nur möglich wenn sie einerseits Arbeit in ihrer ökonomischen Funktion als vollständig begriffslos unterstellen und sie andererseits wissenschaftliche Arbeit auf ihr begriffliches Moment reduzieren. Sie unterstellen Ruben damit gerade das, was er kritisiert! (vgl. Ruben, 1978,S.21 f.) Offenbar sind sie nur in der Lage in Rubens Ansatz lediglich die Erscheinungsweise der Wissenschaft identifizieren zu können, wie sie unter kapitalistischen gesellschaftlichen Bedingungen existiert, nämlich in ihrer institutionellen Geschiedenheit von der Produktion. Das macht vielleicht ein wichtiges Moment aus in dieser - wie ich meine - verunglückten Rezeption, daß die Erscheinungsweise der Wissenschaft in unserer Gesellschaft als ihre einzig mögliche

Wirklichkeit unreflektiert akzeptiert wird und so unter der Hand zum Wesen der wissenschaftlichen Arbeit erklärt wird.

Ebensowenig einsichtig ist auch der Vorwurf, Rubens Ansatz sei in der Weise „platter Ökonomismus" und „Reduktionismus" (45,157), daß er einerseits die Wissenschaft auf sozialökonomische Determinanten reduziert und andererseits das „Wegreduzieren der Hauptproduktivkraft Mensch" zuläßt.

Zum ersten Vorwurf, dem des Ökonomismus, ist zu sagen, daß sich hier die Autoren auf *eine* Textstelle aus einer Schrift (45,152) beziehen, die für die „Urania" geschrieben wurde, also von der Funktion her populärwissenschaftlichen Charakter hat. Die Tatsache, die in dieser Passage geschildert wird, nämlich die etwa gleichzeitige Entstehung des gemünzten Geldes und einer tradierbaren, ausgearbeiteten Mathematik, ist nun weder eine Erfindung von Sohn-Rethel noch von Ruben, den sie gleich damit in einen Topf werfen, sondern eine historische Tatsache, die auch schon anderen Autoren aufgefallen ist (vgl. Kuczynski, 1970, Thomsen, 1974, Welskopf, 1957, R.W.Müller, 1977). Hierbei handelt es sich um einen historischen Befund, der Gegenstand der historischen Einzelforschung ist. Welche philosophische Relevanz dieser Sachverhalt hat, ist damit noch nicht wie selbstverständlich gegeben.

Eine etwas genauere Lektüre dieser Passage allein genügt schon, den fundamentalen Unterschied in den Auffassungen Sohn-Rethels und Rubens zu erkennen. Während für Sohn-Rethel es tatsächlich um eine *Kausalbeziehung* zwischen Warentausch und der Bildung mathematischer Abstraktion geht (vgl. Sohn-Rethel, 1972,S.163) -, geht es bei Ruben um etwas anderes. Er stellt nämlich fest, daß das Geld selbst Produkt einer Abstraktionstätigkeit ist, die Münze ihr abstrakt-konkretes Realisierungsprodukt: „Realisierte Abstrakta sind z.B. unsere physikalischen Maßeinheiten, unsere Geldstücke und Scheine. Ein Markstück ist Repräsentant aller ihm gleichwertigen Waren." (Ruben, 1971,S.281) Damit ist nun keineswegs eine Kausalität zwischen Warentausch und Bildung von Abstrakta behauptet, sondern es wird ausgesagt, daß neben der Fähigkeit mathematische Abstrakta zu bilden, auch verbunden ist, daß in anderen gesellschaftlichen Bereichen, wie z.B. bei der *Wertgrößen*bestimmung von Waren und ihrer materiellen Vergegenständlichung im Geld, als allgemeinen Maßstab der Werte, eben auch Abstraktionen gebildet und realisiert werden. Gerade diese Entdeckung macht die Relevanz der Untersuchung Rubens zum Wertbegriff bei Marx aus, die für Hültenschmidt und Schubring notwendig „in keinem erkennbaren Zusammenhang stehen zur Definition der Wissenschaft." (45,151), denn ihnen ist die Dialektik von Abstraktion und Konkretion vollständig entgangen.

Dieses Nicht-Wahrnehmen des wirklichen Ansatzes von Ruben läßt es allein erklärbar werden, daß die Autoren gegen Ruben genau das fordern, was er philosophisch vorträgt. Dies ist verbunden mit dem Vorwurf des „Wegreduzierens der Hauptproduktivkraft Mensch." Um dies zu vermeiden, fordern sie - indem sie sich auf die sowjetische Wissenschaftswissenschaft stützen - Wissenschaft als „Einheit von Wissen und Tätigkeit" (SOPO 46,II) zu fassen, die als *sozialhistorische Tätigkeit* ein System „mit drei Koordinaten - der gegenständlich - logischen, der sozialhistorischen und der individualpsychologischen" (46,II.) bilden. In diesem Sinne schlagen sie dann vor, den

Begriff der Arbeit durch den psychologischen Begriff der „gegenständlichen Tätigkeit" zu ersetzen, da er „auf jegliche menschliche, gesellschaftliche, gegenständliche Aktivität bezogen ist und daher auch ihre «kognitive Dimension» einbezieht." (46,II.) Dies tun sie wie gehabt in schöner Bewußtlosigkeit über die damit verbundene Unterstellung, daß der Arbeitsbegriff im polit-ökonomischen Sinne keine kognitiven Aspekte hat.

Nun wird niemand bezweifeln, daß es außerordentlich wichtig ist, was jene Untersuchungen zu Tage brachten. Wie sie selbst sagen: „In einer einzelwissenschaftlichen, pädagogisch-psychologischen Konkretisierung wurde die Hauptaufmerksamkeit auf die Aufdeckung des Übergangs von materiellen Handlungen in geistige Operationen, in Begriffe gelegt." (46,II.)

Nun muß aber hier deutlich gesehen werden, daß es sich hierbei nicht um eine philosophische Untersuchung, sondern um eine einzelwissenschaftliche Analyse handelt, nämlich eine psychologische. Und es ist natürlich ein Gebot dialektisch-materialistischer Philosophie, daß ihre Aussagen nicht im Widerspruch stehen zu jeglichem einzelwissenschaftlichen Wissen. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß einzelwissenschaftliche Befunde und Begriffe automatisch den Status philosophischer Kategorien haben. Dies ist nicht erst seit Rubens Überlegungen zum Verhältnis von Philosophie und Einzelwissenschaften so, sondern gilt in der ganzen philosophischen Tradition. Dies macht gerade eine der Schwierigkeiten der Verwendung der dialektischen Philosophie in den Einzelwissenschaften aus: „Die Anwendung der Dialektik auf dem Gebiet der Naturwissenschaften verlangt nach außerordentlich profunden Kenntnissen experimenteller Fakten und nach ihrer theoretischen Verallgemeinerung. Ohne dies ist die Dialektik allein für sich nicht in der Lage, eine Lösung der Frage zu liefern. Sie ist gleichsam eine Stradivari-Geige, sie ist die vollkommenste aller Geigen, um aber diese Geige spielen zu können, muß man Musiker sein und die Musik kennen. Sonst wird sie genau so falsch spielen wie jede gewöhnliche Geige." (Kapiza, 1974, S.95)

Eine sinnvolle philosophische Diskussion des Problems Wissenschaft auch in seinen wissenschaftspolitischen Dimensionen erfordert eine ebenso gewissenhafte wie präzise Rezeption relevanter philosophischer Ansätze, wenn von ihr mehr als der Austausch beliebiger Meinungen erwartet werden soll. Hätten sich Hültenschmidt und Schubring an diesen selbstverständlichen Grundsatz gehalten, würde ihr Diskussionsbeitrag sicherlich die erwünschte Produktivität entfalten können.

Literaturverzeichnis

Engels,F.: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
in: Marx/Engels ausgewählte Schriften Bd.2, Berlin (DDR) 1968

Engels,F.: Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie
in: ebenda

Hegel,G.F.W.: Wissenschaft der Logik Bd.II, Leipzig 1951

Kapiza,P.: Experiment, Theorie, Praxis, Moskau 1974 zit. nach: Omeljanowski,M., Sinngebundene Erkenntnis und abstraktes Denken in der wissenschaftlichen Messung
in: Gesellschaftswissenschaften, hrsg. Akademie d. Wiss. d. UdSSR, Nr.3 (15), 1978

Kuczynski,J.: Wissenschaft und Wirtschaft bis zur industriellen Revolution, Berlin (DDR) 1970

Müller,R.W.: Geld und Geist. Zur Entstehung von Identitätsbewußtsein und Rationalität in der Antike, Frankfurt/New York 1977

Ruben,P.: Zum Verhältnis von Philosophie und Mathematik, Dialektik und Logik - dargestellt am Widerspruch
in: DZfPh, Sonderheft 1966, S.167-188

Ruben,P.: Wissenschaft als allgemeine Arbeit. Über Grundfragen der marxistisch leninistischen Wissenschaftsauffassung. Zuerst in: SOPO (1976) 2,S.7-40
zitiert nach: Ruben, Dialektik und Arbeit der Philosophie, Köln 1978

Ruben,P.: Methodologische Bemerkungen zur Beziehung zwischen Logik und Dialektik bei Hegel und Marx
in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Univ. zu Berlin, Math.-Nat. R XX, 1971,2,S.277-282

Welskopf,Chr.: Die Produktionsverhältnisse im alten Orient und die griechisch-römische Antike, Berlin (DDR) 1957

Arnim Regenbogen

Theorien über Historischen Materialismus

Eine Formel, die den Abschluß der Theoriebildung im Historischen Materialismus dokumentieren könnte, gibt es bislang nicht. Über laufende Kontroversen bei der Weiterentwicklung dieses Zentralstücks marxistisch-leninistischer Theorie könnte man dicke Bücher schreiben. 1977 ist in der BRD ein Band erschienen, mit dem die Herausgeber versuchen, die wesentlichen Standpunkte zum Thema zu dokumentieren[1]. Mit ihm soll eine Diskussion initiiert werden, zu der sowohl von marxistischer Seite - so von *Sandkühler* /S. 34 ff./- als auch von „neomarxistisch" sich verstehenden Positionen der „Kritischen Theorie" Originalbeiträge geliefert wurden - so von *Fleischer* /S. 173 ff./, *Wildt* /S. 200 ff./, *Berger* /S. 251 ff./ und *Wellmer* /S. 465 ff./. Diese Kontroverse berührt allerdings nicht die zentralen innermarxistischen Differenzpunkte. Es ist zu begrüßen, daß in diesem Band auch diese dokumentiert worden sind, in erster Linie durch den Wiederabdruck von Beiträgen aus Frankreich - von *Vilar* /S.344 ff./ und *Balibar* /S. 293 ff./ - und der Deutschen Demokratischen Republik - von *Engelberg* /S. 84 ff./ und *Eifler* /S. 119 ff./.

Die Vertreter oder Schüler der „Kritischen Theorie", soweit sie reine Philosophen im Sinne ihres Praxisverständnisses bleiben, beschränken sich hier auf Versuche, zur Umstilisierung der Grundbegriffe der materialistischen Geschichtstheorie[2]. So schlägt *Fleischer* /S. 192 f./ vor, den Streit um „Materialismus als Weltanschauung" (SANDKÜHLER 1975) überhaupt aufzugeben, welchen er glaubt, einfach als „vehementen Streit um den Titel 'Materialissimus'" veralbern zu können. *Berger* und *Wildt* dagegen wollen direkt die Umdefinition eines der zentralen Begriffe des Geschichtsmaterialismus, den der Produktivkräfte. Nur ein Beispiel: Hier heißen diese, ganz im Denkjargon der Frankfurter Schule, einfach „Herrschaftsverhältnisse" (*Berger* /S. 262 ff./) oder „Aneignungskräfte"(*Wildt* /S. 227 ff./). Solche Spekulationen kann man getrost auf sich beruhen lassen.

Diskussionswürdig sind dagegen diejenigen Originalbeiträge, in denen die - letztlich auch von der „Kritischen Theorie" abhängigen - Starnberger Forscher wie *Döbert* /S. 524 ff./ und *Eder* /S. 501 ff./ ihre Positionen zum Problem kognitiver Evolution sowie zu Periodisierungsfragen einbringen. *Eder* und *Döbert* sind mehr als reine „Philosophen". Ihre Theoriebildung basiert auf seriösen historischen Forschungen, mit denen sie sich lange vor Beginn dieser Materialismus-Diskussion ausgewiesen haben (vgl. insbes. DÖBERT 1973 und EDER zuletzt 1976). Allerdings müssen wir uns hüten, ihre Beiträge (nach der Art der Sammelband-Editoren) als historisch-materialistische Positionen mißzuverstehen. Würden wir uns auf die Leseweise der Herausgeber einlassen, dann müßten wir uns zunächst über den Etikettenschwindel mit dem Markenartikel „Historischer Materialismus" für die Theorie der sozialen Evolution (Starnberger Forschungsgruppe Habermas/Eder/Döbert) unter dem Titel „Historischer Materialismus" erregen, wie sie auch in diesem Band in zwei Beiträgen behandelt wird. Mit diesem Hinweis sollen die durchaus ernst zu nehmenden Forschungsergebnisse zur kognitiven Evolution der Menschheit nicht heruntergespielt werden. Hier ist auch

nicht der Platz für die notwendige Diskussion mit der Starnberger Gruppe, die in diesem Band den vorläufigen Stand ihrer Diskussion vorstellt.

Sozialgeschichtlicher Wandel wird bei *Döbert* und *Eder* (wie schon bei Habermas) verengt gesehen nur als Indiz für Legitimationskrisen: Nur wenn ein veraltetes Deutungssystem Alternativen nicht mehr intern formuliert, bedarf es ideologischer Innovationen. „Das Prinzip der freien Assoziation von Individuen wird zum ideologischen Mechanismus der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse" (EDER, S. 519, dsgl. 511). Vom marxistischen Verständnis der Basis-Überbau-Differenz weit entfernt, ist diese These wörtlich zu nehmen, als ob Ideen gleichsam mechanisch zur materiellen Gewalt werden. Hier weiter zu zitieren, lohnte sich nicht, erklärte der Satz nicht wenigstens, weshalb *Döbert* und *Eder* in der bürgerlichen Ideologie kein Legitimationsproblem mehr entdecken, zumal diese doch wenigstens Herrschaftsfreiheit antizipiert. Im Unterschied zu allen vorgehenden Legitimationssystemen bedarf diese Ideologie nach *Döbert* nicht einmal mehr der weltanschaulichen Ableitung (wie ein Religionssystem), sondern kann sich damit begnügen, profanisierte Theorie der Gesellschaft zu sein (DÖBERT 1975, S. 48). Diese Deutung paßt zum (hier allerdings von anderen Autoren wie *Fleischer* /S. 184 ff./ *Wellmer* /S. 496 ff./ vertretenen) Stereotyp, wonach die weltanschauliche Fundierung der marxistischen Theorie im dialektischen Materialismus insofern als „Rückfall" in metaphysisches Denken gedeutet wird, als diese die bürgerliche Theoriereduktion auf den Gegenstand Subjekt oder Intersubjektivität bei der Analyse von Natur und Gesellschaft nicht mitmacht. Bei *Eder* und *Döbert* gilt allein das Kriterium Erhöhung kommunikativer Kompetenz als Indiz für ideologischen und damit gesellschaftlichen Fortschritt. Danach werden auch die historisch unterschiedlichen Herrschaftsmechanismen selbst gemessen. Der „Schlüssel" zur logischen Rekonstruktion gesellschaftlicher Organisationsprinzipien „liegt in der Autonomie des moralischen Bewußtseins" (EDER,S. 512). Obgleich beide Autoren sich mit dieser Beschränkung der Ideologiegeschichte aus Systemeinordnung bescheiden und auf materialistische Erklärungsversuche für Deutungssysteme verzichten, springt doch eine interessante These dabei heraus, die trotz der problematischen Begründung einen lohnenden Forschungsgesichtspunkt ergibt: Interessant bleibt die stets durchgehaltene Voraussetzung, wonach Veränderungen in den Organisationsprinzipien Lernvorgänge voraussetzen (EDER, S. 512). Die Tradierung dieser Prinzipien hängt in der Tat von der Entwicklung erweiterter Kompetenz zur natürlichen und sozialen Umweltadaption des materiell-praktischen und kognitiven Verhaltens ab. Diese Einsicht ist theoretisch mehrfach in materialistischen Lern- und Persönlichkeitstheorien formuliert worden (z.B. bei Leontjev, Séve).

In der „Theorie der sozialen Evolution" wird jedoch unter Berufung auf die Rollentheorie sowie auf eine vermeintliche Parallelität zwischen Phylogenese der Menschheit und der Ontogenese zeitgenössischer Adoleszenz (vgl. HABERMAS 1976, S.63-91; DÖBERT 1975, S.24-29, 37-46; EDER 1976,S.132) dafür ein abstraktes Abfolgeschema entwickelt (EDER, S. 517). Diese gliedert sich in präkonventionelle Symbolisierung (entsprechend einer präsozialen Rollenidentität), konventionelle Moralisierung von Normen (entsprechend einer „ödipalen, d.h. Konventionen

stiftenden Rollenidentität), und schließlich in eine „Prinzipalisierung des Geltungsanspruchs für Normen" (entsprechend der Adoleszens). Diese Schematisierungen sollen im Theorienansatz der Starnberger Gruppe dazu dienen, kognitive Evolution logisch beweisen zu können, zumal damit anscheinend Abweichungen vom angenommenen Evolutionsschema undenkbar gemacht werden: Entwicklungsphasen lassen sich, wenn schon nicht ontogenetisch, dann auch nicht mehr phylogenetisch überspringen. Regressionen ohne äußere Zwangsmechanismen werden undenkbar (DÖBERT in: EDER -Hrg.-1973, S. 341-343).

Bei *Döbert* fehlen allerdings selbstkritische Bemerkungen nicht, nach denen die vorgeschlagene Periodisierung in der Geschichte die denkbaren Kombinationsmöglichkeiten seiner Evolutionslogik nicht ausschöpft /S. 533/. Damit wird der Anspruch hinfällig, Phasen aus abstrakten theoretischen Konstrukten „logisch" deduzieren zu können. Bereits früher war zugestanden worden, man wolle dem vorliegenden Periodisierungskonzept der Theorie der sozialen Evolution „zunächst einmal zu heuristischen Zwecken irgendwelche Kovariationen unterstellen, die eine vorläufige Ordnung der Fülle des historischen Materials erlauben". Eine solche Strategie, heißt es weiter, könne natürlich „scheitern und wäre gescheitert, wenn es nicht gelungen wäre, ...in sich stimmige Sinnzusammenhänge zu eruieren" (DÖBERT 1973, S. 85,Anm. 15). Die bloß innere Konsistenz als hinreichendes Wahrheitskriterium verrät einen mehr als dürftigen theoretischen Anspruch. In der gleichen Anmerkung verweist *Döbert* dann auch auf sein Defizit, jene Evolutionstheorie bis hin zur Fixierung kausaler Mechanismen noch nicht gefunden zu haben. Statt historisch-kausaler Zurechnung bei der Suche nach den Variablen für die Entstehung von Ideologien rekurriert *Döbert* auf das bekannte Projektionsschema Feuerbachs, mit dem dieser einst ahistorisch die Entstehung von Religionen und Theologien konstruierte. „Die Menschen machen sich Vorstellung von Göttern und dabei - mehr oder weniger implizit - auch von sich selbst als denjenigen, die in bestimmter Weise mit den Göttern interagieren" (DÖBERT, S. 532; vgl. ders. 1973, S. 85 f.).

Gemessen am Intersubjektivitätsideal der Starnberger Gruppe wird jedoch gleich ein Mangel an kommunikativer Kompetenz festgestellt, wenn nicht das Individuum (wie im Protestantismus) als autonomer Interaktionspartner gesetzt wird, sondern seine soziale und religiöse Rolle aus der äußeren Konformität gegenüber Volks- und Stammesnormen bezieht (DÖBERT 1973, S. 114-116). Sobald Handeln nicht mehr auf naturhaft verstandene Imitationsvorlagen reduzierbar war, bedurfte es der Anerkennung institutionalisierter Normensysteme (DÖBERT 1973, S. 113 f.). So wird auch in sämtlichen Beiträgen *Eders* zum Thema die Entstehung von Herrschaft in Klassengesellschaften gedeutet: Herrschaft sei ursprünglich ausschließlich an religiöse Funktionen gebunden gewesen, da sie zunächst nur als Sanktionsgewalt auftrat. Diese Gewalt bedurfte einer eigenen abgezirkelten sakralen Ritualisierung, zumal noch mit der „Resozialisierung der Natur" in den früheren Hochkulturen die alte Legitimationsform des menschlichen und göttlichen Handelns als Naturgeschehen zerbrach und es eines naturfernen göttlichen Normenstifters bedurfte, zugleich aber ein Weltbild von Natur als einer Ordnung mit eigenen Gesetzen entstand (EDER in: EDER-hrg.- 1973,S.289-292). „Die Abstraktionen dürfen am allerwenigsten in der Geschichtswissenschaft so

sinnentleert sein, daß der dialektische Zusammenhang von Empirie und Theorie zerrissen wird" (ENGELBERG S.104). Dieses Votum eines marxistischen Historikers (der nur als solcher sich auch Geschichtstheoretiker nennen will), ist in seinem Diskussionszusammenhang gegen die Übernahme systemtheoretischer Strukturmodelle in der Historiographie der DDR geschrieben worden (Erstabdruck in: Zeitschrift für Geisteswissenschaft 1972, Heft 5). Dieser Angriff würde die Forschungspraxis der Starnberger Gruppe noch direkter treffen.

Die hier vorgelegten Arbeiten von *Döbert* und *Eder* führen nicht aus den aufgezeigten Schwierigkeiten bei der Verwirklichung des Anspruchs heraus, eine neue Geschichtstheorie zu formulieren. Sie liefern bisher auch keinen Beleg dafür, wieweit sich wenigstens die interessantesten ihrer Thesen als teilweise brauchbare Arbeitshypothesen für konkrete ideologiegeschichtliche Forschungen bewähren. Die bereits bekannten Arbeiten *Eders* über Entstehung von Staatsorganisationen sowie *Döberts* über Religionsentwicklung leben eher von der Abwehr systemtheoretischen Denkzwangs als von historiographischen Neuigkeiten. Sie berücksichtigen auch nicht das Eingeständnis (HABERMAS 1976), daß Evolutionstheorie und Geschichtstheorie letztlich inkompatibel seien. Der Anspruch, die historisch-materialistische Theorie neu zu schreiben, ist schon deswegen hier nicht einlösbar, weil die Existenz zweier Menschheitsgeschichten vor jeder Theorie vorausgesetzt wird: eine Gattungsgeschichte „unter der Idee des Bildungsprozesses" und eine Weltgeschichte „als narrative Konstruktion" (ebd.S.252, Anm.11) Das ergibt ein unvermittelbares Nebeneinander von Ideologiegeschichte und Geschichtsideologie, aber keinen Ansatz auch nur eines neuen Gedankens für eine neue Geschichtstheorie.

Kehren wir zurück zu Diskussionsgegenständen, die tatsächlich dem Historischen Materialismus entnommen sind: zu Kontroversen über die Verhältnisbestimmung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Hier verdient der Beitrag des französischen Marxisten *Balibar* einiges Interesse, zumindest, soweit er selbst eingenommene Thesen in „Das Kapital lesen II" (ALTHUSSER/BALIBAR deutsch 1972) revidiert. Hier liegt eine Übersetzung eines Stücks aus seiner Aufsatzsammlung „Cinq études du matérialisme historique"(Paris 1974) vor, das genau zum umstrittenen Verhältnis von Geschichts- und Evolutionstheorie paßt: soziale Revolutionen können nicht evolutionistisch erklärt werden /S. 324/, wenn man nicht die dogmatischen Sünden einer Historiographie nach „linearen Tendenzen" /S. 335/, wiederholen will.

Lenin hatte ihn gelehrt, daß keineswegs ein Sozialismus im allgemeinen der generalisierten Formation Kapitalismus folgt. Nach ihm kann nur ein formationsspezifischer Sozialismus auf eine bestimmte Etappe des Kapitalismus, d.h. eine bestimmte Kapitalismusformation, genannt Imperialismus, folgen/S.334/. Leider wiederholt *Balibar* hier, mit Abschwächungen, seine These aus „Das Kapital lesen" vom Primat des grundlegenden Produktionsverhältnisses für eine Gesellschaftsformation gegenüber den Produktivkräften. Der Grund dafür ist seriös: Abwehr innermarxistischer Dogmatismen, als welchen unter ihnen er den „innermarxistischen Ökonomismus" ortet, der mit der „These vom Primat der Produktivkräfte" die Produktionsverhältnisse eliminiere /S. 340, Anm. 27/. Und die Frage, die er sich selbst stellt, ist innertheoretisch ehrlich gemeint: Wie kann die reale Unterscheidung von Produktivkräften und Produktionsver-

hältnissen gedacht werden, wenn nicht auf der Basis eines grundlegenden antagonistischen Produktionsverhältnisses, dessen Wirkung der Widerspruch darstellt? /ebd./ Trotzdem fragt sich, ob sich das Mißverständnis, allein die Produktionsverhältnisse (und nicht die Produktivkräfte) stellten die gesellschaftlichen Beziehungen dar, das Problem erst erzeugt.

Unabhängig vom Forschungsstandpunkt gibt es wenigstens hier und dort Gemeinsamkeiten in der theoretischen Verarbeitung der neueren Forschungen über die Periodisierung von Produktionsweisen. Über den aktuellen Forschungsstand zu dieser Frage informiert allein *Eifler*, dessen Beitrag aus der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (1972, Heft 5) hier /S. 119 ff./ nachgedruckt wurde. Hier stellt er neuere marxistische Hypothesen über die Periodisierung vorkapitalistischer Produktionsweisen vor. Strittig für die Theoriebildung der materialistischen Geschichtsauffassung ist dabei die Frage, ob die vorkapitalistischen Produktionsweisen sich untereinander in gesetzmäßiger Reihenfolge abgelöst haben und daher als nebeneinander selbständig existierend angenommen werden müssen, oder ob aufgrund neuerer frühgeschichtlicher Forschungen mehrere bisher unterschiedene Produktionsweisen mit Klassencharakter als Ausprägungen einer einzigen Gesellschaftsformation begriffen werden müssen. Dabei gibt es unterschiedliche Standpunkte in der Hinsicht, ob die zu definierende erste Formation von Klassengesellschaft alle vorfeudalen oder sogar sämtliche vorkapitalistischen Produktionsweisen umfassen soll. Damit zeigt sich, daß in der marxistischen Diskussion noch wesentliche Fragen der Periodizierung von Geschichtsepochen offengeblieben sind. *Sandkühler* /S. 42-46/ schreibt insofern gegen den Strich der Intention der Herausgeber, als er sich auf solche Kontroversen als Beispiele innermarxistischer Diskussion um unterschiedliche Standpunkte berufen kann. Mit diesem und anderen Beispielen gelingt es ihm, den Dogmatismus-Vorwurf gegen das, was von den Herausgebern (natürlich zu Unrecht) als „orthodoxe Version des Marxismus-Leninismus" abgewertet wird, zu entkräften.

Größtes Interesse verdienen auch die Beiträge der bekannten Historiker *Engelberg* und *Vilar* /S. 84 ff., 344 ff./, welche die Methoden von Marx von dessen historiographischer Praxis her verständlich machen können und daher nicht so stark wie andere Arbeiten auf den Wortlaut von dessen Theoriefragmenten angewiesen sind. Sie überholen durch ständigen Verweis auf die Praxis und Methoden der gegenwärtigen Geschichtsschreibung manche Probleme, die von Philosophen bei der bloßen Systemüberprüfung von Theorien erst erzeugt worden sind (vgl. *Vilars* Polemik gegen Althusser/insbes. S.354,363,368-372). *Vilar* hält die von Althusser geübte Kritik am „Historizismus" für einen bloßen Streit um Worte dort, wo die Theoretiker Althusser und Balibar aus philosophischen Gründen das historiographische Modell einer „linearen Zeit" ablehnen. Die Gründe dafür sind plausibel: In dieser Schule soll auf diese Weise die dogmatische Festlegung auf eine Geschichte nach teleologischen Prinzipien verhindert werden. Der Historiker *Vilar* rechnet dem Philosophen Althusser jedoch vor: Der Kapitalismus rechtfertigt dieses Modell insofern, als dieser die Geschichte universalisiert, jedoch nicht vereinheitlicht habe: „Das wird Aufgabe einer anderen Produktionsweise sein". An gleicher Stelle /S.401/ zitiert er Marx: „Weltgeschichte existierte nicht immer; die Geschichte als Weltgeschichte (ist) Resultat" (MARX 1953, S.30).

Strittig scheint diese Frage in der Geschichtsschreibung, wie schon gesagt, für die Einordnung vorkapitalistischer Klassengesellschaften zu sein. *Engelberg* stellt das geschichtstheoretische Problem der Klassifizierung und Periodisierung als ein historiographisches vor und hält es so für lösbar: Die Abfolge der Gesellschaftsformationen nach dem „Vorwort" (1859) von Marx (MEW Bd. 13,S.9) stellt danach lediglich die „Hauptlinie" und den „kürzesten Weg" zur Erhellung des Kapitalismus aus den vorhergehenden Produktionsweisen fest. /S. 109-111/. Es bleibt die Frage offen, wann die Geschichte auf diese Weise „unilinear" (in eindimensionaler Formationsabfolge), wann sie „multilinear" (nach einem mehrdimensionalen Schema zeitweilig koexistierender Produktionsweisen und/oder Gesellschaftsordnungen) zu schreiben ist. Theoretisch gibt es für *Engelberg* immer eine „Dialektik" von unilinearen und multilinearen Ordnungen von Produktionsweisen: „Es scheint falsch, die Begriffe 'unilinear' und 'multilinear' im Blick auf den ganzen weltgeschichtlichen Prozeß in der Abfolge der Gesellschaftsformationen einander starr gegenüber zu stellen". Man dürfe daher der Marx-Engelsschen (unilinearen) Fassung weder einen quasi-normativen Charakter geben, noch mit einer multilinearen Historiographie die „Hauptlinien des weltgeschichtlichen Prozesses...negieren oder...verwischen"/S.110/.

Der Mißgriff einer Rekonstruktion von Geschichte nach dem ideellen Konzept eines linearen Fortschrittmechanismus - bisher Hauptvorwurf bürgerlicher Angriffe gegen den Historischen Materialismus - kann heute nur noch denen vorgehalten werden, die gegenwärtig aus dieser Theorie den gleichen Evolutionismus herauslesen, wie es einst einige Hegelmarxisten oder Kautskyaner taten (vgl. *Sandkühler* S. 56-60). Die Positionen des schon erwähnten modernen Evolutionismus verteidigt in diesem Band *Wellmer* /S. 465 ff./: Erst durch das (hier von *Eder* und *Döbert* vertretene) Konzept einer Geistesgeschichte nach der inneren Logik von gattungsmäßigen Lernprozessen werde die historisch-materialistische Evolutionstheorie zu einer „materialistisch gewendeten Phänomenologie des Geistes" /S. 496/. *Wellmer* ist ehrlich genug, für sein zweifelhaftes Bild von Marx und/oder Engels als Positivisten (vgl. WELLMER 1969, S. 69 ff.) wenigstens nicht Marx als Kronzeugen anzurufen, sondern immerhin auf die Unvereinbarkeit zwischen Marx einerseits und dem (von Max Weber ausgehenden) Lukacs sowie seinen Nachfolgern in der Frankfurter Schule andererseits hinzuweisen /S. 480-482/. Umso mehr erstaunt seine Behauptung, mit der von *Habermas* initiierten „linguistischen Wende" in der „kritischen" Theorie sei auch das Marxsche Problem des Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen dadurch gelöst, daß nicht nur (wie bei Habermas) eine zweite Geschichtsschreibung der ideellen Lernprozesse des „kommunikativen Handelns" neben der des „instrumentellen Handelns" vonnöten sei, sondern sogar beide zusammen zu Dimensionen im Prozeß der „Selbsterzeugung der Menschengattung" erkoren werden, /S. 488/489/. *Wellmer* interpretiert hier die von ihm mitvertretene „Kritische Theorie" noch als Philosophie der „Konstitution von Gesellschaft und Natur" (ebd.) durch die Menschengattung als deren Subjekt, während *Habermas* bereits beginnt, sich vom Idol der Selbsterzeugung der Geschichte durch ein überindividuelles Gesellschaftssubjekt zu distanzieren (HABERMAS in: BAUMGARTNER/RÜSEN, 1976, S. 388 ff., vgl. insbes. S. 395).

Die an sich verdienstvolle Edition unterschiedlicher Interpretationen der Theorie des

Historischen Materialismus legt aber schon gleich im Titel ein Mißverständnis nahe: Die Herausgeber meinen, man könne vom Historischen Materialismus im Plural reden, so als sei dieser Teil des wissenschaftlichen Sozialismus lediglich ein Forschungsgegenstand und nicht selbst eine als einheitlich begriffene Theorie, als sei demnach aus diesem Gegenstand eine Vielzahl von Theorien ableitbar. Es wäre zu wünschen, daß dadurch nicht die notwendige Diskussion auf dem Niveau eines pluralistisch verstandenen Theorienvergleichs bleibt. Eine sachliche Diskussion läßt sich daher nur auf der Voraussetzung aufbauen, daß es sich in diesem Bild um völlig verschiedene Theorieansätze handelt, also eher um „Theorien *über* Historischen Materialismus".

Literaturverzeichnis

Althusser,L.u.E.Balibar: Das Kapital lesen II, rde. Hamburg 1972

Baumgartner,H.M.u.J.Rüsen (Hrg.): Seminar - Geschichte und Theorie, Suhrkamp TB Wissenschaft 98,Frankfurt/M. 1976

Beyer,W.R.: Vom Sinn oder Unsinn einer „Neuformulierung" des Historischen Materialismus, Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie 43, hrg. M.Buhr, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1974

Döbert,R.: Systemtheorie und die Entwicklung religiöser Deutungssysteme - Zur Logik des wissenschaftlichen Funktionalismus, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1973

Döbert,R.: Zur Logik des Übergangs von archaischen zu hochkulturellen Religionssystemen, in: EDER (hrg.) 1973,S.330-363

Döbert,R. u. G.Nunner-Winkler: Adoleszenzkrise und Identitätsbildung, edition suhrkamp 794, Frankfurt/M. 1975

Eder,K. (Hrg.): Seminar - Die Entstehung von Klassengesellschaften, Suhrkamp TB Wissenschaft 30,Frankfurt/M. 1973

Eder,K.: Die Entstehung staatlich organisierter Gesellschaften - ein Beitrag zu einer Theorie sozialer Evolution, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1976.

Habermas,J. u. N.Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1971

Habermas,J.: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Suhrkamp TB Wissenschaft 154, Frankfurt/M. 1976

Habermas,J.: Über das Subjekt in der Geschichte, in: BAUMGARTNER/RÜSEN (Hrg.) 1976

Jaeggi U.: Theoretische Praxis, Frankfurt/M. 1977

Marx, K.: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1953

Marx,K. und F.Engels: Die Deutsche Ideologie, in: MEW Bd. 3, Berlin (DDR) 1973

Marx, K.: Zur Kritik der politischen Ökonomie - Vorwort, in: MEW, Bd. 13, Berlin (DDR) 1964

Sandkühler,H.J.: Streitbarer Materialismus oder Streit um den Idealismus? in: Das Argument, Bd. 92, Okt.1975,S. 601-628

Wellmer,A.: Kritische Gesellschaftstheorie und Positivismus, edition suhrkamp 336, Frankfurt/M. 1969

Arbeitstreffen zur Kulturtheorie

Am 22. und 23. September 1978 fand im Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt/M. ein Arbeitstreffen zu Fragen der marxistischen Kulturtheorie statt. Die Teilnehmer führten die Diskussion weiter, die auf der IMSF-Tagung „Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse" im Oktober 1977 begonnen hatte und jetzt in Buchform vorliegt. Weiteren Stoff bot neben vorbereitenden Papieren der Aufsatz von K. Maase im IMSF-Jahrbuch „Marxistische Studien", der sehr zugespitzt kontroverse Positionen der bisher publizierten Ansätze behandelt und nach Meinung einiger der dort Kritisierten ihre Thesen nicht richtig interpretiert.

Ein Diskussionsproblem war die Bestimmung des Gegenstands der Kulturtheorie. Der Ansatz von Maase geht davon aus, daß in der Reproduktion der Gesellschaft die Individuen in bestimmter Weise vergesellschaftet werden und will sich auf die Gesetzmäßigkeiten konzentrieren, wie in diesen Prozessen je nach Stellung im System der gesellschaftlichen Arbeit bestimmte Verhältnisse zwischen Lebensbedingungen, Aktivität und Persönlichkeitsentfaltung der Individuen sich herausbilden; ihre widersprüchliche Bewegung gelte es zu bestimmen und kritisch an den Möglichkeiten und Notwendigkeiten individueller Entfaltung zu messen, die vom Standpunkt der Arbeiterklasse als Vertreterin gesellschaftlichen Fortschritts wissenschaftlich erkennbar sind. Dagegen wurde von W.F. Haug und anderen eingewandt, ein solches Konzept sei zu vage und stünde in der Gefahr, den Aspekt bewußter Kritik an den kulturellen Verhältnissen und positiver Zielsetzung für eine Kulturentwicklung in sozialistischer Perspektive zu vernachlässigen. So sei noch keine Spezifik der Kulturtheorie gegenüber anderen Teildisziplinen des Historischen Materialismus gewonnen; der Bereich der Persönlichkeitsentfaltung werde ja schon von der Kritischen Psychologie behandelt.

Hingegen lasse sich das Kulturelle fassen als der Aspekt an Produktion, Konsumtion und darüber hinausgehender geistiger und körperlicher Freizeittätig-keiten sowie der zu diesen Bereichen gehörenden Kommunikationsformen, in dem sich die Individuen und soziale Gruppierungen als Selbstzweck behandeln. Dies sei keineswegs individualistisch zu verstehen, vielmehr umfasse dieser Aspekt zum Beispiel die bewußten Formen der Darstellung von Klassenidentität der Arbeiter im Alltag.

Ein anderer Vorschlag stellte den Aspekt der Selbstbestimmung als das spezifisch Kulturelle in der menschlichen Lebenstätigkeit heraus. In der Reproduktion ihres Lebens und der sozialen Strukturen bilden die Menschen sich selber in bestimmter Gestalt aus, sie bestimmen sich selbst.

Haug nannte als Aufgaben marxistischer Kulturtheorie, sie müsse als Kritik der bürgerlichen Kultur auftreten, die Möglichkeiten ihrer Zurückdrängung erforschen und dazu Keimformen heute bestehender sozialistischer Kulturtendenzen aufdecken.

Während dem nicht widersprochen wurde, gab es zur Bedeutung des Kriteriums der Selbstzweckhaftigkeit von entwicklungsfördernden Tätigkeiten Gegenstimmen. Akzeptiert wurde Selbstzweckhaftigkeit als ein wichtiger Maßstab für die Bewertung kultureller Prozesse im Sinn von Haugs Formulierung „Dem Tun des Notwendigen etwas abgewinnen für den Augenblick, durch Beziehung auf die menschlichen Bedürfnisse dieses Tun auch zu genießen"; bezweifelt wurde jedoch die Tauglichkeit für die analytische Eingrenzung des Kulturaspekts sozialer Entwicklung. Persönlichkeits-

entfaltung könne auch dort stattfinden, wo Menschen ihre eigene Entwicklung nicht als Selbstzweck setzen könnten, weil sie z.B. vom Kapital gesetzten Zwängen folgen müßten; ohne Bezug auf die subjektive Bewußtheit der Setzung verliere der Begriff Selbstzweck jedoch seinen besonderen Sinn.

Außerdem bestehe die Gefahr, deformierende, persönlichkeitsschädliche Tendenzen imperialistischer Kulturverhältnisse mit dem Kriterium der Selbstzweckhaftigkeit aus dem Gegenstandsbereich der Kulturtheorie auszuschließen. Die von Haug genannten „strategischen" Aufgaben der Kulturtheorie könne sie als Anleitung für veränderndes Handeln nur lösen, wenn sie sich die Fragen stelle: Wie leben die Menschen heute, wie sehen sie selber den Sinn ihres Handelns, wie kann man unter diesen Bedingungen Veränderungen so anstreben, daß sie von den Menschen selber in ihre Lebensziele aufgenommen werden?

Mehrere Beiträge von B.J. Warneken orientierten in diesem Sinn auf die Entwicklung von Konzepten, die stärker als Maases bisheriger Ansatz den Akzent auf die Rolle ihrer selbst bewußt werdender Subjektivität für die Kulturentwicklung legten: Kulturtheorie solle nicht allgemein nach der Entfaltung von Fähigkeiten und Bedürfnissen fragen, sondern auch nach Bedingungen und Funktionen der Herausbildung bewußter (wenn auch, historisch,oft illusionärer), auf individuelle Entfaltung und Identität ausgerichteter Lebenspläne der Individuen. Dabei zeige sich dann auch, daß der Erfolg der Arbeiterbewegung heute in historisch neuer Weise davon abhänge, daß sie nicht nur „soziale Interessen" der Individuen, sondern deren Glücks- und Identitätsansprüche als solche aufgreife, ihre Ziele als Kulturziele definiere und nicht nur ideologisch richtige und instrumentell effektive, sondern kulturelle Formen der Bewegung entwickle.

Einigkeit herrschte über die Notwendigkeit empirischer Forschung und ihrer ständigen, produktiven Verknüpfung mit der Entwicklung der Theorie; allerdings blieb kontrovers, in welcher Weise mit den bereits vorliegenden Begriffen und Instrumentarien die reale Entwicklung in ihrer Widersprüchlichkeit - in sozialistischer Perspektive - erfaßt werden könne; ob und inwieweit bisher vorliegende Ansätze zu einer Kulturtheorie noch im vorwissenschaftlichen Stadium steckten und daher nur begrenzt Orientierungen für konkrete Untersuchungen liefern könnten. - Festgestellt wurde, man könne bislang noch nicht von *der* marxistischen Kulturtheorie sprechen, diese müsse erst noch in gemeinsamer Anstrengung entwickelt werden.

Im Rahmen dieser grundlegenden Perspektive wurden wichtige Teilaufgaben genannt. Zu klären sei das Verhältnis von Kultur und Kulturauffassung zur Ideologie, die Konzeption des kulturellen Klassenkampfs, die Bedeutung von Selbsttätigkeit für antikapitalistische Kulturentwicklung und ein marxistisches Konzept politischer Kultur. Gebraucht werde eine Theorie der ideologischen Apparate unter dem Aspekt, wie in ihnen der Kampf zwischen bürgerlichen und proletarischen Interessen um die Hegemonie verlaufe; dabei sei das Konzept Gramscis von der „societá civile" als besonderem Kampffeld kultureller Auseinandersetzung zu prüfen. Dringend nötig seien fundierte Konzepte für eine Haltung gegenüber sozialliberaler und gewerkschaftlicher Kulturpolitik. Weiterhin müsse man die Theorieentwicklung in den sozialistischen Ländern auf ihre Brauchbarkeit für eine Analyse der Kulturentwicklung im

Kapitalismus prüfen.

Abschließend war man sich einig, es werde notwendig und nützlich sein, Arbeitskontakt zu halten und weitere Diskussionsrunden zu organisieren, in denen auch eine Veröffentlichung von Ergebnissen vorbereitet werden könne. Als geeignetes Thema kristallisierte sich der Fragenkomplex der „Alltagskultur", des Verhältnisses von Alltagsdenken und Alltagshandeln heraus: hier kann die kritische Aufarbeitung vorliegender nichtmarxistischer Theoretisierungsversuche verbunden werden mit der Auswertung empirischen Materials und der weiteren Arbeit am methodisch-begrifflichen Apparat der Kulturtheorie.

Unabhängig davon wird in weiteren Veröffentlichungen der Diskussions- und Klärungsprozeß fortgeführt; hingewiesen sei hier auf das Heft 45 der SOPO, einen von W.D. Hund und D. Kramer im Pahl-Rugenstein-Verlag herausgegebenen Sammelband zur Kulturtheorie sowie den Argument-Sonderband 23 „Massen / Kultur / Politik".

Kaspar Maase

Summaries

Ch. Müller: Wie begründet man die Illoyalität eines loyalen Lehrers? Bemerkungen zum Fall Hans Apel.

Der Lehrer Hans Apel ist vom OVG Berlin in letzter Instanz in einem formellen Disziplinarverfahren aus dem öffentlichen Dienst entfernt worden, obwohl er in einer Dienstzeit von über zehn Jahren alle konkreten dienstlichen und außerdienstlichen Obliegenheiten immer loyal erfüllt hat. Die schuldhafte Dienstpflichtverletzung, die allein eine solche Entscheidung rechtfertigen könnte, sieht das OVG in seiner Mitgliedschaft in der SEW. Da es diese Partei für verfassungswidrig hält, was als im Wissen des Gerichts stehend ohne weiteres unterstellt wird, sei nicht gewährleistet, daß der Lehrer Hans Apel den ihm anvertrauten Jugendlichen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes nahebringen könne. Ohne die antikommunistische Ideologie des Urteils zu analysieren, prüft der Beitrag immanent die juristische Stimmigkeit der Begründung. Von einer Gewährleistung hätte nur im Rahmen von Prognoseentscheidungen bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst gesprochen werden dürfen. Es hat seine Mutmaßungen über die mögliche zukünftige Art der Erfüllung der Dienstpflichten als Nachweis tatsächlicher schuldhafter Dienstpflichtverletzungen behandelt und den in zehn Jahren loyaler Tätigkeit erbrachten Gegenbeweis gegen eine solche Spekulation a limine ausgeschlossen. Damit hat es, was es nicht zugegeben hat und auch nicht zugeben durfte, die politischen Anschauungen als solche zur Grundlage des Berufsverbots gemacht. Der Beitrag zeigt, daß sich das OVG Berlin dabei auch nicht auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts berufen kann. Ohne auf die Problematik einer solchen Berufung im übrigen einzugehen, wird dargelegt, daß das Bundesverfassungsgericht im Radikalenbeschluß ausdrücklich klargestellt hat, daß es seine Kriterien für die Entscheidung von Prognosefällen nicht ohne weiteres auf die Entscheidungen über das Vorliegen schuldhafter Dienstpflichtverletzungen im Sinne des Disziplinarrechts angewendet wissen wollte. Die Entscheidung des OVG im Fall Apel erscheint daher als eine - unanfechtbare - Verletzung des objektiven Rechts.

K. Pickshaus/W. Roßmann: Arbeitskämpfe 1978: Ursachen - Probleme -Perspektiven

1978 war eines der streikintensivsten Jahre in der Bundesrepublik. Die Autoren untersuchen Ausgangsbedingungen, Forderungen, Aktionen, Ergebnisse und gewerkschaftliche Diskussionen in diesen Kämpfen. Sie konzentrieren sich dabei insbesondere auf die Dialektik von objektiven und subjektiven Faktoren, insbesondere auf die gegenüber 1969 und 1973 veränderten Momente des Umschlags von kollektiver Betroffenheit und kollektiver gewerkschaftlicher Gegenwehr. Sie arbeiten dabei besonders die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation heraus. Insgesamt kristallisiert sich in den Forderungen, Aktionen und Ergebnissen eine gewerkschaftliche Strategie und Taktik heraus, die Antworten auf die Probleme einer Kapitalstrategie intensiv erweiterter Reproduktion unter ökonomischen Krisenbedingungen gibt.

J.Hund: Zur gegenwärtigen technologischen Entwicklung und deren Auswirkung auf die Beschäftigtenlage

Zunächst werden die bedeutsamsten neuen Technologien angeführt und Gründe für ihre rapide Verbreitung genannt: Möglichkeiten der Anpassung an unterschiedliche Produktionsstrukturen, der Automatisierung von Kleinserienfertigung (flexible NC-Maschinen) und von geistigen Routinetätigkeiten (EDV); die qualitativ neue Stufe der Entwicklung in der Produktion von Mikrocomputern und Mikroprozessoren. Anhand von Beispielen aus einigen Industriezweigen (Elektrotechnik, Maschinenbau und Druckindustrie, sowie sogenannter tertiärer Bereiche) werden Veränderungen in den Fertigungsverfahren skizziert und versucht, die Erfahrungen mit den Auswirkungen auf die Beschäftigtensituation zu verallgemeinern.

Heinz Jung: Aspekte der sozialökonomischen Analyse der Mittelschichten in der BRD

Der Beitrag versucht zum besseren Verständnis der Notwendigkeit antimonopolistischer Bündnispolitik, wie sie von den marxistischen Kräften der Arbeiterbewegung vertreten wird, einige Aspekte der Existenzgrundlagen und Rolle der Mittelschichten im SMK der BRD anzuleuchten.

Von Bedeutung erscheint ihm das Problem der Interessenüberlappung hin zur Arbeiterklasse, das sich aus Eigentümerinteressen ergibt. Für die selbständigen Mittelschichten werden auch im industriell entwickelten Kapitalismus Reproduktionsgrundlagen gesehen, die bis weit in eine sozialistische Gesellschaft eine Rolle spielen können. In der Reduzierung der Mittelschichten im Zuge der kapitalistischen Entwicklung ist nicht nur die Tendenz der Proletarisierung wirksam, sondern auch zur Umsetzung in die lohnabhängigen Mittelschichten. Von besonderer Wichtigkeit wird die Bestimmung der Widersprüchlichkeit in den sozialökonomischen Existenzgrundlagen der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz angesehen. Im unmittelbaren Interesse an der Erhaltung ihrer privilegierten Position werden Anknüpfungspunkte der Politik des Monopolkapitals gesehen.

In die Betrachtung des sozialen Gewichts der Mittelschichten sind, nach Ansicht des Verfassers, auch die oberen Randgruppen der Arbeiterklasse einzubeziehen. Unter diesem Blickwinkel kann von einer rapiden Reduzierung ihres Einflußbereichs in der Nachkriegszeit nicht die Rede sein.

J. Zeller: Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie

Als Pilotartikel konzipiert, versucht dieser Beitrag durch Hinführung auf allgemeinste Fragestellungen bzgl. des Zusammenhangs von Wissenschaft und Politik eine Leitlinie vorzuzeichnen, entlang welcher die Stellung und Funktion des Kritischen Rationalismus in der gegenwärtigen Wissenschaftsdiskussion und seiner tagespolitischen Vereinnahmung in der BRD eine Beurteilung erfahren kann. Als die alle Beiträge zum Schwerpunkt verbindende Problemstellung wurde der Zusammenhang von Theorie und Praxis angenommen. Anhand der kritisch-rationalistischen Lösung dieser

Problemstellung wird die Wirksamkeit eines spezifischen Verkehrungsmechanismus zu zeigen versucht, der den Kritischen Rationalismus zur theoretischen Grundlage einer sozial-liberal-konservativen Ideologiemixtur aufbereitet.

J. Rohbeck: Kritischer Rationalismus: Wissenschaftsmethodologie und Sozialphilosophie?

Der Kritische Rationalismus beansprucht, Wissenschaftsmethodologie und Sozialphilosophie zugleich zu sein, und versucht dazu, die in den Wissenschaften praktizierte Methode auf den Bereich der Politik zu übertragen. Es wird jedoch nur ein abstrakt-formelles „Problemlösungsverhalten" übertragen, dessen Merkmale offensichtlich aus sozialen Erfahrungen in der bürgerlichen Gesellschaft gewonnen wurden. Allenfalls handelt es sich um eine Rückübertragung in einen Bereich, aus dem dieses Verhalten ursprünglich stammt. An der Übertragung wird festgehalten, um der postulierten Verhaltensweise den Anschein einer wissenschaftlichen Legitimität zu verleihen. Mit dem Anspruch, die Methode der Wissenschaften als Basis-Moral der gesellschaftlichen Praxis zugrunde zu legen, stellt sich der Kritische Rationalismus nicht mehr nur als Methodologie, die lediglich ihre Zweckmäßigkeit zu erweisen hat, sondern explizit als Ideologie dar.

H.J. Rheinberger: Kritischer Rationalismus, Naturwissenschaften und Wissenschaftsgeschichte

Es werden zwei Aspekte des Kritischen Rationalismus Poppers unterschieden: ein methodologisch-normativer und ein entwicklungstheoretischer. Beide werden unter dem Gesichtspunkt ihrer Rezeption durch Naturwissenschaftler und Wissenschaftshistoriker diskutiert. Es wird zu zeigen versucht, daß man am Wissenschaftsbegriff des Kritischen Rationalismus selbst ansetzen muß, will man gegen Poppers Lösungsvorschläge an den methodologischen und entwicklungstheoretischen Problemen festhalten, die seine Überlegungen bestimmen.

J.Glombowski: Viel Lärm um nichts? Zu Schwarz' und Katzensteins „Lösungen" des Transformationsproblems

Der Beitrag enthält kritische Anmerkungen zu den Aufsätzen von Schwarz und Katzenstein über das Transformationsproblem in SOPO 44. An beiden Aufsätzen wird bemängelt, daß die Zahlenbeispiele willkürlich sind und die daraus gefolgerten Resultate entweder nicht allgemein zutreffen oder gar zu absurden Konsequenzen führen. In der Kritik an Schwarz geht es hauptsächlich um den Nachweis, daß seine Konstruktion eines „Zwischenschemas" zwischen dem reinen Wert- und dem reinen Produktionspreisschema nicht zu rechtfertigen ist. Die Kritik an Katzenstein richtet sich vornehmlich gegen seine Verbindung des Übergangs von Werten zu Produktionspreisen mit faktischen, sich im Zeitverlauf ergebenden Reallokationen von Kapital.

S.Koshimura: Eine allgemeinere Lösungsform für das Transformationsproblem

Im Unterschied zu Bortkiewicz geht der Autor bei der Behandlung des Transformationsproblems von der Kapitalwanderung und einer sich ändernden organischen Zusammensetzung des Kapitals aus. Er entwickelt ein allgemeines Theorem der Transformation von Werten in verschiedene Preisformen: Produktionspreise, Marktpreise, Monopolpreise.

R.Katzenstein: Noch einmal zum Transformationsproblem

Im Zusammenhang mit Glombowskis Kritik hebt der Autor hervor, warum er in seinem Artikel zum Transformationsproblem (in SOPO 44) das Wertverhältnis dargestellt und den Zusammenhang zwischen der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit, kapitalistischen Produktionsverhältnissen und Transformationsproblem hervorgehoben hat. Dieser Prozeß bildet den ökonomischen Inhalt des Transformationsprozesses und eben dieser Inhalt sei von der bisherigen Diskussion bzw. schon von Bortkiewicz her mißachtet worden. Deshalb wurde der Transformationsprozeß zum „Problem". Die Fehlerhaftigkeit dieser Herangehensweise zeige sich schon, wenn man die verschiedenen Formen der Mehrwertsumverteilung betrachte. Schon dann löse sich die von Bortkiewicz entdeckte „Problematik" auf.

U.J. Jensen: Materialismus und Erkenntnistheorie - Die analytische Wissenschaftsauffassung als neue Ontologie mit beschränkter Haftung

Ein paradigmatisches Beispiel im Hinblick auf die Bedeutung einer kritischen Aktualisierung und Aneignung der neueren philosophischen Tradition ist die seit dem 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart geführte Auseinandersetzung zwischen dem 'idealistischen' (hegelianischen) 'Monismus' und dem 'ontologischen Pluralismus' der analytischen Philosophie und Wissenschaftstheorie in den angelsächsischen Ländern. Ihre Rekonstruktion zeigt, daß sowohl die Grundvoraussetzungen der Theorie der 'Internalität' und 'Externalität' von Beziehungen als auch die ontologischen Konsequenzen dieselben sind - die logizistische Überformung hat subversive Wirkung gegenüber dem von den 'Analytikern' in Anspruch genommenen OntologiePluralismus. Also ein Hornberger Schießen? Nur dann, wenn die dialektischen Elemente des Monismus und der spontane Materialismus der analytischen Philosophie nicht auch als ein wichtiges Demonstrationsfeld für grundsätzliche Klärungen angesehen werden, die mit der von den Klassikern des Marxismus-Leninismus eingeleiteten wissenschaftlichen Revolution möglich wurden.

G. Stiehler: Dialektik und historischer Materialismus

Die materialistische Dialektik bedarf zu erfolgreicher Anwendung bei der Analyse gesellschaftlicher Wirklichkeit exakter Bestimmung der gewählten Abstraktionsebene im Kontext des Ganzen philosophischen Abstraktionsniveaus. Hinsichtlich der Erfassung der Dialektik der Gesellschaft schließt dies die Notwendigkeit des Ausgehens vom Begriff der Produktionsweise des materiellen Lebens ein, der den Begriff der Arbeit als Moment enthält. Unter dieser Voraussetzung ist eine produktive Überführung der Hegelschen abstrakt-allgemeinen dialektischen Fragestellungen in das konkret-allgemeine dialektische Denken des historischen Materialismus möglich. Ihre Bewährung erfährt diese Weiterführung Hegelscher Ansätze bei der philosophischen Analyse des real existierenden Sozialismus.

Wulf Krause: Wider den psychologischen Reduktionismus in der Philosophie. Notwendige Bemerkungen zu Hültenschmidt/Schubring

Ein Beitrag zur Diskussion über den philosophischen Ansatz der „Wissenschaft als allgemeine Arbeit" (vgl. SOPO 36 und 42). Es wird die aktuelle Problemlage zum Verhältnis von Philosophie und Einzelwissenschaften in der kritisch-rationalistischen Tradition der Wissenschaftsauffassung auf dem Hintergrund der marxistischen Debatte zum Verhältnis von Logik und Dialektik skizziert. Dabei wird kritisch auf einen Beitrag von E. Hültenschmidt und G. Schubring (vgl. SOPO 45 und 46) zum selben Thema Bezug genommen.

Errata SOPO Heft 44/1978

Bei R. Bayreuther, Thesen zur Erklärung der Inflation (Stagflation) muß es richtig heißen:
S. 46, vom 3.Absatz, 5. Zeile „müssen trotz der Unmöglichkeit..." bis Ende des Absatzes „...durch Bankrotte 'beglichen'." gehört an den Anfang der S. 46, dem dann erst „Umgekehrt wirkt ..." folgt.
S. 47, 1. Absatz, letzte Zeile: Ergänze bei „den Preisfall eindämmte." die Anmerkung 23: E. Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, Frankfurt/M. 1974,S. 248-261; Ch. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise, München 1973, S. 226 - 240

Errata SOPO 45/1978

Bei K.Maase, Kulturbedürfnisse und demokratische Kulturarbeit muß es richtig heißen:
S. 14, 11. Zeile von oben: Es sei hier nur verwiesen
S. 14, 13. Zeile von unten: kritisch kommentiert
S. 28, Literaturverzeichnis, 6.Zeile von oben: FOHRBECK Karla, WIESAND Andreas J., Musiktheater

Bei W. Roth, US-Stahlindustrie muß es richtig heißen:
S. 81, 18. Zeile von unten: der stahlverarbeitenden Industrie
S. 81, 6. Zeile von unten: „im wesentlichen keinen
S. 85, Anmerkungen, 6. Zeile von oben: Anmerkung 11a
S. 85, Anmerkungen, 20. Zeile von oben: Joel B. Dirlam

Bei E. Hültenschmidt/G. Schubring, Bemerkungen zu reduktionistischen Wissenschaftsauffassungen (I) muß es richtig heißen:
S. 150, 2. Zeile, statt „Arbeiter": „Arbeit"
S. 152, 3. Absatz, letzte Zeile, statt „seine": „sein"
5. Absatz, letzte Zeile, statt „nixht": „nichts"
S. 154, 6. Absatz, 1. Zeile, statt „so": „s_0"
S. 155, 4. Absatz, 7. Zeile, statt Whithead: Whitehead
S. 156, 6. Absatz, 3. Zeile muß lauten: Darin, „daß das 'Allgemeine' selbst *als* das 'Gleiche', das 'Ähnliche' in einer Gruppe

Autorenverzeichnis

Glombowski, Jörg
Jg. '43, Dr., Fachbereich Wirtschaftswissenschaft FU Berlin (West)

Hültenschmidt, Erika
Jg. '45, Promotion in Linguistik/Romanistik, wiss. Assistentin an der GHS Wuppertal

Hund, Johanna
Jg. '35, Dipl. Soziologin, Hamburg

Jensen, Uffe Juul
Professor für Philosophie an der Philosophischen Fakultät der Universität Aarhus

Jung, Heinz
Jg. '35, Dr. rer. oec., stellv. Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt/M.

Katzenstein, Robert
Jg. '28, Dr. rer. oec. habil., leitender Redakteur der SOPO, Berlin (West)

Koshimura, Shinzaburo
Professor der ökonomischen Wissenschaft, Universität Cambridge, England und WAKO - Universität Tokyo, Japan

Krause, Wulf
Jg. '41, wiss. Assistent (Soziologie), TU Hannover

Maase, Kaspar
Jg. '46, Dr. phil., Lektor und Publizist in München

Müller, Christoph
Dr. jur., Professor für Staatsrecht und Politik an der FU Berlin (West)

Pickshaus, Klaus
Jg. '49, Mitarbeiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M.

Regenbogen, Arnim
Jg. '39, Dr. phil., wiss. Mitarbeiter an der Universität Osnabrück

Rheinberger, Hans-Jörg
Jg. '46, M.A. phil., z.Zt. Studium der Biologie, Berlin (West)

Rohbeck, Johannes
Jg. '47, Dr. phil., Lehrbeauftragter an der FU Berlin (West)

Roßmann, Wittich
Jg. '51, z.Zt. Promotion, Marburg/L.

Schubring, Gert
Jg. '44, Dr. math., Bielefeld

Stiehler, Gottfried
Prof. Dr. phil. habil., Humboldt-Universität, Sektion Marxistisch-Leninistische Philosophie, Berlin (DDR)

Zeller, Jörg
Jg. '44, Dr. phil., Philosoph, Berlin (West)

Neue Medienliteratur

Ben Bachmair
Medien in der Schule.
Analyse- und Planungsbeispiel für den Unterricht mit audiovisuellen Medien.
Berlin 1979, ca. 240 S., Pb., ca. DM 28,–

Veronika Dübgen
Theater im Fernsehen.
Medienspezifische Arbeitstechniken der Fernsehadaption von Theaterinszenierungen.
Berlin 1977, 192 S., DM 32,–

Klaus Dumrauf
Vorschulfernsehen für Kleinkinder.
Eine kommentierte Bibliographie.
Berlin1979, ca. 480 S., Pb., ca. DM 60,–

Hans J. Funke
Die Haupt- und Spätausgabe der „Tagesschau".
Ein inhaltsanalytischer Vergleich ihrer Inlandsberichterstattung.
2. Aufl. Berlin 1979, 309 S., Pb., DM 40,–

U. Gabrysch/H. Kulbe
Einsatzmöglichkeiten und Funktion von audiovisuellen Medien im politischen Unterricht.
Berlin 1979, ca. 220 S., Pb., ca. DM 22,–

Karl H. Hunger
Der Äskulabstab.
Zur Funktion präsentativer Symbole in der Kommunikation.
Berlin 1978, 224 S., Pb., DM 48,–

Manfred Knoche
Einführung in die Pressekonzentrationsforschung.
Theoretische und empirische Grundlagen – Kommunikationspolitische Voraussetzungen.
Berlin 1978, ca. 600 S., Pb., ca. DM 60,–

Walter Ruhland
Die Darstellungen der Parteien in den innenpolitischen Magazinen des deutschen Fernsehens im Bundestagswahljahr 1976.
Berlin 1979, 470 S., Pb., DM 60,–

Holger Rust
Jugendliche und Gesellschaftsbilder im Fernsehen.
Eine Fallstudie zur Rezeption neuerer Unterhaltungsprogramme.
Berlin 1978, 134 S., Pb., DM 20,–

Michael-Andreas Schmidt
Tagesberichterstattung in Zeitung und Fernsehen.
Untersuchung zur Komplementarität konkurrierender Medien.
2. Aufl. Berlin 1979, 231 S., DM 36,–

August Soppe
Der Streit um das Hörspiel 1924/25.
Entstehungsbedingungen eines Genres.
Berlin 1978, 140 S., Pb., DM 20,–

Harald Ulze
Frauenzeitschrift und Frauenrolle.
Eine aussagenanalytische Untersuchung der Frauenzeitschriften BRIGITTE, FREUNDIN, FÜR SIE und PETRA.
2. Aufl. Berlin 1979, 249 S., DM 40,–

Bitte fordern Sie unser Gesamtprogramm an.

Verlag Volker Spiess

Postfach 147 · 1000 Berlin 62

JÜRGENS BUCHLADEN

1 Berlin 33. Königin-Luise-Straße 40 • U-Bahn Dahlem-Dorf
Telefon (030) 8313825 NEU

PÄDAGOGIK GESCHICHTE
PSYCHOLOGIE PHILOSOPHIE
POLITIK & GESELLSCHAFT

Der **sozialkompaß 78** ist das Handbuch für die Studentin und den Studenten in der BRD. Der **sozialkompaß 78** informiert auf 256 Seiten umfassend über die sozialen Rechte der Student(inn)en.

sozial kompaß 78

Im einzelnen erfährt man auf 8o Seiten alles übers **BAföG 78** und auf 8 Seiten von weiteren **Studienfinanzierungsmöglichkeiten**. Auf 16 Seiten gibt es Rechtshinweise zum studentischen **Wohnen** und zum **Wohngeld**. Die **Prüfungs-, Studienprobleme** und die **Studienplatzvergabe** nehmen 2o Seiten ein. Sämtliche **Sozialgesetze** wie Kindergeld, Rentenversicherung, Sozialhilfe, Arbeitslosenunterstützung, etc. sind auf ihre Anwendbarkeit für Studenten untersucht und auf 16 Seiten dargestellt.

Die speziellen Kapitel für **Ausländer** (17 Seiten) und **Studentinnen**(15 Seiten) machen den **sozialkompaß 78 zu einer runden Sache.** Der Adressenteil mit den 4o Seiten Umfang gibt einen umfassenden Überlick über die Hochschulorte in der BRD und die am Ort befindlichen Ämter bei denen man die oben dargestellten Sozialleistungen beantragen muß.

Durch den Preis von nur **5.8o DM** meinen wir ein sozial tragbares Buch anbieten zu können.

Der **sozialkompaß 78** ist im Buchhandel oder direkt beim Verlag:
VAS—Verlag für Ausbildung und Studium
Postfach 15 o7 34, 1ooo Berlin 15
gegen Vorkasse (5.8o DM in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck) erhältlich.

Antiquariat PINKUS - GENOSSENSCHAFT Buchhandlung

Wir sind spezialisiert auf die Themen: POLITIK, SOZIALISMUS, ARBEITER- und GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG, WIRTSCHAFTS- und SOZIALWISSENSCHAFTEN und geben auf diesen Gebieten laufend Kataloge heraus. Auf Anfrage hin erhalten Sie unsere Informationen gratis zugeschickt!
Antiquariatskataloge Politik/Wirtschaft Bibliographische Information (enthält lieferbare Literatur).
Bestellungen an: Postfach, CH - 8025 ZüRICH Tel.32 26 47

N. I. Kondakov
Wörterbuch der Logik
Herausgeber der deutschen Ausgabe: Erhardt Albrecht und Günter Asser
1. Auflage, ca. 3000 Stichworte, ca. 650 Seiten, Leinen, ca. DM 28,–

Das Wörterbuch der Logik des bekannten sowjetischen Logikers N.I. Kondakov stellt in der internationalen Literatur das umfassendste Nachschlagewerk zur Logik und ihrer Geschichte dar. Da die Logik, besonders in Gestalt ihrer modernen Form, der mathematischen Logik, heute zu einer der wichtigsten Wissenschaftsdisziplinen geworden ist, gibt es fast kein Gebiet in der Wissenschaft und Technik, wo sie keine Anwendung findet. Es werden grundlegende Termini und Begriffe solcher an die formale Logik angrenzender wissenshaftlicher Disziplinen wie der Kybernetik, Mathematik, Informatik, Psychologie, Sprachwissenschaft, Rhetorik, Erkenntnistheorie und Methodologie in einer Form dargestellt, die einem breiten Leserkreis zugänglich ist. Fast 3000, dem neuesten Stand der internationalen Forschung entsprechende Artikel geben umfassend Auskunft über die Errungenschaften der logischen Wissenschaft von heute.

Logik WÖRTERBUCH

Georg Klaus/
Manfred Buhr (Hrsg.)
Philosophisches Wörterbuch
1394 Seiten, Leinen,
2 Bände zus. DM 32,–

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an.

deb verlag das europäische buch
Thielallee 34, 1000 Berlin 33

Zur Geschichte der Bundesrepublik

Gerhard Fisch/Fritz Krause
SPD und KPD 1945/46
Einheitsbestrebungen der Arbeiterparteien
169 Seiten, Paperback, DM 10,50
ISBN 3-88012-544-9

Die Auseinandersetzung um die Länderverfassungen in Hessen und Bayern 1946
– Dokumente –
Herausgegeben vom IMSF
Mit einer Einleitung von Wolf-Dietrich Schmidt
350 Seiten, Paperback, DM 16,50
ISBN 3-88012-560-0

Zu beziehen über den Buchhandel oder beim

Verlag Marxistische Blätter
Heddernheimer Landstraße 78 a
6000 Frankfurt am Main 50

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)

Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag

PROGRAMM 1979

AS 33 GULLIVER 5: Englisch / Unterrichts- und Studienreform

AS 34 FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE 4
herausgegeben von Klaus Holzkamp

AS 35 ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
Methodische Grundlagen — Analysen und Diskussion (Beiträge von M.Bolle, J.Glombowski, J.Goldberg, R.Hickel, J.Huffschmid, H.Riese, K.H.Tjaden, W.Voigt u.a.)

AS 36 STAMOKAP-THEORIE — Probleme und Diskussion — STAAT UND MONOPOLE (III)
herausgegeben von Werner Goldschmidt

AS 37 JAHRBUCH FÜR KRITISCHE MEDIZIN 4

AS 38 30 JAHRE BILDUNGSPOLITIK
Schule und Erziehung (VII)

AS 39 GULLIVER 6: Shakespeare inmitten der Revolutionen

AS 40 THEORIEN ÜBER IDEOLOGIE
(Projekt Ideologie-Theorie)

AS 41 FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE 5
herausgegeben von Klaus Holzkamp

AS 43 AUTOMATIONSARBEIT: EMPIRIE
Projekt Automation und Qualifikation Band 4

AS 44 EUROKOMMUNISMUS
— STRATEGIE FÜR DIE BUNDESREPUBLIK ?
Zu einer marxistischen Theorie der Politik (Arbeitskreis westeuropäische Arbeiterbewegung, Christoph Kievenheim, Karin Priester, Detlev Peukert u.a.)

in Vorbereitung ferner:

AS 45 FRAUENBEWEGUNG
herausgegeben von Frigga Haug

AS 46 SOZIALISMUS UND ENTWICKLUNGSLÄNDER
Internationales Sozialismus-Forum 1

AS 47 MATERIALISTISCHE KULTURTHEORIE
Theoretische Grundlagen und Beiträge zur Erforschung der Alltagskultur

In jedem Jahr erscheinen ca. 10 Argument-Sonderbände. Jeder Band ca. 216 Seiten; Einzelpreis: 15,50 DM, Schüler und Studenten 12,80 DM. Auswahl-Abo (3 Bände nach Wahl): 38,40 DM (Stud. 33,-DM) zzgl. Versandkosten. Gesamt-Abo: alle Bände zum Abo-Preis, ohne Versandkosten.

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65

lendemains

9 Schwerpunkt: (Februar 1978)
- Aragon (ed. H.J. Neyer)

10 Schwerpunkte: (Mai 1978)
- Victor Hugo (ed. W. Engler)
- Gaullismus (ed. H.M. Bock)
- Forum: Baudelaire

11 Schwerpunkte: (August 1978)
- L.-S. Mercier (ed. H. Hofer)
- France actuelle

12 Schwerpunkt: (November 1978)
- Egalitarismusproblem der französischen Revolution (ed. A. Soboul)

13 Schwerpunkt: (Februar 1979)
- Philosophie in Frankreich (ed. Ch. Porset/M. Nerlich)

14 Schwerpunkt: (Mai 1979)
- Rezeption der französischen Revolution in Deutschland (ed. J. Droz)

15 Schwerpunkt: (August 1979)
- Regionalismus (ed. B. Schlieben-Lange)

16 Schwerpunkt: (November 1979)
- Mittelalter (ed. H.U. Gumbrecht)

SK

das sozialistische Nachrichtenmagazin

Die SK bringt Informationen - Berichte - Interviews zu und über aktuelle Fragen aus dem Blickwinkel unabhängiger sozialistischer Positionen. Die SK bringt neben eigenen Artikeln und Exklusivbeiträgen prominenter Sozialisten - Nachdrucke aus der Internationalen sozialdemokratischen und sozialistischen Presse. Die SK fühlt sich unter anderem der TRIBUNE/ London und LINKS/Belgien freundschaftlich verbunden.

Probeexemplar bestellen:

SK-Vertrieb W. Runge-Verlag

Postfach 60 61 67
2000 Hamburg 60

Kritische Stichwörter

Karl W. Bauer / Heinz Hengst, Hrsg.
Kritische Stichwörter zur Kinderkultur
(Kritische Stichwörter 1)
366 S. kart. DM 19,80

»Der Begriff ‚Kinderkultur' wird hier sehr weit verstanden. Nicht nur Kinderliteratur, Kindertheater, Märchen und Comics gehören dazu, sondern auch z. B. das Kinderfest und die Kinderkleidung. Daß man hier auch einen Artikel von Oskar Negt über ‚Kinderöffentlichkeit' vorfindet, kennzeichnet die breite Anlage des Bandes. Die einzelnen Kapitel liefern hinreichend Anregungen für eine Interpretation von ‚kindgemäßen' Einrichtungen und Lebensformen im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang. Da das Thema nicht in enzyklopädischer Art bloß in zahllose Minidefinitionen aufgelöst wurde, läßt sich das Buch auch gut als durchgehende Lektüre genießen. Ein Sonderlob dem handlichen Format und der leserfreundlichen typographischen Gestaltung.«
(Frankfurter Rundschau)

»Gemeinsam ist allen Beiträgen neben der – in der Regel historisch fundierten – Entwicklung theoretischer Problemzusammenhänge die Diskussion der praktischen Dimensionen des jeweiligen Themas. Nicht zuletzt daraus resultiert der hohe Gebrauchswert dieses Buches für alle, die (beruflich oder privat) mit Kindern zu tun haben.«
(päd. extra)

2. Walter Gieseler, Hrsg.
Kritische Stichwörter zum Musikunterricht
Ca. 360 S. kart. ca. DM 19,80
3-7705-1671-0

3. Christoph Edelhoff / Ekkehart Mittelberg, Hrsg.
Kritische Stichwörter zur Gesamtschule
Ca. 320 S. kart. ca. DM 19,80
3-7705-1672-9

4. Werner Faulstich, Hrsg.
Kritische Stichwörter zur Medienwissenschaft
Ca. 420 S. kart. ca. DM 28,–
3-7705-1688-5

5. Dieter Frießem, Hrsg.
Kritische Stichwörter zur Sozialpsychiatrie
Herausgegeben in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) in der BRD e.V.
Ca. 600 S. Ln. Subskriptionspreis DM 78,–
3-7705-1689-3

6. Wolfgang Grunwald, Hrsg.
Kritische Stichwörter zur Gesprächspsychotherapie
Ca. 280 S. kart. ca. DM 16,80
3-7705-1690-7

7. Dieter Volk, Hrsg.
Kritische Stichwörter zum Mathematikunterricht
Ca. 360 S. kart. ca. DM 19,80
3-7705-1693-1

In Vorbereitung:

8. Hans-Jürgen Möller, Hrsg.
Kritische Stichwörter zur Psychotherapie
3-7705-1691-5

9. Helga Montag / Brigitte Pauley / Susanne Welzel
Kritische Stichwörter zur Medienpolitik
3-7705-1692-3

10. Hans Werbik, Hrsg.
Kritische Stichwörter zur Sozialpsychologie
3-7705-1695-8

Wilhelm Fink Verlag

GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE (ROHENTWURF)

Kommentar

VSA

340 Seiten; Paperback; DM 28,—

Sozialismus und Arbeiterklasse in der Volksrepublik Polen

Sozialismus und Arbeiterklasse in der Volksrepublik Polen

Herausgegeben vom IMSF
280 Seiten, 1 Landkarte, Paperback, DM 14,50
ISBN 3-88012-550-3

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt beim

Verlag Marxistische Blätter
Heddernheimer Landstraße 78 a
6000 Frankfurt am Main 50

10 Jahre SOPO Registerband

10 JAHRE SOPO

SOPO
SOZIALISTISCHE
POLITIK 1 - 46
1969 - 1978

Autoren
Titel
Sachgebiete
Rezensionen

Bestellkarte

Ab Verlag sind folgende SOPO Hefte zu je DM 9,80 noch lieferbar. Die Hefte 1 bis 12 der SOPO sind vergriffen.

O	SOPO 13	Okt. 71
O	SOPO 14/15	Dez. 71
O	SOPO 16	Feb. 72
O	SOPO 17	Apr. 72
O	SOPO 18	Juni 72
O	SOPO 19	Aug. 72
O	SOPO 20	Okt. 72
O	SOPO 21	Dez. 72
O	SOPO 22	Feb. 73
O	SOPO 23	Apr. 73
O	SOPO 24	Juni 73
O	SOPO 25	Aug. 73
O	SOPO 26	Okt. 73
O	SOPO 27	Dez. 73
O	SOPO 28	Mai 74
O	SOPO 29	Juni 74
O	SOPO 30	Okt. 74
O	SOPO 31	Dez. 74
O	SOPO 32	Apr. 75
O	SOPO 33	Juli 75
O	SOPO 34/35	Mai 76
O	SOPO 36	Aug. 76
O	SOPO 37/38	Dez. 76
O	SOPO 39	Apr. 77
O	SOPO 40	Juni 77
O	SOPO 41	Sep. 77
O	SOPO 42	Dez. 77
O	SOPO 43	März 78
O	SOPO 44	Juni 78
O	SOPO 45	Sep. 78
O	SOPO 46	Dez. 78

O SOPO-Gesamtregisterband
(Heft 1 bis 46)
DM 4,80 + Porto, ca April 1979

A 4846 FX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

verlag
das europäische buch
Thielallee 34
1000 Berlin 33

103697

G. GROSSE-LOESCHER

THEATERSTR. 8

3400 GOETTINGEN

Die Gelegenheit ist günstig. Ergänzen Sie die Ihnen fehlenden SOPO Hefte. Um das wissenschaftliche Arbeiten mit der SOPO zu erleichtern, bringt der Verlag das europäische buch 1979 einen Gesamtregisterband der Zeitschrift heraus. Bestellen Sie mit der anhängenden Bestellkarte die Ihnen fehlenden Hefte der SOPO, bzw. den Gesamtregisterband.

Ich bestelle die umseitig angekreuzten SOPO Hefte zu je DM 9,80 + Porto, bzw. den SOPO Gesamtregisterband zu DM 4,80 + Porto.

Name

Straße

PLZ Ort

Datum Unterschrift

O Bitte senden Sie mir kostenlos das Gesamtverzeichnis des Verlages deb

Postkarte

50 Pfg.
in Berlin
30 Pfg.

Verlag

das europäische buch

Thielallee 34

1000 Berlin 33

Ich möchte die
DEUTSCHE VOLKSZEITUNG
kennenlernen.
Bitte senden Sie mir unverbindlich
und kostenlos einige Ausgaben.

Vor- und Zuname

Beruf

Straße / Nr.

Postleitzahl / Wohnort

Deutsche Volkszeitung

**die Wochenzeitung
für demokratischen Fortschritt**

Bitte mit
Postkarten-
porto
freimachen

Werbeantwort

DEUTSCHE VOLKSZEITUNG
Oststraße 154 / Postfach 2726

4000 Düsseldorf

221

Wenn Sie eine Zeitung suchen,

- die informiert – analysiert – kommentiert
- die Partei bezieht
  für demokratischen und sozialen Fortschritt
  für das Recht auf Arbeit, Bildung und Ausbildung
  für internationale Zusammenarbeit und Abrüstung
- die solidarisch ist mit dem Kampf der Völker
  gegen Imperialismus und Faschismus
- die Antikommunismus und Antisowjetismus für eine Grundtorheit unserer Epoche hält
  und den Meinungsstreit nicht mit psychologischem Krieg verwechselt –

eine Zeitung,

- die diese Haltung auch in einem umfangreichen Kulturteil zum Ausdruck bringt –

dann ist die DEUTSCHE VOLKSZEITUNG richtig für Sie!

In ihr schreiben:
Prof. W. Abendroth; Alfred Andersch; Prof. H. W. Bartsch; Arno Behrisch; Prof. F. Benseler; Horst Bethge; Wolfgang Beutin; Prof. W. R. Beyer; Prof. D. Boris; Peter O. Chotjewitz; Franz J. Degenhardt; Lottemi Doormann; Klaus Eder; Dr. Elisabeth Endres; Edgar Gärtner; Pastor Peter S. Gerlach; Max von der Grün; Klaus Herborn; Prof. H. Herrmann; Prof. R. Hickel; Dr. Richard Hiepe; Michael Höhn; Prof. H. H. Holz; Prof. H. Holzer; Mechtild Jansen; Prof. G. Kade; Dietrich Kittner; Lorenz Knorr; Franz Xaver Kroetz; Prof. R. Kühnl; Steffen Lehndorf; Peter Maiwald; Dr. Jutta Menschik; André Müller; Prof. M. Nerlich; Max Nyffeler; E. A. Rauter; Josef Reding; Prof. R. Riemeck; Erika Runge; Prof. H. J. Sandkühler; Erasmus Schöfer; Godehard Schramm; Peter Schütt; Dr. Hannelis Schulte; Monika Sperr; Jürgen P. Stössel; Norbert Stratmann; Dr. Horst D. Strüning; Prof. G. Stuby; Dieter Süverkrüp; Uwe Timm; Gösta von Uexküll; Dr. Karl Unger; Helmut Michael Vogel; Martin Walser u. a.

Redaktionskollegium:
Fritz Hollstein; Peter Baumöller; Helmut Bausch; Walter Bloch; Dr. Hans Brender; Albert Füllinger; Alexander Goeb; Dr. Agnes Hüfner; Dr. Mathias Jung; Sigrid Kooymann; Emmi Kuhlmey; Winfried Lierenfeld; Bernd Mansel; Sylvia Pukallus; Erich Rudolf; Reiner Taudien; Bernd Wortmann.